

Jahresbericht über die Tätigkeit der OSZE 2011

Der Generalsekretär

**Organisation für Sicherheit
und Zusammenarbeit in Europa**

Anmerkung:

Alle Funktionsbezeichnungen in diesem Dokument gelten gleichermaßen für männliche und weibliche Amtsinhaber.

Inhalt

Einleitung

Botschaft des Generalsekretärs

Das Wichtigste in Kürze

Bericht des Amtierenden Vorsitzes

Der Ständige Rat

Das Forum für Sicherheitskooperation

Die Parlamentarische Versammlung der OSZE

Die Feldoperationen

Südosteuropa

Die Präsenz in Albanien

Die Mission in Bosnien und Herzegowina

Die Mission im Kosovo

Die Mission in Montenegro

Die Mission in Serbien

Die Mission in Skopje

Das Büro in Zagreb

Osteuropa

Die Mission in Moldau

Der Projektkoordinator in der Ukraine

Südkaucasus

Das Büro in Baku

Das Büro in Eriwan

Zentralasien

Das Zentrum in Aschgabat

Das Zentrum in Astana

Das Zentrum in Bischkek

Das Büro in Tadschikistan

Der Projektkoordinator in Usbekistan

Unterstützung bei der Umsetzung bilateraler Abkommen

Der Vertreter in der Gemeinsamen lettisch-russischen Kommission für pensionierte Militärangehörige

Die Institutionen

Das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte

Der Hohe Kommissar für nationale Minderheiten

Der Beauftragte für Medienfreiheit

Das Sekretariat

Das Büro des Generalsekretärs

- Das Leitende Management
- Die Abteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
- Die Abteilung Externe Zusammenarbeit
- Der Rechtsdienst
- Die Abteilung Genderfragen
- Das Sicherheitsmanagement
- Die Gruppe Strategische Polizeiangelegenheiten
- Das Büro des Sonderbeauftragten und Koordinators für die Bekämpfung des Menschenhandels
- Die Gruppe Terrorismusbekämpfung
- Das Büro für Innenrevision

Das Konfliktverhütungszentrum

Das Büro des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE

Die Hauptabteilung Personalressourcen

Die Hauptabteilung Verwaltung und Finanzen

Die Partnerschaften für Sicherheit und Zusammenarbeit

- Dialog mit den Kooperationspartnern in Asien und im Mittelmeerraum
- Dialog mit anderen internationalen, regionalen und subregionalen Organisationen und Institutionen

Anhänge

- Die OSZE auf einen Blick
- OSZE-Organisationsplan
- OSZE-Gesamthaushalt 2011 nach Teilhaushalten
- Außerbudgetäre Unterstützung der OSZE
- Personalstatistik
- Kontakt

EINLEITUNG

BOTSCHAFT DES GENERALESEKRETÄRS

Dies ist mein erster Jahresbericht als Generalsekretär, dessen Amt ich im vergangenen Juli angetreten habe. Während der ersten sechs Monate meiner Amtszeit habe ich 23 OSZE-Teilnehmerstaaten und Partnerstaaten besucht. Dabei traf ich mit Vertretern von Regierungen, internationalen Organisationen, Feldoperationen der OSZE, Parlamentariern und Medienvertretern zusammen.

2011 war gewiss ein Jahr des Wandels, der weit über die Führungsetage der OSZE hinausging. Es begann dramatisch, mit tiefgreifenden Veränderungen, die viele Länder des Nahen Ostens und Nordafrikas erfassten, auch unsere Kooperationspartner Ägypten und Tunesien. Als die Menschen im gesamten südlichen Mittelmeerraum ihre politischen Rechte einforderten, feierten viele OSZE-Teilnehmerstaaten, auch Litauen, das 2011 den Vorsitz führte, gerade 20 Jahre Unabhängigkeit mit einem Rückblick auf ihren eigenen demokratischen Umbruch. Die Ereignisse in Nordafrika erinnerten uns daran, dass der Wandel ein langer und mühsamer Prozess ist, in dem nichts von alleine geht. Sie riefen uns auch die Rolle der OSZE bei der Unterstützung des Übergangs zur Demokratie in Erinnerung, und so bot die Organisation das ganze Jahr 2011 hindurch ihren Mittelmeerpartnern Unterstützung und Fachwissen an.

Fortschritte bei der Lösung von Langzeitkonflikten hatten für die Organisation nach wie vor hohe Priorität, wofür nachhaltige Bemühungen in den bestehenden Verhandlungsformaten erforderlich waren. Die offiziellen „5+2“-Gespräche über den Konfliktbeilegungsprozess in Transnistrien wurden im November nach fast sechsjähriger Unterbrechung wieder aufgenommen. Leider waren die Entwicklungen in der Minsk-Gruppe und bei den Internationalen Genfer Gesprächen nicht so ermutigend.

Auch andere Entwicklungen stellten uns vor Herausforderungen. Gerichtsverfahren gegen Demonstranten im Anschluss an die Präsidentenwahl in Belarus im Jahr 2010 lösten große Sorge über den Stand der Menschenrechte und Grundfreiheiten in dem Land aus, was einige Teilnehmerstaaten veranlasste, den Moskauer Mechanismus der OSZE in Gang zu setzen. Eine fortdauernde Finanzkrise in der Eurozone, eine politische Krise in Albanien, Gewalt im Nordkosovo und Unruhen in Westkasachstan führten uns die Herausforderungen vor Augen, die der Verwirklichung unserer Vision von einer freien, demokratischen, gemeinsamen und unteilbaren euroatlantischen und eurasischen Sicherheitsgemeinschaft noch im Wege stehen.

Die Organisation muss mit dem Wandel Schritt halten und bereit sein, neue und alte Herausforderungen im Sicherheitsbereich in allen drei Dimensionen anzunehmen, die ihren Ausgangspunkt in unserer Region und in unserer unmittelbaren Nachbarschaft haben.

Vor diesem Hintergrund kehrte ich in die OSZE mit neuen Vorstellungen davon zurück, wie die Organisation durch Stärkung der politischen Rolle des Generalsekretärs, Erhöhung der Sichtbarkeit der OSZE, Zugehen auf NGOs und Thinktanks und Stärkung unserer Fähigkeit zur Bewältigung von Konflikten und neuen grenzüberschreitenden Bedrohungen an die gegenwärtige Realität angepasst werden kann. Ich habe alles in meinen Kräften Stehende getan, um in diesen wirtschaftlich harten Zeiten für ein gutes Kosten-Nutzen-Verhältnis der OSZE-Aktivitäten zu sorgen. Ich habe es mir auch zu einer vorrangigen Aufgabe gemacht, unsere bestehenden Partnerschaften mit anderen internationalen und regionalen Organisationen zu stärken. Ich kann mit Freude berichten, dass viele dieser Initiativen von den Teilnehmerstaaten aufgegriffen wurden.

Der litauische Vorsitz hat im Rahmen der „V-V-Dialoge“ einen Gedankenaustausch zwischen Delegationen, NGOs und Vertretern von Thinktanks in die Wege geleitet. Bei diesen Veranstaltungen wurden konkrete Möglichkeiten zur Umsetzung der in der *Gedenkerklärung von Astana – Auf dem Weg zu einer Sicherheitsgemeinschaft* gestellten Aufgaben sondiert. Gleichzeitig sollten öffentlichkeitswirksame „Track-II“-Projekte wie die Euroatlantische Sicherheitsinitiative frischen Schwung in unsere Debatte bringen, und mehrere Teilnehmerstaaten gaben den Start neuer wissenschaftlicher Initiativen bekannt.

Auf dem Ministerratstreffen von Wilna im Dezember begrüßten die Außenminister meinen Vorschlag, im OSZE-Sekretariat eine neue Abteilung zu schaffen, die sich mit grenzüberschreitenden Bedrohungen befasst. Die Verabschiedung von MC.DEC/9/11/Corr.1 wird die Koordination und Kohärenz der Bemühungen der Organisation im Kampf gegen Terrorismus, organisierte Kriminalität, illegalen Drogenhandel und andere grenzüberschreitende Sicherheitsbedrohungen verstärken. Das war nur einer von mehreren dimensionsübergreifenden Beschlüssen als Teil des umfangreichen Pakets von Ergebnissen des Ministerrats, das unsere Agenda für 2012 bestimmt.

Wir beendeten das Jahr mit einer weiteren Errungenschaft: nach 15 Jahren OSZE-Präsenz in Kroatien erklärte der Teilnehmerstaat das Mandat des Büros in Zagreb für erfüllt. Diese Erfolgsgeschichte macht deutlich, welche langfristigen Ergebnisse unsere Organisation beim Aufbau von Vertrauen, Freiheit und Sicherheit in unserer gesamten Region erzielen kann.

Mit Blick auf diese großen Leistungen möchte ich den engagierten Frauen und Männern, die im Sekretariat, in den Institutionen, den Feldoperationen und der Parlamentarischen Versammlung der OSZE ihren Dienst versehen, meinen Dank aussprechen. Ebenso möchte ich den Beitrag meines verehrten Vorgängers Marc Perrin de Brichambaut würdigen, dessen unermüdliche Arbeit ebenfalls in diesem Bericht ihren Niederschlag gefunden hat, und ich sage dem derzeitigen und den künftigen Vorsitzenden meine volle Unterstützung zu.

Lamberto Zannier
Generalsekretär der OSZE

DAS WICHTIGSTE IN KÜRZE

Die OSZE erhielt für 2011 den Auftrag, bedeutsame Schritte zur Verwirklichung der Vision einer umfassenden, kooperativen und unteilbaren Sicherheitsgemeinschaft in der gesamten euroatlantischen und eurasischen Region frei von allem Trennenden, von Konflikten, Einflussbereichen und Zonen mit unterschiedlichem Sicherheitsniveau im Sinne der Gedenkerklärung von Astana – Auf dem Weg zu einer Sicherheitsgemeinschaft zu setzen. Die Teilnehmerstaaten waren in diesem Jahr bemüht, im Rahmen der bestehenden OSZE-Strukturen Gegensätze zu überbrücken und Vertrauen aufzubauen, was sich in positiven Entwicklungen in den Bereichen Langzeitkonflikte, Medienfreiheit, Toleranz und Nichtdiskriminierung, Grenzbeobachtung und regionale Zusammenarbeit, Verkehr, Energie-, sowie Computer- und Netzsicherheit niederschlug.

Politisch-militärische Dimension

JÄHRLICHE SICHERHEITSÜBERPRÜFUNGSKONFERENZ 2011. Die Diskussionen zum Generalthema „Auf dem Wege zu einer Sicherheitsgemeinschaft – was zu tun ist“ konzentrierten sich auf grenzüberschreitende Bedrohungen, den Konfliktzyklus und vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen. Am Vortag der Konferenz fand eine Sondersitzung zur Frage statt, wie die OSZE ihr Zusammenwirken mit den Kooperationspartnern verstärken kann. Im Rahmen der Veranstaltungen zur ersten Dimension wurde ferner eine Konferenz zum Thema „Drogenbekämpfung und die Verstärkung von Grenzsicherheit und -management im OSZE-Raum“, ein Seminar zum Thema „Anwendungsbezogene Fragen der Methoden zur Festlegung und Demarkation internationaler Landgrenzen“ sowie ein Seminar auf hoher Ebene zur Militärdoktrin abgehalten. (Siehe Bericht des Amtierenden Vorsitzes, S. 18; Forum für Sicherheitskooperation, S. 46.)

21. JÄHRLICHES TREFFEN ZUR BEURTEILUNG DER DURCHFÜHRUNG. Die Teilnehmerstaaten konzentrierten sich auf das Wiener Dokument 1999 und erörterten die aktuelle und künftige Durchführung der wichtigsten vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen der OSZE (VSBM). Das Treffen bot den Teilnehmern auch Gelegenheit zu einem Erfahrungsaustausch, zu Anregungen und zur Beurteilung der Durchführung der OSZE-Verpflichtungen im VSBM-Bereich. (Siehe Forum für Sicherheitskooperation, S. 46; Konfliktverhütungszentrum, S. 146.)

WIENER DOKUMENT 2011. Die Neuauflage des Wiener Dokuments 2011 über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen war die erste Aktualisierung des Dokuments seit zwölf Jahren; darin wird auch ein Verfahren für eine regelmäßige Aktualisierung alle fünf Jahre festgelegt. (Siehe Forum für Sicherheitskooperation, S. 46.)

BESEITIGUNG VON MÉLANGE. In Zusammenarbeit mit dem ukrainischen Verteidigungsministerium beseitigte die OSZE 2011 in der West- und der Zentralukraine rund 4000 Tonnen der hochgiftigen Raketentreibstoffkomponente Mélange. Seit Beginn des Projekts im Jahr 2009 wurden rund 7000 Tonnen beseitigt. Das OSZE-Zentrum in Astana unterstützte ebenfalls ein Projekt zur Beseitigung von Mélange und erleichterte zu diesem Zweck einen Besuch russischer Techniker in Mélange-Lagerungsstätten in Kasachstan, um die Vernichtung von Mélange in Einrichtungen der Russischen Föderation vorzubereiten. (Siehe Forum für Sicherheitskooperation, S. 46; Projektkoordinator in der Ukraine, S. 84;

Zentrum in Astana, S. 97; Exekutivmanagement, S. 128; Sekretariat, S. 126; Rechtsdienst, S. 134; Konfliktverhütungszentrum, S. 146.)

ETHNISCHE SPANNUNGEN AUFZEIGEN UND EINER RASCHEN LÖSUNG ZUFÜHREN. Der Hohe Kommissar für nationale Minderheiten befasste sich weiterhin mit ethnischen Spannungen und den Lebensbedingungen von Minderheitengemeinschaften in vielen Teilnehmerstaaten, die er im Hinblick auf die nationale Gesetzgebung betreffend Minderheiten und interethnische Beziehungen ganz allgemein beriet. Der Hohe Kommissar unterstützte auch mehrere Länder in ihrem bilateralen Dialog über Fragen nationaler Minderheiten und arbeitete mit internationalen Organisationen in einschlägigen Fragen wie Staatenlosigkeit und der Lage der Roma zusammen. *(Siehe Hoher Kommissar für Nationale Minderheiten, S. 116.)*

STABSAKADEMIE FÜR GRENZMANAGEMENT. Die OSZE-Stabsakademie für Grenzmanagement entwickelt sich zunehmend zu einem Aus- und Fortbildungszentrum für Grenzmanagement und -sicherheit. Durch Lehrgänge für afghanische Zollbeamte, eine Expertenkonferenz zum Thema regionale Sicherheit und eine Ausbildungsveranstaltung für tadschikische und afghanische Beamte in Litauen konnte sich die Stabsakademie international stärker profilieren. An den Lehrgängen nahmen an die 300 Beamte und Experten aus 15 OSZE-Teilnehmerstaaten und den Ländern der OSZE-Kooperationspartner, unter ihnen Afghanistan und die Mongolei, teil. *(Siehe Büro in Tadschikistan, S. 103; Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte, S. 111; Exekutivmanagement, S. 128; Rechtsdienst, S. 134; Konfliktverhütungszentrum, S. 146.)*

Wirtschafts- und Umweltdimension

ENERGIE, VERKEHR UND GRENZÜBERSCHREITENDE ZUSAMMENARBEIT. Das 19. Wirtschafts- und Umweltforum war der Förderung nachhaltiger Energie- und Verkehrssysteme gewidmet, der Workshop des Vorsitzes zu „Wirtschafts- und Umweltaktivitäten als vertrauensbildende Maßnahmen“ unterstrich das Potenzial dieser Aktivitäten, die zur Vertrauensbildung, zur Verringerung möglicher Spannungsursachen und zur Stärkung der Sicherheit beitragen können. Eine hochrangige Konferenz zum Thema „Integration der weltweiten Energiemärkte – Energiesicherheit schaffen“ bot ein Forum für Diskussionen über konzernübergreifenden Energiehandel und konzernübergreifende Mechanismen zur Sicherung eines krisenfesten Energietransits und zur Diversifizierung der Energieressourcen in der OSZE-Region und darüber hinaus *(Siehe Bericht des Amtierenden Vorsitzes, S. 18; Büro des Koordinators für ökonomische und ökologische Aktivitäten der OSZE, S. 152.)*

IMPLEMENTIERUNGSTREFFEN ZUR WIRTSCHAFTS- UND UMWELTDIMENSION. 2011 fand zum ersten Mal das neue Implementierungstreffen zur Wirtschafts- und Umweltdimension statt, das die Umsetzung der Verpflichtungen in der zweiten Dimension beurteilen und Prioritäten für die künftige Arbeit setzen sollte. Am 7. Dezember verabschiedete der Ständige Rat einen Beschluss, dieses Treffen einmal jährlich abzuhalten. *(Siehe Bericht des Amtierenden Vorsitzes, S. 18; Büro des Koordinators für ökonomische und ökologische Aktivitäten der OSZE, S. 152.)*

Menschliche Dimension

IMPLEMENTIERUNGSTREFFEN ZUR MENSCHLICHEN DIMENSION. Rund 1000 Vertreter von Regierungen und der Zivilgesellschaft aus 56 OSZE-Teilnehmerstaaten

prüften auf der größten Menschenrechtskonferenz in Europa die Fortschritte in Bezug auf die Umsetzung der OSZE-Verpflichtungen in den Bereichen Menschenrechte und Demokratie. Ganz oben auf der Agenda standen die demokratischen Übergangsprozesse in den Ländern der südlichen OSZE-Mittelmeerpartner und die Menschenrechtslage in Belarus. (*Siehe Bericht des Amtierenden Vorsitzes, S. 18; Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte, S. 111.*)

VERTRAUENSBIILDUNG. In Zusammenarbeit mit dem Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte der OSZE organisierte der Vorsitz drei Zusätzliche Treffen zur menschlichen Dimension über Nationale Menschenrechtsinstitutionen, die Verhütung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Hassverbrechen durch Bildungs- und Bewusstseinsbildungsinitiativen und die Förderung von Pluralismus in den neuen Medien, woran auch die Beauftragte für Medienfreiheit mitwirkte. (*Siehe Bericht des Amtierenden Vorsitzes, S. 18; Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte, S. 111.*)

WAHLBEOBACHTUNG. 2011 führte das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte 18 Wahlbeobachtungsaktivitäten in 17 Teilnehmerstaaten durch, die acht Wahlbeurteilungen und zehn Wahlbeobachtungsmissionen umfassten. In zwei Teilnehmerstaaten wurden ferner Expertenteams zur Beobachtung von Kommunalwahlen entsandt. Die Parlamentarische Versammlung führte 2011 sechs Wahlbeobachtungsmissionen durch und arbeitete dabei mit anderen Parlamentarischen Versammlungen und dem OSZE-Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte zusammen. (*Siehe Parlamentarische Versammlung, S. 49; Feldoperationen, S. 54; Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte, S. 111.*)

FRAUENRECHTE UND GLEICHSTELLUNGSFRAGEN. Auf der Agenda zur menschlichen Dimension standen 2011 die Förderung von Frauenrechten und Gleichberechtigung, die rechtliche und wirtschaftliche Stärkung der Rolle der Frauen, die Verhütung von Gewalt gegen Frauen im häuslichen Umfeld und die Unterstreichung der Notwendigkeit der Beteiligung von Frauen an Frieden und Sicherheit. Die Veranstaltungen umfassten eine von der Gruppe Terrorismusbekämpfung, der Abteilung Genderfragen und dem Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte veranstaltete „Expertenrunde über die Verhütung einer terroristischen Radikalisierung von Frauen“. Die Abteilung Genderfragen veranstaltete auch Konferenzen über „UNSCR 1325 – Von der Theorie zu größtmöglicher Sicherheit in der OSZE“ und „Frauen als selbstständige Wirtschaftstreibende in der OSZE-Region – Entwicklungen und bewährte Verfahren“. (*Siehe Bericht des Amtierenden Vorsitzes, S. 18; Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte, S. 111; Abteilung Genderfragen, S. 135; Gruppe Terrorismusbekämpfung, S. 143; Partnerschaften für Sicherheit und Zusammenarbeit, S. 162.*)

Dimensionsübergreifende Aktivitäten

OSZE-MINISTERRAT. Die Außenminister der 56 OSZE-Teilnehmerstaaten und der 12 OSZE-Kooperationspartner kamen in Wilna zusammen, um sich mit den sicherheitspolitischen Herausforderungen in allen drei Dimensionen auseinanderzusetzen, und verabschiedeten dazu einen Beschluss über Frühwarnung, frühzeitiges Handeln, Dialogerleichterung und Mediationsunterstützung sowie Konfliktnachsorge. Die Teilnehmerstaaten erzielten auch Konsens über den Umgang mit grenzüberschreitenden Bedrohungen, die Bekämpfung des Menschenhandels, die Förderung der Chancengleichheit für Frauen in der Wirtschaft, die Verstärkung des Verkehrsdialogs, die angemessene Rolle der OSZE bei der

Förderung von UNSCR 1540, den Umgang mit Kleinwaffen und leichten Waffen und Lagerbeständen konventioneller Munition, die Verstärkung des Engagements der OSZE für die Kooperationspartner und über für das Forum für Sicherheitskooperation relevante Fragen. (Siehe *Botschaft des Generalsekretärs*, S. 6, *Bericht des Amtierenden Vorsitzes*, S. 18; *Forum für Sicherheitskooperation*, S. 46; *Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte*, S. 111; *Beauftragter für Medienfreiheit*, S. 121; *Exekutivmanagement*, S. 128; *Büro des Generalsekretärs*, S. 128; *Konfliktverhütungszentrum*, S. 146; *Hauptabteilung Verwaltung und Finanzen*, S. 128; *Partnerschaften für Sicherheit und Zusammenarbeit*, S. 162.)

V-V-DIALOGUE. Im Zuge der Nachbereitung der *Gedenkerklärung von Astana – Auf dem Weg zu einer Sicherheitsgemeinschaft* bahnte der Vorsitz eine Reihe informeller Diskussionen über euroatlantische und eurasische Sicherheit an. Die sogenannten „V-V-Dialoge“ (von Vancouver bis Wladiwostok über Wien und Wilna) sind ganz im Sinne des Korfu-Prozesses geführte informelle Aussprachen auf Botschafterebene. (Siehe *Bericht des Amtierenden Vorsitzes*, S. 18; *Konfliktverhütungszentrum*, S. 146.)

20. JAHRESTAGUNG DER PARLAMENTARISCHEN VERSAMMLUNG DER OSZE. Die Parlamentarische Versammlung verabschiedete die *Erklärung von Belgrad*, die auf die Themen Computer- und Netzsicherheit, Menschenhandel, Freiheit im Internet, Menschenrechte und andere Fragen eingeht und Reformen fordert, die die OSZE transparenter und offener für die Zivilgesellschaft machen und sie in Krisen zu einer schnelleren Reaktion befähigen sollen. (Siehe *Parlamentarische Versammlung der OSZE*, S. 49.)

BEKÄMPFUNG DES MENSCHENHANDELS. Die Sonderbeauftragte und Koordinatorin der OSZE für die Bekämpfung des Menschenhandels bemühte sich 2011 um die Schärfung des politischen Profils in dieser Frage und trat für die Verbesserung der Umsetzung der OSZE-Verpflichtungen im Bereich der Bekämpfung des Menschenhandels in allen Teilnehmerstaaten ein. Diese Verpflichtungen schreiben die Hauptverantwortung der Teilnehmerstaaten für die Bekämpfung des Menschenhandels fest und erteilen den OSZE-Institutionen, -Strukturen und -Feldoperationen Aufträge in klar umrissenen Bereichen. Die Außenminister der OSZE-Teilnehmerstaaten einigten sich auf dem Ministerratstreffen von Wilna auf eine Erklärung zur Bekämpfung jeder Form von Menschenhandel, in der sie ihre feste und unverbrüchliche Entschlossenheit erklären, gegen jede Form von Menschenhandel vorzugehen. (Siehe *Bericht des Amtierenden Vorsitzes*, S. 18; *Feldoperationen*, S. 54; *Gruppe Strategische Polizeianglegenheiten*, S. 138; *Büro des Sonderbeauftragten und Koordinators für die Bekämpfung des Menschenhandels*, S. 141.)

COMPUTER- UND NETZSICHERHEIT. Bedrohungen aus dem Internet für kritische Infrastruktur, Internetkriminalität und die Verwendung des Internets zu terroristischen Zwecken standen auf der Tagesordnung einer zweitägigen OSZE-Konferenz zum Thema „Ein umfassender Ansatz in Fragen der Internetsicherheit – Überlegungen zur zukünftigen Rolle der OSZE“. (Siehe *Bericht des Amtierenden Vorsitzes*, S. 18; *Gruppe Terrorismusbekämpfung*, S. 143.)

OSZE-AKADEMIE. In den acht Jahren ihres Bestehens nahm die OSZE-Akademie über 100 Studenten, Beamte und Universitätsabsolventen aus allen fünf zentralasiatischen Staaten, aus Afghanistan und dem ganzen OSZE-Raum zur Teilnahme an ihrem MA-Lehrgang, an Forschungs- und Dialoginitiativen sowie an Aus- und Fortbildungen auf. (Siehe *Zentrum in Bischkek*, S. 100.)

Langzeitkonflikte

5+2-VERHANDLUNGEN. Der Prozess zur Beilegung der Transnistrien-Frage machte mit der erstmaligen Wiederaufnahme offizieller Verhandlungen am 30. November in Wilna sichtbare Fortschritte. Zum zweitägigen 5+2-Treffen – die offizielle Bezeichnung lautet „Die Ständige Konferenz zu politischen Fragen im Rahmen des Verhandlungsprozesses über eine Regelung für Transnistrien“ – kamen Vertreter beider Seiten, Vermittler und Beobachter aus Moldau, Transnistrien, der OSZE, der Russischen Föderation, der Ukraine, den Vereinigten Staaten sowie der Europäischen Union zusammen. (*Siehe Botschaft des Generalsekretärs, S. 6; Bericht des Amtierenden Vorsitzes, S. 18; Mission in Moldau, S. 81; Büro des Generalsekretärs, S. 128, Partnerschaften für Sicherheit und Zusammenarbeit, S. 162.*)

GENFER GESPRÄCHE. Die OSZE war 2011 Kovorsitzende bei vier Runden der Genfer Gespräche. Gemeinsam mit den Vereinten Nationen und der Europäischen Union führte die OSZE den Vorsitz bei den Gesprächen zwischen Teilnehmern aus Georgien, der Russischen Föderation, den Vereinigten Staaten sowie aus Zchinwali und Suchumi. Der Vorsitz appellierte das ganze Jahr hindurch immer wieder an die Teilnehmer, sich mit doppeltem Einsatz um Fragen wie die Enthaltung von der Anwendung von Gewalt, internationale Sicherheitsvereinbarungen, die Rückkehr von Binnenvertriebenen und Flüchtlingen in Sicherheit und Würde und die humanitären Bedürfnisse vor Ort zu bemühen. Ein 2010 beschlossenes Paket von Projekten zur Sanierung der Wasserversorgung wurde umgesetzt und die Freilassung von 26 Gefangenen am 30. Dezember bildete einen wichtigen Schritt zur Vertrauensbildung und einen Beitrag zur Sicherung der Bewegungsfreiheit. (*Siehe Bericht des Amtierenden Vorsitzes, S. 18; Büro des Generalsekretärs, S. 128; Konfliktverhütungszentrum, S. 146; Partnerschaften für Sicherheit und Zusammenarbeit, S. 162.*)

DER KONFLIKT, MIT DEM SICH DIE MINSK-KONFERENZ DER OSZE BEFASST. Der Vorsitz, die Kovorsitzenden, die Mitglieder der Minsk-Gruppe und andere Teilnehmerstaaten drängten die Parteien das ganze Jahr hindurch, die Verhandlungen über eine friedliche Beilegung des Berg-Karabach-Konflikts, darunter auch die Enthaltung von der Androhung oder Anwendung von Gewalt, territoriale Integrität, Gleichberechtigung und das Selbstbestimmungsrecht der Völker, mit größerer Kompromissbereitschaft fortzusetzen. Tödliche Zwischenfälle entlang der Kontaktlinie ließen die Spannung in dieser Gegend zunehmen. Am Rande des Ministerrats von Wilna einigten sich die Delegationsleiter der Kovorsitzländer der Minsk-Gruppe und die Außenminister von Armenien und Aserbaidschan auf eine gemeinsame Erklärung, in der sie sich auf die Notwendigkeit verständigten, Verhandlungen im Format der Minsk-Gruppe der OSZE fortzusetzen. (*Siehe Bericht des Amtierenden Vorsitzes, S. 18; Parlamentarische Versammlung, S. 49; Konfliktverhütungszentrum, S. 146.*)

Die Arbeit mit den Partnern

KOOPERATIONSPARTNER IM MITTELMEERRAUM. Die Mittelmeer-Kontaktgruppe trat 2011 fünf Mal zusammen, um ein breites Spektrum an Sicherheitsfragen und Möglichkeiten einer OSZE-Unterstützung für die friedlichen Übergangsprozesse im südlichen Mittelmeerraum zu erörtern. Es fanden Informationssitzungen zu allen drei Dimensionen, unter anderem zu Grenzsicherheit und -management, Nichtverbreitung, Energie- und Umweltsicherheit, Migrationsmanagement und demokratischen Reformen und Menschenrechten, statt. (*Siehe Bericht des Amtierenden Vorsitzes, S. 18; Partnerschaften für Sicherheit und Zusammenarbeit, S. 162.*)

EREIGNISSE IM SÜDLICHEN MITTELMEERRAUM. Auch in diesem Jahr bekundete die OSZE immer wieder ihre Bereitschaft, demokratische Übergangsprozesse zu unterstützen und ihre Erfahrungen mit der Förderung von Sicherheit, der Vergrößerung des Wohlstands und dem Aufbau starker demokratischer Institutionen und einer lebendigen Zivilgesellschaften weiterzugeben. Die Parlamentarische Versammlung entsandte ihre erste Wahlbeobachtungsmission nach Tunesien. Darüber hinaus veranstalteten der OSZE-Generalsekretär und der Untergeneralsekretär für politische Angelegenheiten der Vereinten Nationen gemeinsam ein Treffen am runden Tisch am Rande des Ministerrats, das eine engere Abstimmung der Reaktionen auf die Veränderungen im südlichen Mittelmeerraum herbeiführen sollte. (Siehe *Botschaft des Generalsekretärs*, S. 6; *Bericht des Amtierenden Vorsitzes*, S. 18; *Parlamentarische Versammlung der OSZE*, S. 49; *Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte*, S. 111; *Partnerschaften für Sicherheit und Zusammenarbeit*, S. 162.)

OSZE-MITTELMEERKONFERENZ. Die Teilnehmer an der OSZE-Mittelmeerkonferenz über „Demokratischer Wandel – Herausforderungen und Chancen in der Mittelmeerregion“ tauschten Best Practices und Erfahrungen aus. Wichtige Themen waren unter anderem die Rolle der Polizei und der Streitkräfte in demokratischen Gesellschaften, die Förderung der Menschenrechte, der Grundfreiheiten und der Rechtsstaatlichkeit sowie Good Governance. (Siehe *Bericht des Amtierenden Vorsitzes*, S. 18; *Partnerschaften für Sicherheit und Zusammenarbeit*, S. 162.)

ENGAGEMENT FÜR DIE ZIVILGESELLSCHAFT. Eine Konferenz für die Zivilgesellschaft der Länder der OSZE-Mittelmeerpartner zum Thema „Transparenz und Pluralismus in bewährten Wahlverfahren, politische Teilhabe, Justiz- und Rechtsreform“ und eine Veranstaltung zum Thema „Toleranz und Nichtdiskriminierung im demokratischen Wandel“ boten Vertretern der Zivilgesellschaft aus den OSZE-Teilnehmerstaaten und den Ländern der OSZE-Mittelmeerpartner ein Forum zum Gedankenaustausch und zur Ausarbeitung von Empfehlungen an den Ministerrat von Wilna. Die Teilnehmer an einer parallel dazu stattfindenden zivilgesellschaftlichen OSZE-Konferenz, einer Nebenveranstaltung zum Ministerrat, setzten sich mit der Menschenrechtslage in der OSZE-Region auseinander und verfassten ein Paket politischer Empfehlungen, das sie dem Vorsitz zur Weiterleitung an den Ministerrat unterbreiteten. (Siehe *Bericht des Amtierenden Vorsitzes*, S. 18; *Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte*, S. 111; *Partnerschaften für Sicherheit und Zusammenarbeit*, S. 162.)

KOOPERATIONSPARTNER IN ASIEN. Die Kontaktgruppe für Asien trat 2011 sieben Mal zur Erörterung von Fragen wie grenzüberschreitende Bedrohungen, Grenzsicherheit und -management, Umweltsicherheit, Good Governance und Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung, Menschenrechte und demokratische Fragen, Nichtverbreitung und OSZE-Bemühungen zur Unterstützung der Stabilisierung in Afghanistan zusammen. (Siehe *Bericht des Amtierenden Vorsitzes*, S. 18; *Partnerschaften für Sicherheit und Zusammenarbeit*, S. 162.)

OSZE/MONGOLEI-KONFERENZ. 56 Teilnehmerstaaten erörterten mit den sechs Kooperationspartnern in Asien auf der OSZE/Mongolei-Konferenz, wie man die Synergien im Umgang mit grenzüberschreitenden Bedrohungen, bei der Förderung der internationalen Wirtschaftszusammenarbeit und der Förderung der Menschenrechte und Grundfreiheiten verstärken kann. (Siehe *Bericht des Amtierenden Vorsitzes*, S. 18; *Büro des Generalsekretärs*, S. 128; *Partnerschaften für Sicherheit und Zusammenarbeit*, S. 162.)

MONGOLEI. Die Mongolei, seit 2004 Kooperationspartner, brachte am 28. Oktober offiziell ein Ersuchen um Aufnahme als Teilnehmerstaat ein. Auf dem Ministerrat von Wilna wurde der designierte irische Vorsitz beauftragt, diesem Ersuchen den Weg zu ebnen. (*Siehe Bericht des Amtierenden Vorsitzes, S. 18.*)

ENGAGEMENT FÜR AFGHANISTAN. Die Organisation führte ihr Engagement für Afghanistan intensiver fort und sorgte dafür, dass afghanische Partner verstärkt an OSZE-Aktivitäten, darunter Ausbildungsveranstaltungen zu den Bereichen Drogenbekämpfung, Zoll, Räumung von Landminen, Reisedokumentsicherheit, Grenzmanagement und Terrorismusbekämpfung, teilnehmen konnten. (*Siehe Bericht des Amtierenden Vorsitzes, S. 18; Zentrum in Bischkek, S. 100; Büro in Tadschikistan, S. 103; Exekutivmanagement, S. 128; Sekretariat, S. 126; Rechtsdienst, S. 134; Gruppe Strategische Polizeiangelegenheiten, S. 138; Konfliktverhütungszentrum, S. 146; Partnerschaften für Sicherheit und Zusammenarbeit, S. 162.*)

Aktivitäten des Vorsitzes

SICHERHEIT VON JOURNALISTEN UND MEDIENFREIHEIT. Der Schutz von Journalisten und freien Medien stellte eine wichtige Priorität des litauischen Vorsitzes in der menschlichen Dimension dar. Eine Konferenz zum Thema Sicherheit von Journalisten bot ein Diskussionsforum über Möglichkeiten zur Gewährleistung sicherer und freier Arbeitsbedingungen für Medien in der OSZE-Region. Zum Abschluss der Konferenz präsentierten der Amtierende Vorsitzende der OSZE und die OSZE-Beauftragte für Medienfreiheit die *Empfehlungen von Wilna über die Sicherheit von Journalisten*. Weitere Veranstaltungen waren eine Diskussion am runden Tisch über den Schutz von Journalisten vor Gewalt, ein Zusätzliches Treffen zur menschlichen Dimension über die Förderung von Pluralismus in den neuen Medien und die Vorstellung des *OSCE Safety of Journalists Guidebook* auf dem Ministerrat in Wilna. (*Siehe Bericht des Amtierenden Vorsitzes, S. 18; Beauftragter für Medienfreiheit, S. 121.*)

TOLERANZ UND NICHTDISKRIMINIERUNG. Die Förderung von Toleranz und Nichtdiskriminierung, insbesondere durch Bildung und Bewusstseinsbildung, war eine der Prioritäten des Vorsitzes 2011. In Zusammenarbeit mit dem BDIMR und den drei Sonderbeauftragten des Amtierenden Vorsitzenden organisierte der Vorsitz eine Reihe von Veranstaltungen – „Bekämpfung von Antisemitismus im öffentlichen Diskurs“, „Verhütung von hassmotivierten Übergriffen und Verbrechen gegen Christen und die Reaktion darauf“ und „Bekämpfung von Intoleranz und Diskriminierung gegenüber Muslimen im öffentlichen Diskurs“ –, die das Bewusstsein für Diskriminierungen schärfen und Mittel und Wege zu ihrer Verhütung und zum richtigen Umgang damit suchen sollten. (*Siehe Bericht des Amtierenden Vorsitzes, S. 18; OSZE-Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte, S. 111.*)

OSZE-VORTRÄGE. Das zweite Seminar im Rahmen der jährlichen OSZE-Vorträge unter dem Titel „Brücken schlagen: Sicherheitsgemeinschaft und Partnerschaften für den Wandel“ setzte sich eingehend mit der Rolle der internationalen Gemeinschaft, der Zivilgesellschaft, der Frauen und der Medien für die Unterstützung eines demokratischen Wandels und Übergangsprozesses auseinander. Zu dieser Veranstaltung wurde ein Bericht veröffentlicht, der an internationalen Thinktanks verteilt wurde. (*Siehe Bericht des Amtierenden Vorsitzes, S. 18; Abteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, S. 129; Abteilung Genderfragen, S. 135.*)

SONSTIGE VERANSTALTUNGEN. In Zusammenarbeit mit dem BDIMR veranstaltete der Vorsitz ein Seminar über „Die Rolle der politischen Parteien im politischen Prozess“ sowie eine „Expertenkonferenz über nationale Menschenrechtsinstitutionen im OSZE-Raum“. Darüber hinaus organisierte er eine „Sonderveranstaltung zum Thema Binnenvertriebene und Flüchtlinge“, die der Ermittlung von Schutzdefiziten und der Erkundung nachhaltiger Lösungsmöglichkeiten für Binnenvertriebene im OSZE-Raum galt. (*Bericht des Amtierenden Vorsitzenden, S. 18; Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte, S. 111; Partnerschaften für Sicherheit und Zusammenarbeit, S. 162.*)

Besondere Ereignisse

OSZE-GENERALSEKRETÄR. Am 30. Juni verabschiedete der Ministerrat einen Beschluss über die Bestellung von Botschafter Lamberto Zannier aus Italien zum Generalsekretär der OSZE mit Wirkung vom 1. Juli 2011. Er folgte damit Marc Perrin de Brichambaut (Frankreich) nach, der seit Juni 2005 das Amt des Generalsekretärs bekleidet hatte. (*Siehe Bericht des Amtierenden Vorsitzes, S. 18.*)

BÜRO IN ZAGREB. Die 56 Teilnehmerstaaten der OSZE kamen am 15. Dezember überein, dass das Büro in Zagreb sein Mandat erfolgreich erfüllt habe, und somit verabschiedete der Ständige Rat den Beschluss, die OSZE-Feldpräsenz in Kroatien nach fünfzehnjähriger Tätigkeit im Gastland zu schließen. (*Siehe Botschaft des Generalsekretärs, S. 6; Bericht des Amtierenden Vorsitzes, S. 18; Büro in Zagreb, S. 78.*)

**BERICHT DES
AMTIERENDEN
VORSITZENDEN**

SCHREIBEN DES AMTIERENDEN VORSITZENDEN

Im Januar 2011 stellte sich der litauische Vorsitz der Herausforderung, der Vision, die in der *Gedenkerklärung von Astana – Auf dem Weg zu einer Sicherheitsgemeinschaft* von den 56 OSZE-Teilnehmerstaaten zum Ausdruck gebracht wurde, näher zu kommen – der Vision einer freien, demokratischen, gemeinsamen und unteilbaren euroatlantischen und eurasischen Sicherheitsgemeinschaft von Vancouver bis Wladiwostok, deren Grundlage vereinbarte Prinzipien, gemeinsame Verpflichtungen und gemeinsame Ziele sind.

Es war eine große und anspruchsvolle Aufgabe, doch konnten wir dank einer klaren Prioritätensetzung – Langzeitkonflikte, Medienfreiheit, grenzüberschreitende Bedrohungen, Energiesicherheit sowie Toleranz und Nichtdiskriminierung – einige bedeutsame Schritte auf dem Weg zur Verwirklichung dieser Vision vorankommen.

Es ist uns gelungen, den Prozess zur Beilegung der Transnistrien-Frage wiederzubeleben, die Leitlinien von Wilna für den Schutz von Journalisten zu formulieren, unsere Fähigkeit zur Bekämpfung grenzüberschreitender Bedrohungen und zur Bewältigung des Konfliktzyklus zu verbessern, die Zusammenarbeit mit unseren Kooperationspartnern zu verstärken und das Mandat unseres Büros in Zagreb erfolgreich zum Abschluss zu bringen.

Wir reagierten auch rasch und wirkungsvoll auf unvorhergesehene politische und sicherheitspolitische Entwicklungen in unserer Region, darunter die Vorkommnisse im Anschluss an die Präsidentenwahl in Belarus vom Dezember 2010, die politische Krise in Albanien, die Gewaltausbrüche im Nordkosovo und die dramatischen Ereignisse des arabischen Frühlings.

Besonders ist hervorzuheben, dass die OSZE-Teilnehmerstaaten auf dem Ministerratstreffen in Wilna konkrete Maßnahmen verabschiedet haben, um die uneingeschränkte Achtung und Umsetzung der Kernprinzipien und -verpflichtungen der OSZE in allen Dimensionen der Arbeit der OSZE zu gewährleisten. Diese Maßnahmen werden unsere Organisation stärken und die Grundlage für weitere Fortschritte in den kommenden Jahren bilden.

Trotz allem bleibt noch viel zu tun. In vielen Ländern werden Menschen noch immer ihre grundlegenden Menschenrechte vorenthalten, Journalisten werden nach wie vor an der Ausübung ihrer Tätigkeit gehindert und Wahlprozesse bedürfen noch immer der Verbesserung, damit sie wirklich frei und fair sind. Deshalb sind wir verpflichtet, weiter entschlossen zu handeln und zusammenzuarbeiten, um Gegensätze zu überbrücken und unseren gemeinsamen Raum zu einer echten Sicherheitsgemeinschaft zu machen.

Im vergangenen Jahr habe ich die gesamte OSZE-Region bereist. Bei unzähligen Treffen und Diskussionen zeigte sich immer wieder eines ganz deutlich: Es ist die alltägliche Arbeit der Feldpräsenzen der OSZE, der Vertreter ihrer Institutionen, ihrer Parlamentarischen Versammlung und ihres Sekretariats, die unsere umfassende Sicherheitsordnung in ihrem Innersten zusammenhält. Ich möchte allen meinen Kollegen in der gesamten OSZE danken und sage den zukünftigen Vorsitzenden und der Arbeit dieser Organisation unsere volle Unterstützung zu.

Audronius Ažubalis
OSZE-Vorsitzender 2011

BERICHT DES AMTIERENDEN VORSITZENDEN

In seiner Eröffnungsansprache vor dem Ständigen Rat der OSZE am 13. Januar 2011 erinnerte der Amtierende Vorsitzende der OSZE und litauische Außenminister Audronius Ažubalis die Anwesenden daran, dass sich sein eigenes Land auf den Tag genau vor 20 Jahren, am 13. Januar 1991, für die Freiheit entschieden hatte. Mit Rückendeckung der internationalen Staatengemeinschaft unternahm Litauen damals die ersten vorsichtigen Schritte auf dem Weg zurück nach Europa.

Seine jüngste Geschichte als junge unabhängige Republik hatte Litauen gut darauf vorbereitet, die 56 Teilnehmerstaaten der OSZE bei der Erfüllung der Verpflichtung zu führen, die sie nur wenige Wochen zuvor auf dem Gipfeltreffen von Astana eingegangen waren. Mit der Verabschiedung der *Gedenkerklärung von Astana – Auf dem Weg zu einer Sicherheitsgemeinschaft* (SUM.DOC/1/10/Corr.1) bekannten sie sich erneut zur gemeinsamen Vision einer freien, demokratischen, gemeinsamen und unteilbaren euro-atlantischen und eurasischen Sicherheitsgemeinschaft, deren Grundlage gemeinsame Werte, vereinbarte Verpflichtungen und gemeinsame Ziele bilden. Sie hatten dem designierten litauischen Vorsitz sowie den nachfolgenden OSZE-Vorsitzenden aufgetragen, mit dem Ziel eines konkreten Aktionsplans einen Folgeprozess zu organisieren. Anfang des Jahres 2011 steckte der litauische Vorsitz den Kurs für seine Vorhaben ab, die bedeutsame Schritte in allen drei Dimensionen bewirken und zur Einlösung dieses erneuten Bekenntnisses führen sollten.

In den 20 Jahren, in denen sich Litauen von einer gerade erst unabhängig gewordenen Nation zu einem vollwertigen unabhängigen demokratischen Staat entwickelte, konnte es viele für das Jahr 2011 nützliche Erfahrungen sammeln, besonders im Hinblick auf die fünf Hauptprioritäten, die sich der Vorsitz vorgenommen hatte: Langzeitkonflikte, Medienfreiheit, grenzüberschreitende Bedrohungen einschließlich der vom Hoheitsgebiet Afghanistans ausgehenden, Energiesicherheit sowie Toleranz und Nichtdiskriminierung. Unvorhergesehene Herausforderungen wie die Ereignisse im Gefolge der Präsidentenwahl in Belarus vom Dezember 2010, die politische Krise in Albanien, das Aufflammen der Gewalt im nördlichen Kosovo und die dramatischen Ereignisse des Arabischen Frühlings kamen zur bereits gut gefüllten Agenda hinzu. Doch den Teilnehmerstaaten gelang es unter der Führung Litauens, den Zusammenhalt innerhalb der OSZE zu stärken und spürbare Fortschritte im Bemühen zu machen, der Erfüllung der Versprechen von Astana näher zu kommen. Auf dem Ministerrat verabschiedeten sie Beschlüsse, die dafür sorgen werden, dass die Organisation ihren Weg zu einem ungeteilten, freien und mit sich selbst in Frieden lebenden Europa fortsetzt.

Erneutes Bekenntnis und Gedenken

Im Rahmen der durch die *Gedenkerklärung von Astana* vorgegebenen übergeordneten strategischen Zielsetzung, den Folgeprozess zu organisieren, arbeitete der litauische Vorsitz darauf hin, Offenheit und Transparenz zu fördern, Vertrauen aufzubauen, Spannungen im gesamten OSZE-Raum abzubauen, auf die in Astana bekräftigten grundlegenden Verpflichtungen von Helsinki, Paris und Istanbul ganz konkret aufzubauen und Menschenrechte, Grundfreiheiten und die Rechtsstaatlichkeit hochzuhalten.

Im Großen und Ganzen stützte sich der litauische Vorsitz bei der Weiterentwicklung dieses Prozesses auf die vorhandenen OSZE-Strukturen und -Mechanismen. Er bahnte auch die „V-V-Dialoge“ an, eine Reihe informeller Treffen zum Thema euroatlantische und eurasische Sicherheit, darunter auch informelle Gespräche auf Botschafterebene ganz im Geiste des Korfu-Prozesses. Die V-V-Dialoge (von Vancouver bis Wladiwostok über Wien und Wilna) und damit zusammenhängende Nebenveranstaltungen ergänzten die offiziellen Diskussionen im Rahmen der OSZE-Strukturen und legten das Fundament für die Erörterung und Verabschiedung der Beschlüsse auf dem OSZE-Ministerratstreffen (Wilna, 6.–7. Dezember).

V-V-Dialoge

Die Teilnehmerstaaten kamen auf dem Gipfel von Astana überein, dass das Management des Konfliktzyklus – Frühwarnung, Konfliktverhütung, Krisenmanagement und Konfliktnachsorge – eine der wichtigsten Prioritäten der OSZE ist. Die Organisation verfügt zwar bereits über ein umfassendes Instrumentarium samt Mechanismen und Verfahren, um sich in den einzelnen Phasen einer Krise oder eines Konflikts einbringen zu können, doch wiesen die Teilnehmerstaaten im Zuge des Korfu-Prozesses und im Vorfeld des Gipfeltreffens von Astana immer wieder auf die Notwendigkeit hin, die strategischen Fähigkeiten der OSZE zu verbessern, zu stärken und zu koordinieren, damit sie während des gesamten Konfliktzyklus wirksam handeln kann. Die Krisen und Konflikte in der OSZE-Region der letzten Jahre machten deutlich, wie dringend notwendig das ist. Die V-V-Dialoge boten ein Forum für eine Bilanz der Debatten seit Beginn des Korfu-Prozesses und für die Entwicklung konkreter, praktisch umsetzbarer Arbeitsergebnisse in diesem Bereich.

Dank des aktiven Engagements der Teilnehmerstaaten wurde ein Beschlussentwurf über die Verstärkung der Fähigkeiten der OSZE in Bezug auf den Konfliktzyklus ausgearbeitet und dem OSZE-Ministerrat zur Erwägung vorgelegt. Dieser Beschluss enthielt neue Ideen für eine Stärkung der operativen Fähigkeiten der OSZE in den Bereichen Frühwarnung, frühzeitiges Handeln, Dialogerleichterung, Mediationsunterstützung und Konfliktnachsorge. Er wies auch dem Sekretariat und dem Generalsekretär neue Aufgaben zu.

*Teilnehmer am Expertentreffen im Rahmen des „V-V-Dialogs“ bei Erörterungen über die Stärkung der Fähigkeiten der OSZE für Mediationsunterstützung. Wien, 12. Juli 2011.
(Litauisches Außenministerium/Paulius Kalmantas)*

Die V-V-Dialoge

2011 fanden im Rahmen der V-V-Dialoge sieben Sitzungen statt, darunter:

- ein informelles Treffen auf Botschafterebene unter dem Motto „Anschub für den V-V-Dialog zum Konfliktzyklus“ (15. März)
- ein Expertentreffen über „Verstärkung der Frühwarnungs- und Analysefähigkeit der OSZE“ (15. April)
- ein Workshop des Vorsitzes über „Konfliktnachsorge – Stabilisierung, Wiederaufbau und Friedensstiftung“ (2.–3. Mai)

- ein informelles Treffen auf Botschaferebene über „Herausforderungen durch natürliche und vom Menschen verursachte Katastrophen und die koordinierte Reaktion der internationalen Staatengemeinschaft“ (20. Mai)
- ein Expertentreffen über „Stärkung der Mediationsunterstützungsfähigkeit in der OSZE“ (12. Juli)
- ein Workshop auf Botschaferebene über „Rasche Reaktion auf Krisen und auftretende Konflikte“ (20. September)
- das Abschlussseminar „Auf dem Weg zu einer echten Sicherheitsgemeinschaft“ (14. Dezember), das die Fortschritte, die die OSZE 2011 auf dem Weg zur Verwirklichung der Vision einer Sicherheitsgemeinschaft gemacht hat, bewerten und die zu erwartenden Herausforderungen ermitteln sollte.

Langzeitkonflikte

Die Beilegung von Langzeitkonflikten war eine der vorrangigen Prioritäten des Vorsitzes. Die OSZE-Beauftragten setzten 2011 ihre Arbeit im Rahmen der bestehenden Verhandlungsformate fort, um in diesem Bereich Fortschritte zu machen. Diese Bemühungen trugen zu Jahresende erste Früchte und gaben Anlass zur Hoffnung, dass kleine, bedeutsame Schritte in die richtige Richtung am Ende die Vision einer echten Sicherheitsgemeinschaft von Vancouver bis Wladiwostok Wirklichkeit werden lassen.

MOLDAU. Der Prozess zur Beilegung der Transnistrien-Frage machte mit der erstmaligen Wiederaufnahme offizieller Verhandlungen am 30. November und 1. Dezember in Wilna sichtbare Fortschritte. Zu dem zweitägigen 5+2-Treffen – die offizielle Bezeichnung lautet „Die Ständige Konferenz zu politischen Fragen im Rahmen des Verhandlungsprozesses über eine Regelung für Transnistrien“ – kamen Vertreter beider Seiten, Vermittler und Beobachter aus Moldau, Transnistrien, der OSZE, der Russischen Föderation, der Ukraine, den Vereinigten Staaten sowie aus der Europäischen Union. Die Gespräche unter dem Vorsitz des Sonderbeauftragten des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für Langzeitkonflikte, Botschafter Giedrius Čekuolis, widmeten sich der Erörterung der Grundsätze und Verfahren für den offiziellen Verhandlungsprozess. Der Amtierende Vorsitzende bezeichnete das bahnbrechende Treffen – die ersten offiziellen Gespräche nach einer sechs Jahre dauernden Unterbrechung – als „Sprungbrett zu weiteren spürbaren Fortschritten“ und äußerte die Hoffnung, die Fortschritte würden unter dem designierten irischen Vorsitz eine Fortsetzung finden.

Am 9. September kam es – unter unmittelbarer Beteiligung des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE, Audronius Ažubalis, – in Bad Reichenhall (Deutschland) zu einem informellen Treffen zwischen dem Ministerpräsidenten von Moldau, Vlad Filat, und dem transnistrischen Führer Igor Smirnow, auf dem ein Regelwerk für die Arbeit der Expertenarbeitsgruppen für vertrauensbildende Maßnahmen beschlossen wurde. Es war dies ein wichtiger Schritt, der den Weg zur anschließenden Einigung in Moskau auf die Wiederaufnahme offizieller Verhandlungen ebnete.

Auf gemeinsame Initiative des litauischen Vorsitzes und des schwedischen Botschafters kam es zu einem Besuch von OSZE-Botschaftern in Chişinău und Tiraspol, der vom 7.–9. Juli stattfand. Botschafter von 19 Delegationen der OSZE erörterten mit den führenden Politikern

von dies- und jenseits des Nistru/Dnjestr unter anderem den Konfliktbeilegungsprozess, die Förderung vertrauensbildender Maßnahmen zwischen beiden Seiten und den Schutz der Menschenrechte. Botschafter Renatas Norkus aus Litauen, Vorsitzender des Ständigen Rates der OSZE, fasste die Gespräche so zusammen: „Mit unserem Besuch vor Ort wollen wir beiden Seiten zeigen, dass sie auf unsere Unterstützung zählen können, damit der Verhandlungsprozess vorankommt. Aus unserer Sicht sollte eine Wiederaufnahme offizieller Verhandlungen im 5+2-Format im September möglich sein, wofür jedoch beide Seiten Flexibilität und Einsicht an den Tag legen müssen.“

Der Persönliche Vertreter des Amtierenden Vorsitzenden und ein Außenstellenmitarbeiter bei einer Beobachtungsmission im November 2011. (OSZE/William Pryor)

Büro des Persönlichen Beauftragten des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für den Konflikt, mit dem sich die Minsk-Konferenz der OSZE befasst

2011 unterstützte der Persönliche Beauftragte, Botschafter Andrzej Kasprzyk, wie schon in den Vorjahren den Vorsitz und die Kovorsitzenden der Minsk-Gruppe der OSZE bei ihren Bemühungen, Hilfestellung bei der Aushandlung der Lösung im Berg-Karabach-Konflikt zu leisten.

Der Persönliche Beauftragte und sein Team unterstützten den Besuch, den der Vorsitzende im März dem Südkaukasus abstattete, sowie die sieben Besuche der Kovorsitzenden der Minsk-Gruppe in der Region im Februar, März, April, Juni, Juli, Oktober und November.

Durch regelmäßige Zusammenkünfte mit Vertretern beider Seiten, auch auf höchster militärischer und politischer Ebene, konnte er den Vorsitzenden und die Kovorsitzenden der Minsk-Gruppe über die jüngsten Entwicklungen auf dem Laufenden halten. Er unterstützte die Kovorsitzenden bei einer Reihe von Treffen mit den Außenministern von Armenien und Aserbaidschan und war ihnen bei der Vorbereitung auf ein Treffen mit den Präsidenten im März behilflich, das auf Einladung des Präsidenten von Russland stattfand, auf dem sie übereinkamen, den Austausch von Kriegsgefangenen zu Ende zu führen und mit Unterstützung des Persönlichen Beauftragten versuchsweise Zwischenfälle entlang der Frontlinien zu untersuchen. Er war auch bei der Vorbereitung eines Treffens der Präsidenten im Juni behilflich, zu dem wiederum der russische Präsidenten einlud.

Mit Unterstützung beider Seiten führten der Persönliche Beauftragte und sein Team 23 Beobachtungen an der Grenze zwischen Armenien und Aserbaidschan und an der Kontaktlinie durch. Im Zuge dieser Unternehmen führte er die Kovorsitzenden der Minsk-Gruppe im April und im Juni über die Kontaktlinie und im November über die Grenze zwischen Armenien und Aserbaidschan, um so zu demonstrieren, dass diese nicht zu einem Hindernis werden dürften, das Kontakte zwischen benachbarten Völkern auf Dauer unmöglich macht. Vertreter der Hochrangigen Planungsgruppe konnten auch an zwei Beobachtungen teilnehmen.

Der Persönliche Beauftragte setzte auch das ganze Jahr hindurch die Zusammenarbeit mit Vertretern internationaler Organisationen fort. Er nahm an Treffen der Parlamentarischen Versammlung der OSZE mit dem Außenpolitischen Ausschuss des Europäischen Parlaments teil und instruierte Vertreter der OSZE, der Teilnehmerstaaten, der Europäischen Union und an einer Lösung des Konflikts interessierte zivilgesellschaftliche Organisationen.

GENFER GESPRÄCHE. Was den anhaltenden Konflikt in Georgien betrifft, sind die internationalen Gespräche in Genf, die nun ins dritte Jahr gehen, ein wertvoller Beitrag zur Sicherheit und Stabilität in der Region. Der Vorsitz unterstützte das ganze Jahr hindurch den Dialog in diesem Format und rief alle Beteiligten zu verstärkten Bemühungen im Hinblick auf die Auseinandersetzung mit Fragen betreffend internationale Sicherheitsvereinbarungen und insbesondere mit der Notwendigkeit, dass sich alle Seiten zur Enthaltung von Gewalt verpflichten, sowie mit den humanitären Bedürfnissen der betroffenen Bevölkerung auf, wofür sie einen Vorschlag für Folgemaßnahmen zu den Empfehlungen eines Berichts des OSZE-Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte und des Hohen Kommissars für nationale Minderheiten der OSZE aus dem Jahr 2008 über Menschenrechte in Konfliktgebieten unterbreiten sollen. Der Amtierende Vorsitzende legte auch einen mit Schweizer Hilfe aktualisierten Vorschlag über ein in Wien im Konfliktverhütungszentrum (KVZ) des OSZE-Sekretariats angesiedeltes Unterstützungsteam vor. Dank der regelmäßigen und so häufig wie nie zuvor stattfindenden Treffen waren deutliche Fortschritte hinsichtlich des wirksamen Einsatzes der (im Rahmen der Genfer Gespräche vereinbarten) Mechanismen zur Verhinderung und Regelung von Zwischenfällen zur Lösung von Sicherheitsfragen vor Ort zu verzeichnen.

Die Freilassung von 26 Gefangenen durch die Behörden in Tiflis und Zchinwali am 30. Dezember – der größte derartige Austausch der letzten Jahre – war ein wichtiger Schritt zum Aufbau von Vertrauen, der hilfreich für die Sicherung der Bewegungsfreiheit war. „Das ist ein weiteres Beispiel dafür, dass die Treffen im Rahmen der Mechanismen zur Verhinderung und Regelung von Zwischenfällen ein wichtiges Instrument für die Lösung strittiger Fragen vor Ort darstellen“, erläuterte der Amtierende Vorsitzende der OSZE.

Unter dem litauischen Vorsitz beteiligte sich die OSZE aktiv am Prozess zur Lösung der humanitären Notlage der vom Konflikt betroffenen Bevölkerung, indem sie Projekte zur Wiederherstellung der Wasserversorgung beiderseits der Verwaltungsgrenze durchführte. Am 17. Juni gab der Sonderbeauftragte der OSZE gemeinsam mit Vertretern der Europäischen Union und des Ministeriums für regionale Entwicklung und Infrastruktur in Georgien den Startschuss zum Nikossi-Wasserprojekt, das im Rahmen der Genfer Gespräche vereinbart worden war und für die Bewässerung der Region um Nikossi und Saltwissi sorgen soll. Ende 2011 kam es auf Initiative der OSZE zu Gesprächen mit den interessierten Parteien über die Durchführung eines weiteren Pakets von Wasserprojekten. Immer wieder betonte der Vorsitz in diesem Jahr, dass der Verhandlungsprozess nur dann vorankomme, wenn sich alle Seiten vollständig einbringen und den entsprechenden politischen Willen an den Tag legen.

Die Kovorsitzenden der Genfer Gespräche (von links nach rechts): UN-Vertreter Antti Turunen, EU-Sonderbeauftragter Philippe Lefort und der Sonderbeauftragte des OSZE-Vorsitzenden für Langzeitkonflikte Giedrius Čekuolis. Genf, 4. Oktober 2011. (OSZE/Frane Maroevic)

Hochrangige Planungsgruppe

Im Einklang mit ihrem Mandat unterstützte die Gruppe den Amtierenden Vorsitzenden durch Empfehlungen für die Ausarbeitung eines Planes für die Einrichtung einer multinationalen OSZE-Friedenstruppe für den Bereich des Konflikts, mit dem sich die Minsk-Konferenz der OSZE befasst, sowie für die dafür erforderlichen Truppen- und Befehlsstrukturen. Um sich den notwendigen Überblick über die aktuelle Lage im möglichen Einsatzgebiet zu verschaffen, nahm die Gruppe an zwei Beobachtungsmissionen an der Kontaktlinie teil, die vom Persönlichen Beauftragten durchgeführt wurden.

Vertreter der Hochrangigen Planungsgruppe hielten auch Kontakt mit den an friedenserhaltenden Aktivitäten beteiligten internationalen und regionalen Organisationen, um sich über die Entwicklungen im Bereich der operativen Planung für Krisenmanagement- bzw. Friedensstiftungseinsätze auf dem Laufenden zu halten.

Der Leiter der Hochrangigen Planungsgruppe wird vom Amtierenden Vorsitzenden ernannt und erhält seine Anweisungen vom Vorsitz. Die Gruppe besteht aus acht entsandten Offizieren und einem Vertragsmitarbeiter, doch sind drei dieser Posten bereits seit einigen Jahren vakant, da die Teilnehmerstaaten kein Interesse an der Entsendung von Mitarbeitern dafür zeigen.

DER KONFLIKT, MIT DEM SICH DIE MINSK-KONFERENZ DER OSZE BEFASST. Das ganze Jahr hindurch drängten der Vorsitz, die Kovorsitzenden und die Mitglieder der Minsk-Gruppe sowie andere Teilnehmerstaaten die Parteien zur Fortsetzung der Verhandlungen über eine friedliche Beilegung des Berg-Karabach-Konflikts mit größerer Kompromissbereitschaft, die auch die Enthaltung von der Androhung oder Anwendung von Gewalt, die territoriale Integrität und die Gleichberechtigung und das Selbstbestimmungsrecht der Völker einschließt.

Die Kovorsitzenden statteten der Region sieben Besuche ab und trafen insgesamt vierzehn Mal an verschiedenen Orten jeweils mit dem aserbaidischen Präsidenten Alijew und dem armenischen Präsidenten Sargsian zusammen. Viermal überschritten die Kovorsitzenden auch die Kontaktlinie, um zu demonstrieren, dass die Linie kein dauerhaftes Hindernis zwischen den Menschen in der Region darstellt und dass es bei entsprechender Bereitschaft aller Seiten möglich ist, die Umsetzung der Waffenruhe militärisch zu koordinieren. Sie wiesen mehrfach darauf hin, dass es keine militärische Lösung gebe und der politische Wille aller die Voraussetzung für die schwierigen Entscheidungen sei, die zur Überwindung des inakzeptablen Status quo und zur Herstellung von Frieden erforderlich sind.

Am Rande des Ministerratstreffens von Wilna einigten sich die Delegationsleiter der Kovorsitzländer der Minsk-Gruppe und die Außenminister von Armenien und Aserbaidschan auf eine gemeinsame Erklärung. Darin verständigten sich die Parteien auf die Notwendigkeit, den Verhandlungsprozess im Format der Minsk-Gruppe der OSZE fortzusetzen und das Klima zu verbessern, um auf dem Weg zu einer friedlichen Beilegung voranzukommen. Als erster Schritt in diese Richtung sollten ihrer Auffassung nach weitere Bemühungen zur Erarbeitung der Einzelheiten des Mechanismus zur Untersuchung von Verletzungen der Waffenruhe gemacht werden. Die Außenminister ließen die Kovorsitzländer auch wissen, dass ihre Präsidenten zu einem weiteren Treffen in nächster Zukunft bereit seien, um ihren

direkten Dialog darüber fortzusetzen, wie man der Bevölkerung ihrer Länder Frieden, Stabilität und Wohlstand bringen kann.

2011 kam es entlang der Kontaktlinie zu vielen beklagenswerten Zwischenfällen. Diese Zwischenfälle forderten Todesopfer und trugen zur Zunahme der Spannungen in der Region bei. Gemeinsam mit den Kovorsitzenden der Minsk-Gruppe forderte der Vorsitz die Parteien auf, unverzüglich weitere Maßnahmen zu ergreifen, um die Waffenruhevereinbarung durch die Einigung auf einen 2011 vorgeschlagenen Mechanismus zur Untersuchung von Zwischenfällen an der Kontaktlinie und durch den Abzug der Heckenschützen sowie die Einrichtung direkter Fernmeldeverbindungen zwischen den örtlichen Kommandeuren abzusichern.

Die Kovorsitzenden der OSZE-Minsk-Gruppe sind Botschafter Robert Bradtke aus den Vereinigten Staaten, Botschafter Igor Popow aus der Russischen Föderation und Botschafter Jaques Faure aus Frankreich, der im Dezember Botschafter Bernard Fassier ablöste.

Einer der 61 T-55-Panzer, die in Montenegro zerstört wurden. (Montenegrinisches Verifikationszentrum)

Das Übereinkommen nach Artikel IV von Dayton

In seinem Bericht an den Ständigen Rat vom 8. September betonte der Persönliche Beauftragte des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE, Brigadegeneral Costanzo Periotto, dass die Parteien von Anhang 1B Artikel IV des Friedensübereinkommens von Dayton „nach wie vor alle Aktivitäten in einer Atmosphäre des Vertrauens, der Freundschaft, der Transparenz und der Zusammenarbeit durchführen“.

Die vier Parteien des Übereinkommens – Bosnien und Herzegowina, Kroatien, Montenegro und Serbien – arbeiten seit 1996 unterstützt von der internationalen Staatengemeinschaft an der Wiederherstellung des Friedens und der Stabilität in Südosteuropa. Ein wesentlicher Teil dieser Arbeit ist die Umsetzung und Verifikation der vereinbarten Rüstungskontrollmaßnahmen. 2011 wurden achtzehn Inspektionen durchgeführt. Insgesamt wurden seit Unterzeichnung des Übereinkommens im Jahr 1996 660 Inspektionen durchgeführt, in deren Verlauf mit Hilfe von 1208 internationalen Assistenten beeindruckende 9525 Reduzierungen schwerer Waffen erzielt wurden.

In diesem Jahr konnte die Zahl der internationalen Assistenten, die regelmäßig an Feldinspektionen teilnehmen, halbiert werden, da die Experten der Verifikationszentren der Parteien keine technische Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft mehr benötigen. Darüber hinaus wurde der Ausbildungslehrgang für Inspektionen völlig neu gestaltet, was eine Einsparung von Ressourcen, eine qualitative Verbesserung der Vorlesungen und – im Einklang mit dem Prozess der zunehmenden Eigenverantwortung – eine stärkere Einbindung der Verifikationszentren der Parteien bewirkte. Beide Maßnahmen sind positive Schritte auf dem Weg zur laufenden Übernahme des Prozesses in Eigenverantwortung.

Die Umsetzung eines umfassenden, 2010 ausgearbeiteten, zweistufigen Aktionsplans für die Übertragung von Verantwortlichkeiten machte weiterhin Fortschritte. Die erste Phase, in der schrittweise Funktionen vom Büro des Persönlichen Beauftragten an die Parteien übertragen

werden, wurde planmäßig bis Jahresende abgeschlossen. Die endgültige Fassung des genauen Organisations- und Zeitplans für die Durchführung der zweiten Phase des Projekts wird von den Parteien wahrscheinlich verabschiedet werden, wobei die Umsetzung im Laufe des Jahres 2012 erfolgen sollte. Die zweite Phase umfasst die Ausarbeitung aller für die Übertragung der vollen Autonomie an die Parteien notwendigen – rechtlichen, politischen, technischen und organisatorischen – Maßnahmen und soll bis Ende 2014 abgeschlossen sein.

Sobald die volle Verantwortung in die Zuständigkeit der Parteien übergegangen ist, wird die Rolle der OSZE von der Hilfestellung zur Unterstützung übergehen. In der Folge könnte deshalb auch das Büro des Persönlichen Beauftragten geschlossen werden.

Der Prozess der Übertragung der Eigenverantwortung wird von der OSZE-Gemeinschaft, der Europäischen Union, den Ländern der Kontaktgruppe (Deutschland, Frankreich, Italien, Russische Föderation, Vereinigtes Königreich und Vereinigte Staaten) und den Parteien selbst unterstützt, seine Umsetzung erfolgt weiterhin unter völliger Einhaltung der vereinbarten Maßnahmen. Diese Entwicklung in Richtung der vollen Autonomie sollte nicht dahingehend interpretiert werden, dass die internationale Gemeinschaft ihre Unterstützung abzieht. Ganz im Gegenteil: Die internationale Gemeinschaft wird ihr Engagement auch dann beibehalten, wenn die Länder der Region schrittweise selbst die volle Verantwortung für diesen Prozess übernehmen.

Reaktion auf unvorhergesehene Ereignisse

BELARUS. Nachdem das Mandat des OSZE-Büros in Minsk im Dezember 2010 nicht mehr verlängert wurde, veranlasste der Vorsitz mehrere Konsultationsrunden mit den Behörden von Belarus, die im Laufe des Jahres mögliche künftige OSZE-Aktivitäten im Land ausloten sollten, prangerte jedoch gleichzeitig die Verletzungen der Menschenrechte und Grundfreiheiten an. Am 6. April setzten 14 OSZE-Teilnehmerstaaten den Moskauer Mechanismus in Gang und es wurde ein Berichterstatter bestellt, der die Umsetzung der menschenrechtlichen OSZE-Verpflichtungen durch Belarus untersuchen sollte, jedoch kein Visum für die Einreise erhielt. Die Ergebnisse der Untersuchung wurden dem Ständigen Rat am 16. Juni unterbreitet. Auf dieser Sitzung stellte der litauische Botschafter Renatas Norkus in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Ständigen Rates fest: „Der Vorsitz ist von der Notwendigkeit überzeugt, sich im Wege eines Dialogs dafür einzusetzen, dass Belarus seine OSZE-Verpflichtungen umsetzt.“

ALBANIEN. Im Zuge seiner Bemühungen, eine weitere Eskalation in der Konfrontation zwischen regierungstreuen und oppositionellen Kräften in Tirana zu verhindern, reiste der litauische Stellvertretende Außenminister Evaldas Ignatavičius Ende Januar in Vertretung des Amtierenden Vorsitzenden nach Albanien. Im März begleitete der Vorsitz auch den Generalsekretär der OSZE nach Albanien, um dort im Vorfeld der Kommunalwahlen am 8. Mai zur Ruhe aufzurufen. In enger Abstimmung mit der OSZE-Präsenz in Albanien und mit Vertretern der Europäischen Union, der Vereinigten Staaten sowie anderen Partnern trachtete der Vorsitz danach, der Regierung und der Opposition dabei zu helfen, aus der gefährlichen politischen Sackgasse herauszufinden, und bekräftigte seine Bereitschaft, auf Ersuchen und im Einzelfall Unterstützung anzubieten.

KOSOVO. Das wiederholte Aufflackern der Gewalt im nördlichen Kosovo gab Anlass zur Sorge. Wiederholt rief der Amtierende Vorsitzende nach den Ereignissen vom 25. Juli und

den nachfolgenden Entwicklungen zur Ruhe und Zusammenarbeit auf, verurteilte die Gewalt und appellierte an alle, die offenen Fragen in Ruhe und Verantwortungsbewusstsein durch einen Dialog unter Federführung der Europäischen Union zu lösen.

ARABISCHER FRÜHLING. Es gibt einige Parallelen zwischen dem Ringen um Demokratie im südlichen Mittelmeerraum und den Kämpfen der Vergangenheit, die viele OSZE-Teilnehmerstaaten, darunter auch Litauen, fochten. Die Organisation bekundete das ganze Jahr hindurch ihre Bereitschaft, demokratische Übergangsprozesse zu unterstützen und sich mit ihrer Erfahrung mit der Förderung von Sicherheit, der Konsolidierung von Wohlstand und dem Aufbaus starker demokratischer Institutionen und einer lebendigen Zivilgesellschaft einzubringen.

Sicherheit von Journalisten und Medienfreiheit

Das ganze Jahr hindurch engagierte sich der Vorsitz für die Förderung der Umsetzung der OSZE-Verpflichtungen im Medienbereich, er lenkte die Aufmerksamkeit immer wieder auf die Frage der Sicherheit von Journalisten und machte sich für die Sache der Medienfreiheit in der gesamten OSZE-Region stark.

Eine Konferenz über die Sicherheit von Journalisten in der OSZE-Region (Wilna, 7.–8. Juni) bot Regierungsvertretern, Gesetzgebern, Strafverfolgungsbehörden und der Zivilgesellschaft sowie Journalisten und Medienvertretern Gelegenheit, zu erörtern, wie man die Sicherheit von Journalisten fördern und für sichere und freie Arbeitsbedingungen für die Medien sorgen kann. Die Konferenz wurde vom Vorsitz in Zusammenarbeit mit dem Büro der Beauftragten der OSZE für Medienfreiheit (RFOM), der OSZE-Troika und der Ukraine veranstaltet und unterstrich auch, welche Rolle den Regierungen bei der Sorge für die Sicherheit von Journalisten zukommt, welchen Beitrag die Zivilgesellschaft zur Sensibilisierung für die Rolle der Medien als Wegbereiter einer öffentlichen Debatte leistet und welche bewährte Verfahren es im Bereich von Gesetzgebung, Strafverfolgung und Justiz gibt.

Ergänzend zur Konferenz fanden zwei Nebenveranstaltungen statt: eine Diskussionsrunde über den Schutz von Journalisten gegen Gewalt, die von Dunja Mijatović, der Beauftragten der OSZE für Medienfreiheit, und von Thomas Hammarberg, dem Menschenrechtskommissar des Europarats, präsentiert wurde; die zweite Veranstaltung war eine *World Press Photo* Ausstellung, die vom litauischen Außenministerium und der niederländischen Botschaft in Litauen gemeinsam veranstaltet wurde.

Auch auf einem Zusätzlichen Treffen zur menschlichen Dimension über die Förderung von Pluralismus in den neuen Medien (Wien, 7.–8. Juli), die vom Vorsitz gemeinsam mit BDIMR und RFOM veranstaltet wurde, ging es um die Medienfreiheit. Über 200 Teilnehmer aus rund 40 Ländern – unter ihnen Vertreter der OSZE-Teilnehmerstaaten, -Institutionen und -Feldoperationen sowie Vertreter internationaler Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen, der Medien und der Zivilgesellschaft – kamen zusammen, um die Entwicklung der elektronischen Medien und die Bemühungen, den Pluralismus der neuen Medien einschließlich des digitalen Rundfunks, der sozialen Medien und des Internet zu erhalten und sie vor nicht erforderlichen Regierungseingriffen zu bewahren, zu erörtern.

Das OSCE Safety of Journalists Guidebook

Mit Stolz präsentierten der Amtierende Vorsitzende und die Beauftragte der OSZE für Medienfreiheit auf dem Ministerrat in Wilna das *OSCE Safety of Journalists Guidebook*, einen weiteren Schritt, um im Bereich freie und sichere Medien, den der Amtierende Vorsitzende zu einer seiner Prioritäten gemacht hatte, voranzukommen. Die Publikation beschreibt anhand praktischer Beispiele, was Regierungsbehörden und die Zivilgesellschaft tun können und müssen, um Verhältnisse zu schaffen, unter denen eine angstfreie Berichterstattung möglich ist; sie gibt darüber hinaus auch konkrete Anleitungen, wie man Journalisten schützt und sicherstellt, dass wer immer Gewalt gegen sie anwendet, strafrechtlich verfolgt wird.

Arbeit mit den Kooperationspartnern

Auf dem Gipfeltreffen von Astana 2010 stellten die Teilnehmerstaaten fest, dass die Sicherheit im OSZE-Raum untrennbar mit der Sicherheit seiner Nachbarn verbunden ist. Die Ereignisse in Nordafrika und Afghanistan im Jahr 2011 bestätigten die Richtigkeit dieser Aussage, und der Vorsitz war das ganze Jahr hindurch bestrebt, die Zusammenarbeit zwischen der OSZE und ihren Partnerländern, insbesondere mit Afghanistan und den Partnern im südlichen Mittelmeerraum, auszubauen.

Die Mittelmeer-Kontaktgruppe trat 2011 fünf Mal zusammen, um ein breites Spektrum an Sicherheitsfragen und Möglichkeiten einer OSZE-Unterstützung für die friedlichen Übergangsprozesse im südlichen Mittelmeerraum zu erörtern. Experten der OSZE und anderer internationaler Organisationen hielten Vorträge, und Vertreter Ägyptens, Algeriens, Jordaniens, Marokkos und Tunesiens unterrichteten die Teilnehmer über den aktuellen Stand der Dinge und nationale Reformprogramme. Die Treffen der Kontaktgruppe boten auch Gelegenheit zur Information über OSZE-Aktivitäten in für die Mittelmeerpartner besonders interessanten Tätigkeitsbereichen in allen drei Dimensionen, unter anderem Grenzsicherheit und -management, Nichtverbreitung, Energie- und Umweltsicherheit, Migrationsmanagement und demokratische Reformen und Menschenrechte.

Angeichts der Ereignisse des Arabischen Frühlings sollte die Tagesordnung der OSZE-Mittelmeerkonferenz zum Thema „Demokratischer Wandel – Herausforderungen und Chancen in der Mittelmeerregion“ (Budva (Montenegro), 10.–11. Oktober) die Möglichkeiten für die Weitergabe von Best Practices und Erfahrungen der Teilnehmerstaaten und der Mittelmeerpartner maximieren. Wichtige Themen waren unter anderem die Rolle der Polizei und der Streitkräfte in demokratischen Gesellschaften, die Förderung von Menschenrechten, Grundfreiheiten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie Good Governance.

Bei ihren sieben Treffen im Jahr 2011 widmete sich die Kontaktgruppe für Asien einem breiten sicherheitspolitischen Themenspektrum. Die Treffen boten Gelegenheit, die asiatischen Partner über die für sie besonders wichtigen Bereiche der OSZE-Aktivitäten in allen drei Dimensionen zu informieren. Aus der Vielzahl der Themen seien hier folgende herausgegriffen: grenzüberschreitende Bedrohungen, Grenzsicherheit und -management, Umweltsicherheit, Good Governance und die Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung, Menschenrechts- und Demokratiefragen, Nichtverbreitung und OSZE-Bemühungen zur Unterstützung der Stabilisierung in Afghanistan.

„Was die Demokratie eines Staates wirklich wert ist, lässt sich daran ermessen, wie es um die Sicherheit und den Schutz seiner Journalisten bestellt ist.“ Audronius Ažubalis

Der Amtierende Vorsitzende der OSZE und litauische Außenminister Audronius Ažubalis im Gespräch mit Medienvertretern. Wien, 24. Februar 2011. (OSZE/Jonathan Perfect)

Die Empfehlungen von Wilna für die Sicherheit von Journalisten

Zum Abschluss der Konferenz über die Sicherheit von Journalisten (Wilna, 7.–8. Juni) präsentierten der Vorsitz und die OSZE-Beauftragte für Medienfreiheit folgende Empfehlungen zum Schutz von Journalisten, die eine der Hauptprioritäten des Vorsitzes in der menschlichen Dimension war.

Der Vorsitz und die OSZE-Beauftragte für Medienfreiheit

- legen den Regierungen der OSZE-Teilnehmerstaaten nachdrücklich nahe, Gewalt gegen Journalisten als direkten Anschlag auf die Meinungsfreiheit zu ahnden und allen Versuchen, kritische oder abweichende Stimmen in der Gesellschaft zum Schweigen zu bringen, öffentlich entgegenzutreten;
- empfehlen, dass die Regierungen die Stärkung der Medienfreiheit politisch voll und ganz unterstützen, indem sie sichere und unbeeinträchtigte Arbeitsbedingungen für Journalisten fördern, unter denen diese ihren beruflichen Aufgaben nachkommen können;
- ermutigen Gesetzgeber, verstärkt für sichere Arbeitsbedingungen für Journalisten zu sorgen, indem sie Gesetze verabschieden, die die Medienfreiheit unter anderem durch die Sicherstellung des freien Zugangs zu Informationen, den Informantenschutz und die Entkriminalisierung journalistischer Tätigkeiten, einschließlich von Verleumdung und übler Nachrede, fördern;
- treten dafür ein, dass die Behörden der Durchführung rascher und wirksamer Untersuchungen Priorität einräumen und der Gesellschaft damit ein deutliches Signal geben, dass die Täter und Drahtzieher von Gewalt gegen Journalisten eine wirksame strafrechtliche Verfolgung zu gewärtigen haben;
- drängen darauf, Strafverfolgungsbehörden mit ausreichenden Mitteln und Fachwissen auszustatten, damit sie wirksame Untersuchungen insbesondere im Medienbereich durchführen und Verfahren entwickeln können, die die gesetzlich verankerten Rechte von Medienmitarbeitern berücksichtigen, einschließlich ihres ungehinderten Zugangs zu Informationen bei öffentlichen Protestkundgebungen oder im Fall von zivilen und öffentlichen Unruhen;
- fordern dazu auf, bei Gerichtsverfahren, die gegen Journalisten in Ausübung ihres Berufes eingeleitet werden, dem öffentlichen Interesse entsprechendes Gewicht zu geben, und dafür Sorge zu tragen, dass diese Fälle zügig und transparent abgehandelt werden;

- fordern die Strafverfolgungsbehörden und die Medien auf, gemeinsam Best Practices festzulegen, die geeignet sind, Medienschaffenden mehr Sicherheit zu geben, und gemeinsame Aus- und Fortbildungsaktivitäten zu betreiben, um diese Verfahren zu fördern;
- unterstützen die Arbeit der OSZE-Feldoperationen bei ihrer wichtigen Aufgabe, den Teilnehmerstaaten in dieser Hinsicht Hilfestellung zu leisten, und bestärken sie darin, weitere Projekte zum Aufbau von Kapazitäten und zur Aus- und Fortbildung für Medien in Angriff zu nehmen und unter anderem auch den Dialog zwischen den Medien und den Strafverfolgungsbehörden zu fördern.

In Beantwortung eines Ersuchens Afghanistans äußerten die OSZE-Teilnehmerstaaten großes Interesse an einem Ausbau des Engagements der OSZE für Afghanistan. Der litauische Vorsitz 2011 organisierte zu diesem Zweck einige Informationsveranstaltungen und brachte ein Perception Paper *Strengthening OSCE Engagement with Afghanistan* (CIO.GAL/221/11) mit einem weiteren Paket von 32 Afghanistanprojekten in Umlauf. Ziel dieser Bemühungen war es, im Einklang mit den Schlussfolgerungen von Istanbul und Bonn zu größerer Kohärenz der Stabilisierungsbemühungen der internationalen Gemeinschaft in Afghanistan beizutragen. Mit Erfolg konnte in Wilna auch der aktualisierte Ministerratsbeschluss über die „Verstärkung des Engagements der OSZE für Afghanistan“, der einer Zusammenarbeit mit Afghanistan in allen drei Dimensionen mit dem Schwerpunkt auf der zentralasiatischen Komponente den Weg ebnete, verabschiedet werden (MC.DEC/4/11/Corr.1).

Die Mongolei, seit 2004 Kooperationspartner, brachte am 28. Oktober offiziell ein Ersuchen um Aufnahme als Teilnehmerstaat ein. Der Schritt wurde auf dem Ministerrat gut aufgenommen und erörtert und mündete in einem Beschluss (MC.DEC/12/11), in dem der designierte irische Vorsitz beauftragt wurde, das Ersuchen mit dem Ziel eines Beschlusses weiterzuverfolgen, durch den die Mongolei 57. OSZE-Teilnehmerstaat werden soll.

Die OSZE/Mongolei-Konferenz (Ulan Bator, 23.–24. Mai) bot Gelegenheit zur Stärkung der Synergien zwischen den 56 Teilnehmerstaaten und den sechs Kooperationspartnern in Asien im Umgang mit grenzüberschreitenden Bedrohungen wie dem illegalen Drogenhandel, bei der Förderung der internationalen Wirtschaftszusammenarbeit, insbesondere in den Bereichen Verkehr und Energiesicherheit, und bei der Förderung der Menschenrechte und Grundfreiheiten.

Weitere Informationen über die OSZE-Kooperationspartner finden sich im Kapitel Partnerschaften für Sicherheit und Zusammenarbeit auf S. 162.

*Der Generalsekretär der OSZE Lamberto Zannier bei der Übergabe der OSZE-Fahne im Rahmen der feierlichen Schließung des OSZE-Büros in Zagreb am 17. Januar 2012.
(Kroatische Präsidentschaftskanzlei/Marija Kundeck)*

Das OSZE-Büro in Zagreb: „Der Erfolg Kroatiens ist auch unser Erfolg“

Die OSZE-Teilnehmerstaaten kamen am 15. Dezember überein, dass das Büro in Zagreb sein Mandat erfolgreich erfüllt habe, weshalb der Ständige Rat einen Beschluss verabschiedete, seine Feldpräsenz in Kroatien nach fünfzehnjähriger Tätigkeit im Gastland zu schließen.

„Der heutige Beschluss des Ständigen Rates der OSZE ist außergewöhnlich – normalerweise bedarf es nur dann eines Beschlusses, wenn das Mandat einer Feldoperation zur Verlängerung ansteht; diese Vereinbarung der 56 Teilnehmerstaaten jedoch ist eine Anerkennung unserer gemeinsamen Leistungen“, stellte der Amtierende Vorsitzende fest.

Der Beschluss war in vielerlei Hinsicht eine Würdigung der gemeinsamen Erfolge der OSZE und Kroatiens. „In den letzten 15 Jahren leistete die OSZE Unterstützung bei der Demokratisierung, dem Schutz der Menschen- und Minderheitenrechte, der Flüchtlingsrückkehr, der Aufarbeitung von Kriegsverbrechen, der Medienfreiheit und für die Zivilgesellschaft“, erläuterte Ažubalis. „Kroatien wusste die OSZE-Präsenz zum Nutzen seiner Bürger und Institutionen einzusetzen.“

Im April 1996 eröffnete die OSZE die Mission in Kroatien, ihre erste Feldpräsenz im Lande, die in ihren besten Zeiten über einen Personalstand von rund 800 Mitarbeitern verfügte und Ende 2007 geschlossen wurde, nachdem sie einen Großteil ihres Mandats erfolgreich zu Ende geführt hatte. Die übrigen Aufgaben wurden vom OSZE-Büro in Zagreb übernommen, das seine Tätigkeit offiziell am 1. Januar 2008 aufnahm.

Seither war das Büro in Zagreb im Wesentlichen in zwei Bereichen tätig, es berichtete insbesondere über die verbleibenden Aspekte der Umsetzung des Wohnraumbeschaffungsprogramms und beobachtete Kriegsverbrecherprozesse in Kroatien. Mit Unterstützung der OSZE konnte das Wohnraumbeschaffungsprogramm 4915 ehemaligen Inhabern ersessener Wohn- bzw. Mietrechte ein Heim zur Verfügung stellen, während die kroatische Justiz ihre Kapazitäten weiter ausbaute, um die Abarbeitung des Rückstands an inländischen Kriegsverbrecherprozessen selbst in eigener Verantwortung übernehmen zu können, darunter auch die Revision von Gerichtsurteilen und von Verurteilungen in Abwesenheit. Die OSZE hatte auch das Mentoring für drei kroatische Nichtregierungsorganisationen übernommen, die in Zukunft alle Kriegsverbrecherprozesse beobachten und darüber berichten und sich als Interessenvertreter betätigen werden.

Tätigkeit des Vorsitzes in den einzelnen Dimensionen

In der POLITISCH-MILITÄRISCHEN DIMENSION der Sicherheit lag der Schwerpunkt der Tätigkeit besonders auf den Bereichen Rüstungskontrolle, vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und grenzüberschreitende Bedrohungen.

Die Jährliche Sicherheitsüberprüfungskonferenz (ASRC) (Wien, 29. Juni bis 1. Juli) stand 2011 unter dem Generalthema „Auf dem Wege zu einer Sicherheitsgemeinschaft – Was zu tun ist“ und steckte den Rahmen für die Verstärkung des Sicherheitsdialogs und die Überprüfung der Arbeit der OSZE und ihrer 56 Teilnehmerstaaten im Bereich der Sicherheitspolitik ab. Im Mittelpunkt der Diskussionen standen grenzüberschreitende Bedrohungen, der Konfliktzyklus sowie vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen.

Unmittelbar vor der ASRC 2011 fand eine Sondersitzung zur Frage statt, wie die OSZE ihr Zusammenwirken mit den Kooperationspartnern konkret verbessern kann. Dabei wurde der Stand der Zusammenarbeit der Organisation mit den Partnern erhoben und das Potenzial für ein verstärktes Engagement – insbesondere mit Afghanistan und den Partnern im südlichen Mittelmeerraum – bei der Auseinandersetzung mit grenzüberschreitenden Bedrohungen,

insbesondere im Zusammenhang mit Terrorismusbekämpfung sowie Grenz- und Migrationsmanagement, ausgelotet.

Bestellung des Generalsekretärs der OSZE

Die Bestellung eines neuen Generalsekretärs für die OSZE und die Herbeiführung des dazu erforderlichen Konsenses stellte den litauischen Vorsitz vor eine große Herausforderung. Der Vorsitz führte den Prozess fair und transparent und in enger Abstimmung mit allen 56 Teilnehmerstaaten durch. Am 30. Juni verabschiedete der Ministerrat den Beschluss (MC.DEC/2/11) über die Bestellung von Botschafter Lamberto Zannier aus Italien zum Generalsekretär der OSZE per 1. Juli. Er trat damit die Nachfolge von Marc Perrin de Brichambaut aus Frankreich an, der seit Juni 2005 den Posten des Generalsekretärs innehatte.

Im Zuge einer zweitägigen OSZE-Konferenz zum Thema „Ein umfassender Ansatz in Fragen der Internetsicherheit – Überlegungen zur zukünftigen Rolle der OSZE“ (Wien, 9.–10. Mai) konzentrierten sich die Teilnehmer auf Bedrohungen aus dem Internet für kritische Infrastruktur, auf Internetkriminalität und die Nutzung des Internets zu terroristischen Zwecken und setzten sich damit auseinander, inwieweit politisch verbindliche Normen das Verhalten von Staaten im Cyberspace regeln sollen, sowie mit deren Natur und Geltungsbereich. Die Teilnehmer gingen auch auf mögliche Gegenmaßnahmen, bisherige Erfahrungen und Best Practices für die Ermittlung und Strafverfolgung in ihren jeweiligen Ländern ein, wobei die einschlägigen grundlegenden Menschen- und Bürgerrechte berücksichtigt wurden.

Die Veranstaltungen des Vorsitzes im Bereich des Grenzmanagements förderten die Zusammenarbeit und den Austausch von Best Practices. Eine Konferenz zum Thema „Bekämpfung des Drogenhandels und Verbesserung der Grenzsicherheit und des Grenzmanagements im OSZE-Raum“ (Wien, 16.–17. Juni) befasste sich mit der Ermittlung der Hindernisse, die eine wirksame Drogenbekämpfung behindern, der Verstärkung der nationalen und internationalen Zusammenarbeit zwischen Strafverfolgungsbehörden, der Kontrolle der Herstellung, des Transports, des Vertriebs und der Verbreitung von Vorläufersubstanzen, der Bekämpfung der Korruption in einschlägigen Drogenbekämpfungsbehörden und der Bündelung der Bemühungen internationaler und regionaler Organisationen zur Bekämpfung des Nachschubs an illegalen Drogen. Auf dem Seminar zum Thema „Anwendungsbezogene Fragen der Methoden zur Festlegung und Demarkation internationaler Landgrenzen“ (Wilna, 31. Mai bis 1. Juni) kamen Grenzbeamte, Diplomaten, Wissenschaftler, Kartografen, Techniker und andere Experten zu einer nicht politisch gedachten Diskussion über bewährte Verfahren für die technischen Aspekte der Grenzziehung und Demarkation zusammen.

Bestellung von Sonder- und Persönlichen Beauftragten des Amtierenden Vorsitzenden

Botschafter Giedrius Čekuolis, Sonderbeauftragter des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für Langzeitkonflikte

Botschafter Andrzej Kasprzyk, Persönlicher Beauftragter des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für den Konflikt, mit dem sich die Minsk-Konferenz der OSZE befasst

Generalmajor Michele Torres, Persönlicher Beauftragter des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für Anhang 1 B Artikel IV des Friedensübereinkommens von Dayton (*ab 11. September 2011, Vorgänger Brigadegeneral Costanzo Periotto*)

Oberstleutnant (a. D.) Helmut Napiontek, OSZE-Vertreter in der Gemeinsamen lettisch-russischen Kommission für pensionierte Militärangehörige

Senator Adil Achmetow, Persönlicher Beauftragter des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für die Bekämpfung von Intoleranz und Diskriminierung gegenüber Muslimen

Dr. Massimo Introvigne, Persönlicher Beauftragter des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für die Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung, mit dem weiteren Schwerpunkt Intoleranz und Diskriminierung gegenüber Christen und Angehörigen anderer Religionen

Rabbi Andrew Baker, Persönlicher Beauftragter des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für die Bekämpfung des Antisemitismus

Wendy Patten, Sonderbeauftragte des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für Genderfragen

Kimmo Kiljunen, Persönlicher Beauftragter des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für Wahlbeobachtungsmechanismen

Brigadegeneral Artūras Leita, Leiter der Hochrangigen Planungsgruppe

In der WIRTSCHAFTS- UND UMWELTDIMENSION legte der Vorsitz besonderes Gewicht auf die Themen Verkehr und Energie und die Förderung der grenzüberschreitenden Umwelt-Zusammenarbeit, insbesondere im Rahmen der Umwelt- und Sicherheitsinitiative (ENVSEC).

Das 19. Wirtschafts- und Umweltforum war der Förderung nachhaltiger Energie- und Verkehrssysteme gewidmet. Im Mittelpunkt des ersten Vorbereitungstreffens (Wien, 7.–8. Februar) standen die Entwicklung einer nachhaltigen Energieversorgung, unter anderem durch neue und erneuerbare sowie herkömmliche Energieträger, Good Governance und Transparenz, Energieeffizienz, kohlenstoffarme Energietechnologien sowie die Zusammenarbeit zwischen Energieerzeugern, Energieverbrauchern und Transitländern. Das zweite Vorbereitungstreffen (Druskininkai (Litauen), 4.–5. April) galt der Entwicklung nachhaltiger Verkehrssysteme, unter anderem auch der Integration von Verkehrsnetzen durch die Beseitigung von Hemmnissen und die Vereinfachung der Grenzabfertigungsverfahren, der Verbesserung der Energieeffizienz im Verkehrsbereich und der Rolle sauberer Technologien. Den Abschluss bildete das 19. Wirtschafts- und Umweltforum der OSZE (Prag, 14.–16. September), an dem über 300 Politiker und Experten aus den Teilnehmerstaaten und Ländern der Kooperationspartner der OSZE, Vertreter internationaler Organisationen, aus der Welt der Wissenschaft und von nichtstaatlichen Organisationen teilnahmen.

Zum Workshop des Vorsitzes zum Thema „Wirtschafts- und Umweltaktivitäten als vertrauensbildende Maßnahmen“ (Wien, 30. Mai) kamen Fachleute aus Praxis und Theorie mit Vertretern internationaler und nichtstaatlicher Organisationen zu einem Austausch über

das Potenzial von Wirtschafts- und Umweltaktivitäten zusammen, das diese für den Aufbau von Vertrauen zwischen Parteien und Staaten, den Abbau möglicher Spannungsursachen und als Beitrag zur Stärkung der nationalen und regionalen Sicherheit und Stabilität einbringen.

Internationale Politiker und Experten für „Energiediplomatie“ erörterten auf einer hochrangigen Konferenz „Integration der weltweiten Energiemärkte – Energiesicherheit schaffen“ (Aschgabat, 3.–4. November) das Thema Energiemärkte und Sicherheit; die Konferenz war eine gemeinsame Veranstaltung des Vorsitzes, des Büros des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE, des OSZE-Zentrums in Aschgabat und der Regierung Turkmenistans.

Im Mittelpunkt der Tätigkeit in der MENSCHLICHEN DIMENSION stand die Vertrauensbildung zwischen den Teilnehmerstaaten durch die strukturierte und wichtige Arbeit des Ausschusses zur menschlichen Dimension; den Schwerpunkt bildete die Umsetzung der OSZE-Verpflichtungen in der menschlichen Dimension und die Ermittlung wesentlicher Bereiche, in denen eine Aktualisierung der Verpflichtungen ansteht. Dazu wurden mehrere reguläre und Sonderveranstaltungen zur Förderung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie zu Toleranz und Nichtdiskriminierung abgehalten.

In Zusammenarbeit mit dem OSZE-Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) veranstaltete der Vorsitz drei Zusätzliche Treffen zur menschlichen Dimension. Das erste Treffen zum Thema Nationale Menschenrechtsorganisationen (NHRI) (Wien, 14.–15. April) galt der Rolle der Volksanwaltschaften, Menschenrechtskommissionen und anderer NHRI für die Förderung und den Schutz der Menschenrechte, dem Zusammenwirken zwischen NHRI und Regierungen und Zivilgesellschaft sowie den Herausforderungen, mit denen NHRI bei der effektiven und effizienten Wahrnehmung ihres Mandats konfrontiert sind. Das zweite Zusätzliche Treffen zur menschlichen Dimension über die Förderung von Pluralismus in den neuen Medien (Wien, 7.–8. Juli) wurde in Zusammenarbeit mit der OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit veranstaltet. Im Mittelpunkt standen die Chancen und Herausforderungen, denen sich die neuen Medien bei der Förderung von Pluralismus stellen müssen, die ordnungspolitischen Aspekte der digitalen Umstellung und die Internet-Regulierung im OSZE-Raum. Das dritte Treffen galt der Abwehr von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Hassverbrechen durch Bildungs- und Bewusstseinsbildungsinitiativen (Wien, 10.–11. November), es überprüfte die Umsetzung der OSZE-Verpflichtungen, die Formen, die rassistische und fremdenfeindlich motivierte Intoleranz und Hassverbrechen in unserer Zeit annehmen, und bot Gelegenheit zur Überprüfung von Best Practices der Teilnehmerstaaten, internationaler Organisationen und zivilgesellschaftlicher Akteure.

Unter den übrigen regulären Veranstaltungen zur menschlichen Dimension, die in Zusammenarbeit mit dem BDIMR abgehalten wurden, sind ein Seminar über die Rolle politischer Parteien im politischen Prozess (Warschau, 18.–20. Mai) sowie eine Expertenkonferenz zum Thema Nationale Menschenrechtsinstitutionen im OSZE-Raum (Wilna, 13.–14. Juli) zu nennen.

Auf der Agenda zur menschlichen Dimension standen 2011 auch die Förderung von Frauenrechten und Gleichberechtigung, die rechtliche und wirtschaftliche Stärkung der Rolle der Frauen, die Verhütung von Gewalt gegen Frauen im häuslichen Umfeld und die Unterstreichung der Notwendigkeit der Beteiligung von Frauen an Frieden und Sicherheit. Ein wesentlicher Beitrag zum Gender-Mainstreaming in der OSZE ist auch den Besuchen der

Sonderbeauftragten des Amtierenden Vorsitzenden für Genderfragen in der OSZE-Region (Moldau, Kirgisistan, Belgien) und ihrer Teilnahme an einigen wichtigen Veranstaltungen im Laufe des Jahres zu verdanken.

Demokratische Übergangsprozesse in den Ländern der Mittelmeerpartner der OSZE und die Menschenrechtslage in Belarus bildeten den Schwerpunkt des Implementierungstreffens zur menschlichen Dimension 2011 (Warschau, 26. September bis 7. Oktober). Rund 1000 Regierungsvertreter und Aktivisten der Zivilgesellschaft aus den 56 OSZE-Teilnehmerstaaten kamen in Warschau zu dieser zweiwöchigen Konferenz zusammen, um die Fortschritte im Bereich der Umsetzung der OSZE-Verpflichtungen in Bezug auf Menschenrechte und Demokratie zu prüfen. Das jährliche OSZE-Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension ist die größte Menschenrechtskonferenz in Europa.

Das Implementierungstreffen zur Wirtschafts- und Umweltdimension

2011 fand zum ersten Mal das neue Implementierungstreffen zur Wirtschafts- und Umweltdimension statt (Wien, 17.–19. Oktober), das die Umsetzung der Wirtschafts- und Umweltverpflichtungen beurteilen und Prioritäten für die künftige Arbeit setzen soll. Das dreitägige Treffen sollte den Prozess des Wirtschafts- und Umweltforums sowie die Maßnahmen im Anschluss an den Gipfel von Astana 2010 ergänzen und den Ministerrat 2011 vorbereiten. Am 7. Dezember verabschiedete der Ständige Rat den Beschluss, das Implementierungstreffen zur Wirtschafts- und Umweltdimension einmal jährlich abzuhalten (PC.DEC/1011).

Ministerrat

Am 6. und 7. Dezember hieß der litauische Vorsitz die Außenminister der 56 Teilnehmerstaaten und der zwölf Länder der OSZE- Kooperationspartner in Wilna willkommen, wo sie eine Debatte führen und Beschlüsse fassen sollten, um den künftigen Kurs der OSZE vorzugeben und abzustecken. In seiner Eröffnungserklärung ermutigte der Amtierende Vorsitzende der OSZE, der litauische Außenminister Audronius Ažubalis, die Zuhörer zu entschlossenem Handeln, um die in Astana gegebenen Zusagen einzuhalten.

„Die Welt ist mit zahlreichen drängenden Herausforderungen konfrontiert, von der aktuellen Finanzkrise bis zu den Ereignissen im Nahen Osten und in Nordafrika“, sagte er. „Es ist wichtig, dass wir in Krisenzeiten wie diesen unseren Blick fest auf das Ziel richten, eine euroatlantische und eurasische Sicherheitsgemeinschaft zu schaffen, das uns von unseren Staats- und Regierungschefs vor einem Jahr auf dem Gipfeltreffen der OSZE in Astana vorgegeben wurde. Dieses Treffen ist eine Gelegenheit, mit alten wie mit neuen Herausforderungen voranzukommen.“

OSZE-Vorträge

Das zweite der alljährlichen OSZE-Vortragsseminare zum Thema „Brücken bauen – Sicherheitsgemeinschaft und Partnerschaften für den Wandel“ (Wilna, 5. April) fand am Institut für internationale Beziehungen und Politikwissenschaft der Universität Wilna statt. An der Veranstaltung nahmen Studierende, führende Wissenschaftler und Fachleute teil; Ziel war es, bei jungen Menschen das aktive Interesse für die großen sicherheitspolitischen Herausforderungen unserer Zeit zu wecken und sie zur Teilnahme an Diskussionen darüber zu animieren. Das Seminar beschäftigte sich eingehender damit, wie sich mithilfe der

verschiedenen diplomatischen Kanäle – formeller und informeller Art – stärkere Partnerschaften und Netze aufbauen lassen, um so einen Wandel zu fördern und eine Gemeinschaft aufzubauen, die allen mehr Sicherheit bietet. Im Juni wurde auf Grundlage dieses Seminars ein Bericht veröffentlicht und an internationale Thinktanks verteilt.

Die Teilnehmerstaaten hatten im Laufe dieses Jahres mithilfe der vorhandenen OSZE-Strukturen und -Mechanismen und anderer Foren, wie der informellen Botschafterklausur (Baden (Österreich), 23.–24. Juni), der V-V-Dialoge und durch die aktive Einbeziehung der Zivilgesellschaft und der OSZE-Partner das Fundament für die Diskussionen gelegt; nun waren sie mit einer ehrgeizigen Agenda konfrontiert und mussten sich mit den sicherheitspolitischen Herausforderungen in allen drei Dimensionen auseinandersetzen. Ein intensiver Dialog und harte Aussprachen konnten ihrer Entschlossenheit keinen Abbruch tun, sich konstruktiv diesem herausfordernden Prozess zu stellen. Ihre Erwartungen wurden erfüllt, die Außenminister wurden den Zusagen von Astana gerecht und verabschiedeten einen Beschluss über die Verstärkung der Fähigkeiten der OSZE in den Bereichen Frühwarnung, frühzeitiges Handeln, Dialogerleichterung und Mediationsunterstützung sowie Konfliktnachsorge. Konsens wurde auch über die Bemühungen im Umgang mit grenzüberschreitenden Bedrohungen, die Förderung der Chancengleichheit für Frauen in der Wirtschaft, die Verstärkung des Verkehrsdialogs, die angemessene Rolle der OSZE bei der Förderung der Resolution 1540 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen, die Befassung mit Kleinwaffen und leichten Waffen und Lagerbeständen konventioneller Munition, die Verstärkung des Engagements und des Zusammenwirkens mit den OSZE-Kooperationspartnern und über für das Forum für Sicherheitskooperation relevante Fragen erzielt. Sie einigten sich ferner auf eine Erklärung über die Bekämpfung jeder Form von Menschenhandel.

Beschlüsse und Erklärungen des Ministerrats von Wilna

MC.DEC/Corr.1	Beschluss über die aufeinanderfolgenden OSZE-Vorsitze in den Jahren 2014 und 2015, gegen den bis Freitag, 10. Februar 2012, 12.00 Uhr MEZ Einspruch erhoben werden kann
MC.DEC/1/11/Corr.1	Wiederbestellung von Botschafter Janez Lenarčič als Direktor des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte
MC.DEC/2/11	Bestellung des Generalsekretärs der OSZE
MC.DEC/3/11/Corr.1	Elemente des Konfliktzyklus im Zusammenhang mit der Verstärkung der Fähigkeiten der OSZE in den Bereichen Frühwarnung, frühzeitiges Handeln, Dialogerleichterung und Mediationsunterstützung sowie Konfliktnachsorge
MC.DEC/4/11/Corr.1	Verstärkung des Engagements der OSZE für Afghanistan
MC.DEC/5/11/Corr.1	Kooperationspartner
MC.DEC/6/11/Corr.1	Kleinwaffen und leichte Waffen und Lagerbestände konventioneller Munition
MC.DEC/7/11/Corr.1	Für das Forum für Sicherheitskooperation relevante Fragen
MC.DEC/8/11	Angemessene Rolle der OSZE bei der Förderung der Resolution 1540 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen
MC.DEC/9/11/Corr.1	Verstärkung der Koordination und Kohärenz der Bemühungen der OSZE im Umgang mit grenzüberschreitenden Bedrohungen
MC.DEC/10/11/Corr.1	Förderung der Chancengleichheit für Frauen in der Wirtschaft
MC.DEC/11/11/Corr.1	Verstärkung des Verkehrsdialogs in der OSZE

MC.DEC/12/11	Antrag der Mongolei auf Zuerkennung des Status eines Teilnehmerstaats
MC.DEC/13/11	Zeit und Ort des nächsten Treffens des OSZE-Ministerrats
MC.DOC/1/11/Corr.1	Ministererklärung über die Bekämpfung jeder Form von Menschenhandel

(Die Beschlüsse des Ministerrats der OSZE 2011 können unter www.osce.org/event/mc_2011 eingesehen werden.)

„In den letzten Tagen war Wilna Schauplatz einer lebhaften Diskussion über die sicherheitspolitischen Herausforderungen, mit denen unsere 56 Staaten und die Nachbarregionen konfrontiert sind“, sagte Ažubalis in seiner Schlussrede. „Damit meine ich nicht nur die Beschlüsse, die wir als Außenminister getroffen haben, sondern auch die Aktivisten der Zivilgesellschaft, die aus unserem Nachbarland Belarus, aber auch aus dem fernen Nordafrika hierher gekommen sind, um mit Regierungsvertretern und ihren Kollegen zusammenzutreffen, ihre Standpunkte klarzumachen und Empfehlungen zu unterbreiten und damit die Arbeit der OSZE voranzubringen.“

Veranstaltungen am Rande des Ministerrats von Wilna

- Unmittelbar vor dem Ministerrat veranstaltete der Vorsitz gemeinsam mit dem BDIMR die Konferenz für die Zivilgesellschaft der Länder der OSZE-Mittelmeerpartner zum Thema „Transparenz und Pluralismus in bewährten Wahlverfahren, politische Teilhabe, Justiz und Rechtsreform“ (Wilna, 4.–5. Dezember) sowie eine Parallelveranstaltung zum Thema „Toleranz und Nichtdiskriminierung im demokratischen Wandel“ (Wilna, 5. Dezember). Beide Veranstaltungen boten mehr als 80 Vertretern der Zivilgesellschaft aus den OSZE-Teilnehmerstaaten und den OSZE-Kooperationspartnern im Mittelmeerraum Gelegenheit zur Vernetzung, zum Gedankenaustausch über bewährte Wahlverfahren, politische Teilhabe und Justiz und Rechtsreform und zur Erarbeitung von Empfehlungen an den Ministerrat.
- Im Rahmen einer parallel dazu stattfindenden zivilgesellschaftlichen OSZE-Konferenz (Wilna, 4.–5. Dezember) setzten sich Vertreter der Zivilgesellschaft aus dem gesamten OSZE-Raum mit der Menschenrechtslage der Region, unter anderem auch mit Herausforderungen im Bereich der Medienfreiheit und der Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit von Bürgern, sowie mit Bedrohungen der demokratischen Prozesse und der Rechtsstaatlichkeit auseinander. Dem Vorsitz wurde zur Weiterleitung an den Ministerrat ein Satz politischer Empfehlungen auf Grundlage dieser Prüfung unterbreitet, der an die 56 Teilnehmerstaaten verteilt wurde. In der abschließenden Sitzung des Ausschusses zur menschlichen Dimension vom 13. Dezember wurde die weitere Behandlung dieser Empfehlungen erörtert.

Stärkung der rechtlichen Grundlage

Als Teil der Maßnahmen im Anschluss an die in der *Gedenkerklärung von Astana* erteilten Aufträge veranstaltete der Vorsitz zwei informelle Arbeitsgruppensitzungen zur Stärkung der rechtlichen Grundlage der OSZE (Wien, 13. Mai und 23. September). Die Diskussionen zu dieser Frage gehen auf das Jahr 1993 zurück, wurden jedoch seit der Ausarbeitung eines Entwurfs zu einem Übereinkommen über die Völkerrechtspersönlichkeit, die Rechtsfähigkeit

und die Vorrechte und Immunitäten der OSZE 2007 zu einem regelmäßigen Thema, da die Annahme dieses Dokuments von der ungelösten Frage abhängt, ob die OSZE ein Statut braucht oder nicht.

Zur Vorbereitung der Diskussion in den Arbeitsgruppen gab der Vorsitz zwei Arbeitsdokumente heraus; für das eine – *Principles for Discussion on a Constituent Document for the OSCE* (CIO.GAL/169/11) – wurden zur Formulierung Rechtsexperten konsultiert.

In seinem Bericht an den Ministerrat (MC.GAL/11/11/Corr.1) schätzte der Vorsitz die Situation wie folgt ein: „Das anhaltende Interesse der Teilnehmerstaaten, zu den Diskussionen beizutragen, und die Bemühungen der Vorsitze sowie der ständige praktische Input von Rechtsexperten zeigen jedoch, dass die Ausstattung der OSZE mit einem eigenen Rechtsstatus weiterhin eine Priorität für die Teilnehmerstaaten sein sollte. Dies trifft umso mehr zu, als andernfalls die OSZE mit schwerwiegenden Risiken nicht nur im Bereich ihrer operativen Effizienz und Effektivität sondern auch der Sicherheit ihrer Mitarbeiter konfrontiert sein könnte. Um diese Probleme zu vermeiden, sollte sie so weit wie möglich mit Rechtspersönlichkeit ausgestattet werden.“

Am Rande des Ministerratstreffens

OSZE-Generalsekretär Lamberto Zannier und der Untergeneralsekretär der Vereinten Nationen für politische Angelegenheiten, B. Lynn Pascoe, waren Gastgeber einer Diskussionsrunde internationaler und regionaler Organisationen zur Förderung einer engeren Abstimmung der Reaktionen auf Veränderungen im südlichen Mittelmeerraum (Wilna, 6. Dezember). An diesem Treffen nahmen Vertreter der Liga arabischer Staaten und der Organisation der islamischen Zusammenarbeit teil, die dort mit ihren Kollegen aus der Europäischen Union, der NATO, dem Europarat, der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit und der Konferenz über Interaktion und vertrauensbildende Maßnahmen in Asien sowie der OSZE und den Vereinten Nationen zusammentrafen.

„Die OSZE hat einen großen Erfahrungsschatz mit der Unterstützung der Entwicklung der Demokratie in ihren eigenen Teilnehmerstaaten gesammelt. Einige davon, in denen wir ein Instrumentarium und Expertise entwickelt haben, wie Wahlen, Medienfreiheit, demokratische Polizeiarbeit und Good Governance – um nur einige anzuführen –, könnten für Übergangsprozesse im südlichen Mittelmeerraum von besonderer Relevanz sein“, erläuterte Zannier.

Blick in die Zukunft

Der litauische Vorsitz war von einem pragmatischen, konstruktiven und ausgewogenen Ansatz ausgegangen und führte die OSZE auf dem Weg zu einer echten Sicherheitsgemeinschaft von Vancouver bis Wladiwostok weiter. Durch Zusammenarbeit und großen Einsatz konnten die Teilnehmerstaaten Gegensätze überwinden und Vertrauen aufbauen, positive Entwicklungen in den Bereichen Langzeitkonflikte, grenzüberschreitende Bedrohungen, Medienfreiheit, Toleranz und Nichtdiskriminierung, Grenzüberwachung und regionale Zusammenarbeit, Verkehr, Energie- und Internetsicherheit vorantreiben.

Sonderveranstaltung zum Thema Binnenvertriebene und Flüchtlinge

Eine ausschließlich der Binnenvertriebenen- und Flüchtlingsfrage gewidmete Sonderveranstaltung (Wien, 27. Mai), die in Zusammenarbeit mit UNHCR, BDIMR und dem

Schweizer Vorsitz des OSZE-Ausschusses zur menschlichen Dimension veranstaltet wurde, sollte Schutzdefizite ermitteln und Möglichkeiten für nachhaltige Lösungen für Binnenvertriebene im OSZE-Raum ausloten.

Diese bedeutsamen Schritte trugen zur Entstehung einer Dynamik bei, auf die der designierte irische Vorsitz und die nachfolgenden OSZE-Vorsitze aufbauen können; Litauen wird deren Bemühungen voll und ganz unterstützen.

Förderung von Toleranz und Nichtdiskriminierung

Der litauische Vorsitz 2011 wies der Förderung von Toleranz und Nichtdiskriminierung, insbesondere durch Bildung und Bewusstseinsbildung, hohe Priorität zu. Die Persönlichen Beauftragten des Amtierenden Vorsitzenden für die Bekämpfung von Antisemitismus, Intoleranz und Diskriminierung gegenüber Muslimen sowie für die Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung gegenüber Christen und Angehörigen anderer Religionen waren im gesamten OSZE-Raum unterwegs. Gemeinsam besuchten sie Frankreich, Italien, den Heiligen Stuhl, die Ukraine und die Schweiz; Rabbi Andrew Baker stattete auch den Niederlanden einen Besuch ab. Das Ergebnis dieser Besuche waren Berichte und ein Satz von Empfehlungen an die Regierungen der Gastländer für Methoden zur Förderung von Toleranz und Nichtdiskriminierung in ihren Ländern.

In Zusammenarbeit mit dem BDIMR und den drei Persönlichen Beauftragten des Amtierenden Vorsitzenden für Toleranz und Nichtdiskriminierung veranstaltete der Vorsitz eine Serie von drei hochrangigen Treffen zur Förderung von Toleranz und Nichtdiskriminierung durch Bewusstseinsbildung und Bildung:

- „Bekämpfung von Antisemitismus im öffentlichen Diskurs“ (Prag, 23.–24. März) machte auf die Formen aufmerksam, in denen sich Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und andere Formen der Intoleranz in der Öffentlichkeit äußern, und zeigte Wege zur Förderung von Toleranz auf. An der von der Tschechischen Republik veranstalteten Konferenz nahmen Wissenschaftler und Vertreter jüdischer Gruppen, der Medien und öffentlicher Institutionen aus den OSZE-Teilnehmerstaaten teil.
- „Verhütung von hassmotivierten Übergriffen und Verbrechen gegen Christen und die Reaktion darauf“ (Rom, 12. September) sollte für gegen Christen und ihr Eigentum gerichtete hassmotivierte Verbrechen und Übergriffe im OSZE-Raum sensibilisieren; Gastgeber der Tagung war die Republik Italien. Die Teilnehmer tauschten auch Best Practices aus und erarbeiteten einen Satz von Empfehlungen zur Verhinderung solcher Verbrechen und Übergriffe und zur Reaktion darauf, wobei Anschläge auf Gebetsstätten einen besonderen Schwerpunkt bildeten.
- „Bekämpfung von Intoleranz und Diskriminierung gegenüber Muslimen im öffentlichen Diskurs“ (Wien, 28. Oktober) untersuchte die Rolle von Medien und Politikern für die Förderung von Nichtdiskriminierung, erörterte die Auswirkung eines anti-muslimischen öffentlichen Diskurses auf die Communities und die Gesellschaft im Allgemeinen und bot Empfehlungen an, wie anti-muslimische Aussagen verhindert werden können und wie man darauf reagieren soll. An dieser Veranstaltung nahmen rund 150 hochrangige Vertreter aus den Teilnehmerstaaten und Institutionen der OSZE, internationalen Organisationen, Nichtregierungsorganisationen, Forschungseinrichtungen und den Medien teil.

**DER
STÄNDIGE RAT**

Der Ständige Rat

Der Ständige Rat, der einmal wöchentlich in der Wiener Hofburg zusammentritt, ist das reguläre Gremium der OSZE für politische Konsultation und Beschlussfassung. Er ist für das Tagesgeschäft der Organisation verantwortlich. 2011 führte der litauische Botschafter Renatas Norkus den Vorsitz im Ständigen Rat, der 51 Sitzungen abhielt und 25 Gastredner begrüßte, darunter zwei Staatschefs.

Am 13. Januar sprach der Amtierende Vorsitzende Audronius Ažubalis in der ersten Sitzung des Ständigen Rates unter litauischem Vorsitz und steckte den Kurs für das kommende Jahr ab. Er gab die Absicht des Vorsitzes bekannt, die gute Arbeit der vorhergehenden Vorsitze und die Arbeit im bestehenden organisatorischen Rahmen fortzusetzen und sich mit bestimmten Prioritäten, darunter Langzeitkonflikte, grenzüberschreitende Bedrohungen, Energiesicherheit, Toleranz und Grundfreiheiten, zu befassen.

Unter Anleitung des Vorsitzes ließen die drei Ausschüsse – zur politisch-militärischen, wirtschaftlichen und menschlichen Dimension – den Worten Taten folgen. Ihre Arbeit, zu der auch die Sonderbeauftragten und Persönlichen Beauftragten des Amtierenden Vorsitzenden, die Leiter der Institutionen, die Parlamentarische Versammlung, die Feldoperationen und andere Arbeitsgruppen beitrugen, lieferte Informationen für die Debatten, die Schlussfolgerungen und die Beschlüsse, die der Ständige Rat 2011 verabschiedete. Ihre Anregungen flossen schließlich auch im Dezember in die Diskussionen, Erörterungen und Beschlüsse auf dem Ministerratstreffen von Wilna ein.

Mit einer ambitionierten Agenda in allen drei Dimensionen verabschiedete der Ständige Rat 45 Beschlüsse, darunter:

- die Empfehlung betreffend die Wiederbestellung von Janez Lenarčič als Direktor des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte
- die Empfehlung betreffend die Bestellung von Lamberto Zannier zum Generalsekretär der OSZE
- die Stärkung der Effektivität der Wirtschafts- und Umweltdimension
- die Schließung des OSZE-Büros in Zagreb nach der erfolgreichen Erfüllung seines Mandats und
- die rechtzeitige Genehmigung des Gesamthaushaltsplans zum dritten Mal in Folge

Neben den ordentlichen Sitzungen fanden 2011 vier gemeinsame Sitzungen des Ständigen Rates und des Forums für Sicherheitskooperation statt (1. Juli, 13. Juli, 7. September und 13. Dezember), deren Schwerpunktthemen der Sicherheitsdialog im Zusammenhang mit grenzüberschreitenden Bedrohungen, die Resolution 1540 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen über Massenvernichtungswaffen und die Zusammenarbeit zwischen der OSZE und den Vereinten Nationen und Friedenssicherungseinsätzen waren.

Bestellung der Vorsitzenden für die Ausschüsse des Ständigen Rates

Botschafter Heiner Horsten, Vorsitzender der Sicherheitsausschusses
Botschafter Ihor Prokoptschuk, Vorsitzender des Wirtschafts- und Umweltausschusses
Botschafter Thomas Greminger, Vorsitzender des Ausschusses zur menschlichen Dimension

Gastredner im Ständigen Rat im Jahr 2011

13. Januar: (StR-Sondersitzung) **Audronius Ažubalis**, Amtierender Vorsitzender der OSZE, Minister für auswärtige Angelegenheiten von Litauen

10. Februar: **Peter Semneby**, Sonderbeauftragter der Europäischen Union für den Südkaukasus

17. Februar: **Hannah Rosenthal**, Sondergesandte der Vereinigten Staaten für die Überwachung und Bekämpfung von Antisemitismus, und **Farah Pandith**, Sonderbeauftragte der Vereinigten Staaten für muslimische Gemeinschaften

3. März: **Edward Nalbandyan**, Minister für auswärtige Angelegenheiten von Armenien

31. März: **Hamrochon Sarifi**, Minister für auswärtige Angelegenheiten von Tadschikistan

13. April: **Dalia Grybauskaitė**, Präsidentin der Republik Litauen

14. April: **Hido Bišćević**, Generalsekretär des Regionalen Kooperationsrates

5. Mai: **Çınar Aldemir**, Exekutivdirektor der Konferenz über Interaktion und vertrauensbildende Maßnahmen in Asien (CICA)

9. Juni: (StR-Sondersitzung) **Rosa Otunbajewa**, Präsidentin von Kirgisistan

9. Juni: (StR-Sondersitzung) **Gombojav Zandanshatar**, Minister für auswärtige Angelegenheiten und Handel der Mongolei

10. Juni: **Jan Lundin**, Generaldirektor des Rates der Ostsee-Anrainerstaaten

22. Juni: (StR-Sondersitzung) **Eamon Gilmore**, Tánaiste (Stellvertretender Premierminister) und Minister für auswärtige Angelegenheiten und Handel von Irland

1. Juli: (Gemeinsame Sitzung mit dem Forum für Sicherheitskooperation) **Janet Napolitano**, Ministerin für Heimatschutz der Vereinigten Staaten

4. Juli: (StR-Sondersitzung) **Vuk Jeremić**, Minister für auswärtige Angelegenheiten von Serbien und Vorsitzender des Südosteuropäischen Kooperationsprozesses, der Zentral-europäischen Initiative und der Adriatisch-Ionischen Initiative

14. Juli: **Leonidas Chrysanthopoulos**, Generalsekretär der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit im Schwarzmeerraum

22. Juli: **Giedrius Čekuolis**, Sonderbeauftragter des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE, **Antti Turunen** von den Vereinten Nationen und **Pierre Morel** von der Europäischen Union als Kovorsitzende der Genfer Gespräche

7. September: (Gemeinsame Sitzung mit dem Forum für Sicherheitskooperation)
Kassym-Schomart Tokajew, Generaldirektor des Büros der Vereinten Nationen in Genf

8. September: **Brigadegeneral Costanzo Periotto**, Persönlicher Beauftragter des
Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für Anhang 1-B Artikel IV des
Friedensübereinkommens von Dayton

14. Oktober: (StR-Sondersitzung) **Edmond Haxhinasto**, Stellvertretender Ministerpräsident
und Minister für auswärtige Angelegenheiten von Albanien

24. November: **Antonella Mularoni**, Ministerin für auswärtige und politische Angelegen-
heiten, Telekommunikation und Verkehr der Republik San Marino

1. Dezember: **Udo Burkholder**, Leiter der Mission der Europäischen Union zur Unter-
stützung des Grenzschutzes in Moldau und der Ukraine (EUBAM)

15. Dezember: **Halil Akinci**, Generalsekretär des Kooperationsrates turksprachiger Staaten

**DAS FORUM FÜR
SICHERHEITS-
KOOPERATION**

Das Forum für Sicherheitskooperation

2011 hatten Island, Italien und Kasachstan den Vorsitz im Forum für Sicherheitskooperation (FSK) inne. Die drei Vorsitze arbeiteten eng zusammen, um bei der Umsetzung des jährlichen Arbeitsprogramms des Forums für Kontinuität, Ausgewogenheit und Effizienz zu sorgen. Im Mittelpunkt der Arbeit des FSK standen weiterhin zentrale politisch-militärische Fragen wie Rüstungskontrolle und vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen (VSBM), Kleinwaffen und leichte Waffen (SALW), Lagerbestände konventioneller Munition (SCA), der Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit und die Durchführung der Resolution 1540 (2004) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen (UNSCR 1540).

Teilnehmer des Jährlichen Treffens zur Beurteilung der Durchführung in der Hofburg in Wien am 1. März 2011. (OSZE/Andrey Serenkov)

Im Einklang mit den Prioritäten in der *Gedenkerklärung von Astana – Auf dem Weg zu einer Sicherheitsgemeinschaft* begann das Forum intensive Gespräche über die Aktualisierung, Neubelebung und Modernisierung der VSBM; am 30. November mündeten diese Gespräche in der Verabschiedung eines Beschlusses über die Neuauflage des Wiener Dokuments (FSC.DEC/14/11), in dem die maßgeblichen VSBM der OSZE festgelegt sind. Das neu aufgelegte Wiener Dokument 2011 über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen (FSC.DOC/1/11) ist die erste Aktualisierung des Dokuments seit zwölf Jahren; darin wird auch ein Verfahren für eine regelmäßige Aktualisierung alle fünf Jahre festgelegt.

Bei einer der wichtigsten Veranstaltungen des Jahres 2011, dem Seminar auf hoher Ebene zur Militärdoktrin (Wien, 24.–25. Mai), kamen über 200 hochrangige Militärangestellte aus den Teilnehmerstaaten und den Ländern der Kooperationspartner zusammen, um Entwicklungen auf dem Gebiet der Militärtechnologie und der Militärdoktrinen und deren Auswirkungen auf die Sicherheit im OSZE-Raum zu untersuchen. Die Veranstaltung, die nach dem Wiener Dokument alle fünf Jahre abgehalten wird, war als solche bereits eine nützliche vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahme.

Das 21. Jährliche Treffen zur Beurteilung der Durchführung (AIAM) (Wien, 1.–2. März) galt dem Wiener Dokument 1999 und bot den Teilnehmerstaaten wieder Gelegenheit, die gegenwärtige und zukünftige Umsetzung vereinbarter VSBM zu erörtern. Das Treffen ermöglichte auch Experten, Erfahrungen auszutauschen, Anregungen vorzubringen und die Umsetzung der OSZE-Verpflichtungen im VSBM-Bereich zu bewerten.

Die OSZE-Dokumente über Kleinwaffen und leichte Waffen und über Lagerbestände konventioneller Munition nahmen auf der FSK-Agenda weiterhin einen prominenten Platz ein. Das Forum verabschiedete einen wichtigen Beschluss über die Vernichtung überschüssiger, abgelaufener oder veralteter Munition als bevorzugte Entsorgungsmethode (FSC.DEC/3/11). Gegenstand seiner Erörterungen war auch die Umsetzung des 2010 verabschiedeten OSZE-Aktionsplans für SALW. Zu diesem Zweck hielt das FSK eine Sondersitzung zu SALW ab, an der das Büro der Vereinten Nationen für Abrüstungsfragen und das *Stockholm International Peace Research Institute* teilnahmen; erörtert wurde die Umsetzung der Verpflichtungen in Bezug auf Ausfuhrkontrollen für SALW und die Kontrolle von Vermittlungsgeschäften mit SALW. Darüber hinaus gab ein Vertreter des FSK-Vorsitzes auf der UN-Tagung der Regierungssachverständigen zur Umsetzung des

SALW-Aktionsprogramms mit offenem Teilnehmerkreis eine OSZE-Erklärung über die Kennzeichnung, Rückverfolgung und Registrierung ab (New York, 9.–13. Mai).

Die Zerstörung sowie die Verwaltung und Sicherung von SALW und SCA war nach wie vor einer der dynamischsten Bereiche der Arbeit des FSK. Im Laufe des Jahres wurden Projekte in Albanien, Moldau und der Ukraine abgeschlossen. Die OSZE setzte auch die Durchführung zweier gemeinsamer Hilfsprogramme mit dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (in Montenegro und Belarus) fort und begann ein weiteres gemeinsames Programm in Georgien. Darüber hinaus erhielt das Forum vier weitere Ersuchen um Hilfestellung zu SALW und SCA von Bosnien und Herzegowina, Serbien, Zypern und Moldau. Es setzte auch die Durchführung von Projekten betreffend die Zerstörung von Überschüssen bzw. die Gewährleistung einer sicheren Lagerung von SALW und SCA in Albanien, Belarus, Kasachstan, Kirgisistan, Moldau, Montenegro und der Ukraine fort.

Das FSK setzte seine Erörterung über die Umsetzung des Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit fort, eines Grundsatzdokuments für Governance im Sicherheitsbereich. Aufbauend auf den Ergebnissen seiner Arbeit in den Jahren zuvor erstellte das Forum ein Referenzhandbuch für den Fragebogen zum Verhaltenskodex und bot es interessierten Teilnehmerstaaten als wichtiges Element zur Erleichterung der Umsetzung des Verhaltenskodex zur Verwendung an. Im Oktober beschloss das FSK, eine regelmäßige gezielte Diskussion über die Umsetzung des Verhaltenskodex zu etablieren, indem dem Verhaltenskodex jährlich eine eigene eintägige Sitzung gewidmet wird. Die erste jährliche Diskussion wird am 12. Juli 2012 in Wien stattfinden.

Auch die Unterstützung der Durchführung von UNSCR 1540 über die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen und ihrer Trägersysteme wurde fortgesetzt. Die OSZE hielt einen Workshop zur Festlegung der angemessenen Rolle der OSZE bei der Förderung von UNSCR 1540 ab (Wien, 27.–29. Januar), bei dem ein großes Spektrum von Bereichen ermittelt wurde, in denen die OSZE von Nutzen sein kann, etwa durch Hilfestellung an Teilnehmerstaaten bei der Formulierung nationaler Aktionspläne und der Feinabstimmung einschlägiger Rechtsvorschriften, der Abhaltung von Aktivitäten zur Bewusstseinsbildung und der Veranstaltung maßgeschneiderter Schulungskurse. In einer gemeinsamen Sitzung des FSK und des Ständigen Rates (StR) zum Thema Nichtverbreitung (Wien, 13. Juli) wurden die Fortschritte der einzelnen Staaten bei der Durchführung von UNSCR 1540 dargestellt und es wurde auch die künftige Rolle der OSZE bei der Durchführung der Resolution und der Unterstützung der Initiative zur Aktualisierung der OSZE-Prinzipien zur Regelung der Nichtverbreitung von 1994 festgelegt. Man einigte sich darauf, ein Verzeichnis von nationalen und OSZE-Kontaktstellen für UNSCR 1540 zu erstellen. Dieses Verzeichnis wird als ergänzendes und freiwilliges Instrument zur Verbesserung der Kooperation und Koordination zwischen den Teilnehmerstaaten in nationalen Umsetzungsfragen betreffend UNSCR 1540 dienen. Um die Koordinierung der Bemühungen um Nichtverbreitung weiter zu verstärken, wurde im Oktober 2011 eine Vereinbarung zwischen der OSZE und dem Büro der Vereinten Nationen für Abrüstungsfragen unterzeichnet.

Alle drei FSK-Vorsitze arbeiteten 2011 weiter an der Stärkung der Zusammenarbeit zwischen dem FSK und dem StR als Teil des OSZE-Konzepts der umfassenden und unteilbaren Sicherheit. Es wurden vier gemeinsame FSK/StR-Sitzungen zu dimensionsübergreifenden Fragen abgehalten (1. Juli, 13. Juli, 7. September und 13. Dezember).

Schließlich leistete das FSK auch einen wesentlichen Beitrag zum 18. Ministerratstreffen der OSZE (Wilna, 6.–7. Dezember). Alle drei vom Vorsitz vorgelegten Beschlüsse wurden verabschiedet: der Beschluss über Kleinwaffen und leichte Waffen und Lagerbestände konventioneller Munition (MC.DEC/6/11/Corr.1), der Beschluss über für das Forum für Sicherheitskooperation relevante Fragen (MC.DEC/7/11/Corr.1) und der Beschluss über die angemessene Rolle der OSZE bei der Förderung der Resolution 1540 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen (MC.DEC/8/11). Diese Beschlüsse setzen Prioritäten für die Arbeit und erteilen dem Forum klare Aufträge für 2012. Obwohl kein Konsens zur allgemeinen politischen Erklärung erzielt werden konnte, war das FSK in der Lage, dem seine Arbeit betreffenden Text im Entwurf der Erklärung zuzustimmen.

DIE PARLAMENTARISCHE VERSAMMLUNG DER OSZE

Die Parlamentarische Versammlung der OSZE

Generalsekretär: **R. Spencer Oliver, 2010 wiedergewählt**

Haushalt: **2.856.000 EUR**

www.oscepa.org

Die Parlamentarische Versammlung (PV) der OSZE baute ihre Rolle in den Bereichen Konfliktverhütung und demokratische Staatsführung durch parlamentarische Diplomatie, Wahlbeobachtung und Großkonferenzen aus. Im Rahmen größerer Tagungen in Serbien, Kroatien und Österreich sowie bei kleineren Zusammenkünften in der gesamten OSZE-Region hielten über 200 Parlamentarier Debatten und Abstimmungen über Fragen ab, die von Energie und Wirtschaft bis zum politischen Umbruch im südlichen Mittelmeerraum und zur OSZE-Reform reichten. Als wichtiges Forum für den interparlamentarischen Dialog widmete sich die Versammlung schwerpunktmäßig den Langzeitkonflikten in Moldau und zwischen Armenien und Aserbaidschan, wobei die fortgesetzten Bemühungen der OSZE um Lösungen für diese Konflikte durch die Parlamentarier unterstützt wurden. Durch zahlreiche Besuche des PV-Präsidenten Petros Efthymiou und anderer gewählter Funktionsträger demonstrierte die Versammlung ihr nachhaltiges Bekenntnis zur Demokratie in Kirgisistan ein Jahr nach dem Regierungswechsel und der Verfassungsänderung in diesem Land.

Das Internationale Sekretariat

Das Internationale Sekretariat der OSZE/PV übersiedelte im Februar in neue Räumlichkeiten, die ebenfalls vom dänischen Parlament zur Verfügung gestellt werden. Neben der Tatsache, dass sie in Kopenhagen und Wien über mehrsprachiges, multinationales Personal verfügt, das in der gesamten OSZE großes Ansehen genießt, war die Versammlung nun schon das neunzehnte Jahr in Folge tätig, ohne ihren jährlichen Haushaltsplan zu überschreiten, hat ihre Reserven ausgebaut und von unabhängigen externen Prüfern ein ausgezeichnetes Zeugnis ausgestellt bekommen.

Die parlamentarische Führungsebene: das Präsidium

Präsident Efthymiou aus Griechenland widmete sich 2011 größtenteils den Langzeitkonflikten. Durch Besuche in Armenien, Aserbaidschan, Georgien und Moldau sorgte er für die parlamentarische Unterstützung der laufenden Friedensbemühungen der OSZE, damit die Parlamente die Unterstützung der Öffentlichkeit für das Übereinkommen mobilisieren können, sobald sich die Regierungen auf eine Lösung einigen.

Im Juli bestellte er den Ehrenpräsidenten João Soares aus Portugal zu seinem Sonderbeauftragten für den Südkaukasus. Im Oktober organisierte er im Zuge der Herbsttagungen der Versammlung eine bahnbrechende Veranstaltung, bei der die drei Kovorsitzenden der Minsk-Gruppe ihre Arbeit zur Beilegung des Berg-Karabach-Konflikts offiziell präsentierten. Bei einer offenen Diskussion mit Parlamentariern aus Armenien und Aserbaidschan erfuhren die Abgeordneten mehr über die wichtige Rolle der OSZE bei der Konfliktlösung.

Präsident Efthymiou war auch einer der ersten aus den Reihen der OSZE, die zu einer aktiveren Unterstützung des demokratischen Wandels in Nordafrika aufriefen, als er im Februar bekannt gab, dass die Versammlung die Region bei ihrer „friedlichen Entwicklung in

Richtung Demokratie“ unterstützen werde. Er beschloss auch die erstmalige Entsendung einer Wahlbeobachtungsmission der Versammlung nach Tunesien.

In Ansprachen an großen Universitäten und Hochschulen in China, Spanien und den Vereinigten Staaten setzte sich der Präsident vor einem einflussreichen weltweiten Publikum aktiv für eine Profilierung der OSZE ein. Bei Reisen in 16 Teilnehmerstaaten führte er Gespräche auf höchster Ebene und im Juli wurde Präsident Eftymiou von der Versammlung für eine zweite einjährige Amtszeit wiedergewählt.

Parlamentarische Unterstützung: Kirgisistan

Im Gefolge der dramatischen Ereignisse und hochrangiger Besuche in Kirgisistan im Jahr 2010 stimmten die Abgeordneten auf der Jahrestagung 2011 für eine Verstärkung des parlamentarischen Dialogs in Zentralasien, insbesondere im Wege des OSZE-Zentrums in Bischkek.

Drei Mal besuchten Parlamentarier 2011 Bischkek und Osch. Diese Delegationen aus Kroatien, Griechenland, Holland, Schweden und der Ukraine, die mit kirgisischen Parlamentariern und dem OSZE-Büro zusammenarbeiteten, unterstützten die parlamentarische Demokratie im Land.

Diese Treffen verkörperten zusammen mit der aktiven Teilnahme kirgisischer Parlamentarier an OSZE/PV-Konferenzen dieses Jahr die besten Seiten der OSZE-Partnerschaften mit einer ständigen Weitergabe von Wissen und Erfahrungen. Die kirgisische Delegation ist die einzige Mehrparteidelegation aus Zentralasien in der PV.

Der Sonderbeauftragte der OSZE/PV für Zentralasien, Kimmo Kiljunen (Finnland), besuchte Kirgisistan in der ersten Jahreshälfte regelmäßig, hauptsächlich in seiner Eigenschaft als Leiter der unabhängigen Kirgisistan-Untersuchungskommission für die Ereignisse vom Juni 2010. Die Versammlung leistete der Kommission und ihrem im Mai 2011 herausgegebenen Bericht politische Unterstützung.

Parlamentarische Partnerschaften

Eine Partnerschaft zwischen der PV, dem OSZE-Büro in Eriwan und dem armenischen Parlament ermöglichte armenischen Parlamentsmitarbeitern ein Praktikum im niederländischen Parlament; im Rahmen einer ähnlichen Vereinbarung absolvierten zwei aserbaidische Beamte mehrmonatige Praktika im Wiener Büro der PV.

Der Parlamentarische Dialog

20. JAHRESTAGUNG, BELGRAD, 6.–10. JULI. Die Jahrestagung der PV, bei der das serbische Parlament als Gastgeber fungierte, verabschiedete die Belgrader Erklärung, die sich den Themen Computer- und Netzsicherheit, Menschenhandel, Hunger, Freiheit im Internet, nukleare Sicherheit, Menschenrechte und Organhandel widmet und Reformen fordert, die die OSZE transparenter und offener für die Zivilgesellschaft machen und sie in Krisen zu einer schnelleren Reaktion befähigen sollen.

HERBSTTAGUNGEN, DUBROVNIK, 7.–10. OKTOBER. Die zehnten jährlichen Herbsttagungen, bei denen das kroatische Parlament als Gastgeber fungierte, umfassten eine Konferenz über regionale Entwicklung in Südosteuropa, ein Mittelmeerforum und einen eigenen Vortrag der Kovorsitzenden der Minsk-Gruppe über die Rolle der OSZE bei der Konfliktlösung. Unter den Teilnehmern waren der Präsident von Kroatien, die Leiter aller OSZE-Feldoperationen in der Region, Spitzenvertreter der Wirtschaft aus Südosteuropa und Vertreter der Kooperationspartner im Mittelmeerraum Algerien, Israel, Jordanien, Marokko und Tunesien.

WINTERTAGUNG, WIEN, 24.–25. FEBRUAR. Die Wintertagung umfasste Ausschusssitzungen und Sonderdebatten über die Lage im südlichen Mittelmeerraum und über Immigration, Integration und den multiethnischen Dialog in der OSZE. Der Sonderbeauftragte der PV für Angelegenheiten des Mittelmeerraums, Alcee Hastings (Vereinigte Staaten), rief die OSZE dazu auf, den im Übergang zur Demokratie befindlichen Ländern zu helfen, und nach Ansicht der Sonderbeauftragten der PV für Migration, Kathleen Ferrier (Niederlande), sollten die Länder unbedingt Strategien für die menschenwürdige Behandlung von Flüchtlingsströmen aus Krisenregionen festlegen.

Wahlbeobachtung

Die Versammlung leitete 2011 sechs Wahlbeobachtungsmissionen in Zusammenarbeit mit anderen parlamentarischen Versammlungen und dem OSZE-Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte; die Missionen betrafen die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Kasachstan, Kirgisistan, Russland, Tunesien und die Türkei. Entsprechend der Praxis, die auf einem Kooperationsabkommen aus dem Jahr 1997 beruht, und auf Empfehlung des Präsidenten bestellte der Amtierende Vorsitzende der OSZE die folgenden Parlamentarier zu Leitern dieser Missionen:

- Tonino Picula (Kroatien), Präsidentenwahl in Kasachstan, April
- Roberto Battelli (Slowenien), Parlamentswahlen in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, Juni
- Walburga Habsburg Douglas (Schweden), Präsidentenwahl in Kirgisistan, Oktober
- Petros Efthymiou (Griechenland), Parlamentswahlen in Russland, Dezember

Ferner bestellte Präsident Efthymiou Pia Christmas-Møller (Dänemark) und Riccardo Migliori (Italien) zu Leitern der Wahlbeobachtungsmissionen in der Türkei bzw. in Tunesien.

Aufsicht und Rechenschaftspflicht

Die Versammlung sorgte durch Verabschiedung neuer Maßnahmen in der *Belgrader Erklärung* für Fortschritte in Sachen Transparenz und Rechenschaftspflicht in der OSZE. Die Erklärung forderte dazu auf,

- Sitzungen des Ständigen Rates auf Ad-hoc-Basis für Presse und Öffentlichkeit zugänglich zu machen,

- zweimal pro Monat Treffen zur Prüfung von Menschenrechtsfragen unter Beteiligung von Vertretern der Zivilgesellschaft und der Öffentlichkeit zu veranstalten,
- die Konsensregel in Personal-, Haushalts- und Verwaltungsfragen abzuändern,
- das Konsens-minus-eins-Verfahren im Falle „eindeutiger, grober und nicht behobener Verletzungen von OSZE-Verpflichtungen“ anzuwenden.

Die Arbeit vor Ort

Im Oktober traten erstmals alle sieben Leiter der OSZE-Feldpräsenzen in Südosteuropa gemeinsam vor der Parlamentarischen Versammlung auf. Sie waren anlässlich der Herbsttagungen der Versammlung in Kroatien zusammengekommen und gaben einen Überblick über die Fortschritte in der Region, wobei die Themen von der Flüchtlingsrückkehr bis zur Bekämpfung der Korruption reichten.

Zur Unterstützung dieser wichtigen Arbeit vor Ort und ergänzend zu den Besuchen von Präsident Eftymiou begaben sich Mitglieder des Ad-hoc-Ausschusses der PV und Sonderbeauftragte nach Albanien, Armenien, Aserbaidschan, Bosnien und Herzegowina, Kirgisistan, Moldau, Montenegro und Serbien. In enger Zusammenarbeit mit den OSZE-Feldpräsenzen in diesen Ländern verschafften die Parlamentarierdelegationen wichtigen Projekten und Initiativen zusätzliche Aufmerksamkeit. Die Versammlung unterstützt konsequent die Aktivitäten der OSZE vor Ort, in denen sie eine tragende Säule der Organisation sieht, und führende Vertreter der PV sprachen sich auch 2011 für eine Wiedereinsetzung der OSZE-Feldpräsenzen in Belarus und Georgien aus.

Am Einsatz der PV in Moldau zur Unterstützung des OSZE-Büros und seiner Bemühungen um die Förderung des Dialogs zwischen Tiraspol und Chişinău wurde deutlich, wie die laufende Arbeit des vor Ort tätigen Personals durch parlamentarisches Engagement ergänzt und gestärkt werden kann.

Da der Arbeitsgruppe „Belarus“ das ganze Jahr 2011 hindurch die Einreise nach Belarus verweigert wurde, äußerten Parlamentarier über die Medien ihre Besorgnis über die Inhaftierung von Oppositionspolitikern im Anschluss an die Präsidentenwahl von 2010 und über andere Verletzungen von OSZE-Verpflichtungen. Die PV war für Oppositionelle und die belarussische Zivilgesellschaft auch eine Plattform, über die sie sich an internationale Parlamentarier wenden konnten, und trat mit belarussischen Parlamentariern in Fragen, die von Menschenrechten bis zur Kernenergie reichten, in direkten Kontakt.

Zusammenwirken mit Organisationen und Institutionen

Im Rahmen der Initiative von Präsident Eftymiou, die Zusammenarbeit zwischen der Versammlung und den OSZE-Organen in Wien zu verstärken, traf Matteo Mecacci (Italien), der Vorsitzende des Ausschusses der Versammlung für Demokratie, Menschenrechte und humanitäre Fragen, im November mit dem Ausschuss des Ständigen Rates zur menschlichen Dimension zusammen, um gemeinsame Ziele zu erörtern.

Die PV setzte ihre regelmäßige Zusammenarbeit – hauptsächlich in Fragen der Wahlbeobachtung – mit dem Europäischen Parlament, den Parlamentarischen Versammlungen der

NATO und des Europarats und anderen internationalen parlamentarischen Organisationen sowie mit dem Nordischen Rat fort.

Neue Medien

Das Foto-Webportal Flickr verzeichnete über 30.100 Zugriffe auf Fotos von Konferenzen, diplomatischen Besuchen und Wahlbeobachtungsmissionen der Versammlung.

Auf einem im Februar eingerichteten YouTube-Kanal der PV wurden Reden, Debatten und themenbezogene, ausschließlich im Web gezeigte Kurzvideos über parlamentarische Initiativen betreffend Hunger und Migration über 1400 Mal aufgerufen.

Reden und Medienauftritte von Funktionsträgern stärkten ebenso wie diese neuen Medieninstrumente 2011 die Sichtbarkeit und Glaubwürdigkeit der OSZE und sorgten für mehr Transparenz in der Tätigkeit der PV.

DIE FELDOPERATIONEN

SÜDOSTEUROPA DIE PRÄSENZ IN ALBANIEN

Leiter der Präsenz: **Botschafter Eugen Wollfarth**

Haushalt: **3.161.800 EUR**

www.osce.org/albania

Die Präsenz in Albanien setzte sich für die Stärkung der öffentlichen Institutionen des Landes ein und konzentrierte sich dabei auf folgende Schwerpunktbereiche: Reformen in den Bereichen Justiz, Gesetzgebung und Wahlen, Aufbau parlamentarischer Kapazitäten, Bekämpfung des Menschenhandels, Polizeiausbildung, Vernichtung überschüssiger Waffen, Good Governance und Grundbesitzreform. Sie bemühte sich um die Förderung unabhängiger Medien und die Gleichstellung der Geschlechter sowie um die Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen. Eine wichtige Aufgabe im Jahr 2011 war der Aufbau von Kapazitäten und die administrative Unterstützung für die Zentrale Wahlkommission und die staatliche Polizei in Vorbereitung der Kommunalwahlen im Mai.

„Dank des Bewährungshelfers kann ich nun außerhalb des Gefängnisses leben. Ich habe Arbeit, ein besseres Leben und bin ein besserer Mensch geworden.“

Ein zwanzigjähriger Albaner, der wegen Diebstahls verurteilt wurde und nach Verbüßung eines Teils seiner Gefängnisstrafe auf Bewährung entlassen werden konnte

Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

STÄRKUNG DER POLIZEI. Die Präsenz veranstaltete Schulungen für die staatliche Polizei in Methoden der internen Ermittlung und verdeckten Polizeiarbeit und über die Rolle der Polizei bei Wahlen und leistete Hilfestellung bei der Vorbereitung neuer Polizeiausbilder auf ihren Einsatz in Afghanistan. Sie gab für das Personal von Strafvollzugsanstalten bestimmte Publikationen über Standardverfahren für den Polizeieinsatz bei Wahlen heraus, unterstützte Aufklärungskampagnen über Verkehrssicherheit und Community Policing und startete eine Bedarfsermittlungsmission für strategisches Crowd Management. Die Präsenz vermittelte außerdem die Spende von Fahrzeugen, die zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung eingesetzt werden, und stellte kostenlos Ausrüstung zur verdeckten Überwachung in Fällen von organisierter Kriminalität zur Verfügung. Sie unterstützte die Grenz- und Migrationspolizei durch Förderung gemeinsamer Kooperationssitzungen zu Grenzfragen, Qualifizierungsmaßnahmen und Ausarbeitung grenzüberschreitender Vereinbarungen. Ferner half die Präsenz bei der Verlegung solarbetriebener Generatorsysteme an andere Standorte und stellte IT- und Büroausrüstung für mehrere Grenzübergangsstellen zur Verfügung.

VERNICHTUNG ÜBERSCHÜSSIGER WAFFEN. Die Präsenz unterstützte das Verteidigungsministerium bei dessen Bemühungen um sichere Beseitigung gefährlicher chemischer Abfälle durch eine Bewertung verschiedener Möglichkeiten zu ihrer Entsorgung.

Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension

UNTERSTÜTZUNG DER DEZENTRALISIERUNG. Neun kommunale Behörden nahmen mit Unterstützung der Präsenz einen gemeinsamen Plan für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Vjosa-Tales in der südalbanischen Region Permet in Angriff. Die Präsenz

beteiligte sich außerdem an der Finanzierung einer Veranstaltung zur Kapazitätssteigerung für neu gewählte Bürgermeister.

UNTERSTÜTZUNG BEI DER BEKÄMPFUNG VON KORRUPTION. Die Präsenz unterstützte die Aufsichtsbehörde für Vermögensoffenlegung und Wirtschaftsprüfung bei Kursen für Kommunalbeamte in Ethik und im Umgang mit Interessenskonflikten sowie bei der Gewährleistung größerer Transparenz bei der Überprüfung der Angaben von Staatsbeamten zu ihren Vermögenswerten.

UNTERSTÜTZUNG DER GRUNDBESITZREFORM. Die Präsenz half mit bei der Stärkung der Kapazitäten des Grundbuchamtes, um Gewissheit über die Eigentumsverhältnisse von Grundstücken in ausgesuchten Küstengebieten zu schaffen. Die Agentur für Eigentumsrückgabe und -entschädigung wurde ebenfalls unterstützt, um die Bearbeitung von Anträgen und die Datenverwaltung zu verbessern.

BEKÄMPFUNG DES MENSCHENHANDELS. Die Präsenz schulte regionale Ausschüsse für die Bekämpfung des Menschenhandels in der Präventivarbeit und in der Handhabung des Leitsystems für durch Menschenhandel gefährdete Personen. Im Bereich der Migrantenrechte förderte die Präsenz einen Besuch von Studenten der staatlichen Rechtsfakultät im Staatlichen Zentrum für illegale Migranten.

FÖRDERUNG VON BESSEREM UMWELTMANAGEMENT. Die Präsenz unterstützte die Regierung bei deren Bemühungen um eine gewissenhaftere Einhaltung der internationalen Planungsstandards in Bezug auf die Befragung und Information der Öffentlichkeit und deren Zugang zum Recht. In Zusammenarbeit mit dem Aarhus-Informationsnetz organisierte sie Informationsworkshops zur Förderung der nationalen Abfallstrategie und arbeitete Pläne für kommunale Abfallbewirtschaftung aus.

Aktivitäten in der menschlichen Dimension

WAHLREFORM. Die Präsenz unterstützte die Zentrale Wahlkommission bei der Stärkung ihrer Kapazitäten zur Abwicklung der Kommunalwahlen im Mai. Die Unterstützung betraf vor allem die Verbesserung der Schulungsprogramme durch die Entwicklung einer einheitlichen Unterrichtsmethodik. Die Präsenz förderte auch den Druck von Arbeitsunterlagen und ließ Wahlkommissionen die nötige IT-Ausrüstung. Sie beteiligte sich darüber hinaus an den Bemühungen zur Bewusstseinsbildung unter der Wählerschaft durch die Veröffentlichung von Prospekten und durch Förderung der von der Zentralen Wahlkommission produzierten Rundfunk- und Fernsehspots.

JUSTIZREFORM. Die Präsenz setzte ihre Unterstützung für Einrichtungen der Justiz im Hinblick auf die Stärkung der Normen für ein faires Verfahren in Zivilprozessen fort. In Fragen der Gesetzgebung war die Präsenz ein wichtiger Teilnehmer an einer vom Justizministerium geschaffenen Arbeitsgruppe zur Überarbeitung der Strafprozessordnung. Sie gab schriftliche Stellungnahmen zu verschiedenen Gesetzesentwürfen ab, darunter auch ein Gesetz über die elektronische Überwachung von in ihrer Freiheit eingeschränkten Personen und das Gesetz über Strafverteidiger. Die Präsenz unterstützte die Kommission für den öffentlichen Dienst in Bezug auf den Schutz der Rechte von Beamten durch die Bereitstellung von Fortbildungsmöglichkeiten für die rechtlichen Rahmenbedingungen für unabhängige staatliche Institutionen. Gemeinsam mit dem Dienst für Bewährungshilfe

organisierte sie Kurse für Bewährungshelfer und Sozialarbeiter sowie eine Diskussionsrunde zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen der Zivilgesellschaft und dem Dienst für Bewährungshilfe.

MENSCHENRECHTE. Die Präsenz leistete dem Büro des Beauftragten gegen Diskriminierung Hilfestellung bei der Einrichtung einer Website in Minderheitensprachen und der Verteilung von Informationsmaterial. Außerdem unterstützte sie den Beauftragten bei der Organisation einer öffentlichen Veranstaltung über Diskriminierung in Schulen und der Veröffentlichung einer Broschüre, in der Schüler das Thema künstlerisch aufarbeiteten. Die Präsenz half kommunalen Behörden bei der Organisation von Kinderschutzseminaren für Lehrer, Psychologen, Ärzte und Polizeibeamte und förderte die Organisation der sechsten Internationalen Menschenrechtsfilmfestspiele in Albanien.

STÄRKUNG DES PARLAMENTS. Die Präsenz setzte sich für eine Modernisierung der Verwaltungsstrukturen und Personalpraktiken der Versammlung ein. Sie unterstützte sie bei der Entwicklung einer Ausbildungsstrategie und der Organisation von Ausbildungseminaren. Sie half auch mit, den Zugang der Medien und der Öffentlichkeit zur Versammlung zu erleichtern, wofür der Arbeitsbereich für Medien vergrößert und ein Tagungsraum für gemeinsame Ausschusssitzungen und öffentliche Anhörungen geschaffen wurde. Die Präsenz förderte die Teilnahme von Vertretern der Versammlung an regionalen Aktivitäten, etwa in Form von Besuchen beim österreichischen und beim ungarischen Parlament und eines Treffens von Parlamentsmitarbeitern für Öffentlichkeitsarbeit, das gemeinsam von OSZE-Missionen in der Region veranstaltet wurde. Die Präsenz ermöglichte außerdem die Teilnahme von Abgeordneten an einer Konferenz über nationale Menschenrechte, die vom OSZE-Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) veranstaltet wurde.

MEDIENUNTERSTÜTZUNG. Die Präsenz leistete nationalen Dienststellen technische Hilfe bei der Ausarbeitung eines Gesetzes zur Regulierung der Rundfunkanstalten. Sie unterstützte ferner das Büro des Ministerpräsidenten bei der Überprüfung der Regierungsstrategie für den Umstieg auf den digitalen Sendebetrieb.

FÖRDERUNG DER GLEICHSTELLUNG DER GESCHLECHTER. Mit einer nationalen Konferenz unter Beteiligung politischer Führungspersonlichkeiten wollte die Präsenz mehr Frauen in politische Führungsämter bringen. Gleichzeitig bereitete sie Kandidatinnen durch Kurse auf ihre Teilnahme an Kommunalwahlen vor. Für die Nationale Frauenplattform, ein auf Initiative der Präsenz geschaffenes Netz von 1500 Frauen aus verschiedenen politischen Parteien und der Zivilgesellschaft, bot die Präsenz Schulungen an, die die Frauen in ihrer Rolle als Interessensvertreterinnen stärken sollten. Die Präsenz eröffnete Frauen mittels regionaler Foren und Fernsehprogramme Möglichkeiten zur Vernetzung. Außerdem hielt sie Kurse in Gender Mainstreaming ab, um die Kontakte zwischen der Regierung und dem nationalen Rat für Chancengleichheit zu verstärken.

FÖRDERUNG DER ZIVILGESELLSCHAFT. Die Präsenz organisierte Kurse für den Nationalen Rat für Menschen mit Behinderungen über Möglichkeiten zur Stärkung des Dialogs mit Akteuren und beteiligte sich an einer Initiative, durch die junge Menschen mit Behinderungen dazu ermutigt werden sollen, sich aktiver in öffentliche Entscheidungsprozesse einzubringen. Außerdem unterstützte die Präsenz das Ministerium für Bildung und Wissenschaft bei der Ausarbeitung eines landesweiten Lehrplans für Staatsbürgerschaftskunde.

SÜDOSTEUROPA DIE MISSION IN BOSNIEN UND HERZEGOWINA

Leiter der Mission: **Botschafter Fletcher M. Burton**, seit 29. August, Nachfolger von
Botschafter Gary Robbins

Haushalt: **14.864.300 EUR**

www.oscebih.org

Nachhaltigkeit und Eigenverantwortung sind die wichtigsten Ziele, die die Mission durch ihre Programmarbeit auf lange Sicht erreichen will. Ganz oben auf der Tagesordnung standen des Weiteren die Stärkung der Effektivität und Effizienz des Parlaments sowie die demokratische Kontrolle des Verteidigungs- und Sicherheitssektors, die Schaffung regionaler Netzwerke und eine verstärkte Einbindung der Öffentlichkeit in parlamentarischen Fragen. Die Mission bemühte sich um die Verbesserung von Transparenz, Rechenschaftspflicht und Effizienz der Kommunen, insbesondere in politisch gespaltenen Kommunen. Es wurden nationale Mechanismen zum Schutz der Menschenrechte unterstützt, um energischer gegen Diskriminierung, insbesondere in den Schulen des Landes, vorgehen zu können. Die Mission setzte ihre Unterstützung für eine wirksame Verfolgung von Kriegsverbrechen und die Umsetzung maßgeblicher Justizreformstrategien fort. Die Zusammenarbeit mit den Behörden und in den Gemeinschaften verankerten Organisationen förderte weiterhin die Integration und die Achtung für die Vielfalt im Bildungswesen.

„Die OSZE half uns dabei, von den örtlichen Behörden wirklich als Partner anerkannt und bei der Lösung ausstehender Fragen einbezogen zu werden.“

Milana Mikulić, Präsidentin des Jugendrates von Srebrenica

Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

KAPAZITÄTSSTEIGERUNG. In enger Zusammenarbeit mit der Mission und anderen Partnern setzten leitende Beamte im Sicherheitsbereich 2011 die Entwicklung guter institutioneller Praktiken fort und ermittelten dabei Bereiche, die einer weiteren Verbesserung bedürfen. Dieses Jahr unterstützte die Mission die Vorbereitungen für die Schaffung eines *Computer Emergency Response Team* (CERT) in Bosnien und Herzegowina, dessen Aufgabe es sein wird, Straftaten im Internet zu verhindern bzw. gegen sie vorzugehen; in diesem Rahmen wurde unter anderem ein Seminar über Computer- und Internetsicherheit und eine Studienreise zu den CERTs in Estland und im Vereinigten Königreich veranstaltet. Ferner wurden gemeinsam mit der interministeriellen Arbeitsgruppe für die Umsetzung der Sicherheitspolitik in Bosnien und Herzegowina mehrere Schulungskurse organisiert, zwei davon für Terrorismusbekämpfung. Außerdem unterstützte die Mission das Aufsichtsgremium für die Umsetzung der Strategie von Bosnien und Herzegowina zur Verhütung und Bekämpfung des Terrorismus.

EINHALTUNG VON VERPFLICHTUNGEN. Die Behörden von Bosnien und Herzegowina und die Mission bemühten sich um eine verbesserte Einhaltung der politisch-militärischen Verpflichtungen des Staates, indem sie zur Zusammenarbeit zwischen Dienststellen ermutigten und für ein besseres Verständnis für diese Verpflichtungen warben. In diesem Jahr organisierte die Mission die vierte Konferenz zur Überprüfung der Einhaltung der OSZE/UN-Sicherheitsverpflichtungen und auch das Webportal des Außenministeriums, das die Kapazitäten des Landes zur Einhaltung erhöhen soll, nahm den Betrieb auf; ferner wurden

Empfehlungen zur Einsetzung einer interministeriellen Arbeitsgruppe zur Überwachung der Einhaltung vereinbart. Darüber hinaus organisierte die Mission gemeinsam mit dem Verifikationszentrum der Streitkräfte von Bosnien und Herzegowina ein Seminar zur Umsetzung von vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen, auf dem festgestellt wurde, dass die Streitkräfte von Bosnien und Herzegowina fähig sind, ihren Verpflichtungen professionell und technisch einwandfrei nachzukommen.

RÜSTUNGSKONTROLLE. Gemeinsam mit ihren strategischen lokalen und internationalen Partnern unterstützte die Mission die Behörden des Landes auch weiterhin dabei, die Hindernisse bei der Zerstörung ihrer Munitionsüberschüsse zu überwinden. Dieses Jahr wurde die Mission offiziell um Hilfe bei der Instandsetzung von Waffen und der Sanierung von Munitionslagerstätten ersucht. Wie bisher förderte die Mission auch die Umsetzung des subregionalen Rüstungskontrollregimes durch die logistische und administrative Unterstützung des persönlichen Beauftragten des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für Anhang 1B Artikel IV des Friedensübereinkommens von Dayton.

PARLAMENTARISCHE KONTROLLE. Das Staatsparlament und die Mission stärkten weiter die Kapazitäten der beiden gemeinsamen Parlamentsausschüsse, die für die Kontrolle der Verteidigungs-, Sicherheits- und nachrichtendienstlichen Institutionen des Staates zuständig sind, und des Büros des parlamentarischen Militärbeauftragten, das sich hauptsächlich mit dem Schutz der Menschenrechte in den Streitkräften von BiH befasst. Im Rahmen dieser Aktivitäten wurden zwei getrennte Einführungsseminare für die neuen Mitglieder der beiden gemeinsamen Ausschüsse, ein Seminar über den Schutz geheimer Daten, zwei Seminare zur Förderung der Arbeit des parlamentarischen Militärbeauftragten sowie Studienreisen sowohl innerhalb von Bosnien und Herzegowina als auch ins Ausland nach Serbien, in die Tschechische Republik, nach Polen und in die Türkei durchgeführt.

Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension

UMWELTKAMPAGNE DER MISSION. Im Rahmen ihrer „grünen Kampagne“ führte und unterstützte die Mission örtliche Projekte, die von Gemeindebediensteten, Schul- und Bürgeraktivisten in Bosanski Petrovac, Janja, Mostar und Bugojno gemeinsam ausgearbeitet worden waren. Mit dieser Kampagne, mit der die Mission Jugendliche und aktive Bürger vor Ort für gemeinsame Umweltziele interessieren möchte, schließt sie sich den Bemühungen im Rahmen des weltweiten Earthday-Netzes an.

GOOD GOVERNANCE IM BILDUNGSWESEN. Als Partner innerstaatlicher Behörden führte die Mission in fünf Kantonen und in der Republika Srpska das Projekt Good Governance im Bildungswesen durch und bildete über 100 Kursleiter in Finanzmanagement aus, die in der Folge 800 Angehörige von Schulräten und 300 Schuldirektoren ausbilden werden. Die Mission organisierte auch Kurse für alle Schulinspektoren und förderte die Einrichtung inländischer Vereinigungen von Schuldirektoren, wodurch der Austausch von Meinungen und bewerteten Praktiken gefördert und die Fragmentierung und Politisierung im Bildungssektor verringert werden soll.

MENSCHENHANDEL. Nach einer umfassenden Standortbestimmung unterstützte die Mission die nationalen Behörden bei der Novellierung der einschlägigen Rechtsvorschriften der Teilgebiete und stärkte die Kapazitäten der örtlichen Ansprechpartner für die Befassung mit der Frage des Menschenhandels.

Aktivitäten in der menschlichen Dimension

RECHENSCHAFT FÜR KRIEGSVERBRECHEN. Die Mission veröffentlichte den Bericht *Delivering Justice in Bosnia and Herzegovina: An Overview of War Crimes Processing from 2005–2010*, einen ausführlichen Überblick über die Herausforderungen, mit denen die Justiz von Bosnien und Herzegowina in ihren Bemühungen konfrontiert ist, Kriegsverbrecher nicht weiter ungestraft davon kommen zu lassen. Die Mission beobachtete und unterstützte ferner die Umsetzung der nationalen Strategie für Kriegsverbrecherprozesse in Bosnien und Herzegowina und organisierte Gesprächsrunden zur Verbesserung der Kommunikation zwischen den betroffenen Gemeinden und den Justizorganen.

UNTERSTÜTZUNG DER REFORM DES JUSTIZSEKTORS. Die Mission unterstützte die Bemühungen der Regierung um Schaffung eines Mechanismus zur Verhinderung von Folter und leistete der im Justizministerium für die Strafrechtsreform zuständigen Stelle technische Hilfe und fachliche Unterstützung. Im Rahmen des von der EU vermittelten „Strukturierten Dialogs“ veröffentlichte die Mission einen Bericht unter dem Titel *Assessment of Civil Procedure Codes in Bosnia and Herzegovina*, in der Absicht, den Prozess der Verabschiedung einheitlicher Gesetzesnovellen zu fördern.

BEKÄMPFUNG VON HASSVERBRECHEN. Damit Nichtregierungsorganisationen besser durch Hass motivierte Zwischenfälle verhüten und bekämpfen können, veranstaltete die Mission Schulungen für die verschiedensten NGOs und sensibilisierte landesweit in verschiedenen Foren die örtlichen Behörden und Gemeinschaften.

GLEICHSTELLUNG DER GESCHLECHTER UND GESCHLECHTSSPEZIFISCHE GEWALT. Gemeinsam mit kommunalen Gleichstellungskommissionen, dem Genderzentrum der Republika Srpska und örtlichen NGOs veranstaltete die Mission eine regionale Konferenz zur UN-Sicherheitsratsresolution 1325 sowie vier Workshops, drei Ausbildungsveranstaltungen und zwei Konferenzen mit 173 Teilnehmern (141 Frauen und 32 Männern) zum Thema Gleichstellung der Geschlechter. Sie beobachtete, wie die Institutionen auf häusliche Gewalt reagieren und unterstützte Initiativen, durch die die Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Dienststellen verbessert werden soll.

BEKÄMPFUNG VON DISKRIMINIERUNG. Nach der Verabschiedung des Antidiskriminierungsgesetzes bot die Mission Kurse zum Aufbau der Kapazitäten wichtiger Institutionen an, die für die Umsetzung des Gesetzes zuständig sind, sowie Fachkurse für 130 Organisationen und Gruppen der Zivilgesellschaft, die unentgeltliche Rechtsberatung leisten.

REFORM DER VOLKSANWALTSCHAFT. Die Mission stärkte weiter die Kapazitäten der Volksanwaltschaft von Bosnien und Herzegowina und setzte sich für die Gesetzesänderungen ein, die zur Vollendung der Reform der Institution erforderlich sind.

SOZIALE ABSICHERUNG. Die Mission veröffentlichte einen Bericht über soziale Absicherung, in dem sie eine Reihe von Empfehlungen zur Verringerung der Ungleichheiten zwischen den Begünstigten abgab, und führte 20 Workshops zur Verstärkung der Kapazitäten der inländischen Institutionen für soziale Absicherung durch.

DAUERHAFTE RÜCKKEHR. Die Mission leistete den nationalen Behörden technische Hilfe in Bezug auf die Revidierte Strategie für die Umsetzung von Anhang VII und das

regionale Wohnbauprogramm, den sogenannten „3x4-Prozess“. Ihr mit dem UN-Hochkommissar für Flüchtlinge abgestimmtes Engagement führte schließlich zur Schließung von fünf Sammelzentren.

ROMA-SCHWERPUNKT. Die Mission setzte sich weiterhin für die Umsetzung der Roma-Aktionspläne für Bildung, Beschäftigung und Wohnbau ein.

FÖRDERUNG DER VIELFALT UND OBJEKTIVITÄT IN SCHULEN. Die Mission unterstützte verschiedene Aktivitäten, zu denen Schüler aus dem ganzen Land zusammenkamen, um über ihre gemeinsamen Anliegen zu sprechen. Zur Stärkung wichtiger Bildungskompetenzen – unter besonderer Berücksichtigung interkultureller Kompetenzen und moderner Lehr- und Lernmethoden – wurden über 600 Multimedia-Unterrichtseinheiten ausgearbeitet und angewendet, nachdem die Mission den Lehrern eine entsprechende Schulung ermöglicht hatte. Im Rahmen des Projekts *History for the Future* wurde in Bosnien und Herzegowina eine Reformkommission für den Geschichtsunterricht eingerichtet und die Mitglieder unterwiesen; der Ausschuss durchforstet derzeit die Lehrpläne für Geschichte an Grundschulen.

VERBESSERUNG VON GOOD GOVERNANCE AUF KOMMUNALER EBENE. Im Zuge ihrer Initiative *Local First* unterstützte die Mission 14 Kommunen bei der Verbesserung ihrer strategischen Planung, der Haushaltserstellung und Rechenschaftslegung. Darüber hinaus half sie weiteren 22 kommunalen gesetzgebenden Körperschaften bei der Verbesserung ihrer Führungsmethoden, der Einbindung der Bürger in Entscheidungsprozesse und der Kontrolle der Führungskräfte. 27 Gemeinden leistete sie gezielte Hilfestellung bei der Verbesserung ihrer Kommunikation mit den Bürgern. Sie förderte die Einrichtung von sieben interkommunalen Lernnetzwerken und fünf Partnerschaften zu den Themen strategische Planung, Finanzen, Personalmanagement und Stadtplanung.

STÄRKUNG DES SYSTEMS DES ÖFFENTLICHEN DIENSTES. Die Mission war federführend bei der Stärkung gemeinsamer Grundsätze innerhalb des öffentlichen Dienstes und half bei der Einrichtung eines Forums für Dienststellenleiter des öffentlichen Dienstes aus Bosnien und Herzegowina, der Föderation Bosnien und Herzegowina, der Republika Srpska und dem Bezirk Brčko, um die Zusammenarbeit zwischen den Teilgebieten sowie auf gesamtstaatlicher Ebene in diesem Bereich zu verbessern.

FÖRDERUNG EINER AKTIVEN BÜRGERSCHAFT. Die Mission unterstützte rund 3000 Personen, 80 NGOs und 240 Strukturen örtlicher Gemeinschaften und setzte damit ihre Förderung der Einbindung unterrepräsentierter Gruppen in lokalpolitische Angelegenheiten fort. Außerdem unterstützte sie die Schaffung von 20 Netzwerken und Dachorganisationen, darunter acht Bündnisse zwischen Communities, die in ihrer Funktion als Wächter den Bürgern die Botschaft vermitteln sollen, dass sie gemeinsam Behörden zur Rechenschaft ziehen können. Durch die Einführung von Volkshochschulkursen in sieben Gemeinden hob die Mission auch das Bewusstsein für Entscheidungsfindungsmechanismen.

UNTERSTÜTZUNG UND BEOBACHTUNG DES PARLAMENTS. Die Mission hielt Einführungsseminare für ausgewählte Ausschüsse der nationalen Parlamentarischen Versammlung, unterstützte die Gesetzgeber bei der Entwicklung eines neuen Strategieplans, einer Kommunikationsstrategie und interner Gesetzesdatenbanken und förderte die Erstellung einer neuen Parlamentswebsite. Ferner setzte sie sich für die Einbindung von Abgeordneten und Mitarbeitern des Parlaments des Gesamtstaats in verschiedene regionale kooperative

Aktivitäten ein. Schließlich führte sie auch Machbarkeitsstudien mit den Parlamenten der Teilgebiete durch und nahm mit der Nationalversammlung der Republika Srpska den strategischen Planungsprozess in Angriff.

SÜDOSTEUROPA DIE MISSION IM KOSOVO

Leiter der Mission: **Botschafter Werner Almhofer**

Haushalt: **22.606.300 EUR**

www.osce.org/kosovo

Die Mission im Kosovo leistete im abgelaufenen Jahr einen Beitrag zu folgenden Bereichen: Förderung der Menschen- und Volksgruppenrechte auf zentraler und lokaler Ebene; Rechtsstaatlichkeit und Demokratisierungsprozesse, einschließlich der Reform von Good Governance auf kommunaler Ebene; Aufsicht über die Institutionen; Medienentwicklung und Hochschulbildung. Ferner nahm die Mission positiven Einfluss auf die Entwicklung einer bestandfähigen, transparenten und rechenschaftspflichtigen Polizei und eines ebensolchen öffentlichen Sicherheitssektors im Kosovo als fester Bestandteil einer multiethnischen und demokratischen Gesellschaft.*

„Die kosovarische Polizei muss sich um den Aufbau von Erfahrung und Professionalität bemühen, aber die Herstellung von Vertrauen ist ebenso wichtig. Dank der Übung für kontrollierte Drogenabgabe konnten wir die Zusammenarbeit mit allen regionalen Partnern weiter verstärken.“

Bahri Shala, Leiter der Drogenfahndung der kosovarischen Polizei

Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

ORGANISIERTE KRIMINALITÄT. Im Rahmen der Bemühungen um Verhütung und Bekämpfung von organisierter Kriminalität und Terrorismus führte die Mission eine Reihe von Fortbildungs- und Fachkursen durch und unterstützte die jeweilige Institution bei der Umsetzung und weiteren Verbesserung der einschlägigen Strategien und Aktionspläne. Dazu gehörte eine praktische Übung in Echtzeit für die kontrollierte Abgabe von Drogen, die die Fähigkeiten der kosovarischen Polizei, Zollbeamten und Staatsanwälten zur Bekämpfung des illegalen Drogenhandels und die regionale Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität verbessern sollte. Es war dies die erste derartige Übung im Kosovo, an der Strafverfolgungsorgane aus Albanien, Bulgarien, Deutschland, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, Montenegro, Slowenien und der Türkei teilnahmen. Einige Wochen nach dieser Übung nahmen Polizeibeamte aus dem Kosovo und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien in einer gemeinsamen Aktion 17 Verdächtige fest und beschlagnahmten 50 kg Heroin.

Die Mission führte ferner ein Seminar für die Polizei, die Staatsanwaltschaft und die Richterschaft des Kosovo über organisierte Umweltkriminalität durch, bei dem es um Fragen wie Umweltverschmutzung durch die Industrie, Entsorgung von Sondermüll und illegale Abholzung ging und die Polizei des Kosovo Unterstützung bei der Entwicklung einer Strategie und eines Aktionsplans zur Bekämpfung dieser kriminellen Aktivitäten erhielt.

* Alle Erwähnungen kosovarischer Institutionen und ihrer Leiter beziehen sich auf die Vorläufigen Selbstverwaltungsinstitutionen.

Als Teil der Polizeireform unterstützte die Mission die Umsetzung eines Konzepts für polizeiliche Ermittlungen aufgrund von nachrichtendienstlichen Informationen in sowohl operativer als auch strategischer Hinsicht.

BÜRGERNAHE POLIZEIARBEIT. Zur Verbesserung der Sicherheit der örtlichen Bevölkerung und zur Förderung der Partnerschaft zwischen Polizei und Öffentlichkeit führte die Mission Ausbildungskurse für über 60 neu bestellte Koordinatoren für bürgernahe Polizeiarbeit mit den Schwerpunkten Konfliktlösung, Umgang mit Informationen sowie Verhandlungstechnik durch. Einen weiteren Arbeitsschwerpunkt der Mission bildete das ganze Jahr hindurch die Schaffung neuer örtlicher Ausschüsse für öffentliche Sicherheit in ethnisch gemischten und nichtalbanischen Gebieten sowie die weitere Unterstützung bestehender derartiger Ausschüsse.

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT. Gemeinsam mit der Polizei und dem Innenministerium des Kosovo sorgte die Mission für die Entwicklung und Durchführung mehrerer Kampagnen zur Förderung der öffentlichen Sicherheit durch Information über die Themen Verkehrssicherheit, Rolle und Bedeutung der örtlichen Ausschüsse für öffentliche Sicherheit und die Aufgabestellung des Polizeiinspektorats des Kosovo als unabhängiges Aufsichtsorgan für die Polizei.

POLIZEIAUSBILDUNG. Die Mission unterstützte die Ausarbeitung des strategischen Entwicklungsplans 2011–2014 für die Akademie für öffentliche Sicherheit des Kosovo und war der Akademie bei ihren Bemühungen um Anerkennung als Bildungseinrichtung für öffentliche Sicherheit im Sinne des Bologna-Prozesses behilflich.

Aktivitäten in der menschlichen Dimension

RECHTSSTAATLICHKEIT. Zur Förderung der Menschenrechte und der Verbesserung der Arbeitsleistung der Justiz beobachtete die Mission die Gerichte und erstellte regelmäßig Berichte an die Zuständigen, darunter Richter und Staatsanwälte, in denen auf Bedenken im Bereich der Menschenrechte hingewiesen wurde. Die Umsetzung der Empfehlungen aus diesen Berichten war Gegenstand von 21 Gesprächsrunden. Im Dezember 2011 organisierte die Mission in Zusammenarbeit mit dem Obersten Gerichtshof, dem Justizrat und dem Justizinstitut des Kosovo erstmals eine als jährliche Veranstaltung geplante Richterkonferenz. Sie befasste sich hauptsächlich mit Reformen in der Justizverwaltung und lud alle Richter des Kosovo ein, sich in den Prozess einzubringen.

Die Mission setzte auch ihre Überwachung und Beratung der Polizei des Kosovo in ihrer Entwicklung zu einem rechenschaftspflichtigen und die Menschenrechte achtenden Polizeidienst fort. Dazu gehörten Schulungskurse für die Polizei (in Zusammenarbeit mit dem OSZE-Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte), in denen den Beamten vermittelt wurde, was Hassverbrechen sind und wie gegen sie vorzugehen ist und wie bei der Bekämpfung des Terrorismus die Menschenrechte geschützt werden können. Die Mission war außerdem Nichtregierungsorganisationen und der Volksanwaltschaft bei der Ausarbeitung eines örtlichen Mechanismus zur Überwachung von Haftanstalten behilflich.

Da der Menschenrechtsschutz einen rechtlichen Rahmen und dessen korrekte Umsetzung zur Grundlage hat, gab die Mission 2011 eine Stellungnahme zu Gesetzesentwürfen unter anderem betreffend Rechtsberatung, Gesetzesinitiativen, Asyl und Gesundheit ab. Die Mission veranstaltete überdies Schulungskurse für öffentliche Bedienstete über internationale

Menschenrechts- und Rechtsstaatlichkeitsnormen. Um den Zugang der Öffentlichkeit zu diesen Rechtsgrundlagen zu erleichtern, förderte die Mission die Veröffentlichung von Durchführungsverordnungen und Rechtsakten, unter anderem auch im Internet.

GLEICHSTELLUNG DER GESCHLECHTER UND BEKÄMPFUNG DES MENSCHENHANDELS. Zur Unterstützung der kosovarischen Behörden bei der Umsetzung des rechtlichen und strategischen Rahmens für die Gleichstellung der Geschlechter führte die Mission Schulungs- und Aufklärungsaktivitäten für die Zivilgesellschaft und die kosovarischen Institutionen zum Thema Gleichstellung der Geschlechter, Frauenrechte und häusliche Gewalt durch und stellte einen Katalog der Rechtsmittel und Hilfsangebote für Opfer von häuslicher Gewalt zusammen.

Als Unterstützung für die Opfer von Menschenhandel und häuslicher Gewalt förderte die Mission die Wiedereinführung einer Helpline gegen Menschenhandel und häusliche Gewalt, schulte Fachpersonal für die Helpline und produzierte öffentliche Durchsagen. Außerdem bildete sie im gesamten Kosovo rund 300 Anbieter von Dienstleistungen für Opfer von Menschenhandel in der Anwendung der Standardverfahren für Opfer von Menschenhandel aus.

VOLKSGRUPPENRECHTE. Vor allem in den Rückkehr- und Rückführungsgebieten beobachtete die Mission die Lage im Bereich der Volksgruppenrechte in Bezug auf die Teilnahme am öffentlichen Leben, Sicherheit und Bewegungsfreiheit, Gebrauch der Sprachen und Zugang zu den wesentlichsten Versorgungsdiensten und setzte sich für diese ein. Die Mission unterstützte ferner den Dialog zwischen Volksgruppen durch Dorfversammlungen, Jugendlager und Informationskampagnen. Zum Schwerpunkt Rückkehr und Wiedereingliederung veröffentlichte sie einen Folgebericht zum Thema, organisierte Informationsaktivitäten und unterzeichnete eine technische Vereinbarung mit dem Flüchtlingshochkommissar der Vereinten Nationen, um für mehr Zusammenarbeit und Informationsaustausch zu sorgen. Sie veröffentlichte ferner Berichte über die Integration der Roma, Aschkali und Ägypter im Kosovo, die kroatische Gemeinschaft im Kosovo sowie über den Zustand und die Instandhaltung serbisch-orthodoxer Friedhöfe samt einem Fotokatalog.

EIGENTUMSRECHTE. Die Mission half örtlichen Institutionen bei der Nutzung von Best Practices für die Umsetzung der rechtlichen Rahmenbedingungen, um Vertriebenen und gefährdeten Gruppen dazu zu verhelfen, ihr Recht auf Eigentum und eine angemessene Unterkunft durchzusetzen. Sie überwachte weiter den Schutz und die Förderung von Stätten des religiösen und kulturellen Erbes und veranstaltete öffentliche Diskussionen im gesamten Kosovo, um für mehr Achtung für kulturelle Vielfalt zu werben. Außerdem organisierte sie mehrere Workshops, um Kommunen im Umgang mit Fragen wie wilde Siedlungen, illegale Bautätigkeit und sozialer Wohnbau zu unterstützen.

WAHLEN. Die Mission leistete den mit Wahlen befassten Institutionen technische Hilfe bei den außerordentlichen Parlamentswahlen im Dezember 2010. Seit April unterstützte sie eine Arbeitsgruppe, die mit der Reform der Wahlordnung beauftragten Parlamentariergruppen mit technischen Empfehlungen Hilfestellung leistet. Darüber hinaus unterstützte die Mission den örtlichen Entscheidungsfindungsprozess durch technische Beratung und Anleitung anhand internationaler Wahlstandards.

Behxhet Shala (r.), Geschäftsführer des Rates für Menschen- und Freiheitsrechte, bei einer Wortmeldung anlässlich der Unterzeichnung einer Kooperationsvereinbarung zwischen seiner Organisation, der Volksanwaltschaft und dem von der OSZE-Mission im Kosovo unterstützten kosovarischen Zentrum für die Betreuung von Folteropfern. Pristina, 10. Mai 2011. (OSZE/Hasan Sopa)

GOOD GOVERNANCE AUF KOMMUNALER EBENE. Um die Umsetzung der Reform der kommunalen Verwaltung zu unterstützen und die Zivilgesellschaft und die örtlichen Einwohner zur Mitwirkung an der Entscheidungsfindung zu ermutigen, erleichterte die Mission den Dialog zwischen zentralen und lokalen Institutionen zu den Themen Haushalts-erstellung auf kommunaler Ebene, Finanzwesen und Übertragung von Kompetenzen und unterstützte die Gründung und Arbeit von Beiräten und Jugendräten.

Gemeinsam mit dem kosovarischen Gemeindebund und dem Verbindungsbüro der Europäischen Kommission im Kosovo förderte die Mission den Austausch von Best Practices zwischen Amtskollegen verschiedener Kommunen für die Erbringung von Leistungen und Management-Know-how. Die Mission leistete auch dem kosovarischen Ministerium für Kommunalverwaltung technische Hilfestellung bei der Verbesserung seiner Kontrolle der Einhaltung des Rechtsrahmens.

HOCHSCHULWESEN. Die Mission förderte weiterhin die Lehrerausbildung und die Ausbildung für nichtalbanische Sprachen durch das Pädagogische Zentrum für Lehrer an der Universität Prizren. Es bildete universitäre Mitarbeiter für die Grundschullehrerfortbildung aus. Im Hinblick auf den Bologna-Prozess unterstützte die Mission die Universität in Mitrovicë/Mitrovica und deren Campus in Gračanica/Graçanicë bei der Gründung eines Karrierezentrums, eines internationalen Büros für Studentenaustausch und eines Sprach- und Kulturzentrums.

MEDIEN. Die Mission unterstützte die öffentlich-rechtliche Sendeanstalt bei der Verbesserung ihrer nichtalbanischen Programme, indem sie die Zusammenarbeit mit örtlichen Medienunternehmen bei der Produktion von wöchentlichen Magazinen förderte. Ferner beriet sie in Verbindung mit der Europäischen Rundfunkunion den Ausschuss des kosovarischen Parlaments für Medien, Rundfunk und Fernsehen im Kosovo bei der Überarbeitung des Rundfunkgesetzes und half der Unabhängigen Medienkommission, die Verordnung über den Kinder- und Minderjährigenschutz vollständig umzusetzen. Um über die Wichtigkeit freier Medien und der Redefreiheit aufzuklären, organisierte sie gemeinsam mit der OSZE-Mission in Serbien zwei regionale Konferenzen über investigativen Journalismus und unterstützte im ganzen Kosovo mehrere Fernsehdebatten und Workshops anlässlich des Internationalen Tages der Pressefreiheit.

UNTERSTÜTZUNG DES PARLAMENTS. Zur Unterstützung der Aufsichts- und Gesetzgebungskompetenz der Versammlung des Kosovo leistete die Mission Hilfestellung bei der Überarbeitung der Geschäftsordnung der Versammlung. Sie leistete nichtalbanischen Fraktionen wieder Rechtsberatung und Unterstützung bei Wählerkontakten. Ferner half sie bei der Gründung von Frauen- und Jugendfraktionen im Parlament und ermutigte diese zur Zusammenarbeit mit Gemeinderäten und Zivilgesellschaft.

UNABHÄNGIGE INSTITUTIONEN. Die Mission bot der Volksanwaltschaft technische Unterstützung und Beratung an und erleichterte die Kontaktaufnahme zu Bewohnern und Amtsträgern im ganzen Kosovo. Sie trug zum Aufbau der Kapazitäten des unabhängigen

Aufsichtsgremiums für den öffentlichen Dienst des Kosovo bei und leistete dafür Hilfestellung bei der Ausarbeitung seiner Geschäftsordnung, förderte die Übernahme von Best Practices und vermittelte Kontakte zu Gerichten, Kommunalbeamten und öffentlichen Bediensteten.

SÜDOSTEUROPA DIE MISSION IN MONTENEGRO

Leiter der Mission: **Botschafter Šarūnas Adomavičius**

Haushalt: **2.338.100 EUR**

www.osce.org/montenegro

2011 galt das Hauptaugenmerk der Mission der Stärkung der Kapazitäten und Effektivität der montenegrinischen Institutionen, um die Reformagenda des Landes voranzubringen. Sie setzte ihre Unterstützung für das Gastland in wichtigen Bereichen der Gesetzgebung fort, insbesondere hinsichtlich des Wahlgesetzes – das nach vierjähriger Debatte verabschiedet wurde –, der Umsetzung der neuen Strafprozessordnung und der Anpassung des Gesetzes über den freien Informationszugang. Das Prozessbeobachtungsprojekt trat in seine dritte Phase und das Projekt „Bürgernahe Polizeiarbeit“ wurde erfolgreich fortgeführt. Die Mission setzte sich für die Verstärkung der regionalen Zusammenarbeit ein, insbesondere in Bezug auf die grenzüberschreitende Kriminalität. Mit dem Besuch des Amtierenden Vorsitzenden im März wurde auf die Notlage der Vertriebenen und auf verschiedene andere Probleme aufmerksam gemacht.

„Das OSZE-Projekt für elektronische Medien hatte vielfältige Auswirkungen: Wir konnten den Monitoring-Bereich unserer Agentur stärken, eine lohnende Zusammenarbeit mit der französischen Regulierungsbehörde aufnehmen und eine Monitoring-Datenbank anlegen.“

Abaz Beli Đafić, Direktor der Agentur für elektronische Medien

Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

PROGRAMM FÜR POLITISCH-MILITÄRISCHE ANGELEGENHEITEN. Das Programm zur Entmilitarisierung Montenegros (MONDEM), ein gemeinsames Projekt der Regierung, der OSZE und des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP), ermöglichte 2011 die Vernichtung von 150 Tonnen instabiler Munition. Am 20. Mai wurde das Munitionsdepot Taras eröffnet, nachdem 1,23 Millionen EUR aus dem MONDEM-Teilprojekt Lagerverwaltung und -sicherung in die Sanierung der Infrastruktur investiert worden waren. Als Beitrag zu besserer Nachvollziehbarkeit und zu einer stärkeren Einbindung der Öffentlichkeit in die Verteidigungsreform unterstützte die Mission wie bisher die Abhaltung regelmäßiger Pressebriefings durch das Verteidigungsministerium. Mit ihrem Seminar über den Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit förderte die Mission die Zusammenarbeit aller mit der demokratischen Kontrolle der Streitkräfte und Sicherheitskräfte befassten Akteure.

ORGANISIERTE KRIMINALITÄT. Die Mission unterstützte die Abteilung für die Bekämpfung der organisierten Kriminalität der Polizeidirektion durch Fachkurse für die Kontrolle und Führung von Informanten, verdeckte Drogenfahndung sowie für Mitarbeiter der Staatsanwaltschaft über sexuellen Missbrauch von Kindern im Internet.

GRENZSCHUTZ. Die Aktivitäten zur Unterstützung der Umsetzung bilateraler Kooperationsabkommen, gemeinsamer Patrouillengänge und des Informationsaustauschs zwischen Montenegro und Albanien, Bosnien und Herzegowina und Serbien wurden fort-

gesetzt. Für Grenzschutz- und Zollbeamte im Grenzeinsatz wurden Fortbildungskurse für die Erstellung von Drogenprofilen und die Identifizierung gefälschter Dokumente abgehalten.

POLIZEIAUSBILDUNG UND -AUFBAU. Schwerpunkt in diesem Bereich war die Erstellung von Polizeiausbildungs- und Ausbilderevaluierungsprogrammen. Es wurden unter anderem Fachkurse für 50 Führungskräfte der Polizei der mittleren Ebene über das Vorgehen in Fällen von häuslicher Gewalt sowie über Critical Incidents und Crowd Control für Polizisten der Sondereinsatzkräfte abgehalten.

BÜRGERNAHE POLIZEIARBEIT. Das Projekt „Bürgernahe Polizeiarbeit für uniformierte Polizeibeamte und Grenzschutzbeamte“ wurde erfolgreich umgesetzt: 20 Grenzschutzbeamte absolvierten einen zweiwöchigen Kurs zu diesem Thema und 146 Polizeibeamte nahmen an einem Auffrischkurs teil. Die Mission förderte außerdem zwei Konferenzen über Erfahrungen mit der Umsetzung des Projekts für bürgernahe Polizeiarbeit.

Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension

UMWELTSICHERHEIT. Die Mission unterstützte das Umweltministerium und die Umweltschutzagentur bei der Aus- und Fortbildung von 300 nationalen und örtlichen Beamten, bei der Aufklärungsarbeit und bei Veranstaltungen zur Förderung der Bürgerbeteiligung und von Good Governance im Umweltbereich.

Aktivitäten in der menschlichen Dimension

UNTERSTÜTZUNG DES PARLAMENTS. Neben ihrer Unterstützung für die Schaffung eines parlamentarischen Forschungszentrums führte die Mission neun Outreach-Maßnahmen durch, um die Aufsichtsfunktion der Parlamentsausschüsse zu stärken, und sie nahm eine Analyse der Umsetzung des montenegrinischen Gleichstellungsgesetzes vor.

GOOD GOVERNANCE. Ergänzend zur Einführung der kommunalen Ethikkommissionen in die Umsetzung des neu verabschiedeten Ehrenkodex erstellte und präsentierte die Mission eine Geschäftsordnung für Kommunalversammlungen sowie vier Modelle für die Zusammenarbeit zwischen Nichtregierungsorganisationen und Kommunen. Außerdem förderte sie Best Practices auf lokaler Ebene für die Zusammenarbeit mit dem Gemeindebund.

BÜRGERBETEILIGUNG. Die Mission entwickelte gemeinsam mit einer örtlichen NGO und Funktionären einen Jugendaktionsplan für Cetinje, der auf die Bedürfnisse der Jugend eingehen soll, und leistete Hilfestellung bei der Einrichtung eines kommunalen Jugendbüros.

ZIVILGESELLSCHAFT. Die Mission beteiligte sich an der Ausarbeitung eines neuen NGO-Gesetzes, das inzwischen vom Parlament verabschiedet wurde, sowie an der Abfassung von Durchführungsverordnungen, die für die Umsetzung des Gesetzes notwendig sind.

ROMA. Hier konzentrierte sich die Hilfestellung der Mission auf eine multiethnische Journalismusausbildung für Studierende des ersten Zyklus in Ulcinj und auf die Analyse der Vorgaben der Roma-Dekade unter besonderer Berücksichtigung der Roma-Frauen.

GLEICHSTELLUNG DER GESCHLECHTER. Die Mission arbeitete an der Umsetzung der Gender-Aktionspläne zur Unterstützung arbeitsloser Frauen in ländlichen Gebieten und bot

Schulungskurse für Vertreter politischer Parteien über die Erhöhung des Frauenanteils in der politischen Vertretung an.

DAUERHAFTE LÖSUNGEN FÜR VERTRIEBENE. Im Rahmen des Sarajewo-Prozesses führte die OSZE gemeinsam mit dem Flüchtlingshochkommissar der Vereinten Nationen als Beitrag zur Klärung des Status der Vertriebenen eine Informationskampagne und eine Befragung unter den Vertriebenen in ganz Montenegro durch.

REFORM DER STRAF- UND ZIVILRECHTSPFLEGE. Die Aufmerksamkeit der Mission galt in diesem Bereich vor allem einer Erhöhung der Kapazitäten der Gerichte und der Staatsanwaltschaft, der Ausarbeitung und Werbung für das Prozesskostenhilfegesetz, dem Umbau der Justiz und der Umsetzung der Straf- und Zivilprozessordnung. Ferner wurde im Berichtsjahr die zweite Phase des Prozessbeobachtungsprojekts abgeschlossen, die dritte Phase begonnen und der Jahresbericht erstellt.

STÄRKUNG DER MENSCHENRECHTSINSTITUTIONEN. Die Mission nahm im Rahmen ihrer Bemühungen zur Verstärkung der administrativen Kapazitäten des Verfassungsgerichtshofs eine umfassende Analyse der Verfahren, des Personals und der Verwaltung des Gerichtshofs vor. Gemeinsam mit dem OSZE-Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte förderte sie außerdem die Ausarbeitung des neuen Volksanwaltschaftsgesetzes durch rechtliche Beratung. Ferner wurde der Gerichtshof auch bei der Ausarbeitung seiner Mandate als nationaler Mechanismus für die Verhütung von Folter und als verantwortliche Stelle für die Bekämpfung von Diskriminierung unterstützt.

BEKÄMPFUNG VON KORRUPTION UND ORGANISierter KRIMINALITÄT. Im Interesse einer intensiveren regionalen Zusammenarbeit bei der Verbrechensbekämpfung förderte die Mission eine Konferenz der Justiz- und Innenminister aus Südosteuropa sowie die Abfassung der *Erklärung von Budva*, durch die eine bessere gemeinsame Strategie zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität erreicht werden soll. Ferner wurden die Risikobereiche in den Bereichen Kataster, Stadtplanung und Steuereinhebung systematisch analysiert und die Umsetzung des staatlichen Lehrplans für die Ausbildung von Richtern, Staatsanwälten, Polizeibeamten und öffentlichen Bediensteten in Finanzermittlungen, Ethik und Integrität gefördert.

MEDIENRECHT. Die Mission unterstützte die Bemühungen der Regierung zur Vereinheitlichung des Gesetzes über den freien Informationszugang mit den Gesetzen über Verschlusssachen und über den Schutz personenbezogener Daten durch Beratung und internationale Expertise, was allen drei Gesetzen zugute kam.

MEDIENENTWICKLUNG. Gemeinsam mit der Europäischen Rundfunkunion unterstützte die Mission die öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt bei der Erstellung einer Umstrukturierungsstrategie. Ferner half sie mit Unterstützung der französischen Regulierungsbehörde *Conseil Supérieur de l'Audiovisuel* (CSA), die Kapazitäten der Behörde für elektronische Medien für die Überwachung der Programminhalte zu erhöhen. Zwei weitere wichtige Maßnahmen war die Unterstützung für eine von einer örtlichen NGO durchgeführte Umfrage zum Thema Medienfreiheit in Montenegro sowie für die Volksanwaltschaft bei der Entwicklung von Verfahren für die Kommunikation mit den Medien.

SÜDOSTEUROPA DIE MISSION IN SERBIEN

Leiter der Mission: **Botschafter Dimitrios Kypreos**

Haushalt: **7.484.400 EUR**

www.osce.org/serbia

Entsprechend ihrem Mandat unterstützte die Mission Reformen in Serbien, vor allem in den Bereichen demokratische Institutionen, Menschen- und Minderheitenrechte und Rechtsstaatlichkeit. Ferner befasste sie sich, vor allem durch die guten Dienste des Missionsleiters, mit multiethnischen Regionen in Süd- und Südwestserbien. Die Gründung einer mehrsprachigen Fakultät für Wirtschaftswissenschaften in Bujanovac, der ersten ihrer Art, war das Ergebnis dieser Bemühungen. In Südwestserbien war die Mission federführend bei den Bemühungen der internationalen Gemeinschaft, einen Dialog zwischen führenden örtlichen Politikern in Gang zu bringen und eine Diskussion, vor allem unter jungen Leuten, über die Zukunftsaussichten der Region zu fördern.

„2011 richtete das serbische Parlament mit Unterstützung der OSZE-Mission in Serbien ein Bildungszentrum ein – ein wirksames Werkzeug für eine funktionierende Kommunikation mit Organisationen der Zivilgesellschaft, Studierenden, Jugendlichen und Bürgern im Allgemeinen. Das wird uns helfen, mehr Offenheit und Transparenz zu schaffen und Vertrauen aufzubauen, eine wesentliche Voraussetzung für funktionierende Demokratien.“

Biljana Milosavljević, Leiterin des Bildungszentrums der Nationalversammlung

Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

POLIZEIREFORM. Zur Förderung intensiverer Kontakte zu den Bürgern veranstaltete die Mission Kommunikationstraining für Kontaktstellen für bürgernahe Polizeiarbeit in ganz Serbien. Außerdem unterstützte sie die Umsetzung des Strategischen Entwicklungsplans für 2011–2016 des Innenministeriums mit Expertise, Beratung und Schulung.

POLIZEIAUSBILDUNG. Die Mission beendete ihre direkte Unterstützung für die polizeiliche Grundausbildung und setzte die Förderung für die Entwicklung regelmäßiger Fortbildungen für die Mitarbeiter des Innenministeriums durch die Einführung des eLearning für Kursleiter und Manager fort.

ORGANISIERTE KRIMINALITÄT. Die Mission unterstützte den Nationalen Aktionsplan zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität durch Fachkurse für Polizeibeamte über illegalen Drogenhandel, Internetkriminalität, verdeckte Überwachung und den Verfall von Vermögenswerten. Ferner beriet sie ausführlich in den modernsten Methoden zur Untersuchung von Wirtschaftskriminalität. Darüber hinaus beauftragte sie Experten mit der Erarbeitung eines berufsethischen Handbuchs für die Polizei.

REFORM DES SICHERHEITSSEKTORS. Gemeinsam mit sechs serbischen zivilgesellschaftlichen Organisationen befasste sich die Mission mit der Durchführung von Projekten im Zusammenhang mit der Entwicklung einer Sicherheitspolitik und mit der Umsetzung und Kontrolle der Institutionen des Sicherheitssektors. Ferner unterstützte sie eine Forschungsstudie unter NGO-Leitung über die Kontrolle der Sicherheitsdienste in Serbien.

Aktivitäten in der Umweltdimension

DURCHSETZUNG DER UMWELTSCHUTZVORSCHRIFTEN. Die Mission unterstützte das Ministerium für Umwelt, Bergbau und Raumplanung umfassend bei der Entwicklung einer Strategie zur Umsetzung der Aarhus-Konvention in Serbien, die von der Regierung angenommen wurde. Gemeinsam mit dem Justizministerium förderte sie die Erstellung einer nationalen Studie über gerichtsanhängige Umweltsachen.

Aktivitäten in der menschlichen Dimension

UNTERSTÜTZUNG DES PARLAMENTS. Als Ergebnis der ständigen Unterstützung durch die Mission richtete die Nationalversammlung in ihrem Parlamentsunterstützungsdienst eine eigene Dienststelle ein, die dessen Aktivitäten für den Zugang der Öffentlichkeit erleichtern und Kontakte zu den Bürgern pflegen wird. Das neu gegründete Parlamentarische Bildungszentrum ist ein wichtiges Mittel zur Kommunikation mit Organisationen der Zivilgesellschaft, Universitäten, jungen Menschen und der Öffentlichkeit.

MENSCHENRECHTE. Die Mission unterstützte eine umfassende Analyse der Herausforderungen, mit denen Menschenrechtsverteidiger konfrontiert sind, und der entsprechenden Abhilfemaßnahmen. Außerdem förderte sie die Erstellung und Veröffentlichung von Expertenempfehlungen zur Verbesserung des Zugangs von Opfern von Gewaltverbrechen zu den Gerichten, deren besonderen Schwerpunkt die verstärkte Berücksichtigung des Anspruchs auf Wiedergutmachung bildete.

NICHTDISKRIMINIERUNG UND CHANCENGLEICHHEIT. Die Mission bemühte sich weiter um den Aufbau der Kapazitäten des Büros des Gleichstellungsbeauftragten. Ferner nahm sie in Zusammenarbeit mit dem Justizministerium ein Programm für die Entwicklung von Lehrplänen für Kurse auf, in denen Justizmitarbeitern die Gesetze gegen Diskriminierung und für die Gleichstellung der Geschlechter vermittelt werden sollen.

TRANSPARENZ IN DER WIRTSCHAFT. Die Mission unterstützte die Korruptionsbekämpfungsagentur mit Sachverständigengutachten bei der Erstellung von Muster-Integritätsplänen für 14 besonders gefährdete Bereiche der staatlichen Verwaltung wie Justiz, Polizei und Gesundheitswesen.

JUSTIZREFORM. Die Mission half den Selbstverwaltungsorganen der Richter und Staatsanwälte bei der Festlegung der Grundregeln für die Überprüfung strittiger Entscheidungen aus dem Jahr 2009, auf Grund deren bestimmte Richter und Staatsanwälte nicht wieder bestellt wurden. Der Überprüfungsprozess wird derzeit von der Mission beobachtet.

RECHTSREFORMEN. Die Mission leistete den serbischen Behörden Hilfestellung bei der Fertigstellung einer neuen Strafprozessordnung, die Ermittlungen unter Federführung der Staatsanwaltschaft vorsieht – eine wichtige Reform zur wirksamen Verbrechensbekämpfung. Zur Förderung der Umsetzung der neuen Prozessordnung bot die Mission unter anderem Fachkurse für Polizei, Staatsanwaltschaft und Richterschaft an, die für organisierte Kriminalität und Kriegsverbrechen zuständig sind.

STRAFVOLLZUGSREFORM. Die Mission unterstützte die Schaffung von zwei Kontrollorganen für Justizvollzugsanstalten: den Nationalen Präventionsmechanismus und die Parlamentarische Kommission für die Überwachung der Vollstreckung strafrechtlicher Sanktionen.

KRIEGSVERBRECHEN. Die Mission hielt Fortbildungen für über 50 Journalisten und sechs Chefredakteure serbischer Print- und elektronischer Medien für die Berichterstattung über Kriegsverbrecherprozesse vor dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien und inländischen Gerichten. Ferner richtete sie in der Abteilung für Kriegsverbrechen des Belgrader Gerichtshofs eine voll funktionsfähige Dienststelle für die Betreuung von Zeugen und Opfern ein.

KOSTENLOSE RECHTSBERATUNG. Die Mission förderte die Einrichtung von Rechtsberatungsstellen an zwei weiteren Rechtsfakultäten und unterstützt das Justizministerium bei der Ausarbeitung von Rechtsvorschriften über Prozesskostenhilfe.

HASSVERBRECHEN. Die Mission bildete Mitarbeiter von über 25 zivilgesellschaftlichen Organisationen in der Aufdeckung, Meldung und Überwachung von Hassverbrechen aus. Gemeinsam mit Organisationen der Zivilgesellschaft und Ministerien förderte sie die Kommunikation über Hassverbrechen.

NATIONALE MINDERHEITEN. Die Mission setzte sich für die Ausarbeitung eines ausführlichen Handbuchs über die Zuständigkeiten der Nationalen Minderheitenräte ein und bot ihnen Kurse an, in denen sie lernen, die Interessen ihrer Volksgruppen in den Bereichen Bildung, offizielle Verwendung ihrer Sprache im Amtsverkehr sowie Kultur und Medien wirksam zu vertreten.

FÖRDERUNG DER ROMA. Die Mission unterstützte Serbien bei der Erfüllung seiner Verpflichtungen aus der Nationalen Strategie für die Verbesserung der Stellung der Roma und der Dekade zur Eingliederung der Roma. Sie leistete dem Nationalen Roma-Rat technische Unterstützung, der die Roma zur Teilnahme an der Volkszählung 2011 veranlassen wollte, und trug weiter zur Stärkung des Roma-Frauennetzwerks und des Systems einer Vermittlungsperson der Roma für das Gesundheitswesen bei.

BÜRGERBETEILIGUNG. Die Mission unterstützte das aktive Engagement der Bürger im Entscheidungsfindungsprozess durch die „Take-Action-Kampagne“. In ganz Serbien wurde ein von der Mission gesponserter Kurzfilm über Bürgeraktionen gezeigt, gefolgt von öffentlichen Diskussionen über bürgerliches Engagement. Die Website der Kampagne verzeichnete über 40.000 Besucher aus dem Land und der Region.

MENSCHENRECHTE. Die Mission hielt Kurse für Polizeibeamte über internationale Normen im Bereich der Menschenrechte, vor allem über das Misshandlungsverbot. Außerdem setzte sie sich für eine Verbesserung der Haftbedingungen für Untersuchungshäftlinge ein.

MEDIEN UND JUSTIZ. Die Mission veranstaltete Workshops zur Fortbildung von Medien und Justiz in der Umsetzung von Artikel 10 der Europäischen Menschenrechtskonvention und der Mediengesetze.

MEDIENFREIHEIT. Die Mission unterstützte die Gründung des Presserates, des ersten Organs zur Selbstkontrolle serbischer Printmedien. In öffentlichen Kampagnen und durch ihre Unterstützung für Journalisten, Medienunternehmen und Berufsvereinigungen warb sie für das Recht auf freie Meinungsäußerung und verurteilte gleichzeitig Gewalt und Drohungen gegen Journalisten und Medienunternehmen.

FÖRDERUNG VON JOURNALISTISCHEN FÄHIGKEITEN. Über 200 Journalisten aller Medien verbesserten im Zuge der von der Mission unterstützten Ausbildungsprogramme ihre Berichterstattungsfähigkeiten in den Bereichen Politik, Korruption, Wahlen, Kriegsverbrechen, Menschenhandel, kulturelle Vielfalt und Umwelt.

SÜDOSTEUROPA DIE MISSION IN SKOPJE

Leiter der Mission: **Botschafter Ralf Breth**, seit 16. Mai, Nachfolger von
Botschafter José Luis Herrero Ansola

Haushalt: **7.018.200 EUR**

www.osce.org/skopje

Im Jahr des zehnten Jahrestags der Unterzeichnung des Rahmenübereinkommens von Ohrid setzte die Mission ihre proaktive Unterstützung für die Reform- und Stabilisierungsprozesse im Land fort. Gemeinsam mit den anderen wichtigen Akteuren im Sicherheitsbereich – der Europäischen Union, der Botschaft der Vereinigten Staaten und dem NATO-Vertreter in Skopje – unterstützte die Mission die Regierung bei der Bewältigung der Herausforderungen, die sich in Form vorgezogener Parlamentswahlen und einer Volkszählung stellten. Im Vordergrund stand wie bisher die Monitoring- und Frühwarnfunktion der Mission, wobei ihr besonderes Augenmerk den Entwicklungen in den Beziehungen zwischen den Volksgruppen und der allgemeinen Sicherheitslage galt.

„Es wurde mir klar, dass wir als angehende Lehrer in der Entwicklung jedes Kindes sehr viel bewirken können. Jetzt gehe ich mit viel mehr Selbstvertrauen in multikulturelle Klassenzimmer.“

Angela, eine Studentin an der Pädagogischen Fakultät Kliment Ohridski in Skopje, die an einem Vorbereitungskurs für angehende Lehrer teilnahm

Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

MONITORING. Die Mission setzte ihre Monitoring-Aktivitäten fort und konzentrierte sich dabei hauptsächlich auf interethnische und Sicherheitsfragen. Mit ihrer einzigartigen Feldpräsenz stellte die Mission anlässlich der vorgezogenen Parlamentswahlen und im Zuge der Volkszählung ihre besonderen Stärken unter Beweis. Sie nahm ihre Frühwarnfunktion wahr, indem sie die OSZE und die internationale Gemeinschaft in Skopje bei beiden Ereignissen mit Informationen aus erster Hand über die Entwicklungen vor Ort versorgte. Die Mission stand weiter in täglichem Kontakt mit örtlichen Behörden, Schulen, Religionsgemeinschaften und Nichtregierungsorganisationen, hauptsächlich im nordwestlichen Teil des Landes, um sich über Problempunkte auf dem Laufenden zu halten.

POLIZEIAUFBAU. Die Mission setzte ihre Unterstützung für das Innenministerium bei der Weiterentwicklung eines demokratisch legitimierten, rechenschaftspflichtigen und bürger-nahen Polizeidienstes fort. Zur Stärkung einer leistungsbezogenen Laufbahnentwicklung organisierte sie Workshops über Personalführung für Beamte der mittleren und höchsten Führungsebene des Innenministeriums. Sie beteiligte sich auch weiter aktiv an einer interministeriellen Arbeitsgruppe für die wirksame Umsetzung des Gesetzes über innere Angelegenheiten und der Durchführungsverordnungen. Die bestehenden Mechanismen für eine bürgernahe Polizeiarbeit wurden gefestigt und die landesweiten Bürgerbeiräte (CAGs) und lokalen Präventionsräte (LPCs) spielten eine wichtige Rolle bei der Förderung der Zusammenarbeit zwischen der Polizei, den örtlichen Verwaltungsorganen und den Bürgern. Die Mission förderte wie schon bisher Fortbildungen für das Innenministerium, unter anderem in Managementkompetenzen sowie in Ermittlungsmethoden in Fällen von

organisierter Kriminalität und Terrorismus im Einklang mit den internationalen Menschenrechtsstandards.

Aktivitäten in der menschlichen Dimension

DAS POLITISCHE SYSTEM. In enger Abstimmung mit anderen wichtigen Akteuren im Sicherheitsbereich spielte die Mission weiter eine führende Rolle bei der Überprüfung der Umsetzung des Rahmenübereinkommens von Ohrid (OFA). Gestützt auf das Fachwissen ihrer Programmkoordinierungsgruppe für interethnische Beziehungen (PCU) bemühte sie sich verstärkt, Entwicklungen in den Beziehungen zwischen den Volksgruppen auszumachen und anzusprechen, vor allem in Bezug auf die wichtigsten Bereiche des OFA: Bildung, Dezentralisierung, ausgewogene Vertretung, Verwendung der Sprachen und Nicht-diskriminierung. Dazu baute die Mission ihre nachhaltige Unterstützung für die Regierung und deren Sekretariat im Hinblick auf die Umsetzung des OFA weiter aus, um das politische Engagement für die vollständige Umsetzung der wesentlichen Bestimmungen des Übereinkommens zu stärken. Sie unterstützte auch die politische Einbindung des Hohen Kommissars der OSZE für nationale Minderheiten (HKNM), der sich für integrierte Bildungsreformen anhand der staatlichen Strategie für Integration im Bildungswesen einsetzt. Angesicht jüngster Entwicklungen im Medienbereich nahm die Mission Verbindung zur Regierung, zur örtlichen Journalistenvereinigung und zum Büro der OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit auf, um die Koordination und den Informationsaustausch zwischen diesen Stellen zu verbessern.

BILDUNG. Die Mission arbeitete noch intensiver als bisher an der Koordinierung und Stärkung ihrer gemeinsamen Bemühungen mit der Regierung und dem HKNM um eine Umkehr des Trends zur Trennung nach ethnischen Gesichtspunkten im Unterrichtswesen durch die schrittweise Umsetzung der 2010 verabschiedeten staatlichen Strategie für integrativen Unterricht. Sie führte auch maßgeschneiderte Projekte im Sinne der Strategie durch, insbesondere in Form konkreter Unterstützung für die Verbesserung des Systems der Vorbereitungskurse für angehende Lehrer. Die Mission unterstützte ferner wie bisher das Ministerium für Bildung und Wissenschaft in seiner Fähigkeit zur Mittelbeschaffung für die Umsetzung von Reformmaßnahmen. Zur Erhöhung der Transparenz in der Bildungspolitik wurde in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Bildung und Wissenschaft eine On-line-Datenbank über Bildungspolitik zusammengestellt.

AUSGEWOGENE VERTRETUNG UND DEZENTRALISIERUNG. Zur weiteren Förderung und Festigung des Grundsatzes der gleichberechtigten Vertretung in der öffentlichen Verwaltung bot die Mission Einführungskurse für 210 neu eingestellte öffentliche Bedienstete aus verschiedenen Volksgruppen an. Ferner verfasste sie einen Bericht über die Fortschritte in Kernaspekten des Dezentralisierungsprozesses seit 2005 aus Sicht der kommunalen Führung und Verwaltung.

WAHLREFORM. Die Mission leistete dem Gastland weiterhin Hilfestellung bei der Umsetzung der Empfehlungen des OSZE-Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) für den gesamten Wahlzyklus. Dank dieser ständigen Zusammenarbeit konnte die Mission den staatlichen Behörden und Wahlgremien bei den vorgezogenen Parlamentswahlen im Juni 2011 rasch und bedarfsgerecht Unterstützung leisten. Die Mission plante außerdem eine überarbeitete Strategie für die Arbeitsgruppen der Regierung, die den vom BDIMR der OSZE unmittelbar nach den Wahlen geäußerten Besorgnissen nachgehen

sollen. Nach dem Wahlgang setzte die Mission ihre Zusammenarbeit mit der Wahlverwaltung fort, wobei die Überprüfung des Wählerverzeichnisses, eine Novellierung der Wahlordnung und die Stimmabgabe im Ausland im Mittelpunkt standen.

JUSTIZREFORM. Die Mission unterstützte weiter die Reform der Strafrechtspflege durch Fortbildungskurse für die wichtigsten Neuerungen der neuen Strafprozessordnung, die im November 2012 in Kraft treten wird. Ihr besonderes Augenmerk galt Best Practices bei der Bestellung, Beurteilung und Entlassung von Richtern und Staatsanwälten. Die Mission beobachtete auch den Gesetzgebungsprozess, wobei sie der Regierung gegenüber materielle und qualitative Rechtsgutachten zu den die Judikative betreffenden Gesetzen abgab. Sie setzte sich weiterhin für den gleichberechtigten Zugang zu den Gerichten ein und unterstützte dazu die Regierung im ersten Jahr der Umsetzung des Prozesskostenhilfe-Gesetzes. Neben den vier Fällen, die vom Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien an das Land abgetreten und nach der authentischen Auslegung des Amnestiegesetzes im August 2011 eingestellt worden waren, beobachtete die Mission weiter Gerichtsverfahren, die im Zusammenhang mit ihrem Mandat standen.

RECHTSREFORM. Im Interesse der Verwirklichung eines niemanden ausschließenden, transparenten und wirksamen Gesetzgebungsprozesses setzte die Mission ihre Unterstützung für die Bemühungen der nationalen Verwaltung um Verbesserungen bei der Ausarbeitung und Umsetzung von Gesetzen durch maßgeschneiderte Ausbildungskurse in Rechtsetzung fort. Sie unterstützte die Bemühungen der Regierung im Kampf gegen den Menschenhandel und konzentrierte sich dabei auf eine Verstärkung der Rolle des Nationalen Berichterstatters für die Bekämpfung des Menschenhandels. Zur Förderung der wirksamen Umsetzung des 2010 verabschiedeten Antidiskriminierungsgesetzes half die Mission der Kommission für Diskriminierungsschutz beim Ausbau ihrer Kapazitäten, bildete Vertreter der Rechtsberufe in Nichtdiskriminierung aus und unterstützte das Ministerium für Arbeits- und Sozialpolitik bei der Ausarbeitung der Nationalen Strategie für Chancengleichheit und Nichtdiskriminierung. Sie unterstützte dieses Ministerium auch bei der Reform des Gesetzes über Chancengleichheit. Die Mission war überdies der Behörde für die Verwirklichung der Minderheitenrechte beim Ausbau ihrer Kapazitäten behilflich. Ferner setzte sie sich weiter für die Schaffung eines externen Aufsichtsmechanismus für Strafverfolgungsbeamte im Land ein.

INTEGRATION DER ROMA. Nachdem das Land den zweijährigen Vorsitz der Dekade für die Integration der Roma übernommen hatte, beriet und unterstützte die Mission die Regierung bei der Erstellung eines Strategieplans für ihre Vorsitzführung. Sie förderte weiterhin gemeinsam mit dem Ministerium für Arbeit und Sozialpolitik den 2010 herausgegebenen ersten Länderbericht unter dem Titel *Status Report on the Implementation of the Action Plan for Roma and Sinti within the OSCE Area*. Mittels eines bereichsübergreifenden Ansatzes ermöglichte die Mission Nichtregierungsorganisationen der Roma den Aufbau von Kapazitäten, die von Nichtdiskriminierung bis zum Zugang zum Gericht reichten. Um die Roma-Informationszentren leistungsfähiger zu machen, half die Mission dem Ministerium für Arbeits- und Sozialpolitik bei der Erstellung einer Strategie für die Roma-Informationszentren für die Jahre 2011–2013 und sorgte für Kurse für die Rechtsberatung in grundlegenden Fragen der Sozial- und Krankenversicherung.

SÜDOSTEUROPA DAS BÜRO IN ZAGREB

Leiter des Büros: **Botschafter Enrique Horcajada Schwartz**

Haushalt: **1.418.500 EUR**

www.osce.org/zagreb

Entsprechend seinem Mandat setzte das OSZE-Büro in Zagreb seine Unterstützung für die nationalen Behörden bei der Umsetzung des kroatischen Wohnraumbeschaffungsprogramms sowie die Überwachung und Berichterstattung über die Fortschritte bei den Kriegsverbrecherprozessen fort. 2011 erwarb die Regierung die restlichen zur Erfüllung der letzten mit der OSZE 2006 vereinbarten drei Zielvorgaben notwendigen Wohneinheiten, womit insgesamt 4915 Wohneinheiten für frühere Inhaber von Wohn- bzw. Eigentumsrechten angekauft wurden.

2011 wurden ferner zahlreiche von der OSZE vorgeschlagene Gesetzesänderungen verabschiedet, durch die die Effizienz und Unparteilichkeit der Untersuchung und strafrechtlichen Verfolgung von Kriegsverbrechen verbessert werden soll. Die Bestandfähigkeit und Wirksamkeit der kroatischen Gerichte für die Durchführung von Kriegsverbrecherprozessen im Land wurde so weit gefestigt, dass sich die OSZE in Zukunft auf die Stärkung der örtlichen Eigenverantwortung für die Kriegsverbrecherprozesse konzentrieren wird.

Angesichts dieser Sachlage kam der Ständige Rat der OSZE überein, dass das OSZE-Büro in Zagreb sein Mandat vollständig erfüllt habe, und fasste den offiziellen Beschluss, das Büro zu schließen (PC.DEC/1026). Dementsprechend beendete die OSZE am 31. Dezember 2011 nach 15 Jahren der Zusammenarbeit und der Unterstützung für mehrere kroatische Regierungen durch die ehemalige OSZE-Mission in Kroatien und das OSZE-Büro in Zagreb die Präsenz einer ständigen Feldoperation in Kroatien – ein glücklicher Ausgang und ein Erfolg sowohl für die Organisation als auch für Kroatien.

Aktivitäten in der menschlichen Dimension

VERANTWORTUNG FÜR KRIEGSVREBRECHEN. 2011 setzte das Büro sein eingehendes Monitoring der Kriegsverbrecherprozesse und der entsprechenden Ermittlungen im Lande fort. Es handelte sich um über 140 Fälle mit mehr als 630 Beschuldigten an 16 Gerichten. Das Büro stand auch weiterhin in regelmäßigem Kontakt mit den zuständigen Justizbehörden in Zagreb und in anderen Landesteilen, um die laufende Umsetzung der neuen Aktionspläne der Generalstaatsanwaltschaft und des Polizeiinspektorats von 2011 weiter verfolgen zu können. Kroatien hatte diese Pläne zu dem Zweck erstellt, eine Prioritätenliste der Fälle von Kriegsverbrechen auf nationaler und regionaler Ebene zu erstellen und gemeinsame Sondergruppen der Staatsanwaltschaft und Polizei für die Untersuchung besonders heikler Fälle zu bilden.

Die vor zwei Jahren aufgenommene Überprüfung von Verurteilungen in Abwesenheit wurde fortgesetzt. Beschuldigte müssen nun nicht mehr nach Kroatien zurückkehren, um die Wiederaufnahme ihrer Verfahren zu beantragen, in denen sie in Abwesenheit verurteilt wurden, eine erfreuliche Neuerung, die Fortschritte in diesem Bereich erleichtert hat. Bisher wurden 20 Prozent der Schuldsprüche aus den frühen 1990er Jahren als mit Mängeln behaftet aufgehoben. Gleichzeitig ging auch die Überprüfung von richterlichen Entscheidungen aus

den 1990er Jahren weiter und es wurden wieder Fälle mit unzureichender Beweislage geschlossen, die nicht den geltenden Normen entsprechen, wodurch sich die Zahl der Anklageerhebungen sowie der Verdächtigen, gegen die ermittelt wurde, um 19 Prozent und Zahl der Ermittlungen gegen unbekannte Täter um 9 Prozent verringerte.

AUFBAU DER KAPAZITÄTEN VON NICHTREGIERUNGSORGANISATIONEN. Die drei vom OSZE-Büro unterstützten kroatischen NGOs – Documenta, *Civil Committee for Human Rights* und das Friedenszentrum Osijek – beobachten derzeit sämtliche Kriegsverbrecherprozesse. 2011 verbesserte sich die Qualität ihrer Tätigkeit in den Bereichen Beobachtung, Interessenvertretung und Berichterstattung, nachdem die OSZE ihnen nach wie vor Know-how vermittelte und in regelmäßigen gemeinsamen Diskussionen ihre juristische und analytische Kompetenz aufbaute.

Darüber hinaus war das Büro gemeinsam mit dem Verbindungsbüro des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien, der Delegation der Europäischen Union und einigen Botschaften in Zagreb in einem Lenkungsausschuss vertreten, der NGO-Leiter bei Kontaktaufnahmen, Management und Interessenvertretung unterstützt. 2011 verfassten die drei NGOs zwei ausführliche Halbjahresberichte mit einer rechtlichen Beurteilung aller beobachteten Prozesse, die an die internationale Gemeinschaft weitergeleitet wurden. Außerdem veröffentlichten sie mehr als 40 Erklärungen und hielten mehrere Pressekonferenzen ab. Sie organisierten auch Diskussionsrunden, an denen Opfer von Kriegsverbrechen, Opfer- und Vermisstenverbände, Menschenrechtsaktivisten, Medienvertreter sowie Regierungs- und Justizbehörden Kroatiens auf höchster Ebene teilnahmen.

WOHNRAUMBESCHAFFUNG. 2011 überprüfte das Büro vor Ort die Übergabe von über 1450 Unterkünften an ehemalige Inhaber von Wohn- bzw. Eigentumsrechten (OTR), die um Bereitstellung von Wohnraum angesucht hatten. Bis Ende Juni 2011 hatte die Regierung alle restlichen Wohneinheiten erworben, die zur Erfüllung der letzten mit der OSZE 2006 vereinbarten drei Zielvorgaben notwendig waren, womit die Zahl der im Rahmen dieser Vorgaben an frühere OTR-Inhaber übergebenen Wohneinheiten insgesamt 4915 (45 mehr als gefordert) beträgt. Vor 2007 waren im Rahmen des kroatischen Wohnraumbeschaffungsprogramms bereits rund 3500 Wohneinheiten bereitgestellt worden.

Ferner verlängerte die Regierung 2011 zum zweiten Mal die Frist für die Beantragung von Wohnraum durch frühere OTR-Inhaber. Kurz bevor diese Verlängerung in Kraft trat, wurde eine mit Serbien koordinierte Informationskampagne durchgeführt. Die Regierung will das Wohnraumbeschaffungsprogramm über die drei Zielvorgaben hinaus fortsetzen und es voraussichtlich Ende 2014 abschließen.

Der lange Weg nach Hause

Snjezana und Mico Popović, ethnische Serben aus dem Komitat Karlovac, verließen Kroatien 1992 in Richtung Belgrad. Als das ältere Ehepaar 1997 zurückkehrte, war seine Wohnung in Karlovac besetzt und so richtete es sich in seinem kleinen, halb zerstörten Wochenendhaus in 30 Kilometer Entfernung ein. Nach nahezu 10 Jahren konnten die Beiden endlich nach Karlovac zurückkehren. Die ehemalige OSZE-Außenstelle in Karlovac hatte sich sehr für diesen Fall eingesetzt. Gemeinsam mit dem Regionalbüro für Vertriebene, Rückkehrer und Flüchtlinge (RODPR) in Karlovac gelang es der OSZE, ihnen zur Rückkehr nach Karlovac in eine kleine Stadtwohnung zu verhelfen. Hier ein Auszug aus einem Interview von Februar 2007:

OSZE: Zu allererst ... Herzlichen Glückwunsch! Wie gefällt Ihnen die neue Wohnung in Karlovac?

Popović: Wir können es kaum glauben, wieder zurück in der Stadt zu sein! Die Wohnung ist zwar kleiner als unsere frühere, aber schön. Uns gefällt, dass sie in der ersten Etage liegt, auch wenn keine Zentralheizung vorhanden ist. Zum Glück können wir Holz im Keller lagern.

OSZE: Und es ist nicht weit zum Zentrum ...

Popović: Ja, das ist praktisch für uns, weil wir regelmäßig einen Arzt in der Stadt aufsuchen.

OSZE: Uns gefallen auch die schönen Möbel.

Popović: Einige davon gehören uns, doch die meisten haben uns gute Menschen in unserer Umgebung und unsere ehemaligen Nachbarn gegeben.

OSZE: Wir wünschen Ihnen viel Glück in Ihrem neuen Heim – genießen Sie es jeden Tag!

Popović: Vielen Dank! Wir wissen, dass wir ohne die Hilfe des RODPR und der OSZE nie eine Wohnung in Karlovac bekommen hätten. Wir sind Ihnen so dankbar – vor allem euch Leuten von der OSZE!

OSTEUROPA DIE MISSION IN MOLDAU

Leiter der Mission: **Botschafter Philip Remler**

Haushalt: **2.020.600 EUR**

www.osce.org/moldova

2011 trug die Mission in Moldau in enger Zusammenarbeit mit dem Vorsitz wesentlich dazu bei, dass die fünfjährige Unterbrechung der offiziellen Verhandlungen zwischen den Parteien im „5+2“-Format (Moldau und Transnistrien, die Russische Föderation, die Ukraine, die OSZE, die Europäische Union und die Vereinigten Staaten) beendet werden konnte. Die von der OSZE vermittelten informellen Treffen zwischen dem Ministerpräsidenten von Moldau und dem transnistrischen Führer am 9. September in Bad Reichenhall (Deutschland) und am 22. November in Bender ermöglichten die Wiederaufnahme der Verhandlungen, da als Folge dieser Kontakte am 22. September in Moskau die Wiederaufnahme offizieller Verhandlungen beschlossen wurde. Das erste dieser offiziellen Treffen fand am 30. November und 1. Dezember in der litauischen Hauptstadt Wilna statt.

„Durch die Sommerakademie waren wir bei etwas Spannendem und Aufregendem dabei. Wir hatten großartige Betreuer, die für alles sorgten, was wir brauchten. Wir haben dabei für unser Leben gelernt und neue Freunde aus dem ganzen Land und von der anderen Seite des Dnjestr gefunden.“

Christina Neagu, Teilnehmerin an der Sommerakademie für Leadership, die von der OSZE mitveranstaltet wurde.

Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

VERHANDLUNGEN ÜBER EINE POLITISCHE LÖSUNG UND VERTRAUENS-BILDUNG. Die Mission war bei der Veranstaltung von vier informellen 5+2-Treffen und den wieder aufgenommenen 5+2-Verhandlungen am 30. November und 1. Dezember (offiziell „Die Ständige Konferenz zu politischen Fragen im Rahmen des Verhandlungsprozesses über eine Regelung für Transnistrien“) behilflich und nahm daran teil.

Zur Unterstützung vertrauensbildender Maßnahmen rund um die 5+2-Verhandlungen organisierte die Mission gemeinsame Veranstaltungen im wissenschaftlichen, kulturellen und Umweltbereich sowie – mit Unterstützung des Amtierenden Vorsitzenden und der deutschen Bundesregierung – eine hochrangige Konferenz über umfassendere vertrauensbildende Maßnahmen. Auf dieser Konferenz kam es nach Jahren zum ersten Mal zu direkten Kontakten zwischen hochrangigen Vertretern aus dem Bildungsbereich beider Seiten.

FREIZÜGIGKEIT. Kleine Fortschritte gab es auch bei den Gesprächen über die Wiederaufnahme des Schienengüterverkehrs durch Transnistrien und die Wiederherstellung von Festnetztelekommunikationsverbindungen. Der 2006 vereinbarte Mechanismus, der moldauischen Landwirten den Zugang zu ihrem Grund und Boden auf der von Transnistrien kontrollierten Seite ermöglicht, wurde verlängert.

GEMEINSAME KONTROLLKOMMISSION. Die zur Überwachung des Waffenstillstandsabkommens von 1992 eingerichtete Gemeinsame Kontrollkommission trat das ganze Jahr hindurch regelmäßig zusammen. Vertreter der Mission nahmen an allen Tagungen teil

und führten den Vorsitz in einer Untergruppe zu nicht der Friedenssicherung dienenden Posten in der Sicherheitszone. Mitglieder der Mission führten regelmäßig Patrouillen in der Sicherheitszone durch und untersuchten alle gemeldeten Zwischenfälle.

Aktivitäten in der menschlichen Dimension

WAHLREFORM. Die Mission machte sich die Tatsache zunutze, dass in diesem Jahr keine Wahlen stattfanden, und unterstützte Initiativen zur Vereinfachung und Vereinheitlichung der Wahlgesetze und -verfahren. Mittels Sachverständigengutachten, Arbeitsgruppen und öffentlichen Diskussionsrunden koordinierten die Mission und ihre Partner die Ausarbeitung von Gesetzesentwürfen zur Bereinigung der politischen Probleme, die es nach wie vor im ganzen Land bei der Wahlberichterstattung durch die Medien und hinsichtlich des Wahlkampfes gibt. Die Mission unterstützte Gesetzesentwürfe zur Verbesserung der Wahlabwicklung in Gagausien (einer autonomen Gebietseinheit in der Republik Moldau).

ÜBERWACHUNG UND FÖRDERUNG DER MENSCHENRECHTE. Hier war die Mission beiderseits des Dnjestr/Nistru aktiv. In Transnistrien setzte die Mission über ihre Partner ihre Hilfestellung und Rechtsberatung bei Individualbeschwerden wegen Menschenrechtsverletzungen sowie die Aktivitäten zur Menschenrechtserziehung fort, deren Höhepunkt eine dreitägige Sommerakademie für Jugendliche und die Zivilgesellschaft zum Thema Menschenrecht bildete. Die Sommerakademie befasste sich hauptsächlich mit Menschenrechtsnormen sowie dem Engagement und Lobbying bei internationalen Organisationen; 20 OSZE-Botschafter statteten der Sommerakademie im Zuge ihrer Reise in die Republik Moldau im Juli einen Besuch ab. Am rechten Ufer unterstützte die Mission eine Vielzahl von Ausbildungsaktivitäten, öffentlichen Diskussionen und die Begutachtung von Rechtsvorschriften, mit dem Ziel der Verbesserung der Tätigkeiten der örtlichen Kommissionen zur Überwachung von Justizvollzugsanstalten. Das Projekt bewirkte, dass mehr örtliche Kommissionen – ein Mechanismus, der für die zivile Kontrolle von Justizvollzugsanstalten unverzichtbar ist – eingerichtet wurden und die regelmäßige Kontrolle von Haftanstalten aufnahmen.

BEKÄMPFUNG DES MENSCHENHANDELS UND FÖRDERUNG DER GLEICHSTELLUNG DER GESCHLECHTER. Die Mission unterstützte Beratungseinrichtungen für Opfer des Menschenhandels und häuslicher Gewalt und veranstaltete Fortbildungsseminare für 200 Richter, Staatsanwälte, Polizisten und Rechtsanwälte zum Thema Bekämpfung von häuslicher Gewalt und Menschenhandel, einschließlich der sexuellen Ausbeutung von Kindern im Internet. Die Mission unterstützte auch Aufführungen des Stücks *Casa M.* in ländlichen Gebieten – ein Theaterstück, das aus Erlebnisberichten von häuslicher Gewalt in Moldau entstand – sowie die sechzehntägige Kampagne gegen geschlechtsspezifische Gewalt, mit der mehr als 3000 Personen erreicht wurden und die auch einen Workshop umfasste, der 30 jungen Männern und Jugendlichen vermittelte, wie man junge Männer und männliche Führungspersonlichkeiten der Communities einbindet. Zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter bildete die Mission im Vorfeld der Kommunalwahlen 160 Frauen aus. 49 Frauen, das sind mehr als dreißig Prozent, wurden bei den Wahlen entweder zu Bürgermeisterinnen oder Gemeinderäten gewählt. Zum ersten Mal sorgte die Mission auch in Zusammenarbeit mit dem Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte der OSZE in Moldau für die Unterweisung von 30 Beamten des Verteidigungsministeriums in der Umsetzung der Resolution 1325 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen über die verstärkte Einbindung von Frauen in Sicherheitsangelegenheiten, etwa auch in die Konfliktverhütung und Konfliktlösung.

UNTERSTÜTZUNG DER JUSTIZREFORM UND STÄRKUNG DER RECHTS-STAATLICHKEIT. Die Mission leistete einen Beitrag zur Ausarbeitung einer umfassenden Justizreformstrategie für die Jahre 2011 bis 2015, indem sie dem Büro des Generalstaatsanwalts technische und Expertenhilfe beistellte, um den aktuellen Stand der Reform zu erheben und Prioritäten für weitere Reformschritte zu setzen. Gemeinsam mit Vertretern der Justiz wurden mehrere Aktivitäten zu verschiedenen Aspekten der Straffung der Rechtsvorschriften und Ausbildung durchgeführt.

FÖRDERUNG DER MEDIENFREIHEIT. Die Mission veranstaltete eine hochrangige Konferenz über die Reorganisation des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, auf der Fachwissen ausgetauscht und die Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks erörtert wurde.

Die Mission gab ein Gutachten zum Entwurf eines neuen Rundfunkgesetzes für Moldau in Auftrag, das gemeinsam mit den Rechtsgutachten des Europarats und der Europäischen Rundfunkunion am 25. und 26. Oktober in Chişinău öffentlich diskutiert wurde. Es wurde eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die die Ergebnisse zur Vorlage an das Parlament zusammenfassen soll.

Die Mission sorgte für die laufende Beobachtung der Mediensituation beiderseits des Flusses Dnjestr/Nistru, einschließlich des Internets und der audiovisuellen Medien sowie des Audiovisuellen Koordinationsrats und des Aufsichtsrats der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt. Sie beobachtete auch Prozesse gegen moldauische Medien und Journalisten.

OSTEUROPA DER PROJEKTKOORDINATOR IN DER UKRAINE

Projektkoordinator: **Botschafter Lubomir Kopaj**

Haushalt: **2.372.300 EUR**

www.osce.org/ukraine

Der Projektkoordinator in der Ukraine unterstützte in Zusammenarbeit mit den Landesbehörden deren Bemühungen um den Aufbau von Institutionen, die Stärkung der Menschenrechte, der Rechtsstaatlichkeit und demokratischen Freiheiten, die Bekämpfung des Menschenhandels, die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung und des Umweltschutzes, einschließlich der Beseitigung explosiver Kampfmittelrückstände.

Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

HILFE BEI DER SOZIALEN EINGLIEDERUNG EHEMALIGER ANGEHÖRIGER DER STREITKRÄFTE. In Zusammenarbeit mit dem Verteidigungsministerium organisierte der Projektkoordinator unterstützende Maßnahmen für die Umschulung und den beruflichen Wiedereinstieg von 985 ehemaligen Offizieren und deren Familienangehörigen, durch die 74 Prozent von ihnen einen neuen Arbeitsplatz fanden. Über 1000 aktive Offiziere erhielten eine Unterweisung in sozialen Rechten und Sicherheiten für ehemalige Militärangehörige.

STÄRKUNG DER KAPAZITÄTEN DER UKRAINISCHEN GRENZWACHEN. Der Projektkoordinator unterstützte den staatlichen Grenzdienst durch die Bereitstellung von IT-Ausrüstung für 23 Risikoanalyse-Feldeinheiten, die deren technische Befähigung zur Durchführung von Analysen des Grenzsicherheitsrisikos und von Straftaten verbessern wird.

BESEITIGUNG VON MÉLANGE. Der Projektkoordinator unterstützte die Bemühungen des OSZE-Sekretariats, der Ukraine bei der sicheren Beseitigung ihrer Lagerbestände der toxischen Raketentreibstoffkomponente Mélange zu helfen. 2011 entsorgte die OSZE in der West- und Zentralukraine in Zusammenarbeit mit dem Verteidigungsministerium rund 4000 Tonnen dieser gefährlichen Substanz.

RÄUMUNG NICHT ZUR WIRKUNG GELANGTER KAMPFMITTEL. Um das Katastrophenschutzministerium bei der sicheren Beseitigung explosiver Kampfmittelrückstände zu unterstützen, war der Projektkoordinator bei der Beschaffung von 111 Personenschutzsicherheitsausrüstungen und dreizehn modernen Metalldetektoren behilflich, mit denen Kampfmittel bis zu einer Tiefe von 100 Metern im Wasser und bis zu sechs Metern in der Erde aufgespürt werden können.

Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension

UNTERSTÜTZUNG DER WIRTSCHAFTSENTWICKLUNG VOR ORT. Ausgehend von den positiven Erfahrungen der Vergangenheit unterstützte der Projektkoordinator die örtlichen Behörden in den Regionen Dnjepropetrowsk und Odessa dabei, die Qualität bestimmter Verwaltungsdienstleistungen mit Hilfe von ICT-gestützten Lösungen zu erhöhen, um zur Verbesserung der Rechenschaftspflicht und Transparenz der Behörden bei der Erbringung von Dienstleistungen für die Bürger, Investoren und Unternehmer beizutragen.

FÖRDERUNG DER UMWELTERZIEHUNG UND EINER NACHHALTIGEN ENTWICKLUNG. Das Multimediamaterial für den Unterricht an Primär- und Sekundarschulen „Green Pack“ wurde 2011 an mehr als 7000 Schulen ausgegeben. Diese vom Projektkoordinator 2009 entwickelten Hilfsmittel fördern die nachhaltige Entwicklung und erhöhen das Umweltbewusstsein der jungen Ukrainer.

Der Projektkoordinator war auch bei der Schaffung günstiger Rahmenbedingungen für den Einsatz von Solarenergie in der Stadt Sewastopol (Krim) behilflich und stellte zu diesem Zweck örtlichen Unternehmen und der Öffentlichkeit Know-how über neue Technologien für erneuerbare Energie zur Verfügung.

FÖRDERUNG DES UMWELTSCHUTZES. Der Projektkoordinator unterstützte die Aktivitäten des Büros des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE bei der gemeinsamen Bewirtschaftung des Einzugsgebiets des Dnjestr/Nistru durch Moldau und die Ukraine, indem er dafür in der Öffentlichkeit warb und den rechtlichen Rahmen, die Zusammenarbeit in Wasser- und Gesundheitsbelangen, den Informationsaustausch, die Erhaltung der Fischbestände und den Hochwasserschutz sowie Schutzmaßnahmen im Hinblick auf den Klimawandel verbesserte. Dazu wurde ein Train-the-trainers-Workshop zur Verhütung grenzüberschreitender Umweltkriminalität durchgeführt und ein an geeignete Ausbilder in Belarus, Moldau und der Ukraine gerichtetes Handbuch veröffentlicht.

Aktivitäten in der menschlichen Dimension

STÄRKUNG DER WAHLPROZESSE. Der Projektkoordinator unterstützte die landesweite öffentliche Erörterung der Wahlrechtsreform und veranstaltete dazu 30 allgemein zugängliche Diskussionen, 31 Expertenbefragungen und 16 Gruppen zu Schwerpunktthemen in der ganzen Ukraine. Er förderte auch die Erstellung einer als offene Diskussionsplattform konzipierten Website: <http://electioninfo.org.ua>. Der Projektkoordinator war auch dabei behilflich, die Kapazitäten der Zentralen Wahlkommission der Ukraine für die Ausbildung von Wahlbeamten auszubauen.

HILFESTELLUNG BEI DER ENTWICKLUNG DER ZIVILGESELLSCHAFT. Gemeinsam mit dem Sekretariat des Ministerkabinetts der Ukraine trug der Projektkoordinator zur Weiterentwicklung einer bestandfähigen Zivilgesellschaft bei und leistete zu diesem Zweck Hilfestellung bei der Verbesserung des rechtlichen und institutionellen Rahmens für die Entwicklung des nichtstaatlichen Bereichs.

HILFE BEI DER MEDIENENTWICKLUNG. In Zusammenarbeit mit der ethischen Kommission der Ukraine für Journalisten setzte sich der Projektkoordinator für die Anhebung des professionellen Niveaus von Journalisten in der Ukraine ein. Gemeinsam mit Vertretern der Rundfunkanstalten sowie Rechts- und Medienexperten befasste er sich mit den Herausforderungen, die auf den ukrainischen Medienmarkt mit der Umstellung auf digitalen Rundfunk zukommen, und suchte nach Lösungen dafür.

UNTERSTÜTZUNG FÜR GESETZGEBUNG UND JUSTIZ. In Zusammenarbeit mit dem ukrainischen Parlament begutachtete der Projektkoordinator 71 Gesetzesentwürfe, zu denen er auch Empfehlungen abgab, und unterstützte die Kompetenzbildung von Gesetzgeber und Richterschaft im Hinblick auf die Heranführung der Rechtsvorschriften des Landes an internationale Normen und OSZE-Verpflichtungen.

KORRUPTIONSBEKÄMPFUNG. Der Projektkoordinator war bei der Durchführung nationaler Korruptionsbekämpfungsgesetze behilflich, indem er für die entsprechende Fortbildung von 100 Richtern und Beamten sorgte. Er unterstützte auch die Umsetzung der nationalen Methoden zur Aufdeckung von Korruption in staatlichen Einrichtungen und gab Empfehlungen zur Verbesserung der rechtlichen und polizeilichen Rahmenbedingungen ab.

VERBESSERTE RECHTSMITTEL BEI MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN. Der Projektkoordinator dehnte seine Unterstützung auf die Förderung der Entwicklung nationaler Rechtsnormen für die Entschädigung bei Menschenrechtsverletzungen sowie die Schaffung eines wirksamen und zügigen Wiedergutmachungssystems bei Gruppenklagen aus. Es wurden Empfehlungen und Gesetzesvorlagen verfasst, die mit Richtern, Beamten, Juristen und Wissenschaftlern diskutiert wurden.

REFORM DES VERWALTUNGSRECHTS. Der Projektkoordinator half bei der Verbesserung der Beziehungen zwischen Bürgern und Staat und konzentrierte sich dabei darauf, das öffentliche Bewusstsein für Menschenrechtsschutzmechanismen zu heben und die Fähigkeiten der Beamten zu stärken, den Bürgern qualitätvolle Rechtsberatung zu erteilen. Dabei erhielten mehr als 200 Beamte des Justizministeriums Fortbildungskurse und über 500 Vertreter der Zivilgesellschaft, Jugendgruppen und Kinder wurden über Menschenrechte informiert. Rund 150 Verwaltungsrichter besuchten eine Fortbildung, die dazu beitragen soll, dass ihre Entscheidungen dem Schutz der Menschenrechtsschutz besser und konsequenter gerecht werden.

JURISTENAUSBILDUNG. In Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern, Richtern und Angehörigen der Rechtsberufe setzte der Projektkoordinator seine Unterstützung für die Reform der Juristenausbildung in der Ukraine fort und erstellte zu diesem Zweck ein Grundsatzdokument über neue pädagogische Ansätze und Hilfsmittel für eine den heutigen Berufserfordernissen entsprechende Vermittlung der Kernkompetenzen.

BEKÄMPFUNG DES MENSCHENHANDELS. Der Projektkoordinator war bei der Ausarbeitung eines Gesetzesentwurfs über die Bekämpfung des Menschenhandels behilflich, der im September 2011 verabschiedet wurde. Im Rahmen der Entwicklung eines staatlich geführten Nationalen Leitmechanismus sorgte der Projektkoordinator für die Ausbildung von über 1250 Mitarbeitern sozialer Dienste, Pädagogen, Fachleuten des Gesundheitswesens und Strafverfolgungsbeamten. Dank des Pilotprogramms des Nationalen Leitmechanismus in Tscherniwzi und Donezk erhöhte sich 2011 die Zahl der von staatlichen Errichtungen betreuten Opfern des Menschenhandels in diesen beiden Regionen auf 49, während es 2010 nur vier im ganzen Land waren. Angesichts des Erfolgs des Pilotprogramms wird das Modell des Nationalen Leitmechanismus 2012 landesweit durchgeführt.

Gemeinsam mit Strafverfolgungsbeamten bemühte sich der Projektkoordinator um eine bessere Verhütung und strafrechtlicher Verfolgung von Internetkriminalität mit dem besonderen Schwerpunkt auf Kinderhandel.

BEKÄMPFUNG VON HÄUSLICHER GEWALT. Mehr als 100 Sozialarbeitern ermöglichte der Projektkoordinator eine Fortbildung für die Betreuung von Opfern häuslicher Gewalt. Er leistete auch Hilfestellung bei der Ausarbeitung eines Fortbildungskurses für Polizeibeamte im Umgang mit häuslicher Gewalt und eröffnete zwei interaktive Hörsäle in polizeilichen Ausbildungseinrichtungen.

SÜDKAUKASUS DAS BÜRO IN BAKU

Leiter des Büros: **Botschafter Koray Targay**, seit 15. August, Nachfolger von
Botschafter Bilge Cankorel

Haushalt: **2.825.900 EUR**

www.osce.org/baku

Das OSZE-Büro in Baku unterstützte auch in diesem Jahr die Behörden und die Zivilgesellschaft von Aserbaidschan bei der Umsetzung der OSZE-Verpflichtungen in allen drei Dimensionen, darunter in den Bereichen Sicherheit und Governance sowie Wirtschafts- und Justizreformen.

„Seit dem Start des Projekts im Jahr 2009 nahmen mehr als 3360 Personen kostenlose juristische Dienstleistungen verschiedenster Art in Anspruch. Diese Zentren bewirken, dass einfache Menschen in den Provinzen auf rechtliche Mittel zurückgreifen, um in Alltagsfragen zu ihrem Recht zu kommen.“

Rena Safarlijewa, Direktorin von Transparency International Azerbaijan, dem Durchführungspartner des Büros für die Rechtsberatungscentren in Scheki und Gandscha

Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

POLIZEIUNTERSTÜTZUNGSPROGRAMM. Das Büro unterstützte die Umsetzung der Grundsätze bürgernahe Polizeiarbeit und die Ausbildung von Ausbildern, um das theoretische und praktische Wissen von Polizeibeamten zu verbessern. Zur Förderung der Weitergabe bewährter Methoden organisierte das Büro zum zweiten Mal die alljährliche Internationale Konferenz für bürgernahe Polizeiarbeit.

COMPUTER- UND INTERNETSICHERHEIT. Das Büro setzte sich für ein ganzheitliches Herangehen an Computer- und Internetsicherheit ein und veranstaltete die zweite nationale Expertenkonferenz gegen Internetkriminalität, an der Behörden sowie Vertreter der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft teilnahmen.

MENSCHENRECHTE UND GRUNDFREIHEITEN VON ANGEHÖRIGEN DER STREITKRÄFTE. Das Büro stellte eine aserbaidische Fassung des *Handbook of Human Rights and Fundamental Freedoms of Armed Forces Personnel* her, dessen ursprüngliche Ausgabe 2008 vom Genfer Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte gemeinsam mit dem Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte der OSZE erstellt wurde. Gemeinsam mit der dem Präsidenten der Republik Aserbaidschan unterstehenden Verwaltungsakademie veranstaltete das Büro in Zusammenarbeit mit dem aserbaidischen Ombudsmann, staatlichen Stellen und der Zivilgesellschaft die öffentliche Präsentation des Buches.

BEKÄMPFUNG DES MENSCHENHANDELS. Das Büro schloss sich dem von der EU finanzierten Südkaukasus-Konsortium an, das sich der Verhütung und strafrechtlichen Verfolgung von Menschenhandel und Zwangsarbeit widmet, und half durch die Abhaltung von Workshops zur Bewusstseins- und Kompetenzbildung den an vorderster Front Tätigen bei der Identifizierung und dem Schutz der Opfer. Das Büro veranstaltete auch einen Kurs in Online-Recherche für professionellen investigativen Journalismus, ermöglichte für Vertreter

einschlägiger Behörden und zivilgesellschaftlicher Organisationen einen Austauschbesuch in Italien, wo sich diese mit Maßnahmen zur Bekämpfung des Menschenhandels und zum Opferschutz vertraut machen konnten, und führte eine Bedarfsanalyse für die Ermittlung und Strafverfolgung von Menschenhandel und Zwangsarbeit durch.

Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension

GOOD GOVERNANCE IN DER WIRTSCHAFT. Das Büro verstärkte seine Zusammenarbeit mit dem Finanzüberwachungsdienst der Zentralbank von Aserbaidschan zur Bekämpfung der Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung (AML/CFT). Es war Mitveranstalter der ersten regionalen Konferenz für Meldestellen für Geldwäsche aus zwanzig Ländern, bildete Bankmitarbeiter und Richter aus und unterstützte die Zusammenarbeit mit EU-Ländern am GO/AML-Softwaresystem für AML/CFT-Meldungen. Das Büro unterstützte ferner ein Ausbildungsprogramm für 90 Vertreter der Zivilgesellschaft zur Umsetzung der Initiative für Transparenz in der Rohstoffwirtschaft (EITI) in Aserbaidschan.

UNTERNEHMENSGRÜNDUNG. Die beiden Zentren des Büros für KMU-Rechtsberatung erteilten über 700 Unternehmern unentgeltliche Rechtsberatung in steuerlichen, arbeitsrechtlichen und unternehmensrechtlichen Fragen sowie in zivil- und verwaltungsrechtlichen Verfahren und führten Ausbildungsveranstaltungen und Diskussionsrunden über die rechtlichen Rahmenbedingungen für Unternehmen durch. Ferner unterstützte das Büro öffentliche Anhörungen zu den neuen Gesetzesentwürfen über landwirtschaftliche Genossenschaften und zu Wettbewerbsgesetzen.

UMWELTBEWUSSTSEIN UND PARTIZIPATION IN UMWELTFRAGEN. Das Büro setzte sein CASE-Programm (*Civic Action for Security and Environment*) fort und vergab Finanzhilfen an vier neue zivilgesellschaftliche Projekte in den Bereichen nachhaltige Bewirtschaftung von Weideland, Entsorgung gefährlicher medizinischer Abfälle, Energieeffizienz und erneuerbare Energie für landwirtschaftliche Kleinbetriebe. Ferner unterstützte das Büro den neu geschaffenen Rat für das Ganych-Einzugsgebiet durch die Veröffentlichung eines neuen Handbuchs für die Einbindung der Öffentlichkeit in Entscheidungen über die Wasserbewirtschaftung.

ENERGIEPOLITISCHER DIALOG. Das Büro veranstaltete in Baku einen landesweiten Workshop über Systeme zur Entschädigung und Haftung bei Ölunfällen, als Teil seiner Sensibilisierungsbemühungen in Bezug auf die internationalen Rechtsvorschriften für den Schutz vor und die Bekämpfung von Ölkatastrophen. Ferner organisierte es einen Studienbesuch für aserbaidische Beamte in norwegischen Einrichtungen, die mit der Bekämpfung von Ölkatastrophen befasst sind. Das Büro setzte gemeinsam mit der aserbaidischen Agentur für erneuerbare Energie die Begutachtung des neuen Gesetzesentwurfs über die Entwicklung erneuerbarer Energiequellen fort.

Aktivitäten in der menschlichen Dimension

Rechtsstaatlichkeit

EINHALTUNG DER NORMEN FÜR EIN FAIRES GERICHTSVERFAHREN. Nach der Einrichtung von Wirtschafts- und Verwaltungsgerichten Anfang 2011 setzte das Büro gemeinsam mit dem Justizministerium und anderen wichtigen Akteuren die Prozessbeobachtung hauptsächlich von Strafverfahren sowie von einigen zivil- und verwaltungs-

rechtlichen Verfahren fort. Das Büro stellte auch seinen Prozessbeobachtungsbericht 2010 fertig, der die Entwicklungen in Bezug auf die Normen für ein faires Verfahren beschreibt und Empfehlungen dazu abgibt.

MENSCHENRECHTE VON HÄFTLINGEN. In Zusammenarbeit mit dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz, der Volksanwaltschaft und Vertretern der Zivilgesellschaft engagierte sich das Büro verstärkt bei der Kontrolle von Haftanstalten. Darüber hinaus erteilte das Büro der Regierung Empfehlungen und veranstaltete Fortbildungskurse für Vollzugsbeamte für den Umgang mit Häftlingen, Ermittlungsmethoden und die Verhütung von Misshandlungen.

KOSTENLOSE RECHTSBERATUNG. Nach wie vor unterstützte das Büro vier Zentren für Rechtsberatung (LRC) in den Regionen Scheki, Lankaran, Sumgait und Gandscha. Diese Zentren fungieren – abgesehen von der unentgeltlichen Rechtsberatung für Bürger – als Ressourcenzentren, in denen das Büro Aus- und Fortbildungsaktivitäten für Rechtsberufe, Vollzugsbeamte und Vertreter der Zivilgesellschaft veranstaltet.

JURISTISCHE AUSBILDUNG UND BEWUSSTSEINSBILDUNG. In Zusammenarbeit mit dem Justizrat unterstützte das Büro die Ausbildung für Rechtsberufe in Baku, sorgte in Zusammenarbeit mit der Anwaltskammer und der Justizakademie für die Fortbildung von Rechtsanwälten über die Funktionsweise des Europäischen Menschengerichtshofs und ermöglichte eine Studienreise für Juristen nach Norwegen. Darüber hinaus arrangierte das Büro simulierte Prozesse und Gastvorlesungen für Jurastudenten, an denen die staatlichen Universitäten in Baku und Nachitschewan mitwirkten.

Demokratisierung

WAHLHILFE. Für Regierungsvertreter veranstaltete das Büro eine Studienreise nach Polen, deren Thema die Reform der Parteiengesetze war, und unterstützte die Ausarbeitung von Empfehlungen zur Verbesserung der Verfahren zur Behandlung von Wahlbeschwerden. Ferner führte das Büro in diesem Jahr immer wieder Workshops und Lehrgänge für Vertreter politischer Parteien durch und bildete überparteiliche einheimische Wahlbeobachter aus, um die Bürgerbeteiligung anzukurbeln.

MEDIENFREIHEIT UND MEDIENENTWICKLUNG. Das Büro setzte seine Zusammenarbeit mit dem aserbaidischen Presserat an einem neuen Entwurf eines Verleumdungsgesetzes fort, veranstaltete für Regierungspressexperten einen Studienbesuch in London, wo diese Best Practices studieren sollten, und förderte in Zusammenarbeit mit dem Unterrichtsministerium Reformen der Journalistenausbildung. Darüber hinaus unterstützte das Büro die Aus- und Fortbildung in den Bereichen Social Media und investigative Online-Recherche.

GLEICHSTELLUNG DER GESCHLECHTER. Das Büro unterstützte die Umsetzung eines neuen Gesetzes gegen häusliche Gewalt und führte dazu mit dem staatlichen Ausschuss für Frauen-, Kinder- und Familienangelegenheiten ein umfassendes Paket von Sensibilisierungsaktivitäten durch, das auch eine Reihe von Ausbildungs- und Diskussionsveranstaltungen für Akteure der Zivilgesellschaft und Regierungsvertreter umfasste.

PARLAMENTARISCHE UNTERSTÜTZUNG UND ZIVILGESELLSCHAFT. Das Büro setzte sich für einen verstärkten Zugang von Bürgern zu Parlamentariern ein. Diese Aktivitäten umfassten regionale Diskussionen zwischen Parlamentariern und ihren Wählern,

einen Dialog zwischen Regierung und Zivilgesellschaft in Form öffentlicher Diskussionen und gemeinsamer Arbeitsgruppen und die Kompetenzbildung für Akteure der Zivilgesellschaft im Hinblick auf die Beurteilung, Berichterstattung und Interessensvertretung, insbesondere für die Erstellung von Schattenberichten an Vertragsorgane der Vereinten Nationen.

SÜDKAUKASUS DAS BÜRO IN ERIWAN

Leiter des Büros: **Botschafter Sergei Kapinos**

Haushalt: **2.699.900 EUR**

www.osce.org/yerevan

2011 beging das Büro den zehnten Jahrestag seines Bestehens. Es unterstützte weiterhin die Polizeireform und förderte die Aarhus-Konvention sowie wirtschaftliche Reformen und Good Governance. Das Büro bemühte sich auch darum, die Kapazitäten der nationalen Institutionen für die Bekämpfung des Menschenhandels zu stärken und die Menschenrechte zu beobachten und zu fördern.

„In enger Zusammenarbeit mit der OSZE ist es uns gelungen, im armenischen Polizeiwesen wesentliche und positive Veränderungen, darunter die laufende Reform der Polizeiausbildung, bürgernahe Polizeiarbeit und eine neue Strategie für Public Order Management, herbeizuführen.“

Arthur Osikyan, Stellvertretender Leiter der armenischen Polizei

Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

ENTWICKLUNG EINER DEMOKRATISCHEN POLIZEIARBEIT. Unter Federführung des Büros erarbeitete eine Arbeitsgruppe einen Plan zur Einführung des Modells der bürgerorientierten Polizeiarbeit in ganz Eriwan. In Vorbereitung des weiteren Ausbaus wurde in allen Provinzen Armeniens eine Kampagne zur Information der Öffentlichkeit organisiert. Das Büro trat für eine unabhängige Aufnahmekommission ein und förderte dadurch transparentere Einstellungsverfahren bei der Polizei. Den für „Public Order Management“ zuständigen Polizeieinheiten erteilte es Orientierungshilfen für Verhandlungen und den Einsatz von Gewalt und sorgte für begleitende Aus- und Fortbildung.

DEMOKRATISCHE KONTROLLE DER STREITKRÄFTE. Das Büro lieferte eine analytische Studie zum Stand der demokratischen Kontrolle der armenischen Streitkräfte sowie einige Erhebungen zu Menschenrechtsverletzungen und Straftaten in den Streitkräften, die dazu beitragen, dass Abhilfe geschaffen wird. Das Büro vermittelte auch einen Kurs für Wehrsprecher über erfolgreiche Kommunikation mit Medien und Öffentlichkeit.

COMPUTER- UND INTERNETSICHERHEIT. Das Büro ermöglichte einen Besuch der Hauptabteilung Computer- und Internetkriminalität der Moskauer Polizei zum Zwecke des Erfahrungsaustauschs. Es war auch bei der ersten Kontaktaufnahme der Europäischen Regionalen Akademie von Armenien mit der State University of New York in Albany behilflich, die zunächst der Entwicklung eines Lehrgangs für Computer- und Internetsicherheit galt und später in eine offizielle Zusammenarbeit übergehen soll.

Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension

FÖRDERUNG EINER VERWALTUNGSVEREINFACHUNG. Das Büro gab den Anstoß zu einer Reform der Rechtsvorschriften, die viele der rund 25.000 rechtskräftigen Bestimmungen aussondern oder vereinfachen soll, um Armenien für Investoren attraktiver zu machen.

UNTERSTÜTZUNG DER ENTWICKLUNG VON KMU. Das Büro wurde ständiges Mitglied des Entwicklungsrates für kleine und mittlere Unternehmen und unterstützte Experten für die Reform der Steuer- und Zollverwaltung sowie der Inspektion, die als Berater des Gremiums fungieren sollen. In der Region Sjunik organisierte das Büro Kurse für Unternehmerinnen für die erfolgreiche Erstellung von Geschäftsplänen.

FÖRDERUNG DES UMWELTBEWUSSTSEINS. Nach wie vor unterstützte das Büro die 15 Aarhus-Zentren im ganzen Land. Für Journalisten stellte es Aus- und Fortbildung zu Umweltfragen und für Jugendliche Umweltausbildung zur Verfügung; darüber hinaus unterstützte es das Programm für Baumpflanzungen und eine Kampagne für verantwortungsbewusste Mülltrennung in der Region Sjunik.

UMWELT- UND SICHERHEITSINITIATIVE (ENVSEC). Das Büro war bei der Durchführung einer praktischen Übung zur Bekämpfung von Waldbränden und der Abhaltung einer Diskussion über die Waldbrandbekämpfungsstrategie in Armenien behilflich. Regierungsvertreter und Vertreter von Nichtregierungsorganisationen statteten Albanien und Montenegro Studienbesuche ab, um sich über nachhaltige Bergbautechniken zu informieren. Ferner wurden die Abraumhalden in Alaverdi und Nubaraschen begutachtet.

KORRUPTIONSBEKÄMPFUNG. Das Büro übernahm die begleitende Kontrolle bei Reformen von Notariaten und Einwohnermeldeämtern. Es war bei der Entwicklung von ergänzenden interaktiven Schulungsmaterialien für die Ausbildung von Beamten in den Bereichen Korruptionsbekämpfung/Unbestechlichkeit behilflich und unterstützte die Finanzierung einer internationalen Konferenz zum Thema Transparenz und Effektivität im Staatsdienst. Darüber hinaus unterstützte das Büro die Ausarbeitung des Beamtenrechts, das Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung umfasst. Es organisierte eine Fortbildungsveranstaltung und einen Erfahrungsaustausch für Zollagenten und Funktionsträger in der *European Customs Brokers Association*.

QUALIFIZIERUNGSMASSNAHMEN FÜR STAATLICHE EINRICHTUNGEN. Das Büro stellte der Stadtverwaltung von Eriwan auf deren Ersuchen einen internationalen Langzeitexperten zur Seite. Als Ergebnis der von diesem Experten durchgeführten Bedarfserhebung wurde Dutzenden Mitarbeitern die Teilnahme an einem einmonatigen Fortbildungskurs in kommunaler Verwaltung absolvieren und an einem Erfahrungsaustausch in Wien ermöglicht.

Aktivitäten in der menschlichen Dimension

UNTERSTÜTZUNG DER OMBUDSMANN-INSTITUTION. Das Büro setzte die Ausbildung von Experten des Nationalen Mechanismus für die Verhütung von Folter fort und unterstützte deren Besuche in geschlossenen Einrichtungen. Es veranstaltete einen Workshop zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen dem Ombudsmann und NGOs.

UNTERSTÜTZUNG DER REFORM DER STRAFRECHTSPFLEGE UND DER JUSTIZ. In Zusammenarbeit mit dem OSZE-Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) veranstaltete das Büro eine Überprüfungskonferenz zur Beurteilung der Umsetzung der Empfehlungen des Prozessbeobachtungsberichts 2010 und war bei der Ausarbeitung einer neuen Strafprozessordnung behilflich. Das Büro ermöglichte eine Diskussion über die *Kyiv Recommendations on Judicial Independence* und erteilte

interessierten Stellen strategische Empfehlungen. Ferner legte es eine Untersuchung der Umsetzung der Armenien betreffenden Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte und Erläuterungen zu den Entscheidungen des Revisionsgerichts vor. Das Büro bewertete das Strafverfolgungssystem anhand internationaler Normen im Hinblick auf ein Reformprojekt.

FÖRDERUNG DER REFORM DES STRAFVOLLZUGS UND DER JUGENDGERICHTSBARKEIT. Das Büro legte die Ergebnisse eines Projekts zur Prozessbeobachtung an Jugendgerichten vor und führte Untersuchungen durch, um Empfehlungen betreffend die Erfordernisse in den Bereichen der Allgemein- und Berufsbildung für minderjährige Häftlinge sowie zum bestehenden Mechanismus für bedingte Strafaussetzung abzugeben. Es leistete auch Hilfestellung für die Berufsausbildung, durch die erwachsenen wie minderjährigen Straftätern die Wiedereingliederung in die Gesellschaft erleichtert werden soll. Darüber hinaus unterstützte es einen Erfahrungsaustausch über lebenslange Haftstrafen und Bewährung. Dem Justizministerium und der Zivilgesellschaft übermittelte das Büro einen Bericht über Zeugenschutzverfahren.

MENSCHENRECHTS-MONITORING UND –ERZIEHUNG. Das Büro steigerte die juristische und Monitoringkompetenz von zivilgesellschaftlichen Organisationen, die polizeiliche Anhaltezentren, Gefängnisse und geschlossene Bildungseinrichtungen kontrollieren, sowie die von Akteuren des Nationalen Präventionsmechanismus. 30 Sekundarschullehrer wurden zu Menschenrechtsinstruktoren ausgebildet, und die Mitarbeiter von Dienststellen der Streitkräfte und militärischen Bildungseinrichtungen erhielten eine Fortbildung anhand des BDIMR/DCAF-Handbuchs über Menschenrechte in den Streitkräften.

UNTERSTÜTZUNG VON REFORMEN IM BEREICH RELIGIONS- UND ÜBERZEUGUNGSFREIHEIT. Das Büro unterstützte zwei Diskussionsrunden zur Gesetzgebung im Bereich Religions- und Überzeugungsfreiheit, an denen mehrere konfessionelle Organisationen teilnahmen. Darüber hinaus organisierte es eine Ausbildungsveranstaltung für Journalisten und Journalismusstudenten betreffend die Berichterstattung über Religionsangelegenheiten.

MIGRATIONSTEUERUNG UND BEKÄMPFUNG DES MENSCHENHANDELS. Das Büro unterstützte staatliche Einrichtungen und Organisationen der Zivilgesellschaft bei der Erstellung eines nationalen Aktionsplans zur armenischen Strategie für Migrationssteuerung. Es leistete auch einem nationalen Expertenteam Hilfestellung bei der Ausarbeitung von Handbüchern für die Ausbildung von Instruktoren und Rekruten an Ausbildungseinrichtungen für Strafverfolgungsbeamte.

MEDIENFREIHEIT. Als Folge der Kritik am Umgang von Richtern mit Verleumdungsfällen veranstaltete das Büro gemeinsam mit der OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit Fortbildungsveranstaltungen für Journalisten, Richter und Rechtsanwälte über internationale Normen im Bereich der Meinungsfreiheit. Das Büro ermöglichte auch Rechtsgutachten zum neuen armenischen Rundfunkgesetz und unterstützte eine landesweite Erhebung zur Beurteilung der Umsetzung der gesetzlichen Informationsfreiheit.

JUGEND UND BILDUNG. In Zusammenarbeit mit Jugendgruppen unterstützte das Büro Informationskampagnen über Korruption im Hochschulbereich. In der Folge wurden an Universitäten in Eriwan und Gjumri Diskussionsrunden veranstaltet, soziale Netzwerke

gebildet, und es wurde ein Wettbewerb um die besten Slogans ausgeschrieben. Gemeinsam mit dem Bildungsministerium hielt das Büro einen dreitägigen Kurs zum Thema Korruptionsrisiken für Amtsträger im Hochschulbereich. Darüber hinaus veranstaltete das Büro mehrere OSZE-Modellkonferenzen, an denen über 60 Studierende teilnahmen.

GENDERFRAGEN. Gemeinsam mit dem BDIMR organisierte das Büro eine Diskussionsrunde, an die ein zweitägiger Kurs anschloss, der auf eine verstärkte politische Beteiligung von Frauen an der Vorbereitung der allgemeinen Wahlen 2012 abzielte. Ferner trug das Büro zur Finanzierung des dritten jährlich stattfindenden Wettbewerbs „Na/Ne“ zur Verbesserung der Medienberichterstattung über Genderthemen bei; schließlich beteiligte sich das Büro auch an der Gender-Mainstreaming-Initiative der OSZE, die von der Abteilung Genderfragen des Sekretariats durchgeführt wird.

WAHLHILFE. Mit einem zweitägigen Einführungs- und Planungsworkshop für Wahlkommissionen unterstützte das Büro die zentrale Wahlkommission, um eine einheitliche Anwendung des Wahlgesetzes sicherzustellen.

ZENTRALASIEN DAS ZENTRUM IN ASHGABAT

Leiter der Mission: **Botschafter Sergei Belyaev**, seit 7. April, Nachfolger von Botschafter Arsim Zekolli
Haushalt: **1.279.900 EUR**
www.osce.org/ashgabat

Das Zentrum arbeitete nach wie vor mit der Regierung Turkmenistans in allen drei Dimensionen eng zusammen, erleichterte den Dialog über Energiesicherheit und unterstützte Rechtsreformen, die Medienentwicklung und Wahlprozesse. Es befasste sich mit der sicheren Verwaltung von Waffen und der Stärkung der Kapazitäten von Beamten des Grenzsicherheitsdienstes und leistete Hilfestellung bei der Wasserbewirtschaftung und der Entwicklung kleiner und mittlerer Unternehmen. Den Schwerpunkt seiner Aktivitäten bildeten auch im abgelaufenen Jahr die Förderung der Menschenrechte und die Gleichstellung der Geschlechter sowie die Unterstützung der Rechtspflege.

„Dank der OSZE konnten wir Ausbildungskurse für Hotline-Berater organisieren, bewusstseinsbildend gegen häusliche Gewalt wirken und dadurch den Menschen in Krisensituationen besser helfen und zur Verhütung dieses globalen sozialen Problems beitragen.“

Rosa Kusachmedowa, Leiterin der öffentlichen Einrichtung Keik Okara

Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

KAPAZITÄTSAUFBAU FÜR ZOLLBEAMTE. Das Zentrum war dem staatlichen Zolldienst beim Aufbau einer komplett eingerichteten Mediathek im Ausbildungszentrum für den Zolldienst behilflich. Es unterstützte auch den Computer-Unterricht für die elektronische Bearbeitung von für rund 40 Zollbeamte und führte einen Kommunikationsberatungskurs für Zoll-Ausbilder durch. Darüber hinaus organisierte das Zentrum einen Studienbesuch an der

russischen Zollakademie, der Gelegenheit zu einem Austausch über Methoden der theoretischen und praktischen Zollausbildung bot.

FÖRDERUNG DER SICHEREN VERWALTUNG VON LAGERBESTÄNDEN AN KLEINWAFFEN UND LEICHTEN WAFFEN UND MUNITION. Das Zentrum organisierte für Offiziere eine Studienreise in das Vereinigte Königreich. Die Teilnehmer besuchten dort Waffen- und Munitionslager- sowie Zerstörungsstätten und erörterten Methoden für den physischen Schutz, die Verwaltung von Lagerbeständen an Kleinwaffen und leichten Waffen (SALW) und konventioneller Munition und sowie richtiges Verhalten in Notfällen.

GRÖßERE SICHERHEIT VON REISEDOKUMENTEN. Wie im Vorjahr unterstützte das Zentrum die Bemühungen zur Stärkung der Sicherheit von Reisedokumenten und stattete den Grenzsicherheitsdienst mit 20 Reisepass-Datenbanken aus, die an Grenzübertrittsstellen in ganz Turkmenistan eingesetzt werden.

MEDIENENTWICKLUNG. In Zusammenarbeit mit der OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit organisierte das Zentrum eine Diskussionsrunde über die Mechanismen zur Anpassung des turkmenischen Medienrechts an maßgebliche Technologien und internationale Normen. Zur Förderung des Zugangs zu offiziellen Informationen und zur Verbesserung der Kommunikation zwischen Regierungsstellen und Medien führte das Zentrum auch ein Ausbildungsseminar für Regierungssprecher und Vertreter von Pressestellen durch. Das Seminar war berufspraktischen Kenntnissen von Pressereferenten und der Nutzung des Internets zur Kommunikation mit Medien und Öffentlichkeit gewidmet.

Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension

ENERGIESICHERHEIT. Zur Förderung der Grundsätze der Energiediplomatie organisierte das Zentrum für Beamte und Wissenschaftler aus dem Energie- und Wirtschaftsbereich einen Workshop zum Thema Zusammenspiel zwischen Regierungen und Energieunternehmen aus historischer, geopolitischer und wirtschaftlicher Sicht. Darauf folgte ein weiterer Workshop zur Erdöl- und Erdgaswirtschaft, dessen Thema wirksame Gestaltungsmechanismen für die internationale Erdöl- und Erdgaspreispolitik waren.

AARHUS-KONVENTION. Zur Erleichterung des Zugangs zu Umweltinformationen veranstaltete das Zentrum für Vertreter der Zivilgesellschaft und von Regierungsstellen einen Kurs zum Thema Aarhus-Konvention und deren Umsetzung in den Unterzeichnerländern.

WASSERBEWIRTSCHAFTUNG. Das Zentrum war in der Region Lebap bei der Entwicklung örtlicher Expertise für die Anwendung geografischer Informationssysteme beim Betrieb und der Instandhaltung von Bewässerungsinfrastruktur und der effizienten Bewirtschaftung der Wasserressourcen behilflich.

VERHÜTUNG DES ILLEGALEN HANDELS MIT UMWELTGEFÄHRDENDEN STOFFEN. Das Zentrum verstärkte die Kapazitäten der Zoll- und Grenzbeamten für das Aufspüren und die Verhütung der illegalen grenzüberschreitenden Verbringung von Abfällen und anderen umweltgefährdenden Stoffen durch einen Workshop und die Veröffentlichung des *Green Customs Guide* auf Turkmenisch.

UNTERSTÜTZUNG FÜR KLEINE UND MITTLERE UNTERNEHMEN. In der Region Ahal unterstützte das Zentrum die Einrichtung eines Wirtschaftsberatungszentrums, das

Frauen, Landwirte, Jugendliche und Arbeitslose in betriebswirtschaftlichen Fragen und der Führung von Kleinunternehmen und landwirtschaftlichen Betrieben berät.

Aktivitäten in der menschlichen Dimension

UNTERSTÜTZUNG DER RECHTSREFORM. Für Vertreter der am Gesetzgebungsprozess beteiligten Institutionen führte das Zentrum ein Fachseminar über Rechtssetzungstechnik durch. Es arbeitete auch die Broschüre *Guidelines on Legislative Drafting Skills* aus, die im nationalen Parlament vorgestellt wurde, und entwickelte Software für die Archivierung der Gesetzestexte im Parlament.

UNTERSTÜTZUNG VON WAHLPROZESSEN. Durch die Veranstaltung einer Studienreise hochrangiger Wahlverantwortlicher nach Norwegen, bei der die turkmenische Delegation die Kommunalwahlen in Norwegen beobachten konnte, förderte das Zentrum den Austausch von Best Practices für die Organisation und Durchführung von Wahlen.

FÖRDERUNG DER MENSCHENRECHTSNORMEN. Das Zentrum ermöglichte auch im abgelaufenen Jahr den Austausch internationaler Expertise auf dem Gebiet der Menschenrechte und veranstaltete für Studierende am Institut des Innenministeriums und an der staatlichen Universität Turkmenistans eine Vorlesungsreihe über die Förderung der Menschenrechtsnormen in der Strafrechtspflege. Am Institut für internationale Beziehungen des Außenministeriums wurde ein Kurs über Menschenrechte und internationale Beziehungen abgehalten. Das Zentrum setzte auch seine juristische Beratungstätigkeit für Privatpersonen fort und leistete 2011 über 160 Bürgern juristischen Beistand.

UNTERSTÜTZUNG VON RECHTSSTAATLICHKEIT UND RECHTSPFLEGE. Zur weiteren Förderung der Ausbildung von Richtern und Staatsanwälten organisierte das Zentrum einen Studienbesuch für Juristen in Serbien und in den Niederlanden, bei dem sie sich über die Grundausbildung und regelmäßige Weiterbildung von Richtern und Staatsanwälten informieren konnten. Darüber hinaus erstellte das Zentrum so genannte Pocket Cards, mit deren Hilfe sich die Bürger über die in Turkmenistan geltenden Rechte von Tätern und Opfern von Verbrechen informieren können. Das Zentrum stellte auch seinen Kommentar zu den einzelnen Artikeln der turkmenischen Strafprozessordnung fertig.

FÖRDERUNG INTERNATIONALER STRAFVOLLZUGSNORMEN. Für Vertreter des Präsidialamtes und des Innenministeriums organisierte das Zentrum einen Arbeitsbesuch in Spanien. Bei diesem Besuch konnten sich die Teilnehmer über ihre Erfahrungen in der Verwaltung von Justizvollzugsanstalten und Mechanismen zum Schutz der Rechte der Häftlinge austauschen. Das Zentrum veranstaltete auch Seminare zur Förderung der Ausbildung, Wiedereingliederung und Resozialisierung von Strafgefangenen sowie eine institutionalisierte Aus- und berufsbegleitende Fortbildung für Strafvollzugsbeamte.

FÖRDERUNG DER GLEICHSTELLUNG DER GESCHLECHTER UND VERHÜTUNG DES MENSCHENHANDELS. Das Zentrum unterstützte mehrere zivilgesellschaftliche Organisationen in ganz Turkmenistan und veranstaltete zu diesem Zweck Ausbildungskurse für Jugendliche und Sozialarbeiter zu den Themen Gleichstellung der Geschlechter, gesunde Lebensweise sowie Verhütung von Drogenmissbrauch und Menschenhandel. Darüber hinaus setzte das Zentrum seine Unterstützung für die öffentliche Einrichtung Keik Okara fort, die sich für die Sensibilisierung der breiten Öffentlichkeit für das Thema häusliche Gewalt einsetzt, eine Hotline für häusliche Gewalt betreibt und Hotline-Berater ausbildet.

Förderung der Energiesicherheit

In Aschgabat wurde eine hochrangige Konferenz des Vorsitzes zum Thema „Integration der weltweiten Energiemärkte – Energiesicherheit schaffen“ veranstaltet, die den Dialog und die Zusammenarbeit im Energiesicherheitsbereich erleichtern sollte. Gastgeber der Konferenz war die turkmenische Regierung; sie wurde in Zusammenarbeit mit dem litauischen OSZE-Vorsitz, dem Büro des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE und dem Zentrum in Aschgabat organisiert und sollte Politiker und Energiediplomatie-Fachleute an einen Tisch bringen und ein Forum für die Erörterung von Mechanismen für den gesicherten Transit und die Diversifizierung der Energiequellen in der OSZE-Region und darüber hinaus bieten.

ZENTRALASIEN DAS ZENTRUM IN ASTANA

Leiter der Mission: **Botschafter Alexandre Keltchewsky**, bis 4. November, gefolgt von Jeannette Klötzer als verantwortliche Leiterin

Haushalt: **2.163.900 EUR**

www.osce.org/astana

In enger Partnerschaft mit der Regierung und der Zivilgesellschaft des Gastlandes sowie mit den OSZE-Institutionen und internationalen Organisationen unterstützte das Zentrum in Astana auch im abgelaufenen Jahr die kasachischen Bemühungen zur Umsetzung der OSZE-Prinzipien und Verpflichtungen in allen drei Sicherheitsdimensionen. 2011 galt die Hilfestellung des Zentrums in erster Linie politischen Reformen, der Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich, der Förderung der Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit, der Gleichstellung der Geschlechter, der Verkehrs- und Energiesicherheit, der Wasserwirtschaft, Good Governance und der Medienentwicklung.

„Durch seine Unterstützung von integrativen Dialogplattformen unter breiter Beteiligung zivilgesellschaftlicher Institutionen trägt das Zentrum in Astana maßgeblich zur Schaffung einer Gesprächskultur zwischen Gesellschaft und Regierung bei.“

Sauresch K. Battalowa, Präsidentin des Fonds für parlamentarische Entwicklung in Kasachstan

Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

POLITISCHER DIALOG. In einem Jahr, in dem einerseits Präsidentschaftswahlen stattfanden und andererseits auch Parlamentswahlen für den 15. Januar 2012 angekündigt wurden, fungierte das Zentrum als Dialogvermittler zwischen Vertretern politischer Parteien, Parlamentariern sowie Vertretern der Regierung und der Zivilgesellschaft über die Rolle der politischen Parteien in demokratischen Gesellschaften sowie über die Wahlordnung und das Medienrecht. Darüber hinaus organisierte es ein dreimonatiges Wählererziehungsprojekt zur Sensibilisierung junger Menschen für die Bedeutung des Wahlprozesses. Bei einer mit Unterstützung des Zentrums durchgeführten Diskussionsrunde erörterten Vertreter der Regierung und öffentliche Akteure Fragen der lokalen Selbstverwaltung, darunter auch die Bürgerbeteiligung an regionalen Entscheidungsprozessen.

BEKÄMPFUNG GRENZÜBERSCHREITENDER BEDROHUNGEN. Das Zentrum half dem Parlament bei der Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen für die Bekämpfung der organisierten Kriminalität. Zu diesem Zweck lud es eine Expertin der georgischen Generalstaatsanwaltschaft ein, die aus juristischer Sicht über ihre praktischen Erfahrungen mit der Bekämpfung der organisierten Kriminalität in ihrem Land berichtete. Darüber hinaus leistete das Zentrum maßgebliche Unterstützung für einen regionalen Workshop über internationale strafrechtliche Zusammenarbeit; der Workshop wurde von der Gruppe Strategische Polizeianglegenheiten der OSZE und dem Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) veranstaltet.

GRENZSICHERUNG UND GRENZMANAGEMENT. In Partnerschaft mit der kasachischen Grenzschutzbehörde, der Internationalen Organisation für Migration und dem EU/UNDP-Grenzmanagementprogramm für Zentralasien organisierte das Zentrum zwei mehrtägige Seminare für Grenzsicherung für kasachische Zollbeamte und Vertreter der Grenzschutzbehörde. Die Seminare wurden von internationalen Experten geleitet und behandelten Themen wie integriertes Grenzmanagement und grenzüberschreitende Koordinierung zwischen Behörden.

ZUSAMMENARBEIT IM VERTEIDIGUNGSBEREICH. Das Zentrum setzte seine fruchtbare Zusammenarbeit mit dem kasachischen Verteidigungsministerium fort, in deren Rahmen ein gemeinsames regionales Ausbildungsseminar zum Wiener Dokument 1999 veranstaltet wurde. Zusammen mit der Abteilung für FSK-Unterstützung leistete das Zentrum auch Hilfestellung für ein Projekt zur Beseitigung der gefährlichen Raketentreibstoffkomponente Mélange und vermittelte einen Besuch russischer Techniker an Mélange-Lagerstätten, der die Beseitigung dieser Komponente in Einrichtungen der Russischen Föderation vorbereiten sollte.

Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension

VERKEHRS- UND HANDELSERLEICHTERUNG. Die Aktivitäten in diesem Bereich galten unter anderem der Unterstützung kasachischer Akteure bei der Umsetzung der Prioritäten des Vorsitzes auf diesem Gebiet. Besonders erwähnt seien hier der Kapazitätsaufbau für Zollbeamte und Privatunternehmen für Grenzkontrollen und Risikomanagement im Rahmen der Dreistaaten-Zollunion.

KASPISCHES MEER UND UMWELTSICHERHEIT. Mit seinen Bemühungen zur Bekämpfung von Ölunfällen und der Wasserverschmutzung im Kaspischen Meer wollte das Zentrum die Fähigkeiten des Landes stärken, Probleme dieser Art selbst zu bewältigen. Zu diesem Zweck förderte es das Zusammenwirken zwischen Kasachstan und der Internationalen Seeschiffahrts-Organisation auf dem Gebiet des Katastrophenschutzes und von Ölunfällen und erleichterte die Unterzeichnung des ersten Protokolls zum Übereinkommen von Teheran über die Verhütung und Bekämpfung der Ölverschmutzung im Kaspischen Meer.

GOOD GOVERNANCE UND TRANSPARENZ. Korruptionsbekämpfung, Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung, Steuerung der Arbeitsmigration und Transparenz in Bezug auf die Einnahmen aus der Rohstoffindustrie in Kasachstan waren die Schwerpunkte des Jahres 2011. Zur Förderung der Transparenzinitiative in der Rohstoff-

wirtschaft (EITI) und der Einbindung der Zivilgesellschaft unterstützte das Zentrum eine Reihe von Ausbildungskursen in EITI-Methoden für Journalisten und NGO-Aktivisten.

UMWELT-GOVERNANCE, BÜRGERBETEILIGUNG. Gemeinsam mit dem Ministerium für Umweltschutz und Umwelt-NGOs unterstützte das Zentrum Kasachstan bei der Vorbereitung der Konferenz der europäischen Umweltminister in Astana und des Weltgipfels für nachhaltige Entwicklung im Jahr 2012. Aus dieser Partnerschaft entstand eine Vielzahl gemeinsamer Aktivitäten im Rahmen des kasachischen Green-Bridge-Partnership-Programme in Bereichen wie Umwelt-Governance, effiziente Wasserbewirtschaftung und Folgen des Klimawandels für die nachhaltige Entwicklung. Über das Netzwerk der sechs mit OSZE-Unterstützung eingerichteten Aarhus-Zentren wurde der öffentliche Zugang zu Umweltinformationen sowie zu Entscheidungsprozessen und zu den Gerichten in Umweltangelegenheiten gefördert.

Aktivitäten in der menschlichen Dimension

FÖRDERUNG DER MENSCHENRECHTE. Das Zentrum leistete folgenden kasachischen Menschenrechtsinstitutionen Hilfestellung: Volksanwaltschaft, Nationale Menschenrechtskommission und NGOs. Ein 2010 begonnenes Projekt zur Stärkung des Rechtsrahmens und der institutionellen Kapazitäten der Volksanwaltschaft wurde fortgesetzt, wobei die Einbeziehung der Regionen einen Schwerpunkt bildete. Wie im Vorjahr engagierte sich das Zentrum für die Einrichtung eines Nationalen Präventionsmechanismus, der das Thema mehrerer Diskussionsveranstaltungen zur Erleichterung der Ausarbeitung der Rechtsvorschriften für die Umsetzung des Fakultativprotokolls der Antifolter-Konvention war.

RECHTSSTAATLICHKEIT UND STRAFVOLLZUG. Zur Unterstützung der laufenden Justizreform setzte das Zentrum sein Zusammenwirken mit seinen traditionellen Partnern auf diesem Gebiet – dem Justizministerium, der Generalstaatsanwaltschaft, dem Obersten Gerichtshof, dem Parlament, dem Exekutivausschuss für Strafvollzug, Strafverteidigern und NGOs – fort. Zur Förderung der Normen für ein faires Verfahren, gleicher Voraussetzungen für den Zugang zu den Gerichten, der Reform der Strafrechtspflege und des Strafvollzugs organisierte das Zentrum Seminare und Lehrgänge.

BEKÄMPFUNG DES MENSCHENHANDELS. In Zusammenarbeit mit kasachischen Strafverfolgungsbehörden bemühte sich das Zentrum um die Stärkung der regionalen und internationalen Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Menschenhandels. Es war Mitveranstalter eines interregionalen Workshops zur Bekämpfung des Menschenhandels in Almaty, der sich an Richter und Strafverfolgungsbeamte richtete. Es ermöglichte auch eine hochrangige Fortbildungsveranstaltung für mit Menschenhandelsfällen befasste Richter, auf der Empfehlungen für die Polizei auf dem Gebiet der Opferidentifizierung ausgearbeitet wurden.

MEDIENENTWICKLUNG. Auch im abgelaufenen Jahr bot das Zentrum Journalisten die Möglichkeit, sich durch Ausbildungsprogramme beruflich weiterzuentwickeln; diesmal standen Themen wie die Neuen Medien, die Entwicklung von Websites auf Kasachisch und die internationalen Grundsätze der freien Meinungsäußerung auf dem Programm. Über eine eigens zu diesem Zweck eingerichtete Website und Diskussionsrunden erleichterte das Zentrum offene Diskussionen über den Entwurf für ein neues kasachisches Fernsehgesetz. Es leistete auch einen finanziellen Beitrag zu einer Konferenz über Internetentwicklung in der Region und unterstützte eine Studienreise von NGOs und Medienvertretern in die Ukraine

zum Thema Zugang zu Regierungsinformationen. Ferner setzte das Zentrum gemeinsam mit der OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit und den staatlichen Behörden die genaue Beobachtung von Verstößen gegen das Recht auf freie Meinungsäußerung fort.

ZENTRALASIEN DAS ZENTRUM IN BISCHKEK

Leiter der Mission: **Botschafter Andrew Tesoriere**

Haushalt: **6.767.500 EUR**

www.osce.org/bishkek

Zu Jahresbeginn 2011 stand das Land ganz unter dem Eindruck der dramatischen Ereignisse von 2010 und deren Nachwirkungen, die noch immer nicht bewältigt sind. 2011 wurde nach der Verfassungsänderung und den erfolgreichen Parlamentswahlen Ende 2010 ein neues Kapitel in der Geschichte Kirgisistans aufgeschlagen. Strategischer Schwerpunkt des Zentrums in Bischkek war die Auseinandersetzung mit den Herausforderungen des Übergangs, wobei die Stärkung der nationalen Eigenverantwortung und Institutionen – Schlüsselemente für die Beziehung zwischen dem Staat und seinen Bürgern – im Mittelpunkt stand. Die Aufnahme der Initiative für kommunale Sicherheit stellte ebenfalls einen wichtigen Beitrag der Organisation zur Bewältigung der Folgen der Gewalt vom Vorjahr dar.

„Im Juli und August herrscht akuter Wassermangel. Da muss ich fast jeden Tag auf die Felder hinaus, um Streit zwischen den Bauern zu schlichten. Dank der Ausbildung, die uns die OSZE ermöglicht hat, wissen wir jetzt, welche Feldfrüchte am meisten Wasser brauchen, und haben damit begonnen, unsere Flächen so zu bebauen, dass wir das Wasser bestmöglich nutzen können.“

Uktam Maximow, Leiter der Vereinigung der Wassernutzer des Dorfes Schark in der Provinz Osch

Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

KONFLIKTVERHÜTUNG UND KRISENMANAGEMENT. Das Zentrum konzentrierte sich bei seiner Stabilisierungstätigkeit auf die Schaffung landeseigener Mechanismen für Krisenmanagement. Es unterstützte die Bemühungen zur Einrichtung eines landesweiten Zentrums für Krisenbewältigung durch Peer-to-peer-Austausch. Auf kommunaler Ebene wurde ein Netz von 550 Mediatoren aufgebaut. In allen Bezirken der Provinzen Osch und Dschalalabad suchte man Führungspersonen der Volksgruppen und angesehene Persönlichkeiten aus, um die Vielfalt in ethnischer und religiöser Hinsicht aber auch nach Alter und Geschlecht abzudecken, die dann mit den erforderlichen praktischen Kenntnissen und Methoden für die Koordinierung ihrer Bemühungen mit den staatlichen Behörden ausgestattet wurden.

Diese Bemühungen gehen Hand in Hand mit der wichtigen Rolle, die der Polizei im Hinblick auf die Beziehungen zwischen Volksgruppen zukommt. In diesem Jahr wurde auch mit der praktischen Umsetzung der Initiative für kommunale Sicherheit begonnen – einer der größten operativen Einsätze der OSZE der vergangenen Jahre. Dabei wurden 28 Polizeiberater in

neun Bezirke entsandt, in denen die gewalttätigen Ausschreitungen vom Juni 2010 tiefe Spuren hinterlassen hatten oder das Auftreten ähnlicher Spannungen möglich schien. Die OSZE-Berater nahmen eine Reihe von Initiativen auf, die das Vertrauen zwischen den Volksgruppen und der Polizei stärken sollten, und unterstützten weiter die örtlichen Behörden in deren Bemühungen, der Achtung der Menschenrechte verstärkt Geltung zu verschaffen.

AUSEINANDERSETZUNG MIT GRENZÜBERSCHREITENDEN BEDROHUNGEN. 2011 betonte das Zentrum den grenzüberschreitenden Aspekt seiner Bemühungen. Mit dem OSZE-Büro in Tadschikistan führte es mehrere Workshops für Grenzbeauftragte durch und hielt Fachkurse für Grenztruppen beider Länder ab, die Themenbereiche von beiderseitigem Interesse wie die Sicherheit von Reisedokumenten und das Aufspüren von Drogenausgangsstoffen betrafen. Ergänzend dazu wurde die Arbeit zum Schutz kritischer Infrastruktur fortgesetzt. Die Infrastruktur des Wasserkraftwerks Kamar-Ata – ein wichtiges Element des Zentralasiatischen Energieverbunds – wurde aufgerüstet und die Mitarbeiter wurden für die Abwehr möglicher terroristischer Angriffe ausgebildet.

AUFBAU VON INSTITUTIONEN. Die Demokratisierungsbemühungen des Zentrums galten in erster Linie der Stärkung der staatlichen Institutionen sowie des Vertrauens, das die Öffentlichkeit ihnen entgegenbringt. Im Mittelpunkt dieser Tätigkeit steht die Polizeireform. Nach sieben Jahren steter Bemühungen der OSZE befürwortete ein Nationales Forum auf Ministerebene die wichtigsten Schritte zur Verbesserung des Verhaltens, der Rechenschaftspflicht und der organisatorischen Effizienz der Polizei und machte damit den Weg frei für weitere Bemühungen zu deren Umsetzung im Jahr 2012.

Die Unterstützung des staatlichen Zolldienstes durch das Zentrum wurde fortgesetzt, rund 450 Zollbeamte (darunter auch 80 Beamte aus Afghanistan) nahmen 2011 an den verschiedenen Ausbildungskursen teil, die von der Grundausbildung bis hin zu Fachmodulen für erfahrene Beamte und Ausbilder reichten. Die Teilnahmen an Qualifikationskursen ist Voraussetzung für die Beförderung von Zollbeamten – eine absolute Neuerung in diesem Dienst. Die unter kirgisischer Verantwortung stehende Ausbildungsstrategie wird es dem Dienst ermöglichen, eigene Kapazitäten aufzubauen, um für wichtige Herausforderungen wie die Maximierung der Zolleinnahmen und die Bekämpfung des Schmuggels gerüstet zu sein.

Die Wiederherstellung des politischen Dialogs war ebenfalls eine der OSZE-Prioritäten im Jahr 2011. Die vom Zentrum finanzierte Initiative „Parlament politischer Parteien“ entwickelte sich zu einer beliebten Methode, um sicherzustellen, dass bei politischen Debatten nicht nur das Parlament, sondern auch Stimmen von außerhalb gehört werden. Das Forum ermöglichte einen offenen und einschließlichen Dialog zwischen allen Parteien aus dem gesamten politischen Spektrum.

Die OSZE-Akademie

In knapp acht Jahren hat sich die OSZE-Akademie zu einer der angesehensten akademischen Institutionen in Zentralasien entwickelt. 2011 war ihr Master-Studiengang für Politik und Sicherheit um das Siebzehnfache überinskribiert. Über 100 Studierende, Beamte und Akademiker aus allen fünf zentralasiatischen Staaten sowie aus Afghanistan und dem ganzen OSZE-Raum belegten den Master-Studiengang oder nahmen an Forschungs- und Dialoginitiativen und verschiedenen Ausbildungskursen teil. Derzeit laufen die Vorbereitungen für die Einführung eines zweiten Master-Lehrgangs – für Governance und

Entwicklung im Wirtschaftsbereich – für das Jahr 2012, der die OSZE-Bemühungen in der zweiten Dimension in dieser Region deutlich verstärken wird.

Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension

RESSOURCENPOLITIK. Dem Zentrum war es 2011 in seiner Wirtschafts- und Umweltdimension in erster Linie wichtig, Faktoren auszuschalten, die Spannungen zwischen den Volksgruppen verschärfen. Zur Verhinderung von Auseinandersetzungen um die knappen und wertvollen Ressourcen wie Wasser für die Bewässerung und Grund und Boden bemühte sich das Zentrum um die Verbesserung der Transparenz und Effizienz lokaler Selbstverwaltungsgremien und Wassernutzervereinigungen in ganz Südkirgisistan. Das Zentrum setzte erstmals das Konzept des Peer-Mentoring ein, in dem die Anwender selbst Best Practices an andere weitergeben.

Die Arbeit des Zentrums im Bereich der Ressourcenpolitik erstreckte sich auch auf die nächste Generation der Wassernutzer. Die OSZE machte sich zum Vorreiter der Bemühungen, den kirgisischen Schülern und Studenten die Grundsätze des Integrierten Wasserressourcen-Managements nahezubringen, wofür man am Beispiel praktischer Initiativen den kritischen Zusammenhang zwischen Wasser und Sicherheit erläuterte; sie trat auch dafür ein, die Sicherheit der Wasserversorgung als Unterrichtsfach in die Lehrpläne von Schulen und Universitäten aufzunehmen.

Das Zentrum bemühte sich in Partnerschaft mit 30 Gemeinderäten, durch die Förderung einfacherer, transparenterer Verfahren für die Grundbucheintragung Streitigkeiten um Grund und Boden in Südkirgisistan zu verhindern. Dank Initiativen zur Verbesserung der Möglichkeiten von Gemeinderäten, zusätzliche Einkommensquellen zu erschließen, konnten diese ihre Dienstleistungen für die Bevölkerung verbessern, was eine wesentliche Voraussetzung dafür ist, dass das Vertrauen in die Funktionsfähigkeit der staatlichen Strukturen im Süden des Landes wächst.

Aktivitäten in der menschlichen Dimension

MENSCHENRECHTSSCHUTZ. Auch auf dem Gebiet der Menschenrechte wurde die Zusammenarbeit zwischen Staat und Zivilgesellschaft gefördert. Das Zentrum vermittelte erstmals ein Memorandum of Understanding zwischen dem kirgisischen Ombudsmann und Menschenrechts-NGOs. Die Vereinbarung stellt eine ermutigende Entwicklung in den Bemühungen dar, sich mit den anhaltenden Menschenrechtsbeschwerden – unter anderem wegen Folter und Misshandlung – auseinanderzusetzen. Der abschließende Bericht zu diesem Projekt wurde am 13. Dezember vorgelegt.

WAHLUNTERSTÜTZUNG. Die Präsidentenwahl vom Oktober 2011 war ein Wendepunkt, war es doch die erste friedliche Übergabe der Präsidialgewalt in der zwanzigjährigen Geschichte des Landes. Mit seiner Unterstützung der Wahl sorgte das Zentrum für deren professionelle Abwicklung und einen zweifelsfreien Verlauf. Im ganzen Land wurden mehr als 23.000 Wahlbeisitzer ausgebildet, die für eine einheitliche Auslegung der Wahlordnung im Land sorgen sollten, wozu auch eine umfassende Kampagne zur Wählererziehung beitrug. Das Zentrum nutzte die Gelegenheit auch, um einheimische Wahlbeobachter für die konstruktive Kontrolle der Durchführung und Abwicklung der Wahl heranzubilden.

ZENTRALASIEN DAS BÜRO IN TADSCHIKISTAN

Leiter der Mission: **Botschafter Ivar Vikki**

Haushalt: **5.861.000 EUR**

www.osce.org/tadjikistan

Besondere Erwähnung verdienen unter anderem die Aufnahme der umfassenden Unterstützung der Polizeireform, die Ausweitung der Grenzmanagementhilfe, zukunftsweisende Untersuchungen zur Bekämpfung der Korruption und Radikalisierung, die zu gewalttätigem Extremismus und Terrorismus führen können, und die Unterstützung eines eingehenden Dialogs über Menschenrechte und Medienfreiheit.

„Ohne eine verstärkte Teilhabe von Frauen am öffentlichen Leben können wir in unseren Parteien nicht viel bewirken. Als Mitglieder dieser von der OSZE unterstützten Arbeitsgruppe ist uns natürlich die Teilnahme aller tadschikischen Frauen am politischen Leben ein Anliegen, auch wenn wir selbst unterschiedlichen politischen Parteien angehören.“

Umrinisso Kassakowa von der Demokratischen Volkspartei Tadschikistans

Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

POLITISCHER DIALOG. In Zusammenarbeit mit dem tadschikischen Öffentlichkeitsrat förderte das Büro den Dialog zwischen Regierung und Zivilgesellschaft bei Themen wie soziale Absicherung, Extremismus, Wirtschaftsentwicklung und Menschenrechte. In seinen fünf Außenstellen hielt das Büro auch mit örtlichen Vertretern politischer Parteien und der Zivilgesellschaft monatliche Diskussionsveranstaltungen ab.

GRENZSICHERUNG. Für Grenz- und Zollbeamte aus Tadschikistan und Afghanistan forcierte das Büro sein Angebot an praktischer Ausbildung für die Durchführung von Patrouillengängen, die Aufklärung über die Minengefahr und in Feldmedizin. Das Büro war auch Gastgeber der ersten Zusammenkünfte einer interministeriellen Koordinierungsgruppe, die die nationale Grenzstrategie 2010 umsetzen soll.

UNTERSTÜTZUNG DER POLIZEIREFORM UND DER TERRORISMUS-BEKÄMPFUNG. Das Büro half dem Innenministerium bei der Ausarbeitung eines Reformfahrplans, der auch Change-Management-Strategien umfasst. Als ersten Präventionsschritt unterstützte das Büro eine landesweite Erhebung zur Erfassung des Radikalisierungspotenzials.

MINENRÄUMUNG. Das Büro leistete der Dienststelle des Verteidigungsministeriums für humanitäre Minenräumung Hilfestellung bei der Räumung eines Gebiets in einer Größenordnung von 194.601 Quadratmetern und der Zerstörung von mehr als 428 Antipersonenminen entlang der Grenze zu Afghanistan. Darüber hinaus ermöglichte das Büro die Erstellung eines langfristigen Minenräumplans für 2012 bis 2015, beteiligte sich an der Erhebung des Minenräumungsbedarfs in Kirgisistan und unterstützte einen regionalen Workshop zum Thema Strategien für den Umgang mit dem Risiko einer Minenexplosion sowie für Risikominderung.

KLEINWAFFEN UND LEICHTE WAFFEN (SALW) UND KONVENTIONELLE MUNITION. Das Büro unterstützte die Regierung in der Anlaufphase des neu geschaffenen Koordinierungsrates, der für SALW-Unfälle zuständig ist, und war bei der Formulierung allgemeiner Richtlinien für Lagersicherheitsmanagement behilflich.

Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension

GRENZÜBERSCHREITENDER HANDEL. Das Büro setzte auch im abgelaufenen Jahr seine Beratung für die Entwicklung von Freien Wirtschaftszonen (FEZ) fort. So unterstützte es in der Provinz Sughd ein internationales Wirtschaftsforum für 300 Teilnehmer und war der FEZ in Ischkaschim bei der Erstellung eines langfristigen Aktionsplans behilflich. Unweit der tadschikisch-afghanischen Grenze leistete es drei Gewerbeförderungszentren Hilfestellung.

VERBESSERUNG DES GESCHÄFTS- UND INVESTITIONSKLIMAS. Gemeinsam mit einer Regierungsarbeitsgruppe befasste sich das Büro mit einem Gesetzesentwurf für neue Dienstleistungsgenossenschaften, das landwirtschaftlichen Kleinbetrieben die gemeinsame Nutzung ihrer Betriebsmittel und die Gründung selbstständiger Betriebe in ländlichen Gebieten ermöglichen soll. Das Büro beriet auch zurückgekehrte Arbeitsmigranten bei der Betriebsgründung. In Zusammenarbeit mit dem Büro präsentierte eine überbehördliche Arbeitsgruppe einen Aktionsplan zur Konsolidierung des Rechtsrahmens, wodurch Investitionen für die Entwicklung von Kleinkraftwerken ins Land geholt werden sollen.

WASSERWIRTSCHAFT. Gemeinsam mit der Regierung bildete das Büro Beamte in integrierter Wasserbewirtschaftung und internationalem Wasserrecht aus und entwickelte ein Konzept für einen Universitätslehrgang in internationalem Wasserrecht. Es sensibilisierte die Öffentlichkeit auch für die gemeinsame Wassernutzung im Grenzgebiet zwischen Tadschikistan und Kirgisistan, für radioaktive Sicherheit und die sichere Wasserversorgung für die im Norden des Landes gelegene Stadt Taboschar.

UMWELTPOLITIK UND UMWELTBEWUSSTSEIN. Das Büro war der Regierung und dem Parlament bei der Erarbeitung eines nationalen Umweltkodex behilflich. Es unterstützte das nationale Aarhus-Zentrum in Duschanbe und die Eröffnung eines neuen Aarhus-Zentrums in Chorog. Im Rahmen der CASE-Initiative (*Civic Action for Security and Environment*) half das Büro bei der Entwicklung von acht lokalen Umweltprojekten im ganzen Land zur Ermächtigung von Jugend- und zivilgesellschaftlichen Organisationen.

GOOD GOVERNANCE. In Zusammenarbeit mit der Agentur für staatliche Finanzaufsicht und Korruptionsbekämpfung förderte das Büro die Entwicklung eines Gesetzesentwurfs über Interessenkonflikte und stellte Gutachten zum Gesetzesentwurf über die Überprüfung von Rechtsakten aus Sicht der Korruptionsbekämpfung bei. Die Ergebnisse einer vom Büro unterstützten Erhebung zum Thema Korruption flossen in den strategischen Arbeitsplan des nationalen Korruptionsbekämpfungsrates ein.

Aktivitäten in der menschlichen Dimension

MENSCHENRECHTSBEWUSSTSEIN. Das Büro unterstützte eine von der Volksanwaltschaft geleitete dienststellenübergreifende Arbeitsgruppe bei der Entwicklung eines staatlichen Fünfjahresprogramms für Menschenrechtserziehung. Die fünf Feldpräsenzen des Büros arbeiteten gemeinsam mit örtlichen Lehrern Schulprogramme aus, um junge Menschen in staatsbürgerlicher Verantwortung, Menschenrechten und Grundfreiheiten zu unterweisen.

Das Büro erleichterte einen strukturierten Dialog zwischen Regierung und Zivilgesellschaft, der im Ausschuss zur menschlichen Dimension des Ständigen Rates der OSZE als Best Practice vorgestellt wurde.

RECHTSSTAATLICHKEIT. Das Büro sorgte für die Fortbildung von Beamten in der Verhütung von Folter und war der Zivilgesellschaft beim Aufbau von Kapazitäten für das Monitoring geschlossener Einrichtungen behilflich. Es bemühte sich um die Sensibilisierung von Staatsanwälten für die Menschenrechte von Opfern und Tätern unter Terrorismusverdacht. Es analysierte auch den Rechtsetzungsprozess, um die Regierung bei der Abstimmung ihrer Gesetze auf ihre internationalen Verpflichtungen zu unterstützen.

DEMOKRATISIERUNG DER MEDIEN. Gemeinsam mit der OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit veranstaltete das Büro die zentralasiatische Medienkonferenz, in deren Mittelpunkt das Thema digitale Kommunikation stand. Das Büro erleichterte auch den Dialog über Mediengesetze, Medienpolitik und die OSZE-Verpflichtungen im Medienbereich. Eine mit Hilfe des Büros eingerichtete Vertriebsgemeinschaft für Druckmedien nahm ihre Tätigkeit auf, und die tadschikische Selbstregulierungsbehörde für Medien bemühte sich um einen Konsens in berufsethischen Fragen.

WAHLREFORM. In der Zusammenarbeit mit der zentralen Kommission für Wahlen und Volksabstimmungen befragte das Büro Funktionäre, die im Wahlprozess an entscheidenden Stellen mitwirken, um die für die Präsidentenwahlen 2013 notwendigen Kapazitäten zu ermitteln, und erweiterte die tadschikische Liste ausgebildeter Wahlbeobachter.

GENDERFRAGEN. In diesem Bereich leistete das Büro gemeinsam mit dem Innenministerium Hilfestellung für Spezialeinheiten der Polizei im Hinblick auf das Erkennen häuslicher Gewalt und den Umgang damit und für die Polizeiakademie bei der Entwicklung eines Standardkurses. Mit Unterstützung des Büros taten sich führende Frauen aller acht politischen Parteien zu einer überparteilichen Arbeitsgruppe zusammen, die die Teilhabe von Frauen am öffentlichen Leben fördern soll. Elf vom Büro unterstützte Frauenressourcenzentren förderten die Schulbildung von Mädchen und halfen Familien in Krisensituationen beim Zugang zu ihren Rechten.

MENSCHENHANDEL. Das Büro unterstützte die Regierung bei dem vierteljährlichen „Dialog über die Bekämpfung des Menschenhandels“ auf hoher Ebene, einem Diskussionsforum für Beamte, Vertreter der Zivilgesellschaft und internationale Akteure über die Umsetzung des nationalen Aktionsplans. Im Rahmen des Ausbildungsinstituts für Staatsanwälte erteilte es Anleitungen für die Ermittlungen im Falle von Menschenhandel und unterstützte die Polizeiakademie bei der Ausbildung weiterer Lehrkräfte für den interaktiven Lehrgang für Ermittlungen gegen Menschenhandel.

Die OSZE-Stabsakademie für Grenzmanagement (BMSC)

Die OSZE-Stabsakademie für Grenzmanagement (BMSC) entwickelt sich zunehmend zu einer Drehscheibe für Ausbildungsaktivitäten im Bereich des Grenzmanagements und der Grenzsicherung. Mit der Abhaltung von Kursen für afghanische Zollbeamte, einer Expertenkonferenz zum Thema regionale Sicherheit und einer Ausbildungsveranstaltung für tadschikische und afghanische Beamte in Litauen machte das BMSC auch international auf sich aufmerksam. Insgesamt nahmen an den Kursen 283 Beamte und Experten aus

15 OSZE-Teilnehmerstaaten und Ländern der Kooperationspartner, darunter aus Afghanistan und der Mongolei, teil.

ZENTRALASIEN

DER PROJEKTKOORDINATOR IN USBEKISTAN

Leiter der Mission: **Botschafter Istvan Venczel**

Haushalt: **1.912.100 EUR**

www.osce.org/tashkent

Der Projektkoordinator in Usbekistan bemühte sich um die Einbindung usbekischer Amtsträger in OSZE-Veranstaltungen und -Aktivitäten und setzte die Verwirklichung von Projekten in den drei Dimensionen fort.

„Das mit OSZE-Unterstützung eingerichtete Ressourcenzentrum für Menschenrechte wird ein Instrument für die Sensibilisierung von Polizisten sein, die Wirksamkeit der Selbsterziehung erhöhen und die Ausbildungstätigkeit durch den Einsatz moderner Technik verstärken.“

Ilchom Turgunow, Leiter der Abteilung für den Schutz der Menschenrechte und für Rechtsvorschriften im Innenministerium

Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

BIOMETRISCHE PÄSSE. Der Projektkoordinator unterstützte auch im abgelaufenen Jahr die usbekische Regierung bei der Verbesserung des usbekischen Passsystems, unter anderem durch direkte Kontakte zum Innen- und Außenministerium. Gemeinsam mit der OSZE-Gruppe Terrorismusbekämpfung organisierte er für eine Delegation einheimischer Experten eine Studienreise in die Vereinigten Staaten und nach Kanada, zu der auch ein Besuch der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation gehörte.

POLIZEIREFORM. Der Projektkoordinator war bei der Einrichtung zweier Ausbildungszentren an der Polizeiakademie behilflich. In Zusammenarbeit mit der OSZE-Gruppe Strategische Polizeiangelegenheiten organisierte er für die Polizeiakademie auch Ausbildungskurse zum Thema Jugendgerichtsbarkeit, die von irischen Polizeiexperten durchgeführt wurden.

ENTWICKLUNG DER ZIVILGESELLSCHAFT. Der Projektkoordinator unterstützte den Unterricht von Methoden zur Erhöhung der Schlagkraft zivilgesellschaftlicher Organisationen und zur Förderung des Zusammenwirkens zwischen Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen.

BEKÄMPFUNG DES DROGENHANDELS. Für Mitarbeiter des Nationalen Informationsanalysezentrums für Drogenbekämpfung organisierte der Projektkoordinator Seminare über nationale und internationale Vorschriften zur Bekämpfung des illegalen Drogenhandels. Er unterstützte auch die alljährliche Veröffentlichung des *Central Asian Drug Situation Bulletin*. Für Beamte usbekischer Strafverfolgungsbehörden ermöglichte er Ausbildungskurse in

Ungarn, Frankreich und Italien, bei denen die Teilnehmer in der Diskussion mit Experten Best Practices austauschen konnten.

MEDIENENTWICKLUNG. Der Projektkoordinator ermöglichte die Teilnahme eines litauischen Experten an einer international besetzten Diskussionsveranstaltung, der Empfehlungen für Gesetzesentwürfe zur Medienentwicklung abgab. Dem usbekischen Verband elektronischer Massenmedien half der Projektkoordinator, die berufspraktischen Kenntnisse von Redakteuren, Kameraleuten und anderen technischen Mitarbeitern zu verbessern, wofür er Kurse mit internationalen Experten aus den Vereinigten Staaten und Deutschland veranstaltete.

Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension

GOOD GOVERNANCE UND BEKÄMPFUNG DER GELDWÄSCHE. Im Hinblick auf die Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung erhielt Usbekistan im Juli vollen Zugang zur Egmont-Gruppe, einem internationalen Netz von Meldestellen für Geldwäsche. Dieser mit Unterstützung des Projektkoordinators erreichte Erfolg war ein wichtiger Meilenstein für die usbekische Generalstaatsanwaltschaft. Daneben galt seine Unterstützung auch der Zentralbank, der er internationale Ausbilder für den Umgang mit verdächtigen Transaktionen für Lehrgänge für Compliance Officers von Handelsbanken und anderen Finanz- und Kreditinstitutionen zur Verfügung stellte.

FÖRDERUNG VON UNTERNEHMERTUM UND GESETZESREFORMEN. Das Parlament erhielt vom Projektkoordinator Unterstützung bei der Ausarbeitung neuer Gesetze zur Weiterentwicklung und Förderung von Kleinbetrieben und privaten Wirtschafts- und Handelsunternehmen. Für die Vereinigung der Schiedsgerichte veranstaltete der Projektkoordinator Ausbildungsseminare für Schiedsrichter.

UNTERSTÜTZUNG FÜR LANDWIRTE UND DIE ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMES. Gemeinsam mit dem usbekischen Bauernverband und dem *Israeli Mashav Centre for International Cooperation* unterstützte der Projektkoordinator Kurse für Landwirte über nachhaltige Entwicklung und Diversifizierung landwirtschaftlicher Betriebe sowie in Betriebsführung. Für den Bauernverband führte er ferner eine Erhebung des Ausbildungsbedarfs durch. Auf parlamentarischer Ebene unterstützte der Projektkoordinator die Arbeit an neuen Gesetzen im landwirtschaftlichen Bereich.

STRATEGIE ZUR FÖRDERUNG ERNEUERBARER ENERGIE. Mit internationalen Experten, einer Konferenz und einer Studienreise unterstützte der Projektkoordinator ein Strategieentwicklungsprojekt der usbekischen Umweltbewegung für erneuerbare Energie.

MONITORING VON UMWELTBEDROHUNGEN. Gemeinsam mit der Staatlichen Naturschutzkommission und der Staatlichen Kommission für Geologie und Bodenschätze sorgte der Projektkoordinator für ein umfassendes Gutachten über das Einzugsgebiet des Syr-Darja, bei dem die grenzübergreifenden Umweltauswirkungen der Abfälle aus der Urangewinnung und der Entsorgung toxischer Abfälle den Schwerpunkt bildeten.

ENTWICKLUNG EINES UMWELTJOURNALISMUS. In Zusammenarbeit mit der Staatlichen Naturschutzkommission und einer Nichtregierungsorganisation bemühte sich der Projektkoordinator um die Verbesserung der Kompetenzen von unterschiedlichen Arten von Medienschaffenden sowie der Medienberichterstattung in Fragen der Umweltsicherheit.

Aktivitäten in der menschlichen Dimension

KOMPETENZBILDUNG FÜR INFORMATIONSDIENSTE. Für 60 Vertreter von Informationsdiensten staatlicher Ministerien und Behörden organisierte der Projektkoordinator Ausbildungskurse. Durch diese Kurse sollten die Informationsdienste ihre Effizienz steigern, ein konstruktives Zusammenwirken mit der Presse – im Rahmen des Medienrechts – und größere Transparenz in der Kommunikation zwischen Öffentlichkeit und Regierung gefördert werden.

BEKÄMPFUNG DES MENSCHENHANDELS. In diesem Bereich galt die Arbeit des Projektkoordinators in erster Linie dem Aufbau von Kompetenzen in der interministeriellen Kommission für einen systematischeren und nachhaltigeren Ansatz bei der Bekämpfung des Menschenhandels und um sicherzustellen, dass die Menschenrechte von Opfern des Menschenhandels und von als Arbeitskraft ausgebeuteten Opfern gewahrt bleiben. Zu diesem Zweck wurden Fortbildungsveranstaltungen und Unterrichtsmaterialien über die bei der Bekämpfung des Menschenhandels anwendbaren Normen und technische Ausrüstung zur Verfügung gestellt.

UNTERSTÜTZUNG DER MENSCHENRECHTE AN DER POLIZEIAKADEMIE. 125 Polizeibeamte kamen in den Genuss eines vom Projektkoordinator an der Polizeiakademie veranstalteten Kurses für die praktische Anwendung von Menschenrechtsnormen in ihrer täglichen Arbeit, der auch eine Sensibilisierung für Frauenrechte beinhaltete und dafür sorgen sollte, dass die Menschenrechte bei der Bekämpfung grenzüberschreitender Bedrohungen eingehalten werden.

FÖRDERUNG DER MENSCHENRECHTE. Um die Kompetenz von Polizeibeamten im Umgang mit den Menschenrechte weiter zu stärken, unterstützte der Projektkoordinator die Einrichtung eines Ressourcenzentrums in der für den Schutz der Menschenrechte und für Rechtsvorschriften zuständigen Abteilung des Innenministeriums. Gemeinsam mit dem Forschungszentrum des Obersten Gerichtshofs führte der Projektkoordinator ein Fortbildungsprogramm für Richter durch, bei dem es um die Normen für ein faires Verfahren und um nicht-juristische Zusatzqualifikationen ging, an dem 25 Strafrichter aus dem ganzen Land teilnahmen. Ferner unterstützte der Projektkoordinator die Veröffentlichung von Menschenrechtshandbüchern für Rechtsberufe.

UNTERSTÜTZUNG DER OMBUDSMANN-INSTITUTION. Die Bemühungen des Projektkoordinators um eine weitere Verbesserung der praktischen Kenntnisse der Mitarbeiter der Ombudsmann-Institution wurden fortgesetzt. Zu diesem Zweck führte der Projektkoordinator die sogenannte Herbstakademie durch, die den Themen einschlägige internationale Normen und nationale Verfahren galt.

FÖRDERUNG INTERNATIONALER STRAFVOLLZUGSNORMEN. Der Projektkoordinator veranstaltete eine Studienreise für eine Gruppe usbekischer Regierungsbeamter aus der Strafvollzugsverwaltung und dem nationalen Menschenrechtszentrum. Die Delegation besuchte die Tschechische Republik und die Slowakei, wo Best Practices für die Behandlung von Strafgefangenen im Einklang mit internationalen Normen erörtert wurden.

UNTERSTÜTZUNG BEI DER UMSETZUNG BILATERALER ABKOMMEN DER VERTRETER IN DER GEMEINSAMEN LETTISCH-RUSSISCHEN KOMMISSION FÜR PENSIONIERTE MILITÄRANGEHÖRIGE

OSZE-Vertreter: **Helmut Napióntek**
Haushalt: **7.400 EUR**

Der Vertreter leistete auch dieses Jahr wieder Hilfe bei der Umsetzung des bilateralen Abkommens von 1994 zwischen der lettischen und der russischen Regierung über soziale Garantien für die in Lettland lebenden pensionierten Militärangehörigen der Russischen Föderation und ihre Familien. Laut der letzten verfügbaren Übersicht erhalten 14.095 Personen Ruhestandsbezüge aus dem föderalen Haushalt der Russischen Föderation – das sind 7.845 Personen weniger als zum Zeitpunkt der Unterzeichnung des Abkommens am 30. April 1994.

Aktivitäten und Entwicklungen

Keine Einzelfälle, Abgeltung der Kosten für Inanspruchnahme medizinischer Dienstleistungen in Diskussion, Unstimmigkeiten über die Auslegung des Abkommens

Der Kommission wurden 2011 keine Individualbeschwerden von pensionierten Militärangehörigen zur Kenntnis gebracht. Darüber hinaus kam man überein, die Erörterung auf Expertenebene über Änderungen der aktuellen Gebührenordnung für die Erstattung der Kosten für medizinische Dienstleistungen, die pensionierte Militärangehörige bei den Einrichtungen des lettischen Gesundheitsdienstes in Anspruch genommen haben, aufzunehmen.

Bisher gab es keine wesentlichen Fortschritte hinsichtlich der Auffassungsunterschiede zwischen den Parteien über die Auslegung einiger Bestimmungen des Abkommens. Nach wie vor bestehen Differenzen über den Gegenstand des Abkommens, insbesondere die Verfahren, denen zufolge Personen in die Liste der infrage kommenden pensionierten Militärangehörigen aufgenommen werden können.

Die Kommission wird voraussichtlich in absehbarer Zeit eine überarbeitete Auslegung der konkreten strittigen Bestimmungen des Abkommens erörtern. Das könnte zusammen mit zusätzlichen Inputs des OSZE-Vertreters die Bemühungen der russischen und lettischen Seite in Hinblick auf mögliche Verfahren zur Aufnahme weiterer Personen in die Liste infrage kommender pensionierter Militärangehöriger unterstützen.

DIE INSTITUTIONEN

DAS BÜRO FÜR DEMOKRATISCHE INSTITUTIONEN UND MENSCHENRECHTE

Direktor: **Botschafter Janez Lenarčič**

Haushalt: **15.515.900 EUR**

www.osce.org/odhr

Als die wichtigste OSZE-Institution für Fragen der menschlichen Dimension bietet das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) den Teilnehmerstaaten und der Zivilgesellschaft Unterstützung, Hilfe und Fachwissen an und fördert damit die Umsetzung der OSZE-Verpflichtungen in den Bereichen Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte sowie Toleranz und Nichtdiskriminierung.

Überwachung der Umsetzung

Wahlen sind für demokratische Institutionen von wesentlicher Bedeutung und bilden somit einen Schwerpunkt in der Tätigkeit des BDIMR. 2011 führte das Büro 18 Wahlbeobachtungsaktivitäten in 17 Teilnehmerstaaten durch: acht Wahlbeurteilungs- und zehn Wahlbeobachtungsmissionen. In zwei Teilnehmerstaaten wurden Expertenteams zur Beobachtung von Kommunalwahlen entsandt. In den letzten Jahren verfolgte das BDIMR besonders aufmerksam, inwieweit die in den Abschlussberichten enthaltenen Empfehlungen befolgt werden, und stattete zu diesem Zweck einigen Teilnehmerstaaten Besuche ab.

Das BDIMR arbeitete weiter an der Verbesserung seiner Beobachtungsmethodik, auch in Bezug auf die Beobachtung neuer Stimmabgabetechnologien. Dank seines Diversifizierungsfonds konnte das BDIMR wieder Beobachtungsteams in einer breit gefächerten geografischen Zusammensetzung entsenden. Für Beobachter der am Fonds beteiligten Länder wurden Kurse organisiert, und das Büro unterstützte auf entsprechende Ersuchen weiterhin nationale Ausbildungsaktivitäten für Wahlbeobachter. 2011 nahmen Wahlbeobachter aus 47 Teilnehmerstaaten an Wahlbeobachtungsaktivitäten teil.

Das Büro führte auch im Bereich der Versammlungsfreiheit in einigen Teilnehmerstaaten Beobachtungsaktivitäten durch oder unterstützte diese. Im September gab es das *Handbook on Monitoring Freedom of Peaceful Assembly* heraus, das als Hilfestellung beim Aufbau der Beobachtungskapazitäten von Nichtregierungsorganisationen gedacht ist. AssociatiOnline, ein interaktiver web-basierter Leitfaden über Versammlungsfreiheit für staatliche Behörden und die Zivilgesellschaft wurde ebenfalls im September ins Netz gestellt.

Im November stellte das Büro seine Ergebnisse der in Zusammenarbeit mit den belarussischen Behörden durchgeführten Beobachtung der Gerichtsverfahren gegen 41 Personen vor, die im Zusammenhang mit den Ereignissen nach den Präsidentschaftswahlen in Belarus 2010 angeklagt worden waren. Das BDIMR beobachtete auch weiterhin aufmerksam die Lage der in Teilnehmerstaaten verhafteten bzw. inhaftierten Menschenrechtsaktivisten, unter ihnen Jewgeni Schowtis* (Kasachstan), Asimschan Askarow (Kirgisistan) und Ales Bjaljatski (Belarus).

* *Jewgeni Schowtis wurde am 1. Februar 2012 anlässlich der Amnestie zum 20. Jahrestag der Unabhängigkeit Kasachstans begnadigt und am 17. Februar 2012 aus dem Gefängnis entlassen.*

Nach mehreren Demonstrationen extremistischer politischer Gruppen in der Tschechischen Republik, in denen mit Hassparolen Stimmung gegen die Roma gemacht wurde, und gewalttätigen, gegen die Roma gerichteten Protesten in Bulgarien führte das BDIMR in beiden Ländern Besuche vor Ort durch, um mit den Behörden wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung von Diskriminierung und Rassismus gegen die Roma zu erörtern.

[table p. 76]

Wahlaktivitäten des BDIMR im Jahr 2011

LAND	WAHL	DATUM	ART DER MISSION
Estland	Parlamentswahlen	5. März	Beurteilung
Kasachstan	Vorgezogene Präsidentschaftswahl	3. April	Beobachtung
Finnland	Parlamentswahlen	17. April	Beurteilung
Albanien	Kommunalwahlen	8. Mai	Beobachtung
Zypern	Parlamentswahlen	22. Mai	Beurteilung
Moldau	Kommunalwahlen	5. Juni	Eingeschränkte Beobachtung
Die ehemalige jugo- slawische Republik Mazedonien	Vorgezogene Parlamentswahlen	5. Juni	Beobachtung
Türkei	Allgemeine Wahlen	12. Juni	Beurteilung
Lettland	Vorgezogene Parlamentswahlen	17. September	Eingeschränkte Beobachtung
Bulgarien	Präsidentschafts- und Kommunalwahlen	23. Oktober	Eingeschränkte Beobachtung
Schweiz	Parlamentswahlen	23. Oktober	Beurteilung
Kirgisistan	Präsidentschaftswahlen	30. Oktober	Beobachtung
Polen	Parlamentswahlen	9. Oktober	Beurteilung
Spanien	Parlamentswahlen	20. November	Beurteilung
Russische Föderation	Wahlen zur Staatsduma	4. Dezember	Beobachtung
Kroatien	Parlamentswahlen	4. Dezember	Eingeschränkte Beobachtung
Slowenien	Vorgezogene Parlamentswahlen	4. Dezember	Beurteilung
Kasachstan	Vorgezogene Parlamentswahlen	15. Januar 2012	Beobachtung*

[table p. 76]

Veranstaltungen in der menschlichen Dimension

Das Büro hielt das Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension ab, Europas größte jährliche Konferenz über Menschenrechte und Demokratie, bei dem im September und Oktober in Warschau zwei Wochen lang rund 1000 Teilnehmer die Fortschritte der Teilnehmerstaaten bei der Erfüllung ihrer Verpflichtungen in der menschlichen Dimension erörterten.

In Zusammenarbeit mit dem litauischen OSZE-Vorsitz 2011 veranstaltete das Büro ein Seminar zur menschlichen Dimension über die Rolle der politischen Parteien (Warschau, 18.–20. März) sowie drei Zusätzliche Treffen zur menschlichen Dimension in Wien. Beim ersten Zusätzlichen Treffen (14.–15. April) erörterten die Teilnehmer bewährte Praktiken für nationale Menschenrechtsinstitutionen und die Herausforderungen, die sich ihnen bei der Erfüllung ihrer Mandate stellen. Der Schwerpunkt des zweiten Treffens (7.–8. Juli) lag auf

* Mission begann im Dezember 2011.

der Förderung des Pluralismus in den neuen Medien, während sich die Teilnehmer der letzten Veranstaltung (10.–11. November) mit der Verhütung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Hassverbrechen durch Erziehungs- und Bewusstseinsbildungsinitiativen auseinandersetzen.

Drei weitere hochrangige Konferenzen wurden in Zusammenarbeit mit dem OSZE-Vorsitz organisiert und behandelten verwandte Themen: Bekämpfung von Antisemitismus im öffentlichen Diskurs (Prag, 23.–24. März); Verhütung von durch Hass motivierten Zwischenfällen und Verbrechen gegen Christen und was dagegen unternommen werden kann (Rom, 12. September) und Bekämpfung von Intoleranz gegenüber Muslimen im öffentlichen Diskurs (Wien, 28. Oktober).

Nach den Ereignissen des Arabischen Frühlings 2011 organisierte das BDIMR Sondertreffen mit den OSZE-Kooperationspartnern im Mittelmeerraum: eine dreitägige Ausbildung in Menschenrechten und Wahlbeobachtung für eine ägyptische nichtstaatliche Vereinigung (Warschau, 26.–28. Juli), einen viertägigen Wahlbeobachtungskurs für 14 zivilgesellschaftliche und überparteiliche einheimische Wahlbeobachtungsorganisationen aus Ägypten, Marokko und Tunesien (Budva (Montenegro), 12.–15. Oktober) und – unmittelbar vor dem Ministerrattreffen – eine zivilgesellschaftliche Konferenz über die Herausforderungen für die im Umbruch begriffenen Demokratien im Mittelmeerraum (Wilna, 4.–5. Dezember).

Unterstützung der Umsetzung

Die Bereitstellung von Ausbildung und Fachwissen zur Unterstützung der Teilnehmerstaaten und der Zivilgesellschaft bei der Förderung der Umsetzung der Verpflichtungen im Bereich der menschlichen Dimension ist der Kernpunkt des Mandats des BDIMR und bildete 2011 seine Hauptaktivität.

Im Oktober wurde die achtzehnmonatige Arbeit im Rahmen des Projekts zur Unterstützung der mit Kriegsverbrechen befassten Gerichte abgeschlossen, das mit einem Budget von 4 Millionen EUR aus Mitteln der Europäischen Union finanziert und in Partnerschaft mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (ICTY), dem Interregionalen Forschungsinstitut der Vereinten Nationen für Kriminalität und Rechtspflege (UNICRI) und den OSZE-Feldoperationen durchgeführt wurde und dessen Zweck es war, die nationalen Justizinstitutionen in Südosteuropa in ihrer Fähigkeit zur Aufarbeitung von Kriegsverbrechen zu stärken. Dank dieses Projekts wurden über 800 Vertreter der Rechtsberufe in humanitärem Völkerrecht geschult, ein neuer Lehrplan für internationales Strafrecht und Praxis für lokale Ausbildungseinrichtungen erarbeitet, 60.000 in örtliche Sprachen übersetzte Seiten Niederschriften des ICTY bereitgestellt und 30 junge Juristen zur Unterstützung der Gerichte und anderer Institutionen, die mit Kriegsverbrechen in der Region befasst sind, eingestellt.

Zur Förderung der Umsetzung der OSZE-Verpflichtung, wirksamen Schutz vor Diskriminierung und Hassverbrechen zu bieten und energisch dagegen vorzugehen, schulte das BDIMR über 100 zivilgesellschaftliche Organisationen in dieser Frage. Das TAHCLE-Programm (*Training against Hate Crimes for Law Enforcement*), eine überarbeitete Auflage eines früheren Polizeiausbildungsprogramms, wurde im Dezember probeweise im Kosovo durchgeführt. Im Einklang mit Ministerratsbeschlüssen, die zur Zusammenarbeit mit zwischenstaatlichen Organisationen bei der Sammlung von Daten über Hassverbrechen aufrufen, wurden im März neun OSZE-Feldoperationen, die internationale Organisation für

Migration (IOM) und das Flüchtlingshochkommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR) bei einem Seminar darin geschult, Hassverbrechen zu erkennen und zu überwachen.

Das Büro half den Regierungsbehörden Österreichs, Ungarns und Lettlands bei der Ausarbeitung von länderspezifischem Unterrichtsmaterial zur Bekämpfung von Antisemitismus und setzte im Rahmen seiner Unterstützung der Teilnehmerstaaten bei der Verhütung von Äußerungen der Intoleranz und der Förderung von gegenseitiger Achtung und Verständnis füreinander seine Hilfestellung für Lehrerausbildungsseminare in der Ukraine und Ungarn fort. Zur Unterstützung für Entscheidungsträger in der Politik und im Bildungswesen sowie für Lehrer und Lehrerausbilder veröffentlichte das BDIMR im Oktober in Zusammenarbeit mit dem Europarat und der Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) *Guidelines for Educators on Countering Intolerance and Discrimination against Muslims: Addressing Islamophobia through Education*.

Das BDIMR setzte seine Unterstützung für die OSZE-Teilnehmerstaaten bei der Umsetzung ihrer Verpflichtung zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter fort. Das Büro veröffentlichte erstmals eine vergleichende Übersicht bewährter Praktiken von nationalen Menschenrechtsinstitutionen (NMRI) im OSZE-Raum und veranstaltete einen Workshop, in dem NMRI-Vertreter Gelegenheit zum Erfahrungsaustausch hatten (Prag, 29. März). Im Rahmen seiner Bemühungen zur Förderung der Teilhabe von Frauen am politischen und öffentlichen Leben organisierte das Büro in Zusammenarbeit mit der Zentralen Wahlkommission von Georgien eine Diskussionsrunde zur Erörterung von Möglichkeiten zur Finanzierung politischer Parteien aus öffentlichen Geldern und stellte bewährte Praktiken für die Förderung von Frauen im Hinblick auf die Führung von Parteien und als Kandidatinnen für öffentliche Ämter vor.

Zu den Maßnahmen im Anschluss an die Berichte von Wahlbeobachtungsmissionen gehört die Unterstützung der Teilnehmerstaaten bei der Verbesserung der Genauigkeit ihrer Wählerverzeichnisse. Ein vom Büro organisiertes Seminar (Warschau, 31. August bis 1. September) ermöglichte Vertretern aus 16 Teilnehmerstaaten den Austausch von bewährten Methoden und Expertenwissen über die Stärkung der Verbindungen zwischen Wählereintragung und Melderegister bei der Erstellung der Wählerverzeichnisse.

Im Bereich der Migration gab das BDIMR eine Studie über die Integration von Migranten in der Ukraine in Auftrag, die als Grundlage für eine in Zusammenarbeit mit der IOM und dem Europarat in Kiew organisierte Diskussionsrunde mit Vertretern der Regierung und der Zivilgesellschaft diente, bei der ein Projekt für den Aufbau von Kapazitäten des staatlichen Migrationsdiensts der Ukraine unter Beteiligung verschiedenster Akteure erarbeitet wurde.

Die Unterstützung für Behörden und Personal des Sicherheitssektors umfasste Ausbildungsworkshops in Priština und Sarajewo für Strafverfolgungsbeamte zu den Themen Terrorismusbekämpfung und Schutz der Menschenrechte. In Moldau, Montenegro und Serbien wurden Schulungskurse in Gendermainstreaming und häuslicher Gewalt für Strafverfolgungsbeamte, Gemeindebedienstete und Mitarbeiter der Verteidigungsministerien durchgeführt. Mit dem OSZE-Büro in Tadschikistan als Partner startete das BDIMR ein Projekt zur Unterstützung der Strafverfolgungsbehörden in Tadschikistan bei der Entwicklung eines bestandfähigen Ausbildungsprogramms über Menschenrechtsschutz in der Terrorismusbekämpfung.

Das BDIMR hielt an der OSZE-Stabsakademie für Grenzmanagement in Tadschikistan Kurse über Grenzsicherung und Menschenrechte sowie über Genderfragen ab. In Zusammenarbeit mit der Gruppe Terrorismusbekämpfung und der Abteilung Genderfragen der OSZE organi-

sierte das BDIMR auch ein Expertentreffen über die Prävention terroristischer Radikalisierung von Frauen (Wien, 12. Dezember).

Zur Förderung von menschenrechtskonformen Verfahren zur Identifizierung von Opfern des Menschenhandels sowie von deren Zugang zur Justiz und zu wirksamen Rechtsmitteln, einschließlich Wiedergutmachung, beteiligte sich das BDIMR an der Organisation einer hochrangigen Veranstaltung beim UN-Menschenrechtsrat (Genf, 31. Mai) zum Thema Menschenhandel zum Zweck der Ausbeutung von Arbeitskräften.

Das BDIMR setzte seine Aktivitäten zur Bewusstseinsbildung und Unterstützung im Hinblick auf die Umsetzung der OSZE-Verpflichtung zur besseren gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Integration der Roma und Sinti fort und äußerte sich zu Fragen wie der Notwendigkeit, Gewalt und Intoleranz gegen Roma zu bekämpfen und die Segregation und Diskriminierung von Roma-Kindern im Schulwesen zu beseitigen.

Das Büro setzte Maßnahmen im Anschluss an Berichte früherer Beurteilungsbesuche vor Ort, indem es Schulungen für zivilgesellschaftliche Roma-Vertreter aus Italien zum Thema Bekämpfung von Hassverbrechen sowie Seminare über den Aufbau von Partnerschaften zwischen Roma-Organisationen und der Polizei in Ungarn und Rumänien organisierte. Auf Ersuchen der Europäischen Kommission stellte das BDIMR seine Expertise in Bezug auf die Förderung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Integration der Roma in den zum EU-Beitritt anstehenden Ländern in Südosteuropa zur Verfügung, etwa durch Beratung bei Treffen in Podgorica, Priština, Sarajewo, Skopje und Tirana. Das BDIMR unterstützte ferner die moldauischen Behörden bei der Ausarbeitung des Roma-Aktionsplans 2011–2015, so auch bei einer Diskussionsrunde mit dem moldauischen Büro für interethnische Beziehungen (Chişinău, 7.–8. April).

Rechtliche Unterstützung

Zur Unterstützung der OSZE-Teilnehmerstaaten bei der Abfassung von Rechtsvorschriften im Einklang mit ihren OSZE-Verpflichtungen ernannte das BDIMR im Oktober zwölf Mitglieder für seine Expertenarbeitsgruppe über politische Parteien. Die Gruppe wird in ihrer Arbeit auf dem Fachwissen aufbauen, das in den gemeinsam vom BDIMR und der Venedig-Kommission des Europarats im Mai veröffentlichten *Guidelines on Political Party Regulation* entwickelt wurde, und dem BDIMR als Beratungsorgan bei der Prüfung der Rechtsvorschriften der Teilnehmerstaaten in diesem Bereich, sofern diese darum ersuchen, zur Verfügung zu stehen.

Schwerpunkt der vom Büro 2011 organisierten Diskussionsrunden in Armenien, Kirgisistan, Moldau und der Ukraine waren die konkreten Empfehlungen an politische Entscheidungsträger und Gesetzgeber zu nationalen Strategien und Rechtsvorschriften, die in den gemeinsam mit dem deutschen Max Planck Institut 2010 herausgegeben *Kyiv Recommendations on Judicial Independence in Eastern Europe, South Caucasus and Central Asia* enthalten sind.

DER HOHE KOMMISSAR FÜR NATIONALE MINDERHEITEN

Der Hohe Kommissar: **Knut Vollebaek**

Haushalt; **3.310.300 €**

www.osce.org/hcnm

Die Institution des Hohen Kommissars für nationale Minderheiten (HKNM) wurde 1992 geschaffen, um ethnische Spannungen, die den Frieden, die Stabilität oder die freundschaftlichen Beziehungen zwischen oder in den OSZE-Teilnehmerstaaten gefährden könnten, aufzuzeigen und einer raschen Lösung zuzuführen.

Auch 2011 standen ethnische Spannungen im Blickfeld des Hohen Kommissars, er untersuchte die Lebensbedingungen von Minderheitengemeinschaften in vielen Teilnehmerstaaten und beriet diese im Hinblick auf die nationale Gesetzgebung betreffend Minderheiten und interethnische Beziehungen im Allgemeinen. Der Hohe Kommissar unterstützte auch mehrere Länder in ihrem bilateralen Dialog über Fragen nationaler Minderheiten und kooperierte mit internationalen Organisationen in relevanten Themen wie Staatenlosigkeit oder die Lage der Roma.

Aktivitäten nach Regionen und Ländern

Zentralasien

Zentralasien hat weiterhin Priorität für den HKNM, der dieser Region 2011 sieben Besuche abstattete. Drei dieser Besuche führten ihn nach Kirgisistan, um sich ein Bild von den Entwicklungen nach den ethnischen Ausschreitungen 2010 im Süden des Landes zu machen. Der HKNM wird die regionale Zusammenarbeit auch in Zukunft im Rahmen des 2006 in Taschkent aufgenommenen zwischenstaatlichen Dialogs über soziale Integration und Schulbildung nationaler Minderheiten fördern.

KASACHSTAN. Im November besuchte der HKNM Kasachstan. Er begrüßte die erklärte Absicht der Behörden, eine integrative, tolerante, vielsprachige und multiethnische Gesellschaft zu fördern, beobachtete allerdings, dass der Entwurf für das Sprachengesetz auf lokaler Ebene eine heftige Debatte ausgelöst hatte. Der HKNM wurde ersucht, zu diesem Entwurf sowie zum neuen Entwurf des Rundfunkgesetzes eine Stellungnahme abzugeben.

KIRGISISTAN. Ein Jahr nach den tragischen Ereignissen in Kirgisistan sind in der Gesellschaft noch nicht alle Wunden verheilt. Der HKNM stattete Bischkek und Osch drei Beurteilungsbesuche ab: im März, im Mai/Juni und im Dezember. Er stellte fest, dass in der Zeit von März bis Mai allem Anschein nach eine fragile Stabilität erreicht worden zu sein schien. Er lobte die Bemühungen der Behörden um den Wiederaufbau und ihre Entschlossenheit, Spannungen in Zusammenhang mit der Landverteilung abzubauen. Dennoch ist er nach wie vor über die um sich greifende nationalistische Rhetorik besorgt und hält die Sicherheit der ethnischen Minderheiten im Süden für gefährdet. Er betonte die Notwendigkeit einschneidender Reformen der Strafverfolgungsbehörden und wies darauf hin, dass die OSZE-Initiative für kommunale Sicherheit (CSI) Komponente einer derartigen Reform werden könnte.

TADSCHIKISTAN. Im Juli besuchte der HKNM Tadschikistan, um das Sprachengesetz aus dem Jahr 2009 sowie Bildungsfragen zu erörtern. Das Gesetz verfolgt zwar das legitime Ziel, die Staatssprache zu fördern, enthält jedoch unklare Passagen. Zusammen mit der Regierung bemüht sich der HKNM darum sicherzustellen, dass das Gesetz so ausgelegt und umgesetzt wird, dass es weder gegen internationale Normen verstößt noch Rechte von Volksgruppen auf Schutz und Förderung von Minderheitensprachen verletzt.

TURKMENISTAN. Im September besuchte der HKNM Turkmenistan, wo er Bildungs- und Staatsbürgerschaftsfragen betreffend nationale Minderheiten erörterte. Die Behörden begrüßten seinen Vorschlag, ihren Ansatz eines mehrsprachigen Unterrichts im Hinblick auf einen Austausch mit anderen Ländern der Region zu prüfen. Der HKNM lud die turkmenischen Behörden auch ein, sich wieder an seinem regionalen Dialog über Unterrichtsfragen zu beteiligen.

USBEKISTAN. Im März besuchte der HKNM Usbekistan, um die Lage im Land zu beurteilen und die Möglichkeiten für eine intensivere regionale Zusammenarbeit zu prüfen. Dabei erörterte er auch die Situation im Süden Kirgisistans. Er forderte die Behörden nachdrücklich auf, sich am regionalen Dialog über Sicherheits- und Minderheitenpolitik sowie dem Unterricht mehrerer Sprachen und Kulturen zu beteiligen.

Kaukasus

GEORGIEN. Im Mai stattete der HKNM Georgien einen Besuch ab. Er begrüßte die Bemühungen, die Kenntnisse nationaler Minderheiten in der Staatssprache zu stärken und ein System von Minderheitenquoten an Hochschulen und die Ausbildung von Beamten aus ethnischen Minderheiten einzuführen. Die Lage der ethnischen Georgier in den Bezirken Gali und Achalgori gibt ihm weiterhin Anlass zu großer Sorge. Der HKNM unterstützt die Rückführung der Mescheten.

Südosteuropa

2011 führten den HKNM sieben Reisen nach Südosteuropa, wo ihm die gesellschaftliche Integration nach wie vor ein großes Anliegen ist. Der HKNM hat in dieser Region den Integrationsunterricht zu einer Priorität erklärt. Auch das Risiko der Staatenlosigkeit steht in seiner Agenda hoch oben (*Siehe „Themenbezogene Fragen“*).

BOSNIEN UND HERZEGOWINA. Im Februar besuchte der HKNM Bosnien und Herzegowina. Nachdem er Zeuge zunehmender politischer Spannungen, erneuter Verletzungen des Übereinkommens von Dayton und von Bestrebungen, ethnisch-territoriale Gräben aufzureißen, sieht der HKNM die territoriale Integrität des Staates bedroht und die Gefahr eines Wiederaufflammens des Konflikts.

SERBIEN. Der HKNM besuchte Serbien zwei Mal, im Mai und im Oktober, anlässlich der Eröffnung einer ethnisch gemischten und mehrsprachigen Abteilung für Wirtschaft und Marketing an der Wirtschaftsfakultät von Subotica. Er lobte die Bemühungen der serbischen Regierung, diese Abteilung in Bujanovac in enger Zusammenarbeit mit dem Nationalen albanischen Minderheitenrat und den lokalen Behörden einzurichten.

Nach Ansicht des HKNM herrscht im Kosovo* ein erhöhtes Konfliktrisiko. Bei seinem Besuch im Juli begrüßte er vorsichtig die verstärkte soziale Teilhabe an der Gesellschaft von ethnischen Serben südlich des Flusses Ibar, äußerte jedoch Besorgnis über die angespannte Situation im Norden.

EHEMALIGE JUGOSLAWISCHE REPUBLIK MAZEDONIEN. 2011 besuchte der HKNM Skopje drei Mal: im März, Oktober und Dezember. Jedes Mal konzentrierten sich seine Bemühungen darauf, der Tendenz zur Teilung entlang ethnischer Grenzen entgegenzuwirken, wobei er dem Bildungswesen eine Schlüsselrolle einräumt. Der HKNM riet dazu, Bildungsreformen von politischen Einflussnahmen frei zu halten. Mittlerweile wurde dem *Nansen Dialogue Centre* Skopje der alle zwei Jahre vergebenen Max-van-der-Stoel-Preis dafür verliehen, Studenten, Eltern und Lehrer in einem vom Konflikt 2001 betroffenen Gebiet, das ethnisch stark gespalten ist, zusammenzubringen.

Ost- und Mitteleuropa

Im Jahr 2011 besuchte der HKNM vier Mal Ost- und Mitteleuropa, um seine langjährigen Aktivitäten in der Region fortzusetzen und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu fördern.

MOLDAU. Im März stattete der HKNM Moldau einen Besuch ab und stellte dabei seitens der Behörden eine gewisse Bereitschaft und Entschlossenheit fest, sich auf weitreichende Reformen einzulassen. Daneben bestehen weiterhin alte Herausforderungen wie der Transnistrien-Konflikt, die gesellschaftliche Integration, auch über die Förderung der Beherrschung der Staatsprache bei Minderheiten, sowie die Klärung der rechtlichen Rahmenbedingungen für ein ordnungsgemäßes Funktionieren der Autonomie in Gaugasien. Die drängendste Herausforderung ist die Suche nach einer Lösung für die Pattsituation rund um die Verfassung.

POLEN. Der HKNM besuchte Polen im November, um die Lage der litauischen Minderheit im Nordosten zu beurteilen.

RUMÄNIEN. Im Januar besuchte der HKNM Rumänien, um das vor Kurzem novellierte Bildungsgesetz, die Beziehungen Rumäniens mit den Nachbarstaaten und die Lage der Roma zu erörtern (*Siehe „Themenbezogene Fragen“*). Rumänien hat beim Schutz der Minderheitenrechte große Fortschritte gemacht. Die Beziehungen mit Moldau haben sich verbessert. Er forderte Bukarest dringend auf, das gemeinsame rumänisch-ukrainische Monitoring wieder aufzunehmen.

UKRAINE. Im Oktober reiste der HKNM in die Ukraine, wo seine Aufmerksamkeit hauptsächlich der Lage auf der Krim und ehemaligen Deportierten gilt. Er setzte auch seine Konsultationen zum Entwurf des Sprachengesetzes fort. Eine weitere Priorität ist die Heranführung des überholten Rechtsrahmens der Ukraine betreffend die Rechte und Sprachen von Minderheiten an ihre internationalen Verpflichtungen. Der HKNM erörterte auch die bilateralen Beziehungen der Ukraine mit ihren Nachbarstaaten, insbesondere das ins Stocken geratene ukrainisch-rumänische Monitoring. Der Gesetzesentwurf über die Wiedereinsetzung der aus ethnischen Gründen Deportierten in ihre früheren Rechte muss erst noch vom ukrainischen Parlament (Werchowna Rada) erörtert werden. Der HKNM äußerte sich besorgt

* Alle Erwähnungen kosovarischer Institutionen und ihrer Leiter beziehen sich auf die vorläufigen Selbstverwaltungsinstitutionen.

über die Langzeitprobleme im Zusammenhang mit der illegalen Landnahme durch verschiedene Volksgruppen auf der Krim.

Baltische Staaten

Der HKNM setzte sein Engagement für die Baltischen Staaten fort und stattete Lettland im Februar, Estland im Juni und Litauen im November einen Besuch ab.

ESTLAND UND LETTLAND. Mit Zufriedenheit stellte der HKNM fest, dass sowohl in Estland als auch in Lettland Fortschritte gemacht wurden. In Lettland erreichte die Bildungsreform seiner Ansicht nach eines ihrer wichtigsten Ziele: Schüler von ethnischen Minderheiten beherrschen die Staatssprache deutlich besser. In Estland begrüßte er zwar die aktuelle Bildungsreform, die Estnisch-Unterricht für Schüler aus Minderheiten vorsieht, zeigte sich aber über die Qualität des Minderheitensprachunterrichts besorgt. Als nicht zufriedenstellend erachtet er die in der Sprachpolitik beider Länder nach wie vor vorgesehenen Sanktionsmaßnahmen und zeigt sich besorgt über die niedrige Einbürgerungsrate von Staatenlosen.

LITAUEN. Der HKNM besuchte Litauen im November, um die Lage der polnischen Minderheit zu beurteilen, die sowohl im Lande selbst als auch in seinen Beziehungen zu Polen zu Kontroversen geführt hat. Der HKNM erörterte den rechtlichen Rahmen des Minderheitenschutzes und die Umsetzung des neuen Bildungsgesetzes.

Themenbezogene Fragen

Staatenlosigkeit und Fragen der Roma und Sinti

Das Problem der Staatenlosigkeit im OSZE-Raum steht weiterhin oben auf der Agenda des HKNM, insbesondere in den Staaten der ehemaligen Sowjetunion und im ehemaligen Jugoslawien. Viele Roma sind von Staatenlosigkeit gefährdet, da sie keine Identitätsausweise besitzen. Der HKNM forderte alle betroffenen Staaten zur Zusammenarbeit auf, um praktische Lösungen für dieses Problem zu finden. Zu diesem Zweck organisierte er im Oktober in Zusammenarbeit mit dem Flüchtlingshochkommissar der Vereinten Nationen und der Europäischen Union die Konferenz über Personenstandsunterlagen und Personenstandswesen in Südosteuropa. Diese führte zur *Zagreber Erklärung*, in der die Teilnehmer aufgefordert werden, alle Hindernisse für die Registrierung schutzbedürftiger Personen und ihre Ausstattung mit Identitätsausweisen aus dem Weg zu räumen.

Integration unter Achtung der Vielfalt

Der HKNM verfolgt einen einzigartigen, auf dem Völkerrecht und internationalen Normen basierenden Integrationsansatz, zu dem eine fast zwanzigjährige Erfahrung im Bereich der Konfliktverhütung hinzukommt. Der HKNM hält fehlende soziale Integration für eine der eigentlichen Ursachen interethnischer Spannungen. Er thematisiert die Frage aus verschiedenen Blickwinkeln der drei Pfeiler nationaler Minderheitenrechte – Identität, Gleichheit und Partizipation –, wobei er den Schwerpunkt auf die soziale und politische Partizipation, das Streben nach einem Gleichgewicht zwischen der Förderung der Staatssprache und dem Schutz der Minderheitensprachen sowie die Vermittlung von Bildung in mehreren Sprachen und Kulturen legt.

Sprachenrecht

Der HKNM beriet mehrere OSZE-Teilnehmerstaaten in den Bereichen Sprachengesetze und -politik. Auch wenn er die Bemühungen zur Stärkung der Staatssprache für legitim hält, ermahnt er die Staaten dazu, das Erlernen der Staatssprache durch alle und die Achtung der sprachlichen Vielfalt gleichermaßen zu fördern. Er äußert Bedenken in Fällen, in denen die Sprachengesetze entweder die Staatssprache auf Kosten der Minderheitensprachen fördern oder Sanktionen eingesetzt werden, um die Verwendung von Sprachen zu steuern.

DER BEAUFTRAGTE FÜR MEDIENFREIHEIT

Die Beauftragte für Medienfreiheit: **Dunja Mijatović**

Haushalt; **1.414.300 €**

www.osce.org/fom

Die OSZE-Beauftragte für Medienfreiheit Dunja Mijatović konzentrierte sich in ihrer Arbeit im Jahr 2011 auf die Entwicklung von Konzepten für den Schutz von Journalisten und die Vermeidung unnötiger Regulierung und Zensur im Internet.

Monitoring und Intervention

Gemäß ihrem Mandat ist die Medienbeauftragte in erster Linie dafür verantwortlich, die Entwicklungen im Medienbereich in der OSZE-Region zu beobachten und als Frühwarninstanz zu fungieren, wenn Verpflichtungen in Bezug auf die Medienfreiheit verletzt werden. 2011 intervenierte sie in 32 Teilnehmerstaaten in verschiedensten Angelegenheiten, wie bei Gewalt gegen und Inhaftierung von Journalisten oder um juristische Gutachten in Verbindung mit Mediengesetzen bereitzustellen.

Sicherheit von Journalisten

Keine Frage hat so unmittelbar mit den Verpflichtungen betreffend die Medienfreiheit zu tun wie die Sicherheit der Journalisten. Seit Jahrzehnten sind Journalisten in der gesamten OSZE-Region Angriffen ausgesetzt, werden schikaniert und umgebracht, nur weil sie ihren Beruf ausüben oder einfach abweichende oder kritische Meinungen äußern. 2011 war diesbezüglich keine Ausnahme. Zwei Journalisten wurden in der OSZE-Region ermordet; zahlreiche andere wurden geprügelt und bedroht, eingesperrt oder in Haft gehalten.

Um diesem Thema die gebührende internationale Aufmerksamkeit zu verschaffen, veranstaltete die Medienbeauftragte gemeinsam mit dem litauischen Vorsitz im Juni eine zweitägige Konferenz, die dem Thema das regionale Interesse sicherte und in eine Reihe von praktischen Empfehlungen an Regierungsvertreter, Gesetzgeber sowie Journalisten mündete, wie man gegen jene vorgehen soll, die Gewalt gegen die Medien anwenden. *(Der vollständige Wortlaut der Empfehlungen von Wilna für die Sicherheit von Journalisten ist im Bericht des Amtierenden Vorsitzenden auf Seite 18 zu finden.)*

Die Sicherheit der Journalisten spielte auch beim Ministerrat in Wilna eine besondere Rolle, da der Vorsitz und die Medienbeauftragte das *OSCE Safety of Journalists Guidebook* vorstellten, das von William Horsley, einem ehemaligen Auslandskorrespondenten von BBC News, erstellt wurde. (Einsehbar unter www.osce.org/fom/85777). Der Leitfaden enthält Beispiele bewährter Verfahren aus OSZE-Teilnehmerstaaten, die um ein sichereres Umfeld für Journalisten kämpfen.

Die Medienbeauftragte machte sich zur Vorkämpferin für die Sicherheit von Journalisten, indem sie im Laufe des Jahres auf über zwanzig Konferenzen mit leitenden Beamten internationaler Organisationen wie den Vereinten Nationen und dem Europarat sprach.

Die Medienbeauftragte ist jedoch nach wie vor davon überzeugt, dass der Kampf nur dann gewonnen werden kann, wenn alle an strafrechtlichen Verfahren Beteiligten – Staatsanwälte,

Richter und gewählte Amtsträger – in die Bemühungen eingebunden werden, dass Verbrechen gegen Journalisten einfach unannehmbar werden.

Freiheit im Internet

Die Beauftragte erachtet das Internet als ein völlig neuartiges Instrument für den weltweiten Gedankenaustausch und freien Informationsfluss. In Informationsgesellschaften ist ein freies Internet entscheidend für die Ausübung des Grundrechts auf freie Meinungsäußerung und des davon abgeleiteten Rechts auf Medienfreiheit. Ihrer Ansicht nach sollte der Zugang zum Internet und dessen Potenzial im 21. Jahrhundert als Menschenrecht angesehen werden.

Unnötige Interventionen und Regulierungen des Internet durch die Regierung sind kontraproduktiv und stehen im Widerspruch zu den OSZE-Verpflichtungen im Bereich der Medienfreiheit.

2011 schloss das Büro der Medienbeauftragten die erste OSZE-Studie über Internet-Gesetze ab, um das Ausmaß der Reglementierung des Internet in der Region zu ermitteln. Die Studie über Meinungsfreiheit im Internet von Professor Yaman Akdeniz von der Bilgi Universität in Istanbul wurde beim Zusätzlichen Treffen zur menschlichen Dimension (Wien, 7.–8. Juli) präsentiert. Sie enthält umfassende Daten über die Rechtsvorschriften in der Region, und ihre Ergebnisse sind besorgniserregend. In der gesamten Region legen die Teilnehmerstaaten das Internet zunehmend mit restriktiven Vorschriften in Ketten, die Meinungsäußerungen über die neuen Medien einzuschränken drohen und unausweichliche Beschneidungen des Medienpluralismus zur Folge haben.

Die Beauftragte ruft weiterhin zur größtmöglichen Öffnung des Internet auf und kämpft in der gesamten OSZE-Region gegen unnötige Beschränkungen.

Es gibt keine Sicherheit ohne Medien- und Meinungsfreiheit, und es gibt keine freien Medien und keine freie Meinungsäußerung ohne Sicherheit. Sicherheit und Menschenrechte gehen Hand in Hand und bilden das Herzstück des Helsinki-Prozesses und der *Gedenkerklärung von Astana* sowie der für alle Teilnehmerstaaten geltenden OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen. Nirgendwo ist die Debatte über Medienfreiheit und Sicherheit besser aufgehoben als in der OSZE.

Kampagne gegen die Kriminalisierung von Beleidigung

Die Beauftragte setzt sich weiterhin für die Entkriminalisierung von Beleidigung ein. Sie berichtet mit Genugtuung, dass 2011 drei weitere Teilnehmerstaaten Gesetze erlassen haben, die in Fällen von Beleidigung strafrechtliche Sanktionen ganz oder teilweise aufheben. Mit Kirgisistan, Montenegro und der Russischen Föderation sind es nun 14 Staaten, in denen Medien wegen der bloßen Äußerung einer Meinung nicht mehr belangt werden. Leider werden nach wie vor in der gesamten Region sowohl strafrechtliche als auch zivilrechtliche Bestimmungen gegen Verleumdung dazu missbraucht, um Dissidenten zu bestrafen und den freien Informationsfluss einzuschränken.

Diese Kampagne wird auch 2012 eine der Hauptprioritäten der Aktivitäten des Büros der Beauftragten sein.

Juristische Unterstützung

Die Beauftragte stellt weiterhin juristische Gutachten und Empfehlungen für Mediengesetze und Initiativen zu deren Reform zur Verfügung. In diesem Jahr betrafen diese:

- Georgien: ein Rechtsgutachten zu Änderungsentwürfen zum Rundfunkgesetz im Zusammenhang mit der Offenlegung der Eigentumsverhältnisse von Medien;
- Ungarn: ein Rechtsgutachten zum 2010 verabschiedeten Mediengesetz;
- Italien: ein Rechtsgutachten zum Gesetzesentwurf über Normen für die Überwachung von Telefongesprächen und Datenübertragungen sowie Lauschangriffe Nr. 1415-C , u. a. in Bezug auf die Weitergabe von abgehörten Informationen an Organe der Legislative;
- Kasachstan: ein Rechtsgutachten zum Entwurf für ein Rundfunk- und Fernsehgesetz. Die Beauftragte organisierte auch eine Diskussionsrunde zum Gesetz, an der Regierungsbehörden, Vertreter der Zivilgesellschaft und Medien teilnahmen;
- Turkmenistan: ein Rechtsgutachten zum Entwurf eines Gesetzes über die Presse und andere Massenmedien in der Turkmenischen Sozialistischen Sowjetrepublik (1991) und über Grundregeln für die Berufsausübung durch Korrespondenten (Journalisten) ausländischer Medien auf dem Hoheitsgebiet Turkmenistans (1993). Ferner organisierte die Beauftragte eine Diskussionsrunde über die Modernisierung der Mediengesetzgebung in Turkmenistan;
- Usbekistan: ein Rechtsgutachten zum Entwurf eines Gesetzes betreffend die Transparenz der Tätigkeit von Organen der Staatsgewalt und Regierung sowie eine Stellungnahme zum Entwurf des Fernseh- und Rundfunkgesetzes.

Die Beauftragte wird auch in Zukunft allen Teilnehmerstaaten die Möglichkeit bieten, sich für Gesetzesentwürfe und bestehende Gesetze im Medienbereich das Fachwissen des Büros zunutze zu machen.

Aus- und Fortbildung

Die Beauftragte verstärkte ihre Aktivitäten für Medienfortbildung in allen Bereichen, unter anderem mit einem regionalen Fortbildungsseminar in Bischkek für Regierungssprecher und Medien der zentralasiatischen Teilnehmerstaaten über die Erleichterung des Zugangs zu Informationen der Regierung und einem Seminar in Moldau über die Gründung und Leitung professioneller und finanziell bestandfähiger Online-Medien.

Medienkonferenzen

Die Beauftragte dehnte die Hilfestellung ihres Büros auf Angehörige der Medienberufe aus und organisierte die erste Medienkonferenz für Südosteuropa in Sarajewo. Schwerpunkt der Veranstaltung, an der rund 100 Personen vom gesamten Balkan teilnahmen, war die Unabhängigkeit der Medien, darunter Fragen wie der öffentlich-rechtliche Rundfunk, rechtliche Herausforderungen an die Medienfreiheit, Gewalt gegen und Einschüchterung von Journalisten sowie die Beschäftigungsbedingungen von Medienschaffenden.

Wie im Vorjahr war die Beauftragte Gastgeberin der jährlichen Medienkonferenz für Zentralasien in Duschanbe sowie für den Südkaukasus in Tiflis. Über 150 Teilnehmer befassten sich im Rahmen dieser Veranstaltungen mit Themen wie der Regulierung des Internet und Medienpluralismus. Die Beauftragte beabsichtigt, diese jährlichen Konferenzen 2012 fortzusetzen.

DAS SEKRETARIAT

DAS SEKRETARIAT

Haushalt: **32.401.500 EUR**

Das vom Generalsekretär geleitete Sekretariat der OSZE bemühte sich auch 2011, die Umsetzung von OSZE-Beschlüssen sicherzustellen und den politischen Dialog und Verhandlungsprozess zwischen den Teilnehmerstaaten zu unterstützen. Es bot den Teilnehmerstaaten durch vielfältigste Aktivitäten in allen Dimensionen, mit denen es beauftragt wurde, operative Unterstützung. In enger Zusammenarbeit mit dem litauischen OSZE-Vorsitz war es um die Erfüllung der Ziele der Organisation und um Beständigkeit in den Aktivitäten der Organisation bemüht. Es leistete allen Durchführungsorganen der OSZE Hilfestellung, um im gesamten Mandatsbereich der Organisation ein kohärentes und koordiniertes Vorgehen zu fördern.

Auch in diesem Jahr unterstützte das Sekretariat den litauischen Vorsitz, die Vorsitze des Forums für Sicherheitskooperation (FSK) des Jahres 2011 (Island, Italien und Kasachstan) und alle Teilnehmerstaaten bei ihrem Dialog über aktuelle und künftige Sicherheitsherausforderungen im euroatlantischen und eurasischen Raum. Dazu zählten die Sitzungen der bestehenden formellen Mechanismen (z. B. Ständiger Rat, FSK, Troika-Treffen, Jährliche Sicherheitsüberprüfungskonferenz, Wirtschafts- und Umweltforum, Implementierungstreffen zur Wirtschafts- und Umweltdimension, Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension) und die informellen „V-V-Dialoge“, die auf Initiative des Vorsitzes abgehalten wurden. Insbesondere unterstützten das OSZE-Sekretariat und die OSZE-Institutionen mit fachlichem Rat und Tat den Vorsitz und den FSK-Vorsitz bei der Aushandlung und Formulierung der Beschlüsse des Ministerrats, des Ständigen Rates und des Forums für Sicherheitskooperation, die im Laufe des Jahres und auf dem Ministerrat in Wilna am 6. und 7. Dezember 2011 verabschiedet wurden.

Das Sekretariat leistete allen Feldeinsätzen verlässliche administrative und operative Unterstützung bei der Erfüllung ihrer Mandate und auch im Hinblick auf den effektiven und effizienten Einsatz der menschlichen und finanziellen Ressourcen.

Das Sekretariat war weiterhin aktiv in internationale Verhandlungen zur Beilegung von Langzeitkonflikten im OSZE-Raum eingebunden und unterstützte den Vorsitz und die OSZE-Mission in Moldau in ihren Bemühungen um die Wiederaufnahme der offiziellen Verhandlungen zur Lösung der Transnistrien-Frage im 5+2-Format sowie den Vorsitz bei den internationalen Genfer Gesprächen, die nach dem Konflikt in Georgien 2008 aufgenommen worden waren. Das Sekretariat leistete auch weiterhin der Regierung und Bevölkerung der Republik Kirgisistan über die Initiative für kommunale Sicherheit (CSI) und das OSZE-Zentrum in Bischkek Hilfestellung und Unterstützung.

Wie im Vorjahr unterstützte das Sekretariat die Teilnehmerstaaten in einem breiten Spektrum von Themenbereichen und konzentrierte sich dabei auf dimensionsübergreifende Reaktionen auf Sicherheitsbedrohungen und -herausforderungen in der gesamten OSZE-Region. Diese umfassten Projekte und andere Aktivitäten zugunsten aller Teilnehmerstaaten, beispielsweise in folgenden Bereichen:

- polizeiliche Aktivitäten, unter anderem Bemühungen im Kampf gegen organisierte Kriminalität und illegale Drogen

- Maßnahmen gegen den Terrorismus, unter anderem durch die Förderung öffentlich-privater Partnerschaften
- Verbesserung der Grenzsicherheit und des Grenzmanagements, insbesondere in Zentralasien
- Bekämpfung des Menschenhandels, unter anderem durch die Bereitstellung von Expertenhilfe für die strafrechtliche Verfolgung der Täter, Opferschutz und Präventivmaßnahmen
- Förderung der Zusammenarbeit im Wirtschafts- und Umweltbereich, unter anderem zu den Themen Good Governance, Verkehrswesen und Migrationssteuerung
- Entsorgung von Kleinwaffen und leichten Waffen und Lagerbeständen konventioneller Munition einschließlich der Raketentreibstoffkomponente Mélange
- Unterstützung der Staaten bei der Entwicklung nationaler Aktionspläne für die Umsetzung der Resolution 1540 des UN-Sicherheitsrats
- Bemühungen um Gleichstellung der Geschlechter in allen Einrichtungen und Programmen der Organisation

Das Sekretariat leistete einen wesentlichen Beitrag zur Aufrechterhaltung des Engagements für die Kooperationspartner der OSZE, unter anderem durch die Veranstaltung großer Jahreskonferenzen für die Partner im Mittelmeerraum und in Asien sowie durch die Unterstützung der Bemühungen des Vorsitzes, um die OSZE-Partnerschaften nach den Ereignissen in und um Afghanistan und Nordafrika zu stärken. Das Sekretariat intensivierte weiterhin das Zusammenwirken mit anderen internationalen Organisationen und Institutionen auf Grundlage der Plattform für kooperative Sicherheit von 1999. Dieses verstärkte Zusammenwirken mit den OSZE-Kooperationspartnern und Organisationen bildete den Schwerpunkt der Diskussionen zwischen den Teilnehmerstaaten im Rahmen der V-V-Dialoge, wobei das Sekretariat diese Gespräche mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützte. Darüber hinaus entwickelte das Sekretariat eine neue Generation von Projekten zur Unterstützung von Afghanistan als Kooperationspartner in Asien und unterstützte die Durchführung der laufenden Initiativen während des Jahres.

Das Sekretariat sorgte weiterhin für eine effektive und effiziente Verwaltung der personellen und finanziellen Ressourcen der Organisation ebenso wie für die Förderung einer strategischeren und erfolgsorientierteren Planung der Aktivitäten mithilfe ergebnisorientierter Führungsmethoden und bemühte sich um die verlässliche Umsetzung des Regelwerks der OSZE. Diese Bemühungen bleiben angesichts der abnehmenden Ressourcen der Organisation und der schwierigen äußeren finanziellen und ökonomischen Bedingungen die Voraussetzung dafür, dass die Organisation die von den Teilnehmerstaaten erwarteten Ergebnisse erbringen kann.

Ausführlichere Berichte über die Aktivitäten des Sekretariats im Jahr 2011 finden sich in den nächsten Kapiteln, die dem Aufbau des Sekretariats folgen: Büro des Generalsekretärs, Konfliktverhütungszentrum, Büro des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE, Hauptabteilung Personalressourcen und Hauptabteilung Verwaltung und Finanzen.

DAS BÜRO DES GENERALESEKRETÄRS

Zum Büro des Generalsekretärs gehören das Leitende Management, die Abteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, die Abteilung Externe Zusammenarbeit, der Rechtsdienst, die Abteilung Genderfragen, das Sicherheitsmanagement, die Gruppe Strategische Polizeiangelegenheiten, das Büro des Sonderbeauftragten und Koordinators für die Bekämpfung des Menschenhandels und die Gruppe Terrorismusbekämpfung sowie das Büro für Innenrevision.

DAS LEITENDE MANAGEMENT

Das Leitende Management unterstützte die Tätigkeit des Generalsekretärs und des litauischen Vorsitzes durch Führungs- und Koordinationsaufgaben, um in den vielfältigen und oft langfristigen Aktivitäten der Organisation für Kohärenz und Kontinuität zu sorgen. Die Arbeit des Leitenden Managements als Anlaufstelle für die interne Koordination und die tägliche Zusammenarbeit zwischen dem Vorsitz und dem Sekretariat war auch 2011 entscheidend von der aktuellen OSZE-Agenda, den von den Teilnehmerstaaten vorgegebenen Aufgabenstellungen, von wichtigen Entwicklungen im OSZE-Raum und den Prioritäten des Vorsitzes bestimmt.

2011 sorgte das Leitende Management für eine proaktive und gut koordinierte Unterstützung des litauischen Vorsitzes durch den Generalsekretär bei der Führung des Dialogs zwischen den Teilnehmerstaaten, wie etwa im Ständigen Rat, im Rahmen der informellen V-V-Dialoge und im Vorfeld des Ministerrats in Wilna.

Neben anderen Aktivitäten unterstützte das Leitende Management den litauischen Vorsitz und das Generalsekretariat bei der Wahrnehmung der politischen und administrativen Aufsicht über die Abwicklung des Schließungsverfahrens nach Mandatsende der OSZE-Feldoperation in Belarus.

Das Leitende Management stand dem Generalsekretariat weiterhin bei der Umsetzung des Ministerratsbeschlusses von 2007 über das Engagement der OSZE für Afghanistan hilfreich zur Seite und unterstützte den Vorsitz bei der Ausarbeitung einiger neuer Projekte mit diesem Kooperationspartner und beim Entwurf eines Ministerratsbeschlusses über die Verstärkung des Engagements der OSZE für Afghanistan (verabschiedet auf dem Ministerrat in Wilna als MC.DEC/4/11/Corr.1). Dieses langfristige Vorhaben erforderte erhebliche Arbeit und effiziente Koordination zwischen den verschiedenen Teilen der Organisation.

Ferner übernahm das Leitende Management eine Aufsichts- und Beratungsfunktion für eine Reihe wichtiger mehrjähriger Projekte, die konzertierte und gut koordinierte Arbeitsschritte mehrerer Dienststellen des Sekretariats und anderer Durchführungsorgane erforderten, wie die Initiative für kommunale Sicherheit (CSI) in der Kirgisischen Republik, Wasserprojekte in Georgien, die OSZE-Stabsakademie für Grenzmanagement (BMSC) in Tadschikistan sowie die Vernichtung der hochgiftigen Raketentreibstoffkomponente Mélange in der Ukraine.

Das Leitende Management agierte 2011 auch verstärkt als zentrale Anlaufstelle des Sekretariats für die Koordinierung der von den Fach- und Programmabteilungen durchgeführten Aktivitäten zur Bekämpfung grenzüberschreitender Bedrohungen und gewährleistete in dieser Funktion die Koordinierung und den Dialog mit den OSZE-Institutionen und der Parlamentarischen Versammlung der OSZE. Als Vorbereitung für den Voranschlag zum Gesamthaushaltsplan 2011 und für den Ministerrat in Wilna

unterstützte das Leitende Management die Ausarbeitung der Vorschläge des Generalsekretariats für die Konsolidierung der Arbeit im Bereich grenzüberschreitende Bedrohungen durch die Schaffung einer neuen Abteilung im Sekretariat sowie die Arbeit des litauischen Vorsitzes am Entwurf eines Ministerratsbeschlusses über den Umgang mit grenzüberschreitenden Bedrohungen (verabschiedet auf dem Ministerrat in Wilna als MC.DEC/9/11/Corr.1).

2011 sorgte das Leitende Management wie bisher für die politische Koordinierung innerhalb des Sekretariats und war dem Generalsekretär bei der Wahrnehmung seiner Aufgabe als erster Verwaltungsbeamter der Organisation behilflich. Es achtete nicht nur auf Kohärenz in der Arbeit der für die Verwaltung bzw. für die Programme zuständigen Teile der Organisation, sondern unterstützte auch die Arbeit der Innenrevision und des Prüfungsausschusses der OSZE. Ferner leistete es Hilfestellung beim Führungswechsel zur Jahreshälfte nach der Ernennung von Botschafter Lamberto Zannier zum Generalsekretär der OSZE.

DIE ABTEILUNG PRESSE UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

2011 erhielt die OSZE ein schärferes Profil und war somit auch für die Abteilung Presse und Öffentlichkeitsarbeit (PPIS) ein bedeutendes Jahr. Die Aktivitäten der Abteilung bezogen sich im Wesentlichen auf die Umsetzung der neuen Kommunikationsstrategie (2011 bis 2013), den Start der neuen OSZE-Website, die Positionierung des Markenzeichens OSZE und innovative Kampagnen über soziale Medien. Darüber hinaus wurde die Arbeit der Abteilung im abgelaufenen Jahr von dem Bestreben geleitet, auf dem Erfolg des OSZE-Gipfels in Astana aufzubauen und den litauischen Vorsitz und andere Teile der Organisation laufend zu unterstützen.

OSZE: Gegensätze überwinden, Vertrauen aufbauen

„Ein schärferes Profil ist für die OSZE überaus wichtig, wenn unsere Organisation weiterhin im Hinblick auf die Bedürfnisse der Teilnehmerstaaten relevant bleiben will“, stellte der neue OSZE-Generalsekretär Lamberto Zannier in seiner ersten Rede vor dem Ständigen Rat der OSZE am 4. Juli 2011 fest. Seine Überzeugung, dass „wir diese Organisation unseren Politikern und unseren Gesellschaften viel besser erklären müssen“, gab den Anstoß zu einer Übung in der Positionierung des Markenzeichens OSZE, deren Ziel es war, ein gemeinsames Konzept der öffentlichen Kommunikation für die gesamte Organisation zu entwickeln.

Um herauszufinden, wie Zielgruppen unsere Organisation wahrnehmen, führte die PPIS eine gezielte Meinungsumfrage durch, die einen an eine repräsentative Auswahl von Regierungsbeamten, Wissenschaftlern, Forschern, NGO-Aktivisten, Journalisten und Vertretern der breiten Öffentlichkeit gerichteten Fragebogen sowie Interviews mit Führungskräften der OSZE umfasste.

Dabei wurden die besonderen Stärken der OSZE hervorgehoben: ein umfassendes Sicherheitskonzept, eine alle einbeziehende Diplomatie, Flexibilität und rasches Reaktionsvermögen. Bei der Umfrage konnte auch auf die Einzigartigkeit der OSZE als eine Organisation hingewiesen werden, die sich der Förderung eines sicheren und von Vertrauen geprägten Umfeldes verschrieben hat, in dem positive Gegensätze zwischen Personen, Staaten und Regionen zum Vorteil aller nebeneinander existieren und negative Gegensätze auf friedliche Weise ausgeglichen werden. Dies geschieht im Rahmen der Prinzipien und Verpflichtungen, die von ihren 56 Teilnehmerstaaten vereinbart wurden.

Derzeit laufen Konsultationen mit den einzelnen OSZE-Organen, deren Ziel es ist, die Organisation auf das gemeinsame Motto „Gegensätze überbrücken, Vertrauen aufbauen“ einzuschwören.

Kommunikationsstrategie für 2011 bis 2013: Konzentration auf Zielgruppen

„Das Image und die Botschaft der OSZE harmonisieren und optimieren“ – das ist das Ziel der dreijährigen Kommunikationsstrategie für den Zeitraum 2011 bis 2013, die Mittel und Wege aufzeigen soll, wie die wichtigsten Zielgruppen wirksamer erreicht werden können: Medien/Blogger, Wissenschaftler/Think-Tanks, Studenten/Jugendliche, Berufsgruppen/Fachleute und Diplomaten der OSZE-Teilnehmerstaaten. Sie umfasst auch eine Strategie für das World Wide Web und die sozialen Medien sowie für die Kommunikation in Krisensituation.

Neustart der öffentlichen Website

Am 1. Januar wurde die völlig neu gestaltete OSZE-Website für die Öffentlichkeit gestartet. Sie bietet eine verbesserte Navigation und größere Flexibilität bei der Strukturierung ihrer Inhalte sowie verbesserte Möglichkeiten für Multimedia-Präsentationen. Allgemeine Informationen über die OSZE können nun leichter abgerufen werden, was zu einem 30-prozentigen Anstieg der Zugriffe geführt hat. Dank ihrer Mehrsprachigkeit konnte die ukrainische Sprachversion der Website des OSZE-Projektkoordinators in der Ukraine vollständig in die Hauptwebsite der OSZE integriert werden.

Pressearbeit

2011 verfasste und veröffentlichte die PPIS 1200 Pressemitteilungen und Nachrichten auf der OSZE-Website, was eine Steigerung von 35 Prozent im Vergleich zum Vorjahr darstellt und die Bemühungen veranschaulicht, unser Kommunikationsinstrumentarium zu erweitern und neue Zielgruppen zu erreichen.

Die PPIS unterstützte den Amtierenden Vorsitzenden bei seinen offiziellen Besuchen in der gesamten OSZE-Region. Im Vorfeld dieser Besuche kontaktierte die PPIS lokale Medienunternehmen, um in lokalen Zeitungen Hintergrundartikel zu bringen. Der politische Fokus eines jeden Besuchs wurde durch zusätzliche Medienarbeit wie Pressekonferenzen, Interviews sowie Presseaussendungen und Medienmitteilungen ergänzt, die alle von der PPIS vorbereitet wurden. Durch die erweiterten multimedialen Möglichkeiten der neuen Website konnte die PPIS nach mehreren Besuchen auch Fotostrecken produzieren.

Zur Förderung öffentlichkeitswirksamer Veranstaltungen des Vorsitzes, einschließlich der Konferenz über Sicherheit von Journalisten (Wilna, 7.–8. Juni) und des Wirtschafts- und Umweltforums (Wien, 7.–8. Februar; Druskininkai (Litauen), 4.–5. April, und Prag, 14.–16. September), arbeitete die PPIS Medienpläne aus und verfasste sämtliche Mitteilungen nach außen.

Die PPIS unterstützte auch die 5+2-Verhandlungen zur Beilegung des Transnistrien-Konflikts, die nach dem Konflikt in Georgien 2008 aufgenommenen Genfer Gespräche, die Besuche von OSZE-Botschaftern in Tadschikistan und Kirgisistan im April sowie offizielle Besuche des OSZE-Generalsekretärs und anderer hochrangiger OSZE-Vertreter.

In Anbetracht der verstärkten Aufmerksamkeit für die OSZE-Partnerländer im Lichte der Ereignisse im südlichen Mittelmeerraum unterstützte die PPIS den Vorsitz, den Generalsekretär und andere OSZE-Organe in ihren Bemühungen. Im April wurde von der PPIS ein Gastkommentar des Amtierenden Vorsitzenden verfasst und in einer führenden ägyptischen Tageszeitung veröffentlicht. In Interviews und Pressemitteilungen wurden die politischen Prioritäten des Besuchs des Vorsitzenden in Tunesien im April und des Besuchs des Generalsekretärs in Ägypten im September vermittelt. Die PPIS erstellte auch ein Informationsblatt über den Dialog der OSZE mit seinen Kooperationspartnern in allen Amtssprachen der OSZE und in Arabisch.

Am OSZE-Ministerrat in Wilna nahmen über 200 Medienvertreter teil. Die PPIS koordinierte die Aktivitäten des Pressezentrums und die Medienlogistik. Im Vorfeld des Treffens wurde in zehn Ländern ein von der PPIS verfasster Gastkommentar des Amtierenden Vorsitzenden in 19 Print- und Onlinemedien veröffentlicht. Während der beiden Tage wurden auf der OSZE-Website 16.300 Einzelzugriffe registriert, was 90.000 Seitenabrufe ergab. Zusätzlich zur laufenden Berichterstattung über den Ministerrat auf der Website und durch gezielte Kontakte übertrug die PPIS per Webstream über 12 Stunden Videoaufzeichnungen in guter Qualität, wobei über 500 Einzelbesucher die Webcasts verfolgten. Auf der Facebook-Seite der OSZE wurden darüber hinaus Blogs von zehn Ministern und einem Botschafter sowie eine eigene Fotostrecke veröffentlicht.

Soziale Medien

Die PPIS entwickelte außerdem unsere Plattformen für soziale Medien als Kommunikationsmittel weiter. Die Anzahl der Zugriffe auf die OSZE-Site auf YouTube hat sich 2011 mit 156.000 Aufrufen im Vergleich zum Vorjahr mehr als verdoppelt; die OSZE-Fan-Gemeinde auf Facebook nahm um ein Viertel zu und zählt derzeit fast 20.000; die OSZE-Fans auf Twitter haben sich mit derzeit 8600 fast verdreifacht. Als Pilotprojekt wurde im Vorfeld des Ministerrats eine Reihe von Artikeln im Namen von Außenministern der OSZE-Teilnehmerstaaten auf der OSZE-Facebook-Seite ins Netz gestellt.

Weitere Projekte

- Im April organisierte die PPIS mit Unterstützung des Vorsitizes eine zweite Jährliche OSZE-Gesprächsrunde an der Universität Wilna. Im Anschluss an die Veranstaltung *Building Bridges: Security Community and Partnerships for Change* wurde ein Text veröffentlicht, der an internationale Think-Tanks und Forschungseinrichtungen verteilt wurde.
- Im September wurde mit Unterstützung Kasachstans das Seminar *Follow-up on the Outcome of the OSCE Summit in Astana* für Journalisten aus Kasachstan, Kirgisistan und Tadschikistan organisiert.
- Zur Hebung des Bekanntheitsgrades des Max-van-der-Stoel-Preises und der Arbeit des Hohen Kommissars für nationale Minderheiten produzierte die PPIS einen kurzen Dokumentarfilm über die prämierte NGO. Der Dokumentarfilm wurde über die Europäische Rundfunkunion an 85 nationale Medienorganisationen in 56 Ländern verteilt.

- Die PPIS unterstützte das OCEEA und den Vorsitz bei der Organisation eines Fotowettbewerbs zum Thema nachhaltige Verkehrs- und Energiesysteme. Die preisgekrönten Fotos wurden beim Wirtschafts- und Umweltforum ausgestellt und auf der OSZE-Website und auf Facebook gezeigt.
- 2011 wurden vier Ausgaben des OSZE-Magazins veröffentlicht. Die Gesamtauflage der einzelnen Ausgaben betrug 9000 auf Englisch und 3500 auf Russisch. 2740 Abonnenten erhalten die Ausgaben per Post, und die restlichen Exemplare werden über die OSZE-Feldoperationen und bei OSZE-Veranstaltungen verteilt. Die inhaltlichen Schwerpunkte der Artikel waren die OSZE als Sicherheitsgemeinschaft, die Unterstützung der OSZE für Mediatoren im südlichen Kirgisistan, die Grenzziehungsprozesse und die Geschichte des Engagements der OSZE für Kroatien sowie die Arbeit der OSZE mit den Aarhus-Zentren für die Mitsprache der Öffentlichkeit in Umweltangelegenheiten und mit nationalen Menschenrechtsinstitutionen.
- Über unser Gruppenbesuchsprogramm empfing die PPIS rund 1800 Besucher aus über 20 Teilnehmerstaaten, Kooperationspartnerländern und internationalen Organisationen.
- Der monatlich erscheinende Newsletter *OSCE Highlights*, der über bevorstehende OSZE-Veranstaltungen informiert, wurde an 5300 Journalisten und andere Abonnenten ausgesandt.
- Für die OSZE-Organe und die Feldoperationen wurden neue und aktualisierte Informationsblätter unter Berücksichtigung der neuen Formulierungen für die Positionierung des Markenzeichens OSZE erstellt.
- Zur Vereinheitlichung der Kommunikation in allen OSZE-Feldoperationen und -Institutionen organisierte die PPIS im März einen Runden Tisch zu öffentlichen Angelegenheiten, bei dem Pressekontaktstellen der Feldoperationen, der Parlamentarischen Versammlung und Institutionen der OSZE zusammenkamen, um über Kommunikationsaktivitäten zu diskutieren und diese zu koordinieren. Für die Webkontaktstellen wurde bei den Diskussionsrunden im Februar und März Webtraining angeboten.

DIE ABTEILUNG EXTERNE ZUSAMMENARBEIT

Die OSZE ist bestrebt, mit ihrer Arbeit die internationale Zusammenarbeit und Koordinierung zu fördern. Als Kontaktpunkt für die Kooperationspartner in Asien und im Mittelmeerraum und als erste institutionelle Anlaufstelle für internationale, regionale und subregionale Organisationen und Institutionen spielt die Abteilung Externe Zusammenarbeit eine wesentliche Rolle bei der Stärkung der Beziehungen und bei der Förderung von Dialog und Zusammenarbeit mit den externen Partnern sowie bei der Beratung und Unterstützung des OSZE-Vorsitzes, der Troika und des Generalsekretärs in den Beziehungen mit diesen Gesprächspartnern.

Die Ereignisse 2011 sowohl im Mittelmeerraum als auch in Asien haben einmal mehr gezeigt, dass die Sicherheit der OSZE-Region mit der Sicherheit in den benachbarten Gebieten „untrennbar verbunden“ ist, und die Bedeutung der OSZE-Kooperationspartnerschaft unterstrichen.

2011 spielte die Abteilung Externe Zusammenarbeit für die Stärkung der Partnerschaft eine Schlüsselrolle. Im Zuge der Ereignisse im südlichen Mittelmeerraum unterstützte die Abteilung den OSZE-Vorsitz und den Vorsitz der Mittelmeer-Kontaktgruppe mit Beiträgen und Expertenwissen bei den internen Diskussionen zur Frage, wie die OSZE diesen demokratischen Wandel unterstützen kann; sie sorgte für die Fortsetzung des Dialogs mit den jeweiligen Partnern und organisierte hochrangige Besuche in diese Region.

Die OSZE unterstützte die Vereinten Nationen tatkräftig in deren Rolle als Koordinator der internationalen Hilfe für den Übergangsprozess im südlichen Mittelmeerraum. So organisierte die Abteilung Externe Zusammenarbeit zum Beispiel anlässlich des OSZE-Ministerrats-treffens in Wilna 2011 einen Runden Tisch des OSZE-Generalsekretärs und der UN, um die Abstimmung der Reaktionen internationaler und regionaler Organisationen auf den Arabischen Frühling zu erleichtern. Diese hochrangige Veranstaltung diente dem Informationsaustausch und sollte gewährleisten, dass die Unterstützungsmaßnahmen einander ergänzen und Doppelarbeit vermieden wird. 2012 soll ein Folgetreffen stattfinden.

Die OSZE stand 2011 mit einer Vielzahl von internationalen, regionalen und subregionalen Organisationen im politischen Dialog zu thematischen und regionalen Fragen, stimmte sich mit ihnen ab und tauschte Informationen mit ihnen aus. Die Abteilung Externe Zusammenarbeit nutzte auch weiterhin den eingeführten Rahmen für die regelmäßige Zusammenarbeit auf politischer und Arbeitsebene mit den UN, der Europäischen Union, der NATO und dem Europarat. Ferner vertiefte sie die Beziehungen der OSZE mit einer Reihe regionaler und subregionaler Organisationen wie der Liga der Arabischen Staaten, der Organisation der Islamischen Zusammenarbeit, der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit, der Organisation über wirtschaftliche Zusammenarbeit im Schwarzmeerraum und dem Rat der Ostsee-Anrainerstaaten.

Im Laufe des Jahres 2011 koordinierte die Abteilung Externe Zusammenarbeit für den OSZE-Vorsitz und den Generalsekretär die Kontakte mit den UN und vermittelte die im Februar gehaltenen Reden des Amtierenden Vorsitzenden vor dem UN-Sicherheitsrat und des Generalsekretärs vor dem Ausschuss der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Terrorismus. Die Abteilung organisierte die Teilnahme des Generalsekretärs an der Eröffnungssitzung der 66. UN-Generalversammlung im September, der bei dieser Gelegenheit auch mit den Leitern zahlreicher UN-Organen und –Hauptabteilungen zusammentraf, ein hochrangiges Treffen der Vorsitzenden und Generalsekretäre von OSZE und Europarat sowie ein Treffen der Vorsitzenden der OSZE und der Organisation der Islamischen Zusammenarbeit auf hoher Ebene. Ferner richtete die Abteilung das jährliche Arbeitstreffen auf Mitarbeiterebene mit Amtskollegen der UN im Juni in Wien aus.

Das ganze Jahr hindurch unterstützte die Abteilung Externe Zusammenarbeit aktiv den Amtierenden Vorsitz und die wechselnden Vorsitze des Forums für Sicherheitskooperation und lud hohe Amtsträger anderer Organisationen ein, vor dem Ständigen Rat der OSZE, dem Forum für Sicherheitskooperation und auf der Jährlichen Sicherheitsüberprüfungskonferenz zu sprechen. Gastredner waren unter anderem der Generalsekretär der NATO, der Generaldirektor des Büros der Vereinten Nationen in Genf und der EU-Sonderbeauftragte für den Südkaukasus. Die Abteilung unterstützte aktiv die Teilnahme der OSZE an der Jahrestagung des Rates der Außenminister der Organisation der Islamischen Zusammenarbeit in Astana und vertrat die OSZE 2011 auch bei verschiedenen UN-Tagungen, wie etwa bei der Jubiläumskonferenz des Flüchtlingshochkommissariats der Vereinten Nationen in Genf und beim Vierten Weltforum der Allianz der Zivilisationen in Doha.

Die Abteilung arbeitete 2011 eng mit der Asien-Kontaktgruppe unter dem Vorsitz Kasachstans und der Mittelmeer-Kontaktgruppe unter dem Vorsitz Irlands zusammen, um den offenen Dialog und Informationsaustausch mit den Asien- und Mittelmeer-Partnern auf den regelmäßig stattfindenden Sitzungen der Kontaktgruppe zu fördern. Sie beteiligte sich auch an der Organisation der OSZE/Mongolei-Konferenz 2011 über grenzüberschreitende Bedrohungen und die Förderung der Menschenrechte und Grundfreiheiten in Ulan Bator und der OSZE-Mittelmeerkonferenz in Budva (Montenegro) über den demokratischen Wandel im südlichen Mittelmeerraum.

Die Abteilung Externe Zusammenarbeit kam auch in diesem Jahr ihrer Aufgabe als leitender Projektmanager des Partnerschaftsfonds nach, der 2011 Projekte über umweltbedingte Herausforderungen für die Sicherheit, die Rolle der Zivilgesellschaft im Kampf gegen Korruption, das Engagement der OSZE für Afghanistan und die Entsendung junger Diplomaten aus Partnerstaaten in das OSZE-Sekretariat unterstützte. Der Partnerschaftsfonds ermöglichte auch die verstärkte Teilnahme von Vertretern aus Partnerländern, insbesondere Afghanistan, an OSZE-Aktivitäten. *Für weitere Informationen über die Partnerschaften der OSZE für Sicherheit und Zusammenarbeit siehe S. 162.*

DER RECHTSDIENST

Der Rechtsdienst erfüllte 2011 wieder wichtige Aufgaben: Er unterstützte den Vorsitz bei der Stärkung der völkerrechtlichen Stellung der Organisation und setzte sich für gemeinsame einheitliche Vorrechte und Immunitäten ein. Auch wenn der Dialog zwischen den Teilnehmerstaaten nicht zur Festlegung neuer Aufgabenstellungen durch den Ministerrat führte, ist klar, dass die Diskussionen in der Zukunft weitergeführt werden müssen, um eine dauerhafte Lösung für dieses seit langem bestehende Problem zu finden, das die Effektivität und Effizienz der Durchführungsorgane, insbesondere der Feldoperationen, behindert.

Der Rechtsdienst kann auf folgende erfolgreiche Aktivitäten im Jahr 2011 zurückblicken:

- Erfolgreicher Abschluss der Verhandlungen für ein Memorandum of Understanding (MoU) für das Büro in Tadschikistan am 8. Juni nach mehr als fünfjährigen Verhandlungen. Allerdings ist für das MoU eine parlamentarische Zustimmung erforderlich, bevor es in Kraft treten kann.
- Rechtsberatung im Rahmen der *Mélange*-Task-Force für ein von der Regierung der Republik Kasachstan ins Leben gerufenes Projekt über die Entsorgung von *Mélange*-Lagerbeständen (einer hochgiftigen flüssigen Raketentreibstoffkomponente) in Kasachstan.
- Fortsetzung der aktiven Unterstützung für die Teilnehmerstaaten in den einschlägigen Arbeitskreisen und Beratung über die Regelung und Verwaltung der Aktivitäten der OSZE, insbesondere in Georgien und Belarus angesichts der fehlenden OSZE-Präsenz in diesen Ländern.
- Bereitstellung der nötigen juristischen Fachberatung für Projekte in Verbindung mit dem Engagement der OSZE für Afghanistan, der Stabsakademie für Grenzmanagement, der OSZE-Initiative für kommunale Sicherheit in Kirgisistan und dem Wasserwirtschaftsprojekt in Georgien.

Darüber hinaus leistete der Rechtsdienst weiterhin dem Generalsekretär, dem Vorsitz, den Dienststellen des Sekretariats und anderen Durchführungsorganen (Institutionen und Feldoperationen) juristische Unterstützung. Insbesondere stand er anderen Verwaltungsabteilungen, wie den Hauptabteilungen Personalressourcen und Verwaltung und Finanzen, zur Seite. Der Rechtsdienst verfasste Berufungsschriftsätze für das Schiedsgremium und bot Beratung im Hinblick auf die rechtlichen Konsequenzen formaler Beschwerden oder aus Verträgen resultierender Rechtsansprüche für die Organisation. Darüber hinaus lieferte die Rechtsabteilung gemäß Dienstanweisung Nr. 1 (Dokumente rechtlicher Natur) wertvolle juristische Beiträge bei der Überarbeitung von Vorschriften, Regeln oder Anweisungen. Der Rechtsdienst stellte weiterhin Rechtsgutachten und Beratung zu verschiedensten Themen zur Verfügung und half bei Fragen wie bilaterale Abkommen mit Gastländern und Gebern, Vorrechte und Immunitäten, Besteuerung örtlicher Mitarbeiter, Ersuchen der Rechtsstaatlichkeitsmission der Europäischen Union im Kosovo (EULEX) und des Internationalen Strafgerichtshofs (ICC) betreffend die Bereitstellung von Dokumenten, geistige Eigentumsrechte, Auslegungsfragen zum Gemeinsamen Verwaltungsregelwerk (CRMS) und diverse vertrags- und projektbezogene Angelegenheiten. Ferner stellte er verschiedene Musterverträge, z. B. für Mietverträge, Abdruckgenehmigungen, Zuschuss- und Kooperationsabkommen zur Verfügung.

Mit seinem jährlichen Runden Tisch zu Rechtsfragen (29.–30. September, Wien) hielt der Rechtsdienst Kontakt zur großen OSZE-Gemeinschaft. Teilnehmer aus der gesamten Organisation erörterten dabei ein breites Themenspektrum, darunter die Vorrechte und Immunitäten der OSZE, die Auswirkungen der Neuen Medien auf das OSZE-Umfeld, Interessenkonflikte für OSZE-Beamte und aktuelle Fragen aus den OSZE-Feldoperationen und -Institutionen. Zum Newsletter des Rechtsdienstes, der nach wie vor von der OSZE-Gemeinschaft gut angenommen wird, gab es 2011 wieder positive Rückmeldungen. Der Rechtsdienst profilierte sich auch verstärkt nach außen hin und nahm an juristischen Konferenzen der Vereinten Nationen und anderen einschlägigen Konferenzen teil.

Typische Arbeitsfelder des Rechtsdienstes (1. Quartal 2011)

Vereinbarungen
Personalstatut
Außerbudgetäre Projekte
Vertragsfragen
Durchführungspartner
Diverses
Finanzinstruktionen und -vorschriften
Personalfragen und Schiedsgremium
Verwaltung
Allgemeine Fragen des internationalen öffentlichen Rechts
Vorrechte und Immunitäten
Verwaltungsregelwerk

DIE ABTEILUNG GENDERFRAGEN

www.osce.org/gender

Die Abteilung Genderfragen unterstützt die Förderung der Gleichstellung der Geschlechter in den Durchführungsorganen der OSZE und setzt sich für die Berücksichtigung männlicher wie weiblicher Sichtweisen in allen Dimensionen ein, wobei 2011 die politisch-militärische und die Wirtschafts- und Umweltdimension im Vordergrund standen.

Bei der Umsetzung der OSZE-Verpflichtungen zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter kam man auch 2011 gut voran. Im Mai 2011 erreichte der Anteil der Frauen in Führungspositionen in den Durchführungsorganen der OSZE 31 Prozent. Die OSZE-Feldoperationen bemühten sich nach wie vor um eine verstärkte Berücksichtigung einer Genderperspektive in ihren Projekten und Aktivitäten, und im Dezember verabschiedete der OSZE-Ministerrat in Wilna einen Beschluss über die Förderung der Chancengleichheit für Frauen in der Wirtschaft (MC.DEC/12/11).

Die Abteilung Genderfragen leistete einer zunehmenden Zahl von OSZE-Feldoperationen Hilfestellung, wobei in fünf Feldpräsenzen durch fünftägige Besuche vor Ort Kapazitäten für Gender-Mainstreaming aufgebaut wurden. Bei der Mission im Kosovo, im Büro in Eriwan, bei der Mission in Moldau, im Büro in Baku und bei der Mission in Serbien sorgte die Abteilung mit Unterstützung eines Experten und von Bediensteten der Feldoperationen für den gezielten und fachspezifischen Aufbau von Kapazitäten zur Einbeziehung einer Genderperspektive in alle Aspekte ihrer Programmarbeit. Außerdem besuchte die Abteilung Genderfragen das OSZE-Zentrum in Bischkek und die Mission in Bosnien und Herzegowina zu Konsultationen über die Berücksichtigung einer Genderperspektive in deren Feldaktivitäten und über das Netz der Gender-Kontaktstellen.

Die Abteilung entwickelte ein Instrument zur Unterstützung der Aarhus-Zentren beim Gender-Mainstreaming in ihren Aktivitäten und externen Kontakten. Die Publikation *Gender Mainstreaming in Aarhus Activities: A Guideline for Practitioners* gibt klare operative und thematische Anleitungen für Sofortmaßnahmen sowie für Maßnahmen, die einer zusätzlichen Unterstützung bedürfen, damit in alle Aktivitäten der Aarhus-Zentren eine Genderperspektive eingebracht wird. Die Abteilung gab zwei weitere Publikationen heraus: *Mending Inequalities: Men and Gender Equality in the OSCE Region* und *Women's Entrepreneurship in the OSCE: Trends and Good Practices*, die Beispiele und vorbildliche Praktiken für Initiativen zur Förderung der Gleichberechtigung aus dem ganzen OSZE-Raum enthalten.

Die Abteilung Genderfragen veröffentlichte 2011 außerdem drei weitere Ausgaben ihres elektronischen Newsletters *The Gender Monitor*.

2011 organisierte die Abteilung zwei wichtige Veranstaltungen: Auf der OSZE-Konferenz *UNSCR 1325: Moving Beyond Theory to Maximize Security in the OSCE* (Sarajewo, 27.–28. Oktober) erörterten über 100 Teilnehmer aus 29 verschiedenen Ländern Best Practices und die Herausforderungen bei der Erstellung nationaler Aktionspläne zur Umsetzung der UNSCR 1325. Auf der OSZE-Konferenz *Women's Entrepreneurship in the OSCE Region: Trends and Good Practices* (Wilna, 3.–4. März) diskutierten Experten und Praktiker über die Probleme, mit denen die Beteiligung von Frauen an der Wirtschaft konfrontiert ist, und über Möglichkeiten zu ihrer Lösung sowie über die Förderung des weiblichen Unternehmertums in Zentralasien und im Kaukasus.

Die Abteilung leistete Beiträge zu den Treffen des Wirtschafts- und Umweltausschusses und zum Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension, zum OSZE-Vortragsseminar (Wilna, 5. April) und zur anschließenden Veröffentlichung *Building Bridges: Security Community and Partnerships for Change*. Ferner hielt die Abteilung Genderfragen Themeneinführungen und abschließende Zusammenfassungen bei der „Experten-gesprächsrunde über die Verhinderung der terroristischen Radikalisierung von Frauen“, die von der Gruppe Terrorismusbekämpfung in Zusammenarbeit mit dem OSZE-Sekretariat und

dem Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte der OSZE veranstaltet wurde (Wien, 12. Dezember).

DAS SICHERHEITSMANAGEMENT

Das Sicherheitsmanagement unterstützte das ganze Jahr 2011 hindurch weiter alle sicherheitsbezogenen Aktivitäten der OSZE indem es für ein reibungsloses Funktionieren des Sicherheitsmanagementsystems der OSZE und die Sicherheit und das Wohlergehen der OSZE-Mitarbeiter sorgte.

Eine wichtige Tätigkeit des Sicherheitsmanagements war 2011 die Koordinierung und Abhaltung eines Informationsseminars, das einen Überblick zum Thema Risikoanalyse, Einschätzung und Abwehr von chemischen, biologischen, radiologischen und nuklearen (CBRN) Bedrohungen gab. Das Seminar bot den Teilnehmern Gelegenheit zur Analyse und Erörterung der Fragen und Herausforderungen im Umgang mit CBRN-Zwischenfällen und -Bedrohungen. Als Vortragende waren Experten aus dem Privatsektor und einem Teilnehmerstaat eingeladen, der Teilnehmerkreis setzte sich aus Vertretern der diplomatischen und der internationalen Gemeinschaft sowie des Privatsektors zusammen.

Das Sicherheitsmanagement setzte seine eingeführte Praxis fort, neuen OSZE-Mitarbeitern im Rahmen des Allgemeinen Orientierungsprogramms das System des OSZE-Sicherheitsmanagements vorzustellen und individuelle Einweisungen für mit Sicherheitsaufgaben betraute Bedienstete und Missionsmitarbeiter zu geben. Die Teilnehmer an den regionalen Missionsleitertreffen wurden über den neuesten Stand in Bezug auf Sicherheit und Schutz und über die Fortschritte in den jüngsten Sicherheitsentwicklungen in der OSZE informiert.

Beim achten Jährlichen Treffen der OSZE-Sicherheitsbeauftragten am 24. und 25. November in Wien hielten Gastredner der NATO und der UN-Hauptabteilung Sicherheit (UNDSS) in New York sowie organisationsinterne Referenten der Gruppe Terrorismusbekämpfung und der Hauptabteilung Verwaltung und Finanzen Vorträge. Das Treffen widmete sich allgemeinen Fragen des Krisenmanagements, der beruflichen Weiterbildung und der Stärkung der Sicherheitsaspekte des Risikomanagementprozesses der OSZE. Die Teilnehmer hatten Gelegenheit, sich über Gefahrenabwehrerfahrungen auszutauschen und an regionalen Gruppensitzungen über gemeinsame Sicherheitsentwicklungen teilzunehmen. Ein UNDSS-Experte für Sicherheitsausbildung führte darüber hinaus eine Einweisung für Mitarbeiter der Sicherheits-Kontaktstellen der OSZE-Feldoperationen durch.

2011 widmete sich das Sicherheitsmanagement folgenden Aktivitäten:

- Fortsetzung der Risikobewertungsmissionen in den Feldoperationen, um die Einhaltung der grundlegenden Sicherheitsdokumente zu erleichtern
- Unterstützung der Feldoperationen bei der Beurteilung von Gebäuden, die für die Organisation infrage kommen
- praktische Ausbildung des Sicherheitspersonals von Feldoperationen
- Abgabe von Empfehlungen für die Auswahl der Teilnehmer an externen Sicherheitsfortbildungen in Absprache mit der Unterabteilung Schulung der Hauptabteilung Personalressourcen

- Koordinierung der Erste-Hilfe-Kurse für die Brandschutzbeauftragten des Sekretariats in Zusammenarbeit mit der Hauptabteilung Personalressourcen
- Abhaltung der Sitzungen des Ausschusses für Sicherheitsmanagement im Sekretariat
- Vorschlag, das Sicherheitsrisikomanagement in das Enterprise Risk Management der OSZE aufzunehmen

Weitere Tätigkeiten des Sicherheitsmanagements:

- regelmäßige Abgabe von Empfehlungen betreffend Gefahrenzulagen
- Teilnahme an anderen Treffen, bei denen Sicherheits- und Schutzfragen auf der Tagesordnung standen

Das Sicherheitsmanagement setzte seine Zusammenarbeit mit der UN-Hauptabteilung Sicherheit (UNDSS) in New York fort. Es hielt weiter Verbindung mit verschiedenen anderen UN-Dienststellen, darunter die Gruppe Politikentwicklung, die Sektion Fortbildung, die Gruppe Posttraumatische Stressbewältigung und die Führungsebene.

Das Sicherheitsmanagement traf regelmäßig mit Vertretern der Strafverfolgungsbehörden und anderer internationaler Partnerorganisationen teils in Wien, teils in den Ländern, in denen die OSZE über Feldoperationen verfügt, zu einem Informationsaustausch über Sicherheits- und Schutzfragen zusammen.

DIE GRUPPE STRATEGISCHE POLIZEI-ANGELEGENHEITEN

Die Gruppe Strategische Polizeiangelegenheiten (SPMU) unterstützte 2011 weiter die Feldoperationen und Teilnehmerstaaten der OSZE in deren polizeibezogenen Aktivitäten und bei dem Aufbau rechenschaftspflichtiger Strafverfolgungsbehörden im Rahmen von deren allgemeinen nationalen Systemen der Strafrechtspflege, die die Bürger schützen und ihnen dienen, gegen grenzüberschreitende Bedrohungen, u. a. durch organisierte Kriminalität und Terrorismus, vorgehen und gleichzeitig Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und Grundfreiheiten achten und schützen.

Polizeiaufbau und Projektbewertung

Die Gruppe erarbeitete ein Strategiedokument mit dem Titel *The Role of the SPMU and OSCE Police-Related Activities*, in dem die besonderen Stärken und Leistungen der OSZE in ihren polizeibezogenen Aktivitäten analysiert und die Schwerpunkte ihrer künftigen Arbeit festgelegt wurden. Das Dokument diente als Grundlage für die Entwicklung eines strategischen Rahmens für die weiteren polizeibezogenen Aktivitäten der OSZE.

Ferner beurteilte die SPMU in enger Zusammenarbeit mit dem jeweiligen Gaststaat und der betreffenden Feldoperation zwei Projekte von OSZE-Feldoperationen: das OSZE-Projekt für bürgernahe Polizeiarbeit in Aserbaidschan und die Initiative für kommunale Sicherheit in Kirgisistan, das zuletzt genannte Projekt gemeinsam mit dem Konfliktverhütungszentrum. Die

Erkenntnisse und Empfehlungen aus beiden Beurteilungen wurden von den Gastländern und Feldoperationen positiv aufgenommen.

Neue Veröffentlichungen

Neben den regelmäßigen Jahresberichten über die Polizeiaktivitäten und Bemühungen der OSZE im Kampf gegen die organisierte Kriminalität entwickelten die SPMU und das BDIMR auch ein praktisches Handbuch für Strafverfolgungsbeamte zum Thema Menschenrechte und die Untersuchung terroristischer Straftaten. Ende 2011 organisierten die SPMU und das BDIMR als Testlauf für das Handbuch zwei Pilot-Fortbildungskurse in Priština und Skopje. Die endgültige Fassung des Handbuchs wird 2012 erscheinen. Ferner gab die SPMU ein Buch mit dem Titel *Trafficking in Human Beings: Identification of Potential and Presumed Victims. A Community Policing Approach* heraus, das an die Teilnehmerstaaten verteilt und bei einem Runden Tisch zum Thema „Identifizierung von Menschenhandelsopfern – die internationale und nationale Praxis“ (Astana, 14. September) vorgestellt wurde. Es wurde auch ins Russische übersetzt. 2012 wird es als Lehrhandbuch für Strafverfolgungsbehörden zusammengefasst, um seine praktische Anwendung zu erleichtern.

Ferner nahm die SPMU in enger Zusammenarbeit mit Experten der Strafrechtspflege aus den Durchführungsorganen der OSZE, den Teilnehmerstaaten, internationalen Organisationen und Denkwerkstätten die Arbeit an einem neuen Leitfaden zum Thema *Police Reform within the Reform of the Wider Criminal Justice System* auf. Das Buch wird der Vermittlung bewährter Praktiken im Rahmen eines gesamtheitlichen Polizeireformkonzepts gewidmet sein, das einschlägige Reformaktivitäten in anderen Bereichen der Strafrechtspflege ergänzt, um die Effektivität und Effizienz des gesamten Strafrechtspflegeprozesses zu erhöhen. Im Zuge dieser Arbeit veranstaltete die SPMU außerdem das jährliche OSZE-Treffen von Polizeixperten 2011 zum selben Thema.

Aufbau von Kapazitäten und Ausbildungsaktivitäten im polizeilichen Bereich

Der Erste Polizeiberater förderte und koordinierte das ganze Jahr hindurch die OSZE-Polizeiunterstützung für die Teilnehmerstaaten durch Besuche bei OSZE-Feldoperationen und -Institutionen und hochrangige Gespräche mit Innenministern, Leitern/Direktoren von Polizeibehörden und -Akademien sowie mit Führungskräften internationaler und regionaler Partnerorganisationen. Die SPMU arbeitete in Form der nachstehend aufgeführten Aktivitäten weiter am Aufbau von Kapazitäten und an Ausbildungsaktivitäten für die Strafverfolgungsbehörden in den Bereichen Bekämpfung der organisierten Kriminalität, des illegalen Drogenhandels, des Menschenhandels und der Internetkriminalität:

- Ausbildung afghanischer Polizeibeamter der mittleren und oberen Ebene in der Bekämpfung illegaler Drogen an der türkischen Internationalen Akademie für die Bekämpfung von Drogen und der organisierten Kriminalität (Ankara, 30. April bis 14. Mai)
- Konferenz über „Bekämpfung des illegalen Drogenhandels und Stärkung der Grenzsicherung und des Grenzmanagements im OSZE-Raum“ (Wien, 16.–17. Juni)
- Seminar über „Beschlagnahme von Erträgen aus kriminellen Aktivitäten und Einziehung der Profite von Drogenhändlern“ (Kiew, 6.–8. September)

- Seminar für ukrainische Strafverfolgungsexperten über „Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels und damit zusammenhängender Straftaten bei sportlichen Großveranstaltungen“ (Wien, 22. Juni)
- Regionaler Workshop zum Thema „ Computergestützte Kriminaltechnik und digitale Beweismittel“ für Polizeibeamte, Staatsanwälte und Richter in Südosteuropa (Belgrad, 2.–3. Juni)
- Workshop zum Thema „Moderne Polizeiausbildung – e-Learning“ für Ausbildungsexperten der OSZE, des Europarats, der Interpol, des UN-Büros für Drogen- und Verbrechenbekämpfung (UNODC) und mehrerer Teilnehmerstaaten (Ankara, 9.–10. Juni)
- Regionaler Workshop zum Thema „Internationale Zusammenarbeit in Strafrechtsangelegenheiten“ für Rechtsexperten aus Zentralasien (Almaty, 11.–13. Juli)
- Fortbildungsveranstaltung zum Thema Internetkriminalität für die Polizei in Südosteuropa in *Advanced Windows Forensics* im deutschen Bundeskriminalamt (Wiesbaden, 10.–14. Oktober)
- Fortbildungsveranstaltung zum Thema Internetkriminalität für die Polizei in Südosteuropa in *Using Linux as an Investigative Tool* (Belgrad, 14.–18. November)

Ferner hielten SPMU-Mitarbeiter zahlreiche Referate bei Workshops und Ausbildungskursen in ihren jeweiligen Fachbereichen.

Die SPMU unterstützte das ganze Jahr hindurch die UN-Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze (UNDPKO) bei der Entwicklung eines standardisierten UN-Lehrplans für die Polizeiausbildung in der Ermittlung und Verhütung sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt im Zuge von Konflikten.

Zur Erweiterung des Netzes von Polizeiausbildungseinrichtungen im OSZE-Raum unterzeichnete die SPMU Kooperationsprotokolle mit den Polizeiakademien Georgiens und der Türkei. Ähnliche Kooperationsmechanismen werden für 2012 mit der Vereinigung europäischer Polizeiakademien und anderen regionalen und internationalen Organisationen angestrebt.

Online-Informationssystem für Polizeiarbeit (POLIS)

Das POLIS-Team plante, gestaltete und unterstützte mehrere On-line-POLIS-Workshops und leistete auch Hilfestellung beim ersten e-Learning-Workshop zum Thema Polizeiarbeit. Das Team entwickelte außerdem ein spezifisches POLIS-Portal zum Thema illegaler Drogenhandel.

Ferner traf das POLIS-Team eine Reihe von Maßnahmen zur weiteren Verbesserung der im System, insbesondere in der Polizeiexpertendatenbank, gespeicherten Informationen. Schließlich gab das Team erstmals einen vierteljährlichen POLIS-Newsletter heraus, der einen Überblick über die jüngsten Entwicklungen im POLIS-System gibt und die Quartalsstatistiken für das System zusammenfasst.

DAS BÜRO DES SONDERBEAUFTRAGTEN UND KOORDINATORS FÜR DIE BEKÄMPFUNG DES MENSCHENHANDELS

Sonderbeauftragte und Koordinatorin:

Maria Grazia Giammarinaro

www.osce.org/cthb

Die OSZE-Sonderbeauftragte und Koordinatorin für die Bekämpfung des Menschenhandels, Maria Grazia Giammarinaro, arbeitete weiter mit den Teilnehmerstaaten, OSZE-Organen, -Institutionen und -Feldoperationen sowie mit internationalen Organisationen und Nicht-regierungsorganisationen (NGOs) an der Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Bekämpfung des Menschenhandels. Sie machte auch im abgelaufenen Jahr auf die Wichtigkeit der Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels aufmerksam, der sowohl eine schwere Menschenrechtsverletzung als auch eine massive grenzüberschreitende Bedrohung darstellt, und widmete sich besonders den Schwerpunktthemen Kinderhandel und Menschenhandel für die Zwecke der Ausbeutung von Arbeitskräften. Ferner ermutigte sie zur Wiederbelebung von Partnerschaften und verstärkter Zusammenarbeit mit einem breiteren Spektrum zivilgesellschaftlicher Akteure.

2011 bemühte sich die Sonderbeauftragte in enger Zusammenarbeit mit den Teilnehmerstaaten um eine verbesserte Umsetzung der einschlägigen Verpflichtungen und reiste zu diesem Zweck in 16 Länder zu hochrangigen Konferenzen und Treffen mit staatlichen Behörden. Bei drei Länderbesuchen – im Vereinigten Königreich, in Kanada und in Moldau – und bei einem gemeinsamen Besuch mit der Sonderbeauftragten des Amtierenden Vorsitzenden für Genderfragen in Kirgisistan sprach sie mit Ministern und stellvertretenden Ministern, mit Spitzenbeamten, die für die politischen Strategien zur Bekämpfung des Menschenhandels zuständig sind, und mit verschiedensten anderen Gesprächspartnern einschließlich zivilgesellschaftlicher Akteure. Anschließend informierte sie die zuständigen Regierungsstellen über ihre wichtigsten Erkenntnisse aus den Länderbesuchen, oft in Form zusammenfassender Berichte mit Empfehlungen auf Grundlage der OSZE-Verpflichtungen zur Bekämpfung des Menschenhandels (PC.DEC/557/Rev.1), und unterstützte sie bei entsprechenden Abhilfemaßnahmen. Das Büro erhielt positive Rückmeldungen in Bezug auf diese Vorgehensweise und sieht dem weiteren Dialog mit den Teilnehmerstaaten hinsichtlich der Bewertung der in den einzelnen Ländern erzielten Fortschritte erwartungsvoll entgegen und wird auf Ersuchen weiter technische Hilfestellung geben.

Angesichts der Tatsache, dass Parlamentarier außerordentlich wichtige Gesprächspartner und Entscheidungsträger auf nationaler Ebene sind, sagte die Sonderbeauftragte vor den zuständigen Ausschüssen des Deutschen Bundestags und der italienischen Abgeordnetenkammer aus. Ferner erweiterte sie ihre Arbeitsbeziehungen zur *All-Party Parliamentary Group against Human Trafficking* im Vereinigten Königreich.

Mit dem Ziel, die Organe der Strafrechtspflege in ihrer Arbeit zu unterstützen, arbeitete die Sonderbeauftragte auch 2011 eng mit den Justizbehörden der Teilnehmerstaaten zusammen, um den Zugang der Menschenhandelsopfer zu den Gerichten zu erleichtern und die Richterschaft durch Qualifizierungsmaßnahmen besser auf die zur Verhandlung anstehenden, juristisch oft komplizierten Fälle von Menschenhandel vorzubereiten.

Die Sonderbeauftragte arbeitete 2011 eng mit dem Amtierenden Vorsitz der OSZE und entsprechenden OSZE-Organen zusammen und sprach zwei Mal im Ausschuss zur menschlichen Dimension. Sie wirkte auch an den Vorbereitungsarbeiten für die *Erklärung des Ministerrats über die Bekämpfung jeder Form von Menschenhandel* (MC.DOC/1/11/Corr.1) mit, die ein erneutes Bekenntnis zur Bekämpfung des Menschenhandels und eine wichtige Anerkennung der zahllosen Formen dieses Verbrechens, insbesondere des Menschenhandels für die Zwecke der Ausbeutung von Arbeitskräften, darstellt.

Im Juni hielt die Sonderbeauftragte in Wien die 11. Konferenz der Allianz gegen den Menschenhandel ab, die dem Thema „Verhütung des Menschenhandels für die Zwecke der Ausbeutung von Arbeitskräften: Menschenwürdige Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ gewidmet war. An der Veranstaltung nahmen über 350 Personen teil – unter ihnen renommierte Vortragende aus den Teilnehmerstaaten, aus internationalen Organisationen und aus der Zivilgesellschaft. Zum ersten Mal wurde die Konferenz live per Webcast übertragen, wodurch ein erheblich größeres Publikum erreicht wurde. Die Konferenz war aktuellen Trends und speziellen Merkmalen des Menschenhandels für die Zwecke der Ausbeutung von Arbeitskräften gewidmet und zeigte einen innovativen strategischen Ansatz zur Verhütung von Menschenhandel auf.

In enger Zusammenarbeit mit der Gruppe Strategische Polizeiangelegenheiten (SPMU) und dem Büro des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE (OCEEA) organisierte die Sonderbeauftragte gemeinsam mit dem Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) ein Expertenseminar der Allianz zum Thema „Einsatz von Systemen zur Bekämpfung der Geldwäsche im Kampf gegen den Menschenhandel“. Bei dieser Veranstaltung diskutierten wichtige Akteure aus dem Bereich der Bekämpfung der Geldwäsche gemeinsam mit Ermittlern in Menschenhandelsfällen und NGOs auf operativer Ebene, wie Methoden der Finanzermittlung die Wirksamkeit der Bekämpfung des Menschenhandels steigern können, sowie über einen verbesserten Zugang der Opfer zu den Gerichten.

Das Büro leistete seinem Mandat entsprechend auch weiter technische Hilfe, oft in Zusammenarbeit mit OSZE-Feldoperationen, in Form von gezielten Schulungen für einschlägig tätige Fachkräfte und insbesondere für Strafverfolgungsbeamte.

In Unterstützung der Bewegung gegen Sklaverei zur Beseitigung jeder Form von Menschenhandel leistete die Sonderbeauftragte auch Aufklärungsarbeit über den Menschenhandel, um eine breitere Öffentlichkeit auf dieses Verbrechen aufmerksam zu machen, und knüpfte zu diesem Zweck auch Kontakte zu Akademikerkreisen an wichtigen Universitäten. Das Büro hat Untersuchungen zu einigen wenig beachteten Aspekten des Menschenhandels in Auftrag gegeben, etwa zum Thema Menschenhandel für die Zwecke der Organentnahme, mit Folter gleichzusetzender Menschenhandel und Verhaltenskodizes im Privatsektor und beim Militär.

Die interne Koordination verlangte eine enge Zusammenarbeit insbesondere mit SPMU, OCEEA und der Abteilung Genderfragen, mit dem Programm gegen den Menschenhandel des OSZE-Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) sowie mit den Feldoperationen im Rahmen des vom BDIMR veranstalteten Treffens der Kontaktstellen und durch die Förderung eines regelmäßigen Informationsaustauschs.

Die externe Kooperation mit UN.GIFT und anderen wichtigen Partnern wurde 2011 weiter ausgebaut, vor allem im Rahmen der Allianz gegen den Menschenhandel, aber auch mit NGOs und erstmals mit Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden.

DIE GRUPPE TERRORISMUSBEKÄMPFUNG

www.osce.org/atu

Auf Ersuchen des Amtierenden Vorsitzes, der Teilnehmerstaaten und des Generalsekretärs verstärkte die Gruppe Terrorismusbekämpfung (ATU) 2011 ihre Tätigkeit in den Bereichen Internet- und Computersicherheit, gewalttätiger Extremismus und Radikalisierung, die zu Terrorismus führen, und die Sicherheit von Reisedokumenten. Sie setzte ihre Tätigkeit in allen ihren neun Programmbereichen fort.

Die Gruppe organisierte, unterstützte oder förderte auf andere Art und Weise 20 Aktivitäten zum Aufbau von Kapazitäten auf OSZE-weiter, regionaler und nationaler Ebene, gegebenenfalls unter Einbindung der Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Die Gruppe koordinierte ihre Aktivitäten mit den Strukturen der Vereinten Nationen und anderen zwischenstaatlichen Organisationen auf proaktive Weise, um laufende Tätigkeiten zu unterstützen bzw. zu ergänzen, Erfahrungen und Good Practices auszutauschen, aber auch, um Kontakte zwischen nationalen Behörden und internationalen Experten zu erleichtern.

Die Themenschwerpunkte waren unter anderem folgende:

- Die Gruppe leistete den Teilnehmerstaaten umfassende Unterstützung in deren Bemühen, in Zukunft der OSZE im Bereich der Internet- und Computersicherheit eine größere Rolle zuzuweisen. Konkret unterstützte die ATU die Konferenz des Vorsitzes „Ein umfassender Ansatz in Fragen der Internetsicherheit – Überlegungen zur zukünftigen Rolle der OSZE“ (Wien, 9.–10. Mai). Ausgehend vom immer deutlicher werdenden Konsens, dass sich die OSZE mit vertrauensbildenden Maßnahmen zur Stärkung der Transparenz, Berechenbarkeit und Stabilität im Cyberspace auf zwischenstaatlicher Ebene befassen könnte, war die Gruppe dem vom Vorsitz ernannten *Chef de file* bei der Vorbereitung möglicher weiterer Schritte im Hinblick darauf für den Ministerrat von Wilna behilflich.
- Die Gruppe widmete sich verstärkt dem Phänomen des gewalttätigen Extremismus und der Radikalisierung, die zu Terrorismus führen, und nahm eine Reihe neuer Aktivitäten auf, darunter einen mit der OSZE-Gruppe Strategische Polizeiangelegenheiten gemeinsam durchgeführten Workshop in Kirgisistan, der das Instrumentarium für bürgernahe Polizeiarbeit im Hinblick auf die Bekämpfung dieses Phänomens fördern sollte. Besonderes Augenmerk wurde auf das Thema Frauen und Terrorismus gelegt, weil sie sowohl Opfer von gewalttätigem Radikalismus sind, als auch bei dessen Verhütung eine Rolle spielen können. Zu diesem Zweck förderte die ATU die nichtstaatliche Frauen-Anti-Terror-Plattform *Sisters Against Violent Extremism* (SAVE) durch einen Besuch in Tadschikistan und veranstaltete gemeinsam mit dem OSZE-Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte eine Expertenrunde zum Thema Verhütung einer terroristischen Radikalisierung von Frauen.
- Um alle Aspekte des Schutzes von Reisedokumenten und der Identifizierung samt den dazu gehörigen Verfahren zu erfassen, optimierte die ATU ihre einschlägigen Aktivitäten. In Zentralasien trieb die Gruppe ein Projekt voran, in dessen Verlauf 20 Grenzposten in Tadschikistan und Kirgisistan an die Interpol-Datenbank für gestohlene und verlorene Reisedokumente angeschlossen werden sollen. Darüber

hinaus wurde in Tadschikistan 2011 gemeinsam mit der Internationalen Organisation für Migration ein neues Projekt aufgenommen, das für Reisedokumente nach internationalen Normen sorgen und jene Prozesse und Dokumente verbessern soll, die den Behörden die sichere Feststellung der Identität von Personen im Zuge der Bearbeitung von Anträgen und Grenzkontrollen ermöglichen.

- Die ATU setzte sich für eine Initiative für öffentlich-private Partnerschaften zur Verstärkung der Sicherheit im touristischen Bereich ein und ermöglichte zu diesem Zweck einen einschlägigen Expertenworkshop (Wien, 8.–9. September). Der Workshop diente der Sensibilisierung für Fragen wie die Kosten von Terroranschlägen auf touristische Ziele oder Möglichkeiten für die Erhöhung der Sicherheit von Großveranstaltungen und die Bedeutung nichtstaatlicher Sektoren für Bemühungen zur Bekämpfung des Terrorismus.

Das ganze Jahr hindurch lieferte die Gruppe auch wesentlichen Input für die politischen Bestrebungen zur Konsolidierung der Terrorismusbekämpfungsaktivitäten und -initiativen der OSZE, die mit der Schaffung von Synergien in der Arbeit des OSZE-Sekretariats im Bereich der Bekämpfung grenzüberschreitender Bedrohungen in Zusammenhang stehen.

DAS BÜRO FÜR INNENREVISION

Zu Ende des Jahres 2011 unterzog das Büro für Innenrevision seinen internen Audit-Prozess und seine Arbeitsdokumente einer externen Qualitätssicherungsprüfung, die von einem Vertreter des Institute of Internal Auditors durchgeführt wurde. Das Prüfergebnis ist eine Bestätigung der kontinuierlichen Fortschritte seit der letzten Bewertung Ende 2006. Es bestätigt die Aussage des Büros für Innenrevision, dass die Audits im Einklang mit den vom Institute of Internal Auditors aufgestellten Internationalen Normen für die berufliche Praxis der internen Revision durchgeführt wurden.

Das Büro für Innenrevision erfüllt mit seiner Arbeit drei unterschiedliche Funktionen: internes Audit, Evaluierung und Ermittlung.

Im Laufe dieses Jahres führte das Büro für Innenrevision sechs Audits von Feldoperationen in Südosteuropa, Osteuropa und Zentralasien sowie ein Follow-up-Audit der Projektumsetzung einer Institution und zwei Audits im Sekretariat durch. Zur Gewährleistung einer ordnungsgemäßen und effizienten Schließung einer Feldoperation prüfte das Büro für Innenrevision den Ablauf, die Verfahren und die Koordinierung zwischen den Bediensteten im Sekretariat und in der Feldoperation.

Im Zuge der internen Revision wird routinemäßig die Einhaltung des Ordnungsrahmens der OSZE kontrolliert, um die Angemessenheit der internen Kontrollen zu bestätigen und die Manager bei der Erreichung ihrer Ziele zu unterstützen. Über einen Zeitraum von zehn Jahren betrachtet, beweist das kumulierte Resultat des Büros für Innenrevision einen zunehmenden Reifegrad seiner Fähigkeiten. Zur weiteren Stärkung einer Tradition der Rechenschaftspflicht, widmete sich das Büros bei seinen Prüfungen im Jahr 2011 schwerpunktmäßig Governance und Risikomanagement.

2011 führte das Büro für Innenrevision fünf unabhängige Evaluierungen durch, in deren Folge interne Prozesse verbessert, Best Practices gesammelt und Erkenntnisse für die Verbesserung laufender und künftiger Aktivitäten gewonnen werden konnten.

Das Büro analysierte größere außerbudgetäre Projekte im Zusammenhang mit der Sicherheit von Reisedokumenten und parlamentarischen Unterstützung auf dem Balkan. Die im Zuge der letztgenannten Überprüfung gewonnenen Erfahrungen werden OSZE-Mitarbeitern im Bericht *Findings and Best Practices on Parliamentary Development Projects in the OSCE* zugänglich gemacht werden.

Anhand eines Pilotkonzepts zur Durchführung gemeinsamer Evaluierungen mit Teilnehmerstaaten führte das Büro in Zusammenarbeit mit dem finnischen Außenministerium eine gemeinsame Prüfung der OSZE-Unterstützung für eine Hochschuleinrichtung durch.

Im Zuge der Evaluierung der Genderaufgaben einer OSZE-Feldoperation testete das Büro für Innenrevision ein neuartiges Konzept (*Outcome Mapping*), um zu überprüfen, wie die OSZE-Programme und -Projekte zur Gleichstellung der Geschlechter beitragen. Sollte sich dieses Verfahren bewähren, wird das Büro diesen Ansatz entsprechend nachjustieren, um die nichtprojektbezogene Arbeit der OSZE besser bewerten zu können.

Das Büro für Innenrevision schloss 2011 sieben Finanzuntersuchungen ab. Gegenstand dieser Untersuchungen waren finanzielle Schäden der Organisation sowie Interessenkonflikte, an denen organisationsfremde Parteien beteiligt waren. Nicht in allen Fällen erkannte die Untersuchung jedoch eine Verfehlung, und in einem Fall sprach das Büro für Innenrevision einen Bediensteten vom Vorwurf des Fehlverhaltens frei. Auf Ersuchen des Generalsekretärs ging der für Untersuchungen zuständige Mitarbeiter des Büros auch drei verschiedenen Personalangelegenheiten nach und erteilte neu eingestellten OSZE-Mitarbeitern eine Unterweisung in ethischen Fragen.

Im Zuge seiner Kontrolltätigkeit sprach das Büro im Jahr 2011 rund 200 Empfehlungen aus. Das Büro für Innenrevision verfolgte auch die Umsetzung der im Vorjahr abgegebenen Audit-Empfehlungen, um ihre wirksame Befolgung durch das Management sicherzustellen. Die hohe Akzeptanz und Umsetzungsrate der Empfehlungen ist ein Indikator für die gute Zusammenarbeit mit den geprüften Dienststellen.

Auch in diesem Jahr nahm der OSZE-Prüfungsausschuss die Arbeit des Büros genau unter die Lupe. Das Büro für Innenrevision übermittelte dem externen Prüfer routinemäßig Kopien seiner Prüf- und Evaluierungsberichte und hielt 2011 regelmäßige Treffen zur Planungs- koordinierung und Erörterung mögliche Synergiebereiche ab.

DAS KONFLIKTVERHÜTUNGSZENTRUM

Das Konfliktverhütungszentrum (KVZ) konzentriert sich in seiner Arbeit auf Frühwarnung, Konfliktverhütung, Krisenmanagement und Konfliktfolgenbeseitigung. 2011 leistete das KVZ strategische Unterstützung und praktische Hilfe bei der Überprüfung und weiteren operativen Planung der Initiative für kommunale Sicherheit in Kirgisistan. Das KVZ leistete auch einen Beitrag zu den OSZE-weiten Bemühungen, Bewegung in den Prozess zur Beilegung des Transnistrienkonflikts zu bringen, und unterstützte die internationalen Genfer Gespräche. Das Zentrum bereitete Besuche des Vorsitzenden in Zentralasien, Osteuropa, Südosteuropa, und im Südkaukasus sowie Besuche von OSZE-Botschaftern in Südosteuropa und Zentralasien vor, nahm an diesen Besuchen teil und sorgte für deren Nachbereitung.

Weitere Prioritäten umfassten Analysen zu Fragen des Konfliktzyklus im Rahmen des V-V-Dialogs“, auf deren Grundlage in Wilna der Beschluss MC.DEC/3/11 über Elemente des Konfliktzyklus verabschiedet wurde, sowie die Unterstützung von Projekten zu Grenz- und Zollfragen, insbesondere in Zentralasien, einschließlich der OSZE-Stabsakademie für Grenzmanagement in Duschanbe. Das KVZ unterstützte wie bisher das Forum für Sicherheitskooperation (FSK) bei seiner Arbeit, unter anderem bei der Erarbeitung von dessen Beitrag zum OSZE-Ministerratstreffen in Wilna und der Überarbeitung des Wiener Dokuments. Es wurden mehrere Projekte zum Thema Kleinwaffen und leichte Waffen (SALW) und konventionelle Munition (CA) in Angriff genommen. Bisher wurden in der Ukraine im Rahmen des umfangreichsten OSZE-Projekts, das je vom KVZ geleitet wurde, fast 7000 Tonnen des hochtoxischen Raketentreibstoffs Mélange entsorgt. Das KVZ förderte auch die Umsetzung der UN-Sicherheitsratsresolution 1540 (2004), indem es den Teilnehmerstaaten auf deren Ersuchen bei der Erstellung nationaler Aktionspläne behilflich war.

Ferner fungierte das KVZ wie bisher als zentrale Anlaufstelle der Organisation in Fragen des Programm- und Projektmanagements, von der Planung bis zur Selbstevaluierung.

Strategischer Unterstützungsdienst

Der Strategische Unterstützungsdienst bot dem Vorsitz, dem Generalsekretär und anderen hochrangigen Bediensteten Hilfestellung, um dafür zu sorgen, dass die Organisation auf politische Entwicklungen im OSZE-Raum angemessen reagiert und dadurch das Konfliktisiko verringert. Er koordinierte die Aktivitäten der Feldoperationen der OSZE und unterstützte sie bei der Umsetzung ihrer Mandate.

Das SÜDOSTEUROPA-REFERAT beriet und unterstützte den Vorsitz bei der Aufrechterhaltung eines wirksamen OSZE-Engagements in der Region und sorgte für die Gesamtkoordination der Arbeit der OSZE-Feldoperationen. Das Referat koordinierte die Arbeit des Sekretariats und der einzelnen Feldoperationen und förderte auf diese Weise den Beitrag der OSZE zur Neubelebung des Dialogs zwischen den Ländern der Region über dauerhafte Lösungen für Flüchtlinge und initiierte ein technisches Treffen (Wien, 16. Juni) mit allem internationalen und regionalen Akteuren in der Region zur Vorbereitung der regionalen Ministerkonferenz. Im Zusammenhang mit den Entwicklungen im Nordkosovo übernahm das Referat die Verbindung zwischen der OSZE-Mission im Kosovo und dem Vorsitz, ließ dem Amtierenden Vorsitz Informationen und Analysen zukommen und übermittelte Ersuchen und Anleitungen an die Mission.

Das OSTEUROPA-REFERAT leistete Beiträge zu den OSZE-weiten Bemühungen um Fortschritte im Prozess zur Beilegung des Transnistrien-Konflikts. Es unterstützte die

laufende Arbeit der Vermittler und Beobachter und ermöglichte Sitzungen in Wien unter Einbeziehung aller an diesem Prozess beteiligten maßgeblichen Akteure. Das Referat unterstützte das OSZE-Büro in Minsk bei seiner Schließung, nachdem das Mandat des Büros im Dezember 2010 nicht mehr verlängert worden war. Ferner beriet es den Vorsitz bei seinen Beratungen mit den belarussischen Behörden über die Zukunft des OSZE-Engagements für Belarus. Das Referat unterstützte auch den Projektkoordinator in der Ukraine bei der Bearbeitung der Projektanträge von Regierungsstellen und anderen maßgeblichen Partnern. Schließlich leistete es Hilfestellung bei der Vorbereitung zahlreicher Besuche in der Region, darunter jener des Vorsitzenden, seines Sonderbeauftragten für Langzeitkonflikte, des Generalsekretärs und einer Gruppe Ständiger Vertreter bei der OSZE, und nahm an diesen Besuchen auch teil.

Das KAUKASUS-REFERAT unterstützte auch im abgelaufenen Jahr die Feldoperationen, deren Tätigkeit den Gastländern bei der Erfüllung ihrer OSZE-Verpflichtungen helfen soll. Das Referat war weiterhin eng in die Vorbereitung und Abwicklung der Genfer Gespräche eingebunden und nahm an den regelmäßigen Treffen des Dwani/Ergneti-Mechanismus zur Verhinderung und Regelung von Zwischenfällen teil. Im Rahmen der Genfer Gespräche führte es außerdem vertrauensbildende Wasser-Projekte auf beiden Seiten der Verwaltungsgrenze durch. Das Referat begleitete und unterstützte den Sonderbeauftragten des Amtierenden Vorsitzenden bei regelmäßigen Besuchen der Kovorsitzenden der Genfer Gespräche in Tiflis, Zchinwali und Suchumi. Es unterstützte auch den Persönlichen Beauftragten des Amtierenden Vorsitzenden für den Konflikt, mit dem sich die Minsk-Konferenz befasst, bei seinen Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Prozess zur Beilegung des Konflikts in und um Berg-Karabach.

Das ZENTRALASIEN-REFERAT unterstützte in Partnerschaft mit den Sonderbeauftragten der Vereinten Nationen und der Europäischen Union den Sonderbeauftragten des Vorsitizes für Kirgisistan, um dem Land bei der Lösung der Krise von 2010 zu helfen. Es arbeitete auch mit dem Zentrum in Bischkek, dem KVZ-Dienst „Unterstützung von Einsätzen“ und der Gruppe Strategische Polizeiangelegenheiten an der Initiative für kommunale Sicherheit. Das Referat unterstützte ferner die OSZE-Akademie in Bischkek. Es half dem OSZE-Büro in Tadschikistan und der tadschikischen Regierung bei der Veranstaltung des fünften jährlichen Treffens der gemeinsamen Sonderarbeitsgruppe OSZE/Tadschikistan in Duschanbe im Februar, bei dem gemeinsame Ziele erörtert wurden, und unterstützte mehrere Besuche des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE, des Generalsekretärs und des Direktors des Konfliktverhütungszentrums in der Region. Im März unterstützte das Zentralasien-Referat den Besuch von 17 Delegationsleitern und der Sonderarbeitsgruppe des Vorsitizes in Tadschikistan und Kirgisistan, die sich vor Ort einen Überblick über Fragen betreffend grenzüberschreitende Bedrohungen und die OSZE-Feldaktivitäten verschaffen wollten. Es betreute Besuche des Vorsitzenden in allen fünf Ländern und im nördlichen Afghanistan und setzte sich weiterhin für die Umsetzung des Ministerratsbeschlusses von 2007 über das Engagement der OSZE für Afghanistan (MC.DEC/4/07) ein.

Infrastruktur instand setzen, Vertrauen und Sicherheit schaffen

Das KVZ unterstützte weiter die Internationalen Genfer Gespräche, die im Anschluss an den Konflikt in Georgien 2008 aufgenommen wurden. In diesem Rahmen fördert die OSZE praktische humanitäre Aktivitäten. Insbesondere leitet sie die Durchführung von Wasserprojekten im Rahmen einer Subvention der Europäischen Union wie etwa das Staudamm-

Projekt Zonkari, mit dessen Hilfe der Wasserstand im Staubecken wieder regulierbar werden soll. Jahrelange Spannungen in dem Gebiet hatten bisher die notwendige Instandhaltung der Infrastruktur verhindert. Durch die dringendsten Reparaturen wird die drohende Gefahr für die flussabwärts lebende Bevölkerung abgewendet und der Staudamm kann wieder Bewässerungswasser liefern.

Die Unterstützungsgruppe Programmerstellung und Evaluierung

Der Arbeitsschwerpunkt der Gruppe lag auf der Gewährleistung der Qualität, Kohärenz und effizienten Verwaltung von Projekten und Programmen in der gesamten Organisation. Sie fungierte auch 2011 als zentrale Anlaufstelle für Projekt-, Programm- und Fondsmanager, die bei der strategischen Planung, Entwicklung, Durchführung und Evaluierung ihrer Arbeit effizienter und effektiver vorgehen möchten.

Nach vier Jahren des ergebnisorientierten Managements und ein Jahr nach der Veröffentlichung des Handbuchs *Project Management in the OSCE* befasst sich die Gruppe weiter mit dem Aufbau von Kapazitäten in der Organisation in Form von Ausbildungskursen und Coaching für alle Durchführungsorgane, die speziell an deren jeweiligen Bedürfnisse angepasst werden. Dank dieser jahrelangen Arbeit wurde die grundlegende Methodik des OSZE-Projekt- und Programmmanagements für alle Fonds vereinheitlicht und die Gruppe konnte sich 2011 verstärkt der Unterstützung des leitenden Managements im Hinblick auf Selbstevaluierung und Strategieplanung zuwenden. Die Bedeutung dieser Funktion zeigt sich besonders deutlich im Zusammenhang mit dem Gesamthaushaltszyklus. 2011 sorgte die Gruppe für Vor-Ort-Hilfe für die Mission in Bosnien und Herzegowina, die Präsenz in Albanien, die Mission in Skopje, die Mission in Serbien, die Mission im Kosovo, das Büro in Eriwan sowie das OSZE-Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) und die Fachabteilungen des Sekretariats.

Die Gruppe koordinierte 2011 die Prüfung von 118 außerbudgetären Projektvorschlägen der Feldoperationen und von Dienststellen des Sekretariats im Gesamtwert von über 35,9 Millionen Euro.

Der Dienst „Unterstützung von Einsätzen“

EINSATZPLANUNG UND ANALYSE. Das Planungs- und Analyseteam versorgte den Vorsitz und die Teilnehmerstaaten im Berichtsjahr wieder mit Analysen zur Unterstützung der „V-V-Dialoge“, in deren Verlauf mehrere Expertentagungen über Frühwarnung, rasche Reaktion auf Krisen, Mediationsunterstützung und Konfliktnachsorge abgehalten wurden. Ferner war der Dienst an der Abfassung des vom Ministerrat in Wilna verabschiedeten Beschlusses MC.DEC/3/11/Corr.1 über die Stärkung der Fähigkeiten der OSZE in Konflikt- und Krisensituationen beteiligt. In Bezug auf Frühwarnung begann das Team mit der Ausarbeitung interner Leitlinien für Frühwarnung für die OSZE-Durchführungsorgane. Dazu wurde eine interne Arbeitsgruppe für Frühwarnung bestehend aus Führungskräften aus den Institutionen, den Feldoperationen und dem Sekretariat der OSZE eingerichtet.

Das Planungs- und Analyseteam war in unterstützender Funktion in die Planung und Durchführung der Einstellung des OSZE-Büros in Minsk und in die Planung für die Schließung des OSZE-Büros in Zagreb eingebunden. Außerdem half es weiter bei der Umsetzung der Initiative für kommunale Sicherheit in Kirgisistan, unter anderem bei der Halbzeitbewertung des Projekts.

Das Team setzte seinen systematischen Ansatz des Lernens aus den Erfahrungen fort und koordinierte zu diesem Zweck den Nachbesprechungsprozess in Bezug auf scheidende OSZE-Vorsitzende und Führungskräfte der Feldoperationen. Die Erfahrungen der Feldoperationen wurden erneut als Grundlage für Empfehlungen zur Verstärkung der Effektivität der OSZE herangezogen. Das Team wirkte auch am Entwurf des *After Action Report* über die Einstellung des OSZE-Büros in Minsk mit. Anschließend überarbeitete das Team anhand dieses Berichts sowie des Prüfberichts über die Einstellung des Büros die Operativen Richtlinien für die Schließung oder Umstrukturierung einer OSZE-Feldoperation.

Darüber hinaus unterstützte es den Vorsitz bei der Organisation der Jährlichen Sicherheitsüberprüfungskonferenz (ASRC) und den Sicherheitsausschuss des Ständigen Rates in organisatorischen und inhaltlichen Angelegenheiten.

7 TAGE DIE WOCHE RUND UM DIE UHR EINSATZBEREIT. Über sein Lage-/Nachrichtenzentrum fungierte der Dienst weiterhin rund um die Uhr als operatives Bindeglied und Kontaktstelle zwischen den OSZE-Organen, insbesondere außerhalb der regulären Arbeitszeiten. Per SMS und E-Mail berichtete er in Echtzeit über Vorgänge im OSZE-Raum, unter besonderer Berücksichtigung sich abzeichnender Krisensituationen. Das Lagezentrum erstellte wie bisher tägliche Briefings, Sonderbriefings, wöchentliche regionale Zusammenfassungen und Veranstaltungskalender. Darüber hinaus leistete es vor Ort operative Hilfe in Notfällen, auch im Fall von sicherheitsgefährdenden Zwischenfällen und Evakuierungen aus medizinischen Gründen.

GRENZSICHERUNG UND GRENZMANAGEMENT. Das Grenzteam des Dienstes „Unterstützung von Einsätzen“ leistete auch 2011 in enger Zusammenarbeit mit den Feldoperationen und nationalen Grenz-/Zollbehörden im gesamten OSZE-Raum Unterstützung bei der Umsetzung des OSZE-Konzepts für Grenzsicherung und Grenzmanagement. Geografisch lag der Schwerpunkt nach wie vor bei wichtigen Initiativen zur Höherqualifizierung von Grenz- und Zollbeamten in Zentralasien, doch wurde auch die Zusammenarbeit mit Grenzbehörden aus anderen Regionen fortgesetzt.

Das OSZE-Netz nationaler Anlaufstellen für Grenzsicherheit und -management (NFP) wurde auch dieses Jahr vom Grenzteam betreut und weiterentwickelt. Das Team gab den regelmäßig erscheinenden Netzwerk-Newsletter heraus und führte in Wilna die Jahrestagung des Netzes durch. Gemeinsam mit NFPs und anderen Experten begann das Team außerdem mit der Vorbereitung für die Zusammenstellung von Ausbildungsmaterial für konkrete Themen des Grenzmanagements, darunter die Bekämpfung von Korruption in Grenzbehörden.

Das Grenzteam unterstützte auch die Stabsakademie für Grenzmanagement (BMSC) in Duschanbe. Im Juli und August leistete es Hilfestellung bei der BMSC-Projektüberprüfung, bei der neue interne Regeln und Verfahren festgelegt wurden.

Im Sinne des Beschlusses MC.DEC/4/07 über das Engagement der OSZE für Afghanistan förderte das Grenzteam auch im abgelaufenen Jahr die Teilnahme afghanischer Grenzbeamter an Projektaktivitäten der OSZE in Zentralasien, darunter auch an der BMSC. Es unterstützte überdies operative Aktivitäten zur Sicherung der Grenze zwischen zentralasiatischen Teilnehmerstaaten und Afghanistan und ermutigte zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und zu gemeinsamen Patrouillen. Es entwickelte auch eine Liste möglicher Folgeprojekte und neuer Grenzprojekte im Rahmen des OSZE-Engagements für Afghanistan.

Im Juni 2011 veranstaltete das Grenzteam in Wilna erstmals ein OSZE-Seminar über technische Aspekte der Festlegung und Demarkation von Grenzen, bei dem Experten und Praktiker Best Practices austauschen konnten. Ferner half das Team der Abteilung FSK-Unterstützung bei der Umsetzung der UN-Sicherheitsratsresolution 1540 im gesamten OSZE-Raum durch Beiträge zu einer Seminarreihe, mit der die organisationsübergreifende Zusammenarbeit in Bezug auf den Verkehr von Gütern mit doppeltem Verwendungszweck und von Kleinwaffen und leichten Waffen verstärkt werden sollte.

Die Abteilung FSK-Unterstützung

Die Abteilung unterstützte das Forum für Sicherheitskooperation (FSK) auch 2011 bei seinen Aktivitäten. Sie leistete Hilfestellung bei den Verhandlungen im FSK über die Herausgabe des Wiener Dokuments 2011 und überwachte die Umsetzung vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen (VSBMs). Mit der Herausgabe eines *Zusammenfassenden Berichts über die jüngsten Trends bei der Umsetzung des Wiener Dokuments 1999 und anderer während des AIAM behandelte Maßnahmen* leistete sie einen Beitrag zum Jährlichen Treffen zur Beurteilung der Durchführung (AIAM). Die Abteilung FSK-Unterstützung führte außerdem den Vorsitz beim fünften Treffen der Leiter der Verifikationszentren, das einem Meinungsaustausch über Fragen der praktischen Durchführung des Wiener Dokuments gewidmet war.

Mit Unterstützung Deutschlands, Österreichs, der Schweiz und der Ukraine organisierte die Abteilung in Odessa (Ukraine) ein Regionalseminar zum Thema „Der Verhaltenskodex und vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen im Südkaukasus und in der Schwarzmeerregion“. In Kasachstan leistete sie einen Beitrag zu einem Regionalseminar zum Wiener Dokument, das gemeinsam mit dem kasachischen Verifikationszentrum und dem OSZE-Büro in Astana organisiert wurde und bei dem Offiziere aus Zentralasien und dem Südkaukasus für die Organisation von Verifikationsaktivitäten ausgebildet wurden.

Die Abteilung unterstützte die Teilnehmerstaaten aktiv bei der Umsetzung des vom FSK 2010 verabschiedeten OSZE-Aktionsplans für Kleinwaffen und leichte Waffen (SALW). Sie befasste sich vor allem mit der Angleichung der OSZE-Mustervorlagen für die Berichterstattung über die Umsetzung der SALW-Verpflichtungen an jene der Vereinten Nationen, um den Teilnehmerstaaten die Wahrnehmung ihrer Meldepflichten zu erleichtern. Mit der Hilfe des Stockholmer Friedensforschungsinstituts entwarf die Abteilung ein Formular für SALW-Endnutzerbescheinigungen zur Verwendung bei der Ausfuhrkontrolle. Schließlich stellte die Abteilung eine Zusammenfassung der nationalen Berichte über die Kontrolle von SALW-Vermittlungsgeschäften her, die auf einer Sondersitzung des FSK im September besprochen wurde.

Nach Unterstützungsersuchen aus Bosnien und Herzegowina, Zypern, Moldau und Serbien organisierte die Abteilung 2011 drei erfolgreiche Beurteilungsbesuche und erstellte zwei Projektvorschläge, die gemeinsam mit dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) zur Umsetzung anstehen. Ferner nahm die Abteilung ein weiteres OSZE/UNDP-Projekt in Georgien zur Vernichtung von Streubomben in Angriff. In der Ukraine schloss die Abteilung die Phase III-B des Mélange-Projekts ab, womit alle Mélange-Bestände aus der Westukraine (Radechiw: über 2500 Tonnen) entfernt sind, und leitete mit der Beseitigung von Mélange-Lagerbeständen aus der Zentralukraine (Bila Zerkwa: über 1100 Tonnen) Phase III-C ein. Die Abteilung setzte die Überwachung, Verifikation und Mittelbeschaffung für die gemeinsamen OSZE/UNDP-Programme

betreffend SALW und Lagerbestände konventioneller Munition in Montenegro und Belarus fort.

Das OSZE-Kommunikationsnetz, das 51 der 56 Teilnehmerstaaten sowie das KVZ und die NATO miteinander verbindet, erleichtert weiterhin den Austausch wichtiger Informationen zur Förderung von Offenheit und Transparenz in militärischen Angelegenheiten. Die Abteilung FSK-Unterstützung betreut das System und die anwenderspezifische Software zur Erstellung der vertraglich vorgesehenen Notifikationen. 2011 wurde die Aufrüstung der Sicherheitsinfrastruktur abgeschlossen und es wurden die für 2012 und 2013 geplanten notwendigen Software-Upgrades vorbereitet. Das Netz ermöglichte den Austausch von rund 300.000 Nachrichten zwischen den Teilnehmerstaaten und war mehr als 99,9 Prozent der Zeit sicher, verlässlich und verfügbar. Die Abteilung führte auch weiter den Vorsitz in der OSZE-Kommunikationsgruppe, die die Aufsicht durch und für die Delegationen sicherstellt, und unterstützte und organisierte den Jährlichen Austausch militärischer Information. Das OSZE-Kommunikationsnetz ist nach wie vor eine der erfolgreichsten VSBMs der Organisation.

Schließlich leistete die Abteilung interessierten Teilnehmerstaaten mit direkter Unterstützung durch den 1540-Ausschuss aktiv Hilfestellung bei der Entwicklung nationaler Aktionspläne zur Umsetzung der UN-Sicherheitsratsresolution 1540 (2004). Gemeinsam mit dem UN-Büro für Abrüstungsfragen (UNODA) organisierte sie auf Einladung Kasachstans einen Regionalworkshop über die Umsetzung der Resolution 1540 in Zentralasien.

DAS BÜRO DES KOORDINATORS FÜR WIRTSCHAFTS- UND UMWELTAKTIVITÄTEN DER OSZE

2011 kam es im Anschluss an das Gipfeltreffen von Astana 2010 zu einem verstärkten Dialog zwischen den Teilnehmerstaaten zu Fragen der Wirtschafts- und Umweltdimension, der unter anderem im Wirtschafts- und Umweltausschuss geführt wurde, und zu konkreten Aktivitäten vor Ort zur Umsetzung früherer Ministerratsbeschlüsse. Im Berichtsjahr, das gleichzeitig von Kontinuität und Fortschritt geprägt war, wurden wichtige Beschlüsse zur Straffung und Stärkung der Verfahren und der Struktur für die Aktivitäten in der zweiten Dimension gefasst, unter anderem über die Einführung eines neuen jährlichen Implementierungstreffens zur Wirtschafts- und Umweltdimension.

Das Wirtschafts- und Umweltforum

Das OCEEA unterstützte den litauischen Vorsitz während des 19. Wirtschafts- und Umweltforums, das zum ersten Mal mit dem Vorsitzjahr abgestimmt wurde. Das in zwei Vorbereitungstreffen und das traditionelle Schlusstreffen in Prag gegliederte Forum befasste sich mit der Förderung gemeinsamer Aktionen und der Zusammenarbeit im OSZE-Raum bei der Entwicklung nachhaltiger Energie- und Verkehrssysteme. Es widmete sich zahlreichen Themen, darunter die Integration von Verkehrsnetzen durch den Abbau von Hindernissen und die Vereinfachung der Grenzformalitäten, die Verbesserung der Energieeffizienz, Good Governance und Transparenz im Energiebereich sowie regionale und subregionale Zusammenarbeit bei der Entwicklung nachhaltiger Energie- und Verkehrssysteme.

Good Governance

2011 stellte das OCEEA ein verstärktes, wiedererwachtes Interesse der Teilnehmerstaaten an der Förderung von Good Governance und Transparenz sowie an der Bekämpfung von Korruption, Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung fest, das in dem Beschluss der Teilnehmerstaaten, das Forum 2012 dem Thema „Förderung von Sicherheit und Stabilität durch Good Governance“ zu widmen, und in den Erörterungen des Themas im Wirtschafts- und Umweltausschuss sowie auf dem Implementierungstreffen zur Wirtschafts- und Umweltdimension zum Ausdruck kam.

Das OCEEA setzte sich weiter für die wirksame Umsetzung wichtiger internationaler Verpflichtungen und Rechtsinstrumente ein, darunter das Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Korruption, die 40+9-Empfehlungen der Arbeitsgruppe „Finanzielle Maßnahmen gegen die Geldwäsche“ betreffend Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung und die UN-Sicherheitsratsresolutionen über die Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung. Gemeinsam mit dem UN-Büro für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC), der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und anderen Partnern unterstützte das Büro die Teilnehmerstaaten bei der Umsetzung dieser Instrumente durch verschiedenste Aktivitäten wie Aufklärung, Bedarfsermittlung, Bereitstellung von technischen Inhalten für Seminare, Workshops und Konferenzen sowie Entwicklung von technischen Unterlagen und Ausbildungskursen. Besondere Aufmerksamkeit galt dabei der nationalen Risikobewertung in Sachen Geldwäsche.

Das Büro förderte auch verstärkt Good Governance, Transparenz und die Einbindung zivilgesellschaftliche Organisationen, der Medien und des Privatsektors. Gemeinsam mit dem

Europarat und den OSZE-Feldoperationen setzte es Maßnahmen zur Unterstützung des regionalen Dialogs und Erfahrungsaustauschs über kommunale Reformen und finanzielle Transparenz im Sinne von Good Governance. Als Beitrag zu den Erörterungen der vierten Konferenz der Vertragsstaaten des UN-Übereinkommens gegen Korruption und des Wirtschafts- und Umweltforums 2012 fand in Wien eine Diskussionsrunde über die Rolle der Zivilgesellschaft im Kampf gegen Korruption statt.

Verkehr

Das OCEEA befasste sich auch 2011 mit verkehrsbezogenen Aktivitäten und unterstützte den Vorsitz während des gesamten Forumsprozesses. Es arbeitete insbesondere mit der UN-Wirtschaftskommission für Europa (UNECE) an der Fertigstellung des *Handbook of Best Practices at Border Crossings: A Trade and Transport Facilitation Perspective*. Ferner förderte es ein besseres Verständnis für die Herausforderungen für die Sicherheit im Binnenverkehr in der gesamten OSZE-Region durch Unterstützung von Aktivitäten zur Verbesserung der Koordination und Effizienz der diesbezüglichen internationalen und nationalen Anstrengungen.

Migrationssteuerung

Das OCEEA setzte sich weiter für einen umfassenden Ansatz in der Migrationssteuerung ein. Anfang des Jahres gab es in Zusammenarbeit mit der Internationalen Organisation für Migration (IOM) eine neue Publikation mit dem Titel *Training Modules on Labour Migration Management – Trainer's Manual* heraus, in dem ein globaler Ansatz für die Steuerung der Arbeitsmigration beschrieben wird und das ein von der OSZE, der IOM und dem Internationalen Arbeitsamt (ILO) erstelltes Handbuch zu diesem Thema ergänzt.

Gemeinsam mit der IOM führte das OCEEA ein neues Projekt – *Harmonised Migration Data Collection as Sound Basis for Policy Making* – durch, das eine Entscheidungsfindung in Migrationsfragen auf fundierten Grundlagen erleichtern soll. In Kasachstan, Kirgisistan und Tadschikistan wurden drei Bewertungen der Sammlung und Weitergabe von Migrationsdaten vorgenommen, deren Ergebnisse auf nationalen Seminaren vorgestellt wurden. Sie werden später auch in ein Handbuch für Datensammlung aufgenommen.

Das Büro machte auch weiter auf die Notwendigkeit einer gendergerechte Arbeitsmigrationspolitik aufmerksam und organisierte dazu unter anderem ein regionales Ausbildungsseminar in Wien über Gender und Arbeitsmigration für politische Entscheidungsträger aus Ländern der Europäischen Union und Südosteuropas. Außerdem arbeitete es gemeinsam mit dem OSZE-Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte an einer aktualisierten Fassung des *Gender and Labour Migration Trainer's Manual*.

Energiesicherheit

Das OCEEA arbeitete noch intensiver als bisher mit den OSZE-Feldpräsenzen zusammen. Mit dem Zentrum in Aschgabat organisierte es gemeinsame Kurse für Energiediplomatie. Außerdem half es bei der Organisation einer Konferenz des Vorsitzes über Energiesicherheit in Turkmenistan. Das Büro baute auch seine Zusammenarbeit mit anderen internationalen Gremien aus. Als Mitglied des *Vienna Energy Club*, eines informellen Zusammenschlusses von acht im Energiebereich tätigen internationalen Organisationen mit Sitz in Wien, sucht die OSZE aktiv nach Möglichkeiten zur Schaffung von Synergien. Das OCEEA arbeitete unter

anderem auch mit der NATO, dem Energiechartasekretariat, der Internationalen Energieagentur und der UNECE zusammen.

Umwelt und Sicherheit

2011 führte die OSZE den Vorsitz in der Umwelt- und Sicherheitsinitiative (ENVSEC). In der Zeit ihres Vorsitzes konzentrierte sie sich auf vier Schwerpunkte: Stärkung der Sicherheitsdimension der Initiative, Erweiterung ihrer Partner- und Geberbasis, Erhöhung ihres Profils und Verbesserung der Berichterstattung über ihre Ergebnisse. Diesen Aufgabenstellungen entsprechend wurde eine Sicherheitsstudie unternommen, die die Ausrichtung des ENVSEC-Arbeitsprogramms angesichts der bereits erkannten und möglichen künftigen Verbindungen zwischen Umwelt und Sicherheit neu definieren und aufzeigen sollte, wie das Monitoring und die Berichterstattung über die positiven Effekte der Initiative für die Sicherheit verbessert werden können. Das ENVSEC-Geberforum und zwei ENVSEC-Nebenveranstaltungen – auf der siebenten Ministerkonferenz Umwelt für Europa (Astana, 21. bis 23. September) und dem regionalen Vorbereitungstreffen für die UN-Konferenz Rio+20 (Genf, 2. Dezember) – trugen maßgeblich zur Erhöhung des Profils der Initiative und zur Erweiterung ihrer Partnerbasis bei.

Das OCEEA setzte seine Projekte im Rahmen der ENVSEC-Initiative in allen vier OSZE-Regionen zu den Themen grenzüberschreitende Wasserbewirtschaftung, Umgang mit Sondermüll und Klimawandel fort. Es übernahm die Leitung des ENVSEC-Arbeitsprogramms in der Region Südkaukasus für die Bereiche Bekämpfung von Waldbränden, grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Wasserangelegenheiten, örtliche Umweltverträglichkeitsprüfung und Beteiligung der Öffentlichkeit.

Das Büro setzte sich wieder für die Grundsätze der UNECE-Aarhus-Konvention ein, durch die Transparenz und Demokratie in Umweltentscheidungen gefördert werden sollen, und weitete zu diesem Zweck die Initiative für Aarhus-Zentren aus, die nun 33 Aarhus-Zentren in zehn Ländern umfasst. Anlässlich des vierten Treffens der Vertragsstaaten der UNECE-Aarhus-Konvention in Chişinău (Moldau) veranstaltete die OSZE eine Paralleltagung, bei der die Verantwortlichen der Aarhus-Zentren, die Vertragsstaaten der Aarhus-Konvention und Vertreter internationaler Institutionen Gelegenheit zum Informations- und Erfahrungsaustausch hatten.

Das OCEEA unterstützte auch im abgelaufenen Jahr in enger Abstimmung mit den jeweiligen OSZE-Feldoperationen die Umsetzung der *Civic Action for Security and Environment* (CASE), eines Programms für kleine Zuschüsse für zivilgesellschaftliche Organisationen in Armenien, Aserbaidschan und Tadschikistan, mit dem deren Kapazitäten für die Bewältigung von Herausforderungen im Umwelt- und Sicherheitsbereich erhöht werden sollen.

Gemeinsam mit der Europäischen Umweltagentur (EUA) führte das Büro ein Projekt zur Abschätzung der Auswirkungen des Klimawandels auf die natürlichen Ressourcen und die Verfügbarkeit von Energie und Nahrungsmitteln sowie von dessen Folgen bis 2050 in den Regionen Osteuropa, Südosteuropa, Südkaukasus und Zentralasien durch. Der erste Workshop zur Erarbeitung möglicher Szenarien fand im Februar in Lemberg (Ukraine) statt. Zwei weitere – in Belgrad und Duschanbe – folgten im Laufe des Jahres. Die Ergebnisse dienen als Instrument für gemeinsame Maßnahmen und Strategieempfehlungen, die von den OSZE-Feldoperationen umgesetzt oder im Ständigen Rat behandelt werden könnten.

DIE HAUPTABTEILUNG PERSONALRESSOURCEN

Die Hauptabteilung Personalressourcen (DHR) kam 2011 wieder ihrer Aufgabe nach, den Bedürfnissen der Organisation entsprechend qualifiziertes Personal für die OSZE zu gewinnen, fortzubilden und zu motivieren und die strategische Planung, Koordinierung und Leitung aller personalbezogenen Aktivitäten der OSZE zu unterstützen. Durch die Förderung eines professionellen Arbeitsumfelds, Genderbewusstsein und einen ethischen Ansatz in der tagtäglichen Arbeit sorgte die DHR dafür, dass der OSZE die zur erfolgreichen Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen personellen Ressourcen zur Verfügung stehen. Sie achtete auch darauf, dass die nötigen strategischen Vorgaben für eine faire und transparente Personalverwaltung vorhanden sind und die Dienstleistungen in den Bereichen Personaleinstellung, Verwaltung von Leistungen und Ansprüchen, Lohnverrechnung, Leistungsmanagement und Ausbildung in der gesamten Organisation effizient und verantwortungsbewusst erbracht werden.

Die Tätigkeit der Hauptabteilung erstreckte sich 2011 insbesondere auf folgende Bereiche:

Personaleinstellung

- Aufrechterhaltung entsprechend wettbewerbsfähiger Arbeitsbedingungen in der OSZE, insbesondere in Bezug auf vor Ort eingestellte Missionsmitarbeiter (Lohnniveau und Befreiung von der nationalen Einkommenssteuer) und entsandte Mitarbeiter (Dauer des Einsatzes), unter Berücksichtigung der derzeitigen finanziellen Lage und der Einschränkungen aufgrund der höchstzulässigen Dauer von Dienstverhältnissen sowie durch intensiven Dialog mit den Beschlussfassungsorganen der Organisation;
- Unterstützung des Amtierenden Vorsitzes durch maßgeschneiderte Ausbildungsaktivitäten und Abwicklung der Verfahren für die Einstellung und Dienstzeitverlängerung leitender Führungskräfte der Organisation;
- Weiterentwicklung der Instrumente und Verfahren der Personalbeschaffung mit dem Ziel, ein Höchstmaß an Effizienz, Kompetenz und Integrität bei der gerechten und transparenten Einstellung von Bediensteten aus allen Teilnehmerstaaten zu erreichen;
- Weiterbefassung mit der Funktionsweise des Entsendesystems als Grundlage der internationalen Postenbesetzung, insbesondere in den Feldoperationen;
- Fortsetzung des Programms für Nachwuchskräfte im Höheren Dienst, das Berufseinsteigern aus den Teilnehmerstaaten die Möglichkeit bietet, Einblick in die Tätigkeit der Organisation – sowohl im Sekretariat als auch in den Feldoperationen/Institutionen – zu gewinnen. Aufbauend auf dem Erfolg des Programms in den letzten fünf Jahren und in Anbetracht der ungebrochenen Unterstützung der Teilnehmerstaaten und der Kandidaten stellenden Behörden wurden 2011 wieder zwei Runden des Programms erfolgreich durchgeführt;
- Fortsetzung des Praktikantenprogramms in der Organisation, in dessen Rahmen 2011 rund 40 Praktikanten im Sekretariat aufgenommen wurden.

Beachtung des Gemeinsamen Verwaltungsregelwerks (CRMS) der OSZE im Personalwesen

- Entwicklung von Vorschlägen für die Verbesserung der Kohärenz, Effektivität und Effizienz der Verwaltung der Personalressourcen in der OSZE und Maßnahmen zur Verbesserung des Rahmens für Rechenschaftspflicht in der Organisation, unter anderem durch eine umfassende Überprüfung der für leitende Führungskräfte geltenden Disziplinarverfahren, und Vorlage der Ergebnisse und Erkenntnisse zur Prüfung durch die Teilnehmerstaaten;
- Anleitung und Unterstützung der Führungsebenen im Sekretariat, in den Institutionen und den Feldoperationen, um zu gewährleisten, dass Managemententscheidungen im Personalwesen im Einklang mit dem CRMS stehen, wodurch die Anzahl der Ausnahmereisuchen in Personalfragen spürbar zurückging;
- Überprüfung und Aktualisierung mehrerer Dienstanweisungen, um sie mit dem Personalstatut samt Dienstordnung abzustimmen und Arbeitsverfahren zu verbessern.

Lohnverrechnung und Sozialleistungen

- Umsetzung von Standardverfahren der Lohnverrechnung in der gesamten Organisation und Verbesserung der Kapazitäten des technischen Systems zur Bearbeitung aller Leistungsansprüche der Mitarbeiter;
- Verbesserung des Personalressourcen-Moduls des integrierten Ressourcenmanagementsystems (IRMA) im Hinblick auf eine zeitgerechtere und genauere Berichterstattung, einschließlich einer umfangreichen Aktualisierung zur weiteren Verbesserung seiner Stabilität und Benutzerfreundlichkeit, Analyse der Auswirkungen der Anwendung der *International Public Sector Accounting Standards* (IPSAS) auf personalrelevante Aspekte und rechtzeitige Benachrichtigung über die Notwendigkeit eines System-Upgrades;
- Fortsetzung des Dialogs und der Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen, insbesondere den Vereinten Nationen, in den verschiedensten Personalfragen, z. B. betreffend Ansprüche und Leistungen für Mitarbeiter, Lohnverrechnungsverfahren, Dauer der Dienstverhältnisse, Schulung und Einstellung.

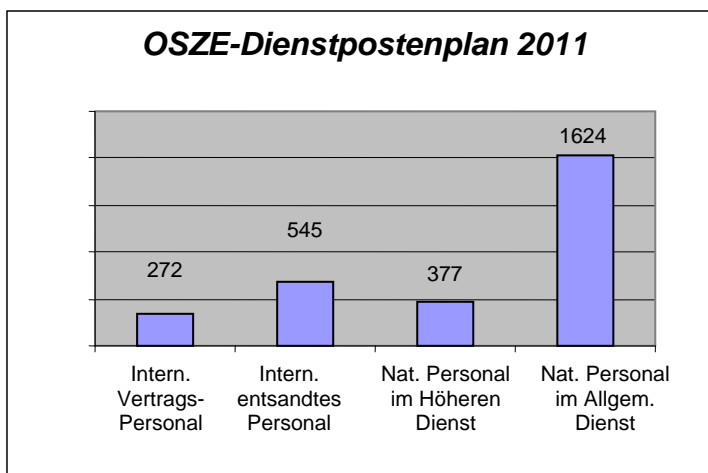
Ausbildung

- Fortsetzung intensiver Schulungen in Genderfragen durch ein dreitägiges Programm, das den Mitarbeitern das Wissen und Können zur Umsetzung der Verpflichtungen aus dem Aktionsplan zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern vermittelt;
- Teilnahme von 715 OSZE-Bediensteten und -Missionsmitarbeitern (363 Frauen und 352 Männern) an Ausbildungsaktivitäten zu verschiedenen Themen in Wien;
- Überarbeitung von Methodik und Inhalt des Allgemeinen Orientierungsprogramms, um die Aus- und Weiterbildung der Teilnehmer zu optimieren; laufende Umsetzung

des Allgemeinen Orientierungsprogramms und Unterstützung für örtliche Einführungsprogramme als wichtigste Methode zur Integration neuer Mitarbeiter.

Schaffung günstiger Rahmenbedingungen

- Start des ersten OSZE-Entwicklungsprogramms für Führungskräfte für die Leiter und stellvertretenden Leiter der Missionen und Institutionen, durch das eine gemeinsame Führungskultur geschaffen werden soll;
- Fortsetzung der Aufnahme von Genderaspekten in die Strategien und Verfahren der Personalverwaltung und Bemühungen um Verbesserung des professionellen Arbeitsumfeldes in der gesamten OSZE, unter anderem durch Vorbereitung einer On-line-Befragung, die von allen aus dem Dienst ausscheidenden OSZE-Bediensteten zu beantworten ist;
- Stärkung der koordinierenden Rolle in ethischen Fragen innerhalb der OSZE, wobei als erster Schritt den Teilnehmerstaaten der Entwurf zu einem aktualisierten OSZE-Verhaltenskodex zur Prüfung vorgelegt wird und Möglichkeiten untersucht werden, wie das Bewusstsein der OSZE-Bediensteten für ethisches Verhalten gehoben werden kann;
- Überarbeitung der derzeitigen Mechanismen zur Erkennung und Bewältigung von Konflikten am Arbeitsplatz, etwa durch Zusammenstellung einer Liste externer Mediatoren, Anbieten einschlägiger Schulungsmöglichkeiten und Ausarbeitung einer Aufklärungskampagne zur Verbesserung des Wissensstandes aller OSZE-Bediensteten über diesbezügliche Strategien und Verfahren;
- Förderung einer stärkeren Nutzung und systematischen Anwendung flexibler Arbeitsbedingungen und Unterstützung vergleichbarer Ansätze an anderen Dienstorten, um ein familienfreundlicheres und gendergerechteres Arbeitsumfeld zu schaffen.



DIE HAUPTABTEILUNG VERWALTUNG UND FINANZEN

Die Hauptabteilung Verwaltung und Finanzen (DMF) bietet den Teilnehmerstaaten, dem Generalsekretär, dem Sekretariat, den Institutionen und den Feldoperationen der OSZE Beratung, Dienste und Unterstützung im Management-, Finanz- und Verwaltungsbereich. Sie besteht aus den Abteilungen Haushaltswesen und interne Kontrolle, Rechnungswesen und Finanzdienst, Missionsunterstützung einschließlich Versorgungskettenmanagement, Informations- und Kommunikationstechnologie und Konferenzdienst und sorgt auch für die Aufsicht des Prager Büros mit dem OSZE-Archiv.

Die Hauptabteilung kam 2011 wieder ihren Verpflichtungen in Bezug auf die Planungs- und Haushaltszyklen der Organisation nach und führte die Verwaltungsreform für die ganze Organisation fort, indem sie in gemeinsamer Federführung mit der Hauptabteilung Personalressourcen und dem Büro des Generalsekretärs, insbesondere durch verstärkte Anleitungen im Dienstreisenmanagement, den normativen Rahmen der Organisation, das Gemeinsame Verwaltungsregelwerk (CRMS), verbesserte. Sie half mit, die Effizienz der gesamten Organisation im Bereich des Dienstreisenmanagements zu steigern und die Umsetzung der OSZE-Strategie für das Dienstreisenmanagement zu verbessern, indem sie erstmals Leistungsvorgaben einführte. Die Hauptabteilung unterstützte den Prozess der Weiterentwicklung des Modells der leistungsbezogenen Haushaltserstellung für die Organisation und bot den Feldoperationen weiter Unterstützung und fachliche Ausbildung an. Sie unterstützte die Organisation das ganze Jahr hindurch bei der erfolgreichen Abwicklung aller Tagungen und Konferenzen.

Die Hauptabteilung Verwaltung und Finanzen kann auf folgende erfolgreiche Aktivitäten im Jahr 2011 zurückblicken:

- Bestätigung ihres Jahresabschlusses 2010 durch externe Prüfer in Form eines uneingeschränkten (positiven) Genehmigungsvermerks. Der externe Prüfer des Rechnungshofs der Ukraine stellte fest: „Unserer Ansicht nach stellt dieser Jahresabschluss die Finanzlage zum 31. Dezember 2010 sowie die Ergebnisse der Vorgänge und den Cashflow für das am Stichtag endende Haushaltsjahr ... in allen wesentlichen Belangen ordnungsgemäß dar“;
- Verwaltung der bei Finanzinstitutionen (Banken) angelegten OSZE-Gelder, um zu gewährleisten, dass die Gelder in dem 2011 nach wie vor weltweit äußerst unbeständigen finanziellen Umfeld mit einem Minimum an Risiko investiert werden;
- Fortsetzung der schrittweisen Übernahme der *International Public Sector Accounting Standards* durch die Umsetzung mehrerer Standards, die im Jahresabschluss 2011 ihren Niederschlag finden werden;
- weitere Erfüllung der Verpflichtungen in Bezug auf die Bereitstellung der Unterlagen für den Planungs- und Haushaltszyklus sowie Beratung und Unterstützung für den Vorsitz des Beratungsausschusses für Management und Finanzen der OSZE im Hinblick auf die rechtzeitige Verabschiedung des Gesamthaushaltsplans 2011;
- weitere Stärkung der internen Kontrollstruktur anhand eines für die ganze Organisation geltenden formalisierten Risikomanagementsystems, das durch die

Ermittlung kritischer Risikobereiche und die Bereitstellung der dafür angemessenen Mittel eine wirksame Verwaltung erleichtert;

- weitere entscheidende Hilfestellung für alle für die Verwaltung von Teilhaushalten zuständigen Gruppen in allen OSZE-Feldoperationen und -Institutionen bei der Systemverwaltung und den Organisationsabläufen durch Orientierungshilfen für Finanzdienstanweisungen und begleitende Kontrolle verbesserter interner Kontrollen;
- weitere Stärkung des CRMS und der internen Kontrollstruktur durch Überarbeitung der Finanzdienstanweisungen FAI 5 (Einnahmen- und Cash-Management) und FAI 9 (Dienstreisenmanagement);
- technische Unterstützung der für die Finanzvorschriften bzw. die Beitragsschlüssel zuständigen Arbeitsgruppen des Beratungsausschusses für Management und Finanzen;
- Verbesserung der IT-Governance für interne IT-Strukturen und Entwicklung einer Veränderungsstrategie für IT- und ERP-Systeme zur Aufrüstung der derzeitigen Oracle/IRMA-Plattform;
- Erweiterung der Suchfunktion in DocIn, um den Zugriff auf Dokumente und Informationsquellen in der gesamten OSZE zu erleichtern;
- Fertigstellung des Entwurfs und Vorbereitung eines neuen Netzwerkbetriebssystems (auf der Grundlage des Industriestandards Microsoft Technologies), das 2012 in der gesamten OSZE eingeführt werden soll;
- Erhöhung der IT-Sicherheit durch Verbesserung der Präventionsfunktion und erfolgreiche Durchführung externer Penetrationstests;
- Verbesserung der Infrastruktur für Treffen und Konferenzen, u. a. durch logistische Unterstützung und Bereitstellung von Sprachdienstleistungen und Verbesserung der IT-Unterstützungsdienste in den Räumlichkeiten der OSZE;
- Fortsetzung des Aufbaus von Kapazitäten und Erhöhung des Wissensstandes über Verfahrensabläufe für alle Durchführungsorgane durch eine Kombination von formaler Ausbildung, Besuchen vor Ort und Schulungsveranstaltungen in Wien;
- effektive Vergabeverfahren und Vertragsaushandlung sowie verbesserte Ausnutzung der Reisebudgets, um zu gewährleisten, dass die Organisation im Interesse der Teilnehmerstaaten auch weiterhin für das bestmögliche Kosten-Nutzen-Verhältnis sorgt;
- Fortsetzung der direkten technischen Unterstützung für verschiedene Durchführungsorgane und Sekretariatsprogramme in Bezug auf Beschaffung, Anlagenverwaltung, Projektmanagement und verwandte Bereiche;
- Mitwirkung an der logistischen Planung und den Vorbereitungsarbeiten für den OSZE-Ministerrat;

- Betreuung und Management einer zunehmenden Zahl von Sitzungen und Treffen im Rahmen der vorhandenen Haushaltsmittel und Fortsetzung aller Dienste für die Gemeinsame Beratungsgruppe und die Beratungskommission „Offener Himmel“.

durch das Prager Büro:

- Organisation eines Fachseminars zum Thema „Die OSZE an der Schwelle zum zweiten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts“ im Senat der Tschechischen Republik in Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Sozial- und Wirtschaftsstrategien;
- Aufnahme der vom Büro in Minsk übermittelten Dokumente in das Archiv für geschlossene Missionen;
- Unterstützung des Büros des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE bei der logistischen Vorbereitung und technischen Ausstattung der Schlussitzung des 19. Wirtschafts- und Umweltforums der OSZE in Prag;
- Durchführung von vier Aussendungen im Umfang von jeweils durchschnittlich 45 Publikationen und 600 ausgewählten Dokumenten an 2900 Abonnenten und 67 Depositarbibliotheken. Letztere erhielten halbjährlich vom Büro vorbereitete Zusammenstellungen auf CD;
- weitere Fortschritte im Oral-History-Projekt der KSZE/OSZE durch Transkription und Übersetzung des bisher gesammelten audiovisuellen Interviewmaterials;
- Öffnung seiner Archivalsammlungen für acht Langzeit-Gastforscher (Japan, Luxemburg, Rumänien, Irland) und vier Diplomanden aus tschechischen wissenschaftlichen Institutionen;
- Empfang von 36 Studentengruppen auf Studienreise in Prag, was im abgelaufenen Jahr durchschnittlich 610 Besucher ergab.

**DIE
PARTNERSCHAFTEN
FÜR SICHERHEIT UND
ZUSAMMENARBEIT**

DIALOG MIT DEN KOOPERATIONSPARTNERN IN ASIEN UND IM MITTELMEERRAUM

Auf dem Gipfeltreffen von Astana 2010 anerkannten die Teilnehmerstaaten, dass die Sicherheit des OSZE-Raums „untrennbar“ mit der Sicherheit in angrenzenden Gebieten „verbunden ist“. 2011 unterstrichen Ereignisse wie der „Arabische Frühling“, die Naturkatastrophen in Japan und Thailand sowie die durch grenzüberschreitende Bedrohungen bedingten Herausforderungen wie der illegale Handel mit Drogen aus Afghanistan die Bedeutung der OSZE-Kooperationspartnerschaft. Sie fördert den Dialog, die Zusammenarbeit und den Informationsaustausch zwischen den OSZE-Teilnehmerstaaten und den Partnern im Mittelmeerraum und in der Region Asien und ermöglicht die Ermittlung gemeinsamer Problembereiche und die Erarbeitung von Lösungsansätzen für gemeinsame Sicherheitsanliegen. Ein wesentlicher Bestandteil der Partnerschaft ist die Weitergabe von OSZE-Normen, -Verpflichtungen und -Know-how zur Förderung der OSZE-Grundwerte, zur Erleichterung des Austauschs von Best Practices und – auf Ersuchen – die Unterstützung der Partner bei der freiwilligen Umsetzung von OSZE-Verpflichtungen. In einem Beschluss des Ministerrats in Wilna zu den Kooperationspartnern (MC.DEC/5/11/Corr.1) wurde die Bereitschaft der OSZE unterstrichen, ihre Erfahrungen bei der Förderung nachhaltiger Sicherheit und der Unterstützung demokratischer Übergangsprozesse in enger Zusammenarbeit mit der internationalen Staatengemeinschaft unter der Federführung der Vereinten Nationen an die Partnerländer weiterzugeben.

In einem Jahr des dramatischen Wandels in der OSZE-Nachbarschaft stand die Organisation bereit, ihre Kooperationspartner im Mittelmeerraum und in der Region Asien an ihrem Know-how und ihrer Erfahrung teilhaben zu lassen, unter anderem durch Unterstützung konkreter Maßnahmen und Projekte zur Stärkung demokratischer Institutionen, zur Gewährleistung der freien Meinungsäußerung, zur Belebung der Zivilgesellschaft und zur Ankurbelung des Wirtschaftswachstums. Der demokratische Übergang ist ein komplexer, mehrdimensionaler und langwieriger Prozess, der individuell angepasste Ansätze verlangt. Die OSZE kann beraten, Hilfestellung leisten, ihre Erfahrung einbringen und Best Practices vermitteln, verzichtet jedoch darauf, ihre Prioritäten, Strategien oder Sichtweisen durchzusetzen.

Kooperationspartner im Mittelmeerraum

Ägypten, Algerien, Israel, Jordanien, Marokko and Tunesien. Den Vorsitz in der Mittelmeer-Kontaktgruppe führte Irland.

Kooperationspartner in Asien

Afghanistan, Australien, Japan, Mongolei, Republik Korea and Thailand. Den Vorsitz in der Asien-Kontaktgruppe führte Kasachstan.

Bericht des Vorsitzes

Der litauische Vorsitz bekannte sich nachdrücklich zur Förderung eines verstärkten Dialogs mit den Partnern im Mittelmeerraum und in Asien. Der Amtierende Vorsitzende der OSZE, Außenminister Audronius Ažubalis, solidarisierte sich öffentlich mit den demokratischen Bestrebungen der Bevölkerung Tunesiens, Ägyptens und der anderen Mittelmeerpartner. In seiner Rede vor dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen am 15. Februar bekräftigte er die Bereitschaft der OSZE, ihre Erfahrungen und ihr Wissen wo immer nötig weiterzugeben.

„Die OSZE spielte vor 20 Jahren eine Schlüsselrolle bei der Bewältigung der mit dem Übergang in Osteuropa verbundenen Herausforderungen“, erklärte er, und meinte weiter: „Vielleicht können das Instrumentarium der OSZE sowie ihre Prinzipien und Institutionen in diesen Zeiten des Umbruchs in Tunesien und Ägypten anderen als Inspiration dienen.“

Der Vorsitzende förderte aktiv die Koordinierung der von internationalen Organisationen unter der Führung der Vereinten Nationen geleisteten Hilfe im südlichen Mittelmeerraum durch seine persönlichen Kontakte zum UN-Generalsekretär. Im April besuchte er Tunesien, während die litauische Stellvertretende Außenministerin Asta Skaisgirytė-Liauškienė Ägypten im Juni einen Besuch abstattete. Begleitet von Experten des OSZE-Vorsitzes, des OSZE-Sekretariats und des OSZE-Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) führten sie Gespräche auf hoher Ebene über eine mögliche OSZE-Hilfe und knüpften auch Kontakte zur Zivilgesellschaft in diesen Ländern. Im März präsentierte der Vorsitz ein Hintergrunddokument über eine mögliche Unterstützung der Partner durch die OSZE, in dem es ausdrücklich hieß, dass diese Unterstützung sorgfältig auf die Bedürfnisse des jeweiligen Staates abgestimmt werden müsse und sich schwerpunktmäßig auf Wirtschafts- und Migrationsfragen sowie auf Wahlunterstützung beziehen könne.

Der Vorsitzende begab sich im Mai auch an die tadschikisch-afghanische Grenze und besprach mit dem Gouverneur der afghanischen Provinz Kundus Fragen der Zusammenarbeit Afghanistans mit der OSZE; als Ergebnis dieser Gespräche nahmen afghanische und tadschikische Grenzbeamte im November an einem Schulungsprogramm in Litauen teil.

Der Ministerrat von Wilna

Der Ministerrat von Wilna 2011 widmete den Kooperationspartnern große Aufmerksamkeit. Die Teilnehmerstaaten kamen überein, ihre Zusammenarbeit mit den Kooperationspartnern zu verstärken (MC.DEC/5/11/Corr.1) und ein neues Hilfspaket für Afghanistan zu unterstützen (MC.DEC/4/11/Corr.1). „Wir haben den Beschluss gefasst, unser Engagement für das Partnerland Afghanistan zu verstärken. Das ist umso wichtiger, als der Rückzug der internationalen Kräfte aus dem Land näher rückt“, erklärte der Amtierende Vorsitzende in seinem Schlusswort im Ministerrat. „Ferner haben wir beschlossen, noch intensiver mit den Kooperationspartnerländern zusammenzuarbeiten. Mit diesem Beschluss stärken wir die Bemühungen der OSZE um Unterstützung unserer Partner angesichts der Entwicklungen im Nahen Osten und in Nordafrika.“ Dieses handlungsorientierte Dokument wird mithelfen, die Partnerschaft auf eine neue Stufe zu stellen, indem der Rahmen für den Dialog gestärkt und eine intensivere Zusammenarbeit in einem breiten Spektrum praktischer Fragen ermöglicht wird, was die OSZE besser in die Lage versetzen wird, den Partnern bei der Bewältigung des Übergangsprozesses in ihren Ländern und bei der Durchführung von Reformen beizustehen.

Die Teilnehmerstaaten verabschiedeten außerdem den Beschluss, den Antrag der Mongolei auf Aufnahme als Teilnehmerstaat zu prüfen – das erste derartige Ersuchen eines Staates außerhalb des OSZE-Raums.

Der litauische Vorsitz organisierte vor dem Ministerratstreffen gemeinsam mit dem BDIMR eine Konferenz für die Zivilgesellschaft, an der NGOs aus den Partnerstaaten im Mittelmeerraum teilnahmen. Diese Konferenz über „Transparenz und Pluralismus in bewährten Methoden für Wahlverfahren, politische Mitsprache sowie Justiz- und Rechtsreform“ sollte NGOs auf einschlägige internationale und OSZE-Standards, -Institutionen, -Programme, -Instru-

mente und -Verfahren aufmerksam machen und formulierte Empfehlungen der Zivilgesellschaft in Bezug auf die künftige Rolle der OSZE-Mittelmeer-Partnerschaft, die anschließend von den Teilnehmerstaaten im Ministerrat geprüft wurden.

Bericht des Generalsekretärs

Der Austausch von Informationen und Erfahrungen mit regionalen Organisationen ist eine vielversprechende Methode zur Verstärkung der Synergien und Effektivität und bietet die Möglichkeit, Partnern zu helfen und sie gleichzeitig in ihrer Eigenverantwortung zu stärken. Der OSZE-Generalsekretär besuchte im September den vor Kurzem bestellten Generalsekretär der Liga der arabischen Staaten (LAS), der großes Interesse an der Übernahme der Best Practices und Handbücher der OSZE zeigte, um Kompetenz in der LAS aufzubauen, und die er an die LAS-Mitglieder, insbesondere jene, die auch OSZE-Kooperationspartner sind, weitergeben möchte. Das OSZE-Sekretariat arbeitet gemeinsam mit seinen Ansprechpartnern in der LAS weiter an der Ermittlung und Prioritätenreihung der für eine solche Übung geeigneten konkreten Instrumente.

Der OSZE-Generalsekretär nahm auch an der internationalen Afghanistan-Konferenz (Bonn, 5. Dezember) teil. Afghanistan ist seit 2003 OSZE-Kooperationspartner. Die OSZE widmet sich seither, vor allem über ihre Feldoperationen in Zentralasien, gemeinsam mit Afghanistan der Stärkung der Grenz-, Zoll- und Strafverfolgungsbehörden des Landes und unterstützte auch die letzten vier landesweiten Wahlen. „Unser Ziel ist es, die internationalen und regionalen Bemühungen zur Förderung eines stabilen, unabhängigen, prosperierenden und demokratischen Afghanistan noch mehr als bisher durch die OSZE konkret zu unterstützen,“ erklärte der Generalsekretär auf der Konferenz.

Am Rande des Ministerratstreffens von Wilna veranstaltete der OSZE-Generalsekretär gemeinsam mit dem UN-Untergeneralsekretär für politische Angelegenheiten, B. Lynn Pascoe, eine Gesprächsrunde zur Förderung einer engeren Koordination zwischen internationalen und regionalen Organisationen in deren Reaktion auf den Arabischen Frühling. Zu dieser Veranstaltung versammelten sich Vertreter der Liga der arabischen Staaten und der Organisation für islamische Kooperation sowie Amtskollegen aus der Europäischen Union, der NATO, dem Europarat, der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit und der Konferenz über Interaktion und vertrauensbildende Maßnahmen in Asien sowie Vertreter der OSZE und der UN. 2012 soll eine Folgeveranstaltung stattfinden.

Die Jährliche Sicherheitsüberprüfungskonferenz der OSZE (Wien, 29. Juni bis 1. Juli) widmete der Kooperationspartnerschaft einen eigenen Abschnitt und betonte die Notwendigkeit, einen multilateralen Mechanismus zu entwickeln, der Afghanistan auf dem Weg zu einer demokratischen Regierungsform unterstützt. Die OSZE schloss 2011 ein erstes Hilfspaket für Afghanistan ab, das hauptsächlich Fragen der Grenzsicherung galt, und genehmigte auf dem Ministerratstreffen von Wilna ein zweites Hilfspaket zu einem breiteren Fragenspektrum in allen drei OSZE-Dimensionen (MC.DEC/4/11/Corr.1).

Die OSZE-Abteilung für externe Zusammenarbeit trug 2011 maßgeblich zur Stärkung der Kooperationspartnerschaft bei. In enger Zusammenarbeit mit der Asien-Kontaktgruppe ebenso wie mit der Mittelmeer-Kontaktgruppe förderte sie das ganze Jahr hindurch den offenen Dialog und Informationsaustausch in regelmäßigen Sitzungen. Ferner war sie Mitveranstalter der OSZE/Mongolei-Konferenz 2011 (Ulan Bator, 23.–24. Mai) über

grenzüberschreitende Bedrohungen und die Förderung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie der OSZE-Mittelmeerkonferenz (Budva (Montenegro), 10.–11. Oktober) über den demokratischen Wandel im südlichen Mittelmeerraum. Die Abteilung unterstützte den OSZE-Vorsitz mit Beiträgen und fachlicher Beratung und den Vorsitz der Mittelmeer-Kontaktgruppe bei der Einleitung interner Diskussionen über Möglichkeiten, wie die OSZE die demokratischen Veränderungen im südlichen Mittelmeerraum unterstützen könnte. Schließlich setzte sie auch den Dialog mit einschlägigen Partnern fort und organisierte hochrangige Besuche in der Region.

Der Partnerschaftsfonds

Der Partnerschaftsfonds fördert die Beteiligung der Kooperationspartner an den Aktivitäten der OSZE. Dank neuer Beitragszusagen Deutschlands, Kanadas, Österreichs, Südkoreas und Thailands haben die seit seiner Einrichtung im Jahr 2007 insgesamt zugesagten Mittel eine Summe von über 950.000 EUR erreicht.

2011 unterstützte der von der Abteilung für externe Zusammenarbeit verwaltete Fonds Projekte in folgenden Bereichen: umweltbedingte Herausforderungen für die Sicherheit, die Rolle der Zivilgesellschaft im Kampf gegen Korruption, das OSZE-Engagement für Afghanistan und die Entsendung junger Diplomaten aus Partnerstaaten in das OSZE-Sekretariat, um einander besser kennenzulernen. Aus dem Partnerschaftsfonds wurde auch die verstärkte Teilnahme von Vertretern der Partnerstaaten, insbesondere Afghanistans, an OSZE-Aktivitäten finanziert.

Die Asien-Kontaktgruppe nutzte 2011 Ressourcen des Partnerschaftsfonds zur Förderung der umfassenden Sicherheit in der Region. So wurden etwa bei einer Parallelveranstaltung zur OSZE/Mongolei-Konferenz über „Kapazitätsaufbau in Afghanistan – Stärkung des diplomatischen Dienstes“ konkrete Bedürfnisse und mögliche Vorgehensweisen zur Erhöhung der Kapazitäten des afghanischen diplomatischen Korps erarbeitet. Transparenz und Offenheit in diplomatischen Beziehungen können einem im Übergang befindlichen Staat dabei helfen, das Vertrauen anderer Länder zu gewinnen und deren Unterstützung zu erlangen, wodurch Hilfgelder und Investitionen ins Land kommen. Auf dieser Nebenveranstaltung schlug die Mongolei für 2012 eine aus dem Partnerschaftsfonds unterstützte Ausbildungsinitiative in Ulan Bator vor, durch die afghanische Diplomaten in ihrer Kompetenz gestärkt werden sollen.

Die Mittelmeer-Kontaktgruppe machte 2011 vom Partnerschaftsfonds Gebrauch, um sich mit neu entstandenen Herausforderungen in der Region auseinanderzusetzen. Zum Beispiel wurde Korruption als eine der Ursachen der Unruhen im südlichen Mittelmeerraum erkannt. Mit Unterstützung des Partnerschaftsfonds organisierte das Büro des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE eine Gesprächsrunde (Wien, 5. Juli) zur Erleichterung des Austauschs innovativer Praktiken und Modelle in Bezug auf die Rolle der Zivilgesellschaft, einschließlich der Medien, bei der Verhütung, Aufdeckung und strafrechtlichen Verfolgung von Korruption. Dieser Runde Tisch bot den OSZE-Teilnehmerstaaten und -Kooperationspartnern gleichzeitig Gelegenheit zur Vorbereitung auf den zivilgesellschaftlichen Teil der 4. Konferenz der Vertragsstaaten des Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen Korruption im Oktober in Marrakesch.

2011 nahm der Partnerschaftsfonds folgende neue Projekte in Angriff:

- eine Serie von Workshops über Umwelt- und Sicherheitsfragen im südlichen Mittelmeerraum als Teil der Folgeveranstaltungen zum Seminar von Valencia 2007 über Umweltsicherheit in der Region;
- eine Arbeitstagung zum Thema „Förderung der Sicherheit durch einen umfassenden Lösungsansatz für die Entwicklung von Grenzgebieten – ein Programm zum Aufbau von Kapazitäten auf der Grundlage thailändischer Erfahrungen“ 2012 in Thailand, die auf einer ähnlich erfolgreichen Initiative aus dem Jahr 2010 aufbauen wird und die gemeinsamen Anstrengungen im Kampf gegen grenzüberschreitende Bedrohungen durch den illegalen Drogenanbau und -handel anhand eines umfassenden Ansatzes verstärken soll, der auch Einkommensalternativen anbietet;
- ein Seminar über „Zusammenarbeit für Sicherheit und Entwicklung in Nordostasien und die OSZE-Erfahrung“, bei dem konkrete Grundsätze, Ziele und Maßnahmen zur Schaffung eines Mechanismus für multilaterale Sicherheitskooperation in Nordostasien erarbeitet und Empfehlungen für einen Fahrplan der Sechs-Parteien-Gespräche formuliert werden sollen, in denen Fragen wie Entnuklearisierung, Sicherheitsgarantien und ein Friedensvertrag angesprochen werden. Das Seminar sollte ursprünglich 2011 stattfinden, wurde aber verschoben, um allen wichtigen Akteuren der Sechs-Parteien-Gespräche Gelegenheit zu substanziellen Beiträgen zu geben.

Die Kontaktgruppen

Die OSZE-Kontaktgruppen für die Kooperationspartner in Asien und im Mittelmeerraum tragen aktiv zur Beteiligung der Partner am OSZE-Dialog und an den OSZE-Aktivitäten bei. 2011 führte Kasachstan den Vorsitz in der Asien-Kontaktgruppe, während Irland die Geschicke der Kontaktgruppe für die Mittelmeerpartner leitete.

Das jährliche gemeinsame Treffen der beiden Gruppen (Wien, 21. Juli) bot Gelegenheit zu einem ausführlichen Gedankenaustausch über die Entwicklungen in den unmittelbaren Nachbarregionen der OSZE, einschließlich des südlichen Mittelmeerraums, und brachte die Teilnehmer auf den letzten Stand in Bezug auf kürzlich abgehaltene OSZE-Veranstaltungen wie etwa die Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung. Es wurde auch über OSZE-Aktivitäten unter anderem in den Bereichen Polizeireform, Good Governance, Medienfreiheit und Medienreform diskutiert.

Die Asien-Kontaktgruppe

In ihren sieben Sitzungen 2011 befasste sich die Asien-Kontaktgruppe mit den verschiedensten Sicherheitsfragen, die sowohl für die OSZE als auch für die Regionen in Asien von Belang sind. Die Sitzungen boten auch Gelegenheit zur Berichterstattung über OSZE-Aktivitäten in allen drei Dimensionen, die für die asiatischen Partner von besonderem Interesse sind. Zu den vielen angesprochenen Themen zählten grenzüberschreitende Bedrohungen, Grenzsicherung und Grenzmanagement, Umweltsicherheit, Good Governance und Bekämpfung von Geldwäsche und der Finanzierung des Terrorismus, Fragen der Menschenrechte und der Demokratie, Nichtverbreitung und die Bemühungen der OSZE um die Stabilisierung Afghanistans. Ein weiterer Programmpunkt der Sitzungen waren Vorträge des Verbandes südostasiatischer Nationen (ASEAN), der Mongolei, Koreas und Australiens zu verschiedenen Aspekten der regionalen Sicherheit.

Die Asien-Konferenz 2011 (Ulan Bator (Mongolei), 23.–24. Mai) widmete sich der Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen der OSZE und den asiatischen Partnern bei der Bewältigung gemeinsamer Herausforderungen durch einen umfassenden Sicherheitsansatz. Die Teilnehmer setzten sich in ihren Erörterungen mit der Frage auseinander, wie die umfassende Sicherheit durch verstärkte gemeinsame Anstrengungen zur Bekämpfung grenzüberschreitender Bedrohungen, zur Vertiefung der Zusammenarbeit im Wirtschaftsbereich und zur Stärkung der Menschenrechte, Grundfreiheiten und Rechtsstaatlichkeit gefördert werden kann. Sie kamen zu dem Schluss, dass die rasanten Veränderungen in Asien sowohl Chancen als auch Herausforderungen bedeuteten, was zu verstärkter regionaler Zusammenarbeit veranlassen sollte. Es bestünden zwar erhebliche Unterschiede in der Geschichte und den Sicherheitsbedürfnissen zwischen der OSZE-Region und Asien, doch könnten sich die Partner in Asien den Dialog und die vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen (VSBMs) der OSZE zum Vorbild nehmen und es gebe ausreichend Gelegenheit zur Zusammenarbeit auf der Grundlage gemeinsamer Interessen.

Die Mittelmeer-Kontaktgruppe

Die Mittelmeer-Kontaktgruppe trat 2011 fünf Mal zusammen und erörterte die unterschiedlichsten Sicherheitsfragen und mögliche Modelle der Unterstützung durch die OSZE zur Förderung des friedlichen Übergangs in der Region. Experten der OSZE und anderer internationaler Organisationen hielten Vorträge und Vertreter Ägyptens, Algeriens, Jordaniens, Marokkos und Tunesiens informierten ihre Kollegen über die jüngsten Ereignisse und nationale Reformprogramme. Die Sitzungen der Kontaktgruppe boten auch Gelegenheit zu Berichten über OSZE-Aktivitäten in allen drei Dimensionen, die für die Mittelmeer-Partner von besonderem Interesse sind, etwa in den Bereichen Grenzsicherung und Grenzmanagement, Nichtverbreitung, Energie- und Umweltsicherheit, Migrationssteuerung sowie demokratische Reformen und Menschenrechte.

Die Mittelmeer-Konferenz 2011 zum Thema „Demokratischer Wandel – Herausforderungen und Chancen in der Mittelmeerregion“ (Budva (Montenegro), 10.–11. Oktober) befasste sich mit Fragen in allen drei Dimensionen, darunter die Rolle der Polizei und der Streitkräfte in demokratischen Gesellschaften, Förderung der Menschenrechte, Grundfreiheiten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie Stärkung von Good Governance. Die Teilnehmer bestätigten die Gemeinsamkeiten zwischen den OSZE-Teilnehmerstaaten und den Partnerstaaten in Bezug auf ihre Grundprinzipien und ihr Bekenntnis zum Dialog und zur Zusammenarbeit untereinander und bekräftigten die auf dem Gipfeltreffen von Astana einhellig getroffene Aussage, dass die Sicherheit im OSZE-Raum und die Sicherheit der Kooperationspartner „untrennbar verbunden“ sind. Sie anerkannten auch die unverzichtbare Rolle der Zivilgesellschaft für die Entwicklung moderner, freier, sicherer und menschlicher Gesellschaften.

Unterstützung der demokratischen Entwicklungen im südlichen Mittelmeerraum

Das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) verfügt über Jahrzehnte lange Erfahrung bei der Unterstützung von Ländern im Übergang zur Demokratie und ist gern bereit, sie den OSZE-Kooperationspartnern zur Verfügung zu stellen. BDIMR-Direktor Janez Lenarčič besuchte im Mai Marokko, wo er Kontakt zur Zivilgesellschaft aufnahm und hochrangige Gespräche über eine mögliche OSZE-Hilfe führte. Auf Ersuchen von Vertretern der Zivilgesellschaft in Ägypten, Marokko und Tunesien organisierte das BDIMR im Juli eine Schulung für ägyptische NGOs über Methoden zur Überwachung der Menschenrechte und zur Wahlbeobachtung und im Oktober anlässlich der Mittelmeer-Konferenz in Budva einen Kurs über Wahlbeobachtung für Vertreter der Zivilgesellschaft aus Ägypten, Marokko und Tunesien.

Gemeinsam mit dem litauischen Vorsitz veranstaltete das BDIMR unmittelbar vor dem Ministerratstreffen in Wilna eine OSZE/Mittelmeerpartner-Konferenz für die Zivilgesellschaft (Wilna, 4. und 5. Dezember). Die Konferenz unter dem Titel „Transparenz und Pluralismus in bewährten Methoden für Wahlverfahren, politische Mitsprache sowie Justiz- und Rechtsreform“ machte NGOs mit den einschlägigen internationalen und OSZE-Standards, -Institutionen, -Programmen, -Instrumenten und -Verfahrensweisen vertraut und formulierte Empfehlungen der Zivilgesellschaft in Bezug auf die künftige Rolle der OSZE-Mittelmeer-Partnerschaft zur Prüfung durch den Ministerrat.

DIALOG MIT INTERNATIONALEN, REGIONALEN UND SUBREGIONALEN ORGANISATIONEN UND INSTITUTIONEN

Angesichts der immer komplexeren und zunehmend miteinander verknüpften Bedrohungen für die Sicherheit ist die internationale Zusammenarbeit und gegenseitige Abstimmung wichtiger denn je. Die OSZE ist Partner der Vereinten Nationen, der Europäischen Union, der NATO, des Europarats und vieler anderer internationaler, regionaler und subregionaler Organisationen und Institutionen und bemüht sich gemeinsam mit ihnen um Verstärkung der Sicherheit und Zusammenarbeit im OSZE-Raum und in benachbarten Regionen. Da jede dieser Organisationen ihre eigenen Instrumente und besonderen Stärken hat, sieht die OSZE ihre Aufgabe darin, Synergien zu schaffen und dadurch die politische und technische Effizienz zu erhöhen, für eine sinnvolle Arbeitsteilung zu sorgen und die verfügbaren Ressourcen mit größtmöglichem Nutzen einzusetzen. Ihre Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen stärkt die OSZE in ihrem Vorgehen gegen bekannte und neue Bedrohungen. Dieser Ansatz hat die Plattform für kooperative Sicherheit 1999 und die in der Gedenkklärung von Astana – Auf dem Weg zu einer Sicherheitsgemeinschaft bekräftigten Grundsätze zur Grundlage.

Die OSZE widmet sich dem politischen Dialog, der Koordination und dem Informationsaustausch zu themenbezogenen und regionalen Fragen mit den verschiedensten internationalen, regionalen und subregionalen Organisationen sowohl auf Expertenebene als auch auf politischer Ebene. Die Fachabteilungen, das Konfliktverhütungszentrum (KVZ) und die Koordinatoren im Sekretariat, die Institutionen, die Parlamentarische Versammlung der OSZE und die in der ganzen OSZE-Region angesiedelten Feldoperationen arbeiten alle mit diesen Organisationen zusammen, um die Sicherheit in allen drei Dimensionen zu erhöhen.

2011 wurden die Auswirkungen der Zusammenarbeit der OSZE mit internationalen, regionalen und subregionalen Organisationen von der höchsten politischen Ebene bis hinunter zur Bevölkerung vor Ort spürbar und sorgten im gesamten OSZE-Raum für mehr Sicherheit. Durch ihre Partnerschaft mit anderen Organisationen schafft die OSZE Vertrauen zwischen den Menschen, Volksgruppen und Staaten und hilft mit, Unterschiede zu überbrücken.

Mit der Wiederaufnahme der 5+2-Verhandlungen über die Beilegung des Transnistrien-Konflikts gelang 2011 nach fast sechsjährigem Stillstand der Durchbruch. Der Beschluss, die offiziellen Verhandlungen im 5+2-Format wieder aufzunehmen, wurde im September in Moskau gefasst, und die erste Runde der Neuauflage der offiziellen Verhandlungen – mit dem formalen Titel „Ständige Konferenz zu politischen Fragen im Rahmen des Verhandlungsprozesses über eine Regelung für Transnistrien“ – fand im Dezember in Wilna statt.

Gemeinsam mit den UN und der EU führte die OSZE 2011 in vier Runden der Genfer Gespräche den Vorsitz. Ein gemeinsamer Auftritt der drei Kovorsitzenden im Ständigen Rat der OSZE im Juli unterstrich die Bedeutung der Gespräche für die Sicherheit in der OSZE-Region. Ferner ermöglichte die OSZE gemeinsam mit der Überwachungsmission der Europäischen Union (EUMM) acht Sitzungen des Mechanismus zur Verhinderung und Regelung von Zwischenfällen (IPRM), eines wichtigen Instruments zur Lösung von Fragen vor Ort.

2011 unterstützte die OSZE weiter mit Nachdruck den demokratischen Übergang in Kirgisistan. Das Zentralasien-Referat des KVZ und das OSZE-Zentrum in Bischkek leisteten das ganze Jahr hindurch Hilfestellung bei regelmäßigen Besuchen der Sonderbeauftragten der OSZE, der UN und der EU in Kirgisistan zu Gesprächen mit Behörden und der Zivilgesellschaft des Landes.

Dank ihrer fortgesetzten Zusammenarbeit und laufenden Koordinierung konnten die OSZE, die EU und der Flüchtlingshochkommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) spürbare Fortschritte bei der Lösung der noch offenen Fragen hinsichtlich der Vertriebenen in Südosteuropa aus der Zeit des Konflikts 1991–1995 verzeichnen. Das erfolgreich verlaufene regionale Ministertreffen im November in Belgrad wird 2012 die Abhaltung einer Geberkonferenz ermöglichen, bei der die nötigen Geldmittel zur Finanzierung eines regionalen Projekts aufgebracht werden sollen, das den Hilflosesten unter den Flüchtlingen und Vertriebenen in Südosteuropa helfen soll.

Vereinte Nationen

Da der UN-Sicherheitsrat die Hauptverantwortung für die Aufrechterhaltung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit trägt, sind die Vereinten Nationen die wichtigste Partnerorganisation der OSZE. Der Vorsitz, das Sekretariat, die Institutionen, die Parlamentarische Versammlung und die Feldoperationen der OSZE arbeiten mit zahlreichen Organisationen der UN-Familie zusammen, um die Sicherheit in allen drei Dimensionen in der gesamten OSZE-Region zu erhöhen.

Die Abteilung Externe Zusammenarbeit koordinierte das ganze Jahr hindurch die Kontakte des OSZE-Vorsitzes und -Generalsekretariats mit den Vereinten Nationen und vermittelte im Februar Auftritte des Amtierenden Vorsitzenden im UN-Sicherheitsrat und des Generalsekretärs im UN-Ausschuss zur Bekämpfung des Terrorismus. Der Generalsekretär wohnte im September der Eröffnungssitzung der 66. UN-Generalversammlung bei und traf bei dieser Gelegenheit mit den Leitern zahlreicher UN-Organen und -Hauptabteilungen zusammen. Ferner nahm er an einem hochrangigen Treffen der Vorsitzenden und Generalsekretäre der OSZE und des Europarats sowie an einem Treffen der Vorsitzenden der OSZE und der Organisation der islamischen Zusammenarbeit (OIC) auf hoher Ebene teil. Die OSZE war außerdem Gastgeber des jährlichen Arbeitstreffens 2011 auf Mitarbeiterebene mit Amtskollegen der Vereinten Nationen (Wien, 6. und 7. Juni).

Die OSZE unterstützte die Vereinten Nationen tatkräftig in deren Rolle als Koordinator der internationalen Hilfe für den Übergangsprozess im südlichen Mittelmeerraum. Der OSZE-Generalsekretär und der UN-Untergeneralsekretär für politische Angelegenheiten waren gemeinsam Gastgeber eines Runden Tisches für internationale und regionale Organisationen, bei dem die Reaktionen auf den Arabischen Frühling abgestimmt wurden. Diese hochrangig besetzte Veranstaltung am Rande des OSZE-Ministerratstreffens in Wilna diente dem Informationsaustausch und sollte gewährleisten, dass die Unterstützungsmaßnahmen einander ergänzen, die Ressourcen bestmöglich genutzt werden und Doppelarbeit vermieden wird. 2012 soll ein Folgetreffen stattfinden.

Europäische Union

2011, als die EU mit der Umsetzung des Vertrags von Lissabon begann und den Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) einführte, arbeitete die OSZE weiter eng mit der EU in

Fragen von gemeinsamem Interesse zusammen, unter anderem in Bezug auf die Langzeitkonflikte in der OSZE-Region. Die OSZE-Abteilung Externe Zusammenarbeit koordinierte die Kontakte mit der EU, vermittelte zwei Reden des Generalsekretärs im Politischen und sicherheitspolitischen Komitee der EU im März und Oktober, zahlreiche bilaterale Treffen mit Vertretern der Kommission und des EAD sowie ein Treffen auf Botschafterebene im Juni. Zum ersten Mal führten der Amtierende Vorsitzende der OSZE und die Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik gemeinsam den Vorsitz bei dem regelmäßigen OSZE/EU-Ministertreffen. Im OSZE-Ministerrat unterstrich die Stellvertretende Generalsekretärin des EAD, Helga Schmid, die Bedeutung der OSZE: „Für die Europäische Union spielt die OSZE nach wie vor eine für unsere Sicherheit unverzichtbare Rolle. Ihre gemeinsamen Werte und Grundsätze, ihr umfangreicher Mitgliederkreis und ihr umfassendes Konzept von europäischer Sicherheit können nicht hoch genug eingeschätzt werden. Die Europäische Union ist und bleibt eine entschiedene Befürworterin der OSZE.“

NATO

Die OSZE pflegt ihre enge Arbeitsbeziehungen zur NATO weiterhin durch regelmäßigen politischen Dialog und Zusammenarbeit auf Expertenebene. NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen erklärte auf der Jährlichen Sicherheitsüberprüfungskonferenz der OSZE: „Mit der Schlussakte von Helsinki und der Europäischen Sicherheitscharta wurde die OSZE zur Vorkämpferin in Sachen Demokratie und Menschenrechte. Sie alle spielen eine maßgebliche Rolle bei der Verhütung und Bewältigung von Konflikten. Und Sie sind eines der wichtigsten Foren für die gesamteuropäische Rüstungskontrolle und für Vertrauensbildung. All das macht die OSZE unverzichtbar für die Sicherheit dieses Kontinents – und zu einem Schlüsselpartner der NATO.“

Die Abteilung Externe Zusammenarbeit hielt 2011 das ganze Jahr hindurch Kontakt mit der NATO und ermöglichte unter anderem die Teilnahme des NATO-Generalsekretärs an der Jährlichen Sicherheitsüberprüfungskonferenz, eine Rede des Stellvertretenden NATO-Generalsekretärs im Forum für Sicherheitskooperation sowie zwei Sitzungen auf Mitarbeiterebene im Februar und November zur Erörterung gemeinsamer regionaler Anliegen, der Umsetzung der UN-Sicherheitsratsresolution 1325 zur Förderung der Beteiligung von Frauen an Friedensverhandlungen und am Wiederaufbau nach Konflikten, der Kontrolle von Kleinwaffen und leichten Waffen sowie von neuen Herausforderungen für die Sicherheit und grenzüberschreitenden Bedrohungen.

Europarat

Die OSZE arbeitet eng mit dem Europarat zusammen, tauscht Informationen mit ihm aus und koordiniert ihre Aktivitäten in Bereichen von gemeinsamem Interesse auf politischer ebenso wie auf Expertenebene, unter anderem auch vor Ort. Die Zusammenarbeit der beiden Organisationen betrifft vor allem vier Schwerpunktbereiche: Förderung von Toleranz und Nichtdiskriminierung, Schutz der Rechte von Angehörigen nationaler Minderheiten sowie die Bekämpfung von Terrorismus und Menschenhandel. Die Abteilung Externe Zusammenarbeit koordinierte die Kontakte mit dem Europarat für den Vorsitz und den Generalsekretär und leistete Hilfsstellung bei zwei ordentlichen Sitzungen der Koordinationsgruppe des Europarats und der OSZE (11. März in Straßburg und 21. Oktober in Wien), in denen die Fortschritte in den vier Schwerpunktbereichen besprochen und neue Themenbereiche für künftige Zusammenarbeit sondiert wurden. Im September fand in New York das 20. hochrangige

2+2-Treffen zwischen dem Amtierenden Vorsitzenden der OSZE, dem Vorsitzenden des Ministerrats des Europarats und den Generalsekretären der beiden Organisationen statt, bei dem es auch zu einem bilateralen Treffen der Generalsekretäre kam. Mit diesen hochrangigen Treffen wurde unterstrichen, dass die beiden Organisationen einander in ihrer Arbeit ergänzen und durch eine weitere Vertiefung der Arbeitsbeziehungen noch bessere Ergebnisse erreicht werden können. Außerdem eröffnete der Europarat 2011 Verbindungsbüros in Wien und Warschau, um eine noch engere Zusammenarbeit mit dem Sekretariat und dem Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) zu ermöglichen.

Internationale Zusammenarbeit gegen grenzüberschreitende Bedrohungen

In der *Gedenkerklärung von Astana – Auf dem Weg zu einer Sicherheitsgemeinschaft* wurde festgestellt: „In der komplexen und vernetzten Welt von heute müssen wir in der Auseinandersetzung mit neuen grenzüberschreitenden Bedrohungen (...) zu einer größeren Einigkeit des Wollens und Handelns finden. Diese Bedrohungen können ihren Ursprung innerhalb und außerhalb unserer Region haben.“ 2011 setzte die Organisation daher im Umgang mit dieser zunehmenden Herausforderung vor allem auf eine verstärkte praktische Zusammenarbeit mit anderen internationalen Akteuren. Einer der Höhepunkte in diesem Jahr war die Unterzeichnung eines gemeinsamen Aktionsplans gegen grenzüberschreitende Bedrohungen durch die OSZE und das UNODC, der auf sechs Schwerpunktbereiche abzielt: illegale Drogen; illegale Schusswaffen, SALW und die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen; Terrorismus; grenzüberschreitende organisierte Kriminalität, Korruption und Geldwäsche; Menschenhandel und schließlich irreguläre Migration und das Schleusen von Migranten.

Andere Organisationen

Gemäß der Europäischen Sicherheitscharta von 1999 erfüllt die OSZE die Funktion eines Forums für die Zusammenarbeit zwischen regionalen und subregionalen Organisationen und Initiativen im OSZE-Raum. 2011 kooperierte die OSZE – oder erörterte Möglichkeiten der Zusammenarbeit – mit der Adriatisch-ionischen Initiative, der Zentraleuropäischen Initiative, der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit, der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten, dem Kooperationsrat der türkischsprachigen Staaten, dem Ostseerat, der Organisation der Schwarzmeer-Wirtschaftskooperation, dem Regionalen Kooperationsrat und dem Südosteuropäischen Kooperationsprozess. In den letzten Jahren hat die OSZE auch ihren Dialog und ihre Kontakte mit regionalen Organisationen außerhalb des OSZE-Raums ausgeweitet und tauscht mit ihnen Best Practices und Erfahrungen aus. Aufgrund der 2011 eingetretenen Entwicklungen im südlichen Mittelmeerraum verstärkte die OSZE ihre Kontakte zur OIC, zur Liga der arabischen Staaten (LAS) und zur Afrikanischen Union.

Das Sekretariat

Die Fachabteilungen, das Konfliktverhütungszentrum und andere Dienststellen des OSZE-Sekretariats arbeiteten das ganze Jahr hindurch mit zahlreichen internationalen, regionalen und subregionalen Organisationen und oft untereinander zum Thema Sicherheitsbedrohungen zusammen.

Die ABTEILUNG GENDERFRAGEN setzt sich für die Berücksichtigung männlicher wie weiblicher Sichtweisen in allen Dimensionen der Sicherheit ein, insbesondere in der politisch-militärischen sowie in der Wirtschafts- und Umweltdimension. Durch aktive Teilnahme an Aktivitäten in den Bereichen Geschlechtergleichstellung und Gender-Mainstreaming, Umsetzung der UNSCR 1325 und wirtschaftliche Emanzipation der Frauen baute die Abteilung 2011 ihre Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen, vor allem der NATO und UN-Frauen, weiter aus.

Die ABTEILUNG STRATEGISCHE POLIZEIANGELEGENHEITEN beteiligte sich an Projekten des Büros der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC), der UN-Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze (DPKO) und der Interpol zur Förderung der Polizeireform, Bekämpfung der Geldwäsche und Verstärkung der grenzüberschreitenden Kontakte zwischen Strafverfolgungsbehörden im Vorgehen gegen den illegalen Drogenhandel.

Das BÜRO DES SONDERBEAUFTRAGTEN UND KOORDINATORS FÜR DIE BEKÄMPFUNG DES MENSCHENHANDELS förderte die Partnerschaft zwischen vielen einschlägigen Akteuren im Rahmen der Allianz gegen den Menschenhandel, einem Forum, dem zahlreiche internationale, regionale und subregionale Organisationen, NGOs und nationale Behörden angehören. Auf der 11. hochrangigen Konferenz (Wien, 20.–21. Juni) erörterten mehr als 300 Teilnehmer Fragen betreffend den Schutz der Menschenrechte und Arbeitnehmerrechte, um dem Menschenhandel für die Zwecke der Ausbeutung von Arbeitskräften Einhalt zu gebieten. Die Sonderbeauftragte setzte auch ihre laufende Zusammenarbeit mit dem UNODC, dem Büro des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte (OHCHR), der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), dem Europarat, der EU und der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) fort und erfüllte weiter ihre Aufgabe als Mitglied des Lenkungsausschusses der Globalen UN-Initiative zur Bekämpfung des Menschenhandels (UN.GIFT), die 2011 ihren Strategieplan 2012–2014 verabschiedete.

Die GRUPPE TERRORISMUSBEKÄMPFUNG kooperierte mit über 20 UN-Dienststellen, internationalen, regionalen, subregionalen und Sonderorganisationen, mit denen sie Aktivitäten zur Bekämpfung des Terrorismus unterstützte und förderte, Erfahrungen und Best Practices austauschte und Kontakte zwischen nationalen Behörden und internationalen Experten vermittelte.

Das KONFLIKTVERHÜTUNGSZENTRUM arbeitete gemeinsam mit zahlreichen internationalen, regionalen und subregionalen Organisationen an der Erhöhung der Sicherheit im gesamten OSZE-Raum. Der KVZ-Dienst „Unterstützung von Einsätzen“ bemühte sich über sein Grenzteam in Zusammenarbeit mit mehreren UN-Dienststellen und anderen internationalen und regionalen Organisationen um eine Verbesserung der Grenzsicherung und des Grenzmanagements. Die KVZ-Abteilung „Unterstützung des Forums für Sicherheitskooperation (FSK)“ setzte ihre enge Zusammenarbeit sowohl mit dem UN-Entwicklungsprogramm (UNDP) als auch mit dem UN-Büro für Abrüstungsfragen (UNODA) zur Bekämpfung der illegalen Verbreitung von Kleinwaffen und leichten Waffen (SALW) fort. 2011 wurde das gemeinsame OSZE/UNDP-Projekt zur Sanierung der Lagerstätte für SALW und konventionelle Munition und zur Vernichtung instabiler Munition im montenegrinischen Taras erfolgreich abgeschlossen, ein gemeinsames Projekt zum Aufbau von Kapazitäten in Belarus fortgesetzt und in Georgien, Bosnien und Herzegowina und Serbien wurden neue gemeinsame OSZE/UNDP-Initiativen zum Thema SALW und konventionelle Munition begonnen. Ferner unterzeichnete die OSZE eine Vereinbarung mit dem UNODA über

gemeinsame Aktivitäten zur Förderung der Umsetzung auf regionaler Ebene der UNSCR 1540 zur Verhütung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen.

2011 widmete sich das Planungs- und Analyseteam des KVZ-Dienstes „Unterstützung von Einsätzen“ weiter in enger Zusammenarbeit mit der UN-Gruppe zur Unterstützung von Vermittlungsbemühungen und dem Generalsekretariat des Rates der Europäischen Union wieder der Mediationsunterstützung. Ferner publizierte es *Perspectives of the UN & Regional Organizations on Preventive and Quiet Diplomacy, Dialogue Facilitation and Mediation: Common Challenges & Good Practices*, einen Bericht auf der Grundlage eines gemeinsam von der OSZE und den UN im Dezember 2010 in Wien veranstalteten Workshops für Regionalorganisationen. Im November entwickelte das Planungs- und Analyseteam ein Projekt zur Weitergabe von Erfahrungen und Best Practices der OSZE in der Zusammenarbeit und Koordination mit anderen Akteuren vor Ort, einschließlich internationaler und regionaler Organisationen. Es engagierte sich auch wie bisher in der Internationalen Stabilisierungs- und Friedenskonsolidierungsinitiative, an der Regierungen, Nichtregierungsorganisationen, Denkwerkstätten und wissenschaftliche Einrichtungen sowie internationale Organisationen wie die Afrikanische Union, der Europarat, die UN und die Weltbank beteiligt sind.

DAS BÜRO DES KOORDINATORS FÜR WIRTSCHAFTS- UND UMWELT-AKTIVITÄTEN arbeitete mit vielen internationalen Organisationen bei der Bekämpfung von Sicherheitsbedrohungen in der zweiten Dimension zusammen. Zur Förderung von Good Governance und zur Bekämpfung von Korruption, Geldwäsche und der Finanzierung des Terrorismus beteiligte sich das OCEEA gemeinsam mit der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), dem UNODC, der Weltbank, dem Europarat und anderen Organisationen an verschiedenen Initiativen. In Fragen der Migrationssteuerung kooperierte es mit der Internationalen Organisation für Migration (IOM) und der ILO, während die Themen Verkehrssicherheit und Wasserwirtschaft gemeinsam mit der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (UNECE) behandelt wurden. 2011 führte der Koordinator für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten den Vorsitz in der Umwelt- und Sicherheitsinitiative (ENVSEC), einer Partnerschaft von sechs internationalen Organisationen, die sich die Verringerung umweltbedingter Sicherheitsrisiken zur Aufgabe gemacht haben. Das OCEEA widmete sich außerdem gemeinsam mit der Europäischen Umweltagentur Fragen des Klimawandels und, in Zusammenarbeit mit UNECE, NATO und dem *Vienna Energy Club*, einem Zusammenschluss internationaler Organisationen in Wien, dem Thema Energiesicherheit.

Bekämpfung des Menschenhandels

Das Büro des Sonderbeauftragten für die Bekämpfung des Menschenhandels, OCEEA und die Gruppe Strategische Polizeianglegenheiten organisierten gemeinsam mit dem UN-Büro für Drogen- und Verbrechensbekämpfung ein Expertenseminar im Rahmen der Allianz gegen den Menschenhandel zum Thema „Einsatz von Systemen zur Bekämpfung der Geldwäsche im Kampf gegen Menschenhandel“ (Wien, 3. und 4. Oktober). Bei dieser Veranstaltung wurde auf operativer Ebene darüber diskutiert, ob und wie sich die bei Finanzermittlungen verwendeten Techniken auf strafrechtliche Ermittlungen in Fällen von Menschenhandel übertragen lassen, um Erträge aus Straftaten einzuziehen zu können und einen Abschreckungseffekt zu erzielen. Teilnehmer waren Vertreter der Arbeitsgruppe „Finanzielle Maßnahmen gegen die Geldwäsche“, der Egmont-Gruppe, der Eurasischen Gruppe für die Bekämpfung von

Geldwäsche und der Finanzierung von Terrorismus sowie Regierungsvertreter, Allianz-Partner, Nichtregierungsorganisationen und der Privatsektor.

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Strafverfolgung

Die Gruppe Strategische Polizeiangelegenheiten organisierte gemeinsam mit dem litauischen Vorsitz, dem UNODC und dem Grenzteam des KVZ-Dienstes „Unterstützung von Einsätzen“ eine Konferenz zum Thema „Bekämpfung des illegalen Drogenhandels durch Verstärkung der Grenzsicherung und des Grenzmanagements im OSZE-Raum“ (Wien, 16.–17. Juni). Rund 120 Vertreter der OSZE-Teilnehmerstaaten und -Kooperationspartner sowie acht internationale Organisationen nahmen an der Konferenz teil, durch die grenzüberschreitende Kontakte zwischen Strafverfolgungsbehörden und die internationale und regionale Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Suchtstoffen gefördert wurden.

Die Institutionen

Die OSZE-Institutionen arbeiteten 2011 eng mit internationalen und regionalen Organisationen an einer Steigerung ihrer Effektivität zusammen.

Der HOHE KOMMISSAR FÜR NATIONALE MINDERHEITEN pflegte auch im abgelaufenen Jahr seine Verbindungen zu den Europäischen Gemeinschaften, vor allem zum EU-Kommissar für Erweiterung und zur Generaldirektion Erweiterung, zum Europarat und insbesondere zu dessen Beratendem Ausschuss für das Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten und zur Venedig-Kommission, sowie zum Sekretariat und zu Sonderorganen der UN wie OHCHR, UNHCR und UNDP.

2011 arbeitete die BEAUFTRAGTE FÜR MEDIENFREIHEIT gemeinsam mit den Sonderberichterstatlern der Vereinten Nationen, der Organisation der amerikanischen Staaten und der Afrikanischen Kommission für Menschenrechte und Rechte der Völker an einer *Erklärung über freie Meinungsäußerung und das Internet*, in der die Grundvoraussetzungen für die Erhaltung des Internets als Medium für freie Meinungsäußerung festgelegt sind. Die Beauftragte nahm auch an internationalen Veranstaltungen teil: an der Konferenz der Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) über freie Meinungsäußerung und an der Tagung über den Schutz von Journalisten in der OSZE-Region des Menschenrechtskommissars des Europarats. Ferner finanzierte die Beauftragte gemeinsam mit dem *Open Society Institute* eine Untersuchung über die Zukunft der Medienregulierung in Europa, die die Grundlage für die Veröffentlichung eines Leitfadens für die Regulierung öffentlich-rechtlicher Medien in Europa bildete.

Das BÜRO FÜR DEMOKRATISCHE INSTITUTIONEN UND MENSCHENRECHTE pflegte 2011 weiter aktiv seine engagierte Partnerschaft mit der Europäischen Kommission für Demokratie durch Recht (Venedig-Kommission) des Europarats. Die Kommission prüfte auf Ersuchen von OSZE-Teilnehmerstaaten deren Rechtsvorschriften, unter anderem über Versammlungsfreiheit, politische Parteien, Religions- und Überzeugungsfreiheit und die Justiz. Das BDIMR baute auch seine Zusammenarbeit mit Dienststellen der Vereinten Nationen, insbesondere mit UNDP und UN-Frauen, zur Stärkung der politischen Teilhabe der Frauen und der nationalen Mechanismen zur Förderung der Frauen aus und ging mit der IOM, dem Europarat und dem OSZE/OCEEA eine wichtige Partnerschaft in Migrationsfragen in der Ukraine ein. 2011 schloss das BDIMR außerdem das aus EU-Mitteln

finanzierte 4-Millionen-Euro-Projekt zur Unterstützung der mit Kriegsverbrechen befassten Gerichte ab, das über einen Zeitraum von 18 Monaten in Partnerschaft mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (IStGHJ), dem Interregionalen Forschungsinstitut der Vereinten Nationen für Kriminalität und Rechtspflege und den OSZE-Feldoperationen durchgeführt wurde.

Das BDIMR arbeitete ferner mit der Venedig-Kommission bei der juristischen Begutachtung von Wahlgesetzen zusammen und setzte seine enge Partnerschaft mit der Parlamentarischen Versammlung der OSZE und anderen parlamentarischen Versammlungen (Europarat, Europäisches Parlament und NATO) bei der Wahlbeobachtung fort. Es beteiligte sich aktiv am sechsten Jährlichen Folgetreffen zur Grundsatzerklärung für die internationale Wahlbeobachtung mit den Vereinten Nationen, der Europäischen Kommission, dem *International Institute for Democracy and Electoral Assistance*, dem *Carter Center*, dem *National Democratic Institute* und dem *Electoral Institute for Sustainable Democracy in Africa*.

Das Büro verstärkte auch seine Zusammenarbeit und Koordination mit anderen wichtigen zwischenstaatlichen Partnern im Kampf gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz, unter anderem mit der Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz, der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte, dem OHCHR sowie mit anderen OSZE-Institutionen. Ferner unterzeichnete es eine Kooperationsvereinbarung mit dem Flüchtlingshochkommissariat (UNHCR) zu diesem Thema.

Ausgewählte Bereiche der Zusammenarbeit vor Ort

Die OSZE-Feldoperationen arbeiten vor Ort mit den verschiedensten internationalen, regionalen und subregionalen Organisationen und Institutionen, NGOs und anderen Gruppen zusammen, um die Sicherheit in allen drei Dimensionen zu stärken. Nachstehend findet sich ein Überblick über diese Kooperationsaktivitäten.

Südosteuropa

Die PRÄSENZ IN ALBANIEN kooperierte mit der EU in Eigentums- und Polizeifragen, mit der EU und dem Europarat in Medienfragen, mit dem Europarat zu Fragen der Dezentralisierung und schließlich mit den UN, der Weltbank und der EU zur Koordinierung der Geber.

Die MISSION IN BOSNIEN UND HERZEGOWINA arbeitete mit der NATO bei der Bekämpfung der Internetkriminalität zusammen, mit dem UNDP bei der Rüstungskontrolle und der Erfüllung der politisch-militärischen Verpflichtungen, mit der EU beim Monitoring im Justizbereich und bei der Stärkung der Zivilgesellschaft, mit dem Europarat zu den Themen Bildungsreform, Reform der Kommunalverwaltung und des Strafvollzugs und Umsetzung von Gerichtsurteilen sowie mit UNHCR auf der Suche nach dauerhaften Lösungen für Vertriebene, Flüchtlinge und Rückkehrer.

Die im Gesamtrahmen der UN-Übergangsverwaltungsmission im Kosovo (UNMIK) tätige MISSION IM KOSOVO sorgte für eine enge Abstimmung ihrer Aktivitäten zur weiteren Stärkung der institutionellen Kapazitäten und der Zivilgesellschaft und zur Förderung der Menschenrechte, insbesondere der Volksgruppenrechte, mit ihren internationalen Partnern, darunter UNHCR, UNDP, die Rechtsstaatlichkeitsmission der EU (EULEX), das Verbindungsbüro der Europäischen Kommission, KFOR und der Europarat.

Die MISSION IN MONTENEGRO arbeitete gemeinsam mit dem Südosteuropäischen Kooperationsprozess an der Intensivierung der regionalen Zusammenarbeit und Koordination in Justiz- und Polizeiangelegenheiten, mit der Europäischen Rundfunkunion an der Entwicklung eines Strategiedokuments zur Beschleunigung der Umwandlung der staatlichen Medien in öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten und mit dem UNDP im Rahmen des Entmilitarisierungsprogramms in Montenegro (MONDEM), das 2011 die Vernichtung von 150 Tonnen instabiler Munition ermöglichte.

Die MISSION IN SERBIEN kooperierte in ihren Bemühungen um Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte, der Demokratisierung, der Strafverfolgung und unabhängiger Medien mit UN-Organisationen, darunter UNDP, UNHCR und UNOHCHR, sowie mit der EU, dem Europarat, dem IStGHJ, dem Internationalen Komitee von Roten Kreuz (IKRK), der Weltbank und NGOs.

Die MISSION IN SKOPJE arbeitete mit der EU, der UNESCO, UNICEF und anderen an einer vom HKNM initiierten Regierungsstrategie für Integration im Bildungswesen zusammen, mit EULEX und KFOR bei der Koordinierung gemeinsamen Grenzpatrouillen und der Verbesserung der Grenzsicherung, mit der EU und anderen an einer Effizienzsteigerung im Innenministerium, mit dem UNDP, der OECD und der UNESCO bei der Korruptionsbekämpfung und mit der EU und dem IKRK an der Justizreform.

Das BÜRO IN ZAGREB beobachtete in Zusammenarbeit mit der EU-Delegation, dem IStGHJ-Verbindungsbüro und drei NGOs Kriegsverbrecherprozesse und leistete Beiträge zum Projekt zur Unterstützung der mit Kriegsverbrechen befassten Gerichte, das vom BDIMR in Partnerschaft mit dem IStGHJ und dem Interregionalen Forschungsinstitut der Vereinten Nationen für Kriminalität und Rechtspflege (UNICRI) durchgeführt wurde. Sein Referat für Wohnraumbeschaffung arbeitete ebenfalls mit der EU, UNHCR und anderen zusammen.

Osteuropa

Die MISSION IN MOLDAU kooperierte eng mit UN-Organisationen, der IOM und dem Europarat bei der Bekämpfung von Menschenhandel, häuslicher Gewalt und Diskriminierung und mit der Europäischen Rundfunkunion bei der Reform und Umwandlung des staatlichen Fernsehens und Rundfunks in eine öffentlich-rechtliche Sendeanstalt. Die Mission war auch Mitorganisator von vier inoffiziellen 5+2-Treffen, an denen sie auch teilnahm, ebenso wie an den wiederaufgenommenen offiziellen 5+2-Verhandlungen und an gemeinsamen Veranstaltungen zu wissenschaftlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Themen, die der Förderung von vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen im Zusammenhang mit den 5+2-Verhandlungen dienten.

Der PROJEKTKOORDINATOR IN DER UKRAINE unterstützte gemeinsam mit der NATO ehemalige Militäranghörige, beteiligte sich an der ENVSEC-Initiative zur Bekämpfung von Straftaten im Umweltbereich und zur Verbesserung der Zusammenarbeit in Wasser- und Gesundheitsfragen und kooperierte mit IOM, UNICEF, ILO, UNAIDS und der NGO *La Strada* bei der Verhütung von Menschenhandel.

Südkaucasus

Das BÜRO IN BAKU arbeitete mit der ILO, der IOM und dem *International Centre for Migration Policy Development (ICMPD)* bei der Bekämpfung des Menschenhandels zusammen, mit der UNECE in Fragen der Wasserwirtschaft, mit dem UNDP im Rahmen des Programms *Civic Action for Security and Environment*, mit dem Europarat zu Fragen der Internetsicherheit, mit dem IKRK beim Monitoring von Hafteinrichtungen und mit der EU, dem Europarat und der Weltbank zum Thema Justizreform.

Das BÜRO IN ERIWAN stand zu den Themen Wahlen, Korruptionsbekämpfung, Polizeiunterstützung, Menschenrechte, Wirtschafts- und Umweltfragen, Justizreform, Medien, Gender, Bekämpfung des Menschenhandels und Migration in enger Zusammenarbeit mit dem Europarat, einschließlich der Venedig-Kommission, der EU-Delegation und –Beratungsgruppe sowie den Vereinten Nationen.

Zentralasien

Das ZENTRUM IN ASCHGABAT arbeitete mit der UNECE bei der Förderung der Aarhus-Konvention zusammen und stand in enger Verbindung mit UN-Organisationen, der EU und anderen Organisationen in Bezug auf Grenzsicherung und Grenzmanagement, Medienentwicklung, Umweltschutz und Bekämpfung des Menschenhandels und illegalen Drogenhandels.

Das ZENTRUM IN ASTANA kooperierte mit IOM and UNODC bei der Förderung der Strafverfolgung und justiziellen Zusammenarbeit zur Bekämpfung des Menschenhandels und der Schleusung von Migrant*innen, mit dem UNOHCHR zum Thema Strafvollzugsreform, mit dem UNODC gegen grenzüberschreitende Bedrohungen, mit EU und UNDP in Fragen der Grenzsicherung und des Grenzmanagements, mit der UNECE (gemeinsam mit dem OCEEA) bei der Verkehrs- und Handelsförderung, mit der Internationalen Seeschiffahrts-Organisation zum Thema Energiesicherheit und der Beseitigung der Ölverschmutzung im Kaspischen Meer, mit dem Rat der Initiative für Transparenz in der Rohstoffindustrie in Fragen von Good Governance und Transparenz und mit NGO-Partnern und der OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit zum Thema Medienentwicklung und Medienfreiheit.

Das ZENTRUM IN BISCHKEK koordinierte seine Tätigkeit in den Bereichen Versöhnung, Konfliktverhütung, Friedensstiftung und Vermittlung eng mit den UN, der EU und anderen internationalen Organisationen. Es arbeitete mit dem Regionalzentrum der Vereinten Nationen für vorbeugende Diplomatie und UNOHCHR bei der Förderung der Minderheitenrechte zusammen, mit dem UNODC bei der Bekämpfung des Terrorismus, mit dem UNODA und dem Ausschuss der Vereinten Nationen nach Resolution 1540 zur Unterstützung Kirgisistans bei der Ausarbeitung eines Nationalen Aktionsplans zur Umsetzung der UNSCR 1540, mit der EU und dem UNDP in Fragen der nachhaltigen Entwicklung, mit der OECD bei der Korruptionsbekämpfung, mit UNOHCHR zur Verhütung von Folter, mit dem BDIMR, UNOHCHR, der Venedig-Kommission des Europarats, dem EU/UNDP-Projekt für einen neuen Rechtsrahmen und anderen Partnern zum Thema Richterauswahl, mit dem OHCHR, UNHCR und IKRK beim Menschenrechtsschutz und mit der IOM und dem UNODC bei der Bekämpfung des Menschenhandels.

Das BÜRO IN TADSCHIKISTAN kooperierte mit der Europäischen Gemeinschaft, UNDP, UNODC, IOM und UNHCR in Fragen der Grenzsicherung und des Grenzmanagements, mit dem Regionalzentrum der Vereinten Nationen für vorbeugende Diplomatie für Zentralasien, EU, UNDP, NATO, dem *European Network of Environmental Professionals (ENEP)*,

UNECE, dem Regionalen Umweltzentrum, der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEA), der Internationalen Finanz-Corporation (IFC) und der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) bei der Bekämpfung des Terrorismus und in Fragen der Polizeireform, mit UNHCR und IOM zu den Themen Migration, Asylsuchende und Flüchtlinge sowie zu Gender- und Menschenrechtsfragen und mit dem UNDP/UN-Dienst für Antiminenprogramme (UNMAS), dem Internationalen Treuhandfonds für Minenräumung und die Unterstützung der Minenopfer sowie dem Genfer Internationalen Zentrum für humanitäre Minenräumung bei der Minenräumung. Das Büro war auch an der ENVSEC beteiligt und befasste sich gemeinsam mit der IAEA mit dem Problem Atommüll, mit UNDP, IFC und EBRD mit Energiesicherheit und mit dem Internationalen Fonds zur Rettung des Aralsees, Oxfam und UNDP mit Fragen der Wasserwirtschaft. Es kooperierte mit der Weltbank, IFC und UNDP bei der Korruptionsbekämpfung, mit dem IKRK beim Zugang zu Gefängnissen, mit der Venedig-Kommission des Europarats, UN-Frauen, UNOHCHR und der EU zu Fragen der politischen Teilhabe und der Geschlechtergleichstellung, mit IOM, ILO und UNODC bei der Bekämpfung des Menschenhandels und schließlich mit UNOHCHR, UNDP, der EU und UNICEF bei der Förderung der Menschenrechte.

Der PROJEKTKOORDINATOR IN USBEKISTAN organisierte verschiedene Veranstaltungen in Abstimmung mit internationalen Organisationen, NGOs und anderen Partnern in allen drei Dimensionen. Alle Projekte wurden in enger Zusammenarbeit mit Vertretern der zuständigen nationalen Dienststellen und öffentlichen Organisationen entwickelt und durchgeführt.

Nähere Einzelheiten zu den Aktivitäten der Feldoperationen sind den Kapiteln über die betreffenden Feldoperationen zu entnehmen.

10. ANHÄNGE

Die OSZE auf einen Blick

Mit 56 Teilnehmerstaaten in Nordamerika, Europa und Asien ist die OSZE die weltweit größte regionale Sicherheitsorganisation, die sich um die Sicherung von Frieden, Demokratie und Stabilität für mehr als eine Million Menschen bemüht.

Die OSZE bietet ein hochrangiges politisches Dialogforum über eine Vielzahl von Sicherheitsfragen und eine Plattform für konkrete Bemühungen um die Verbesserung der Lebensbedingungen von Menschen und Gemeinschaften. Als integratives regionales Instrument für Frühwarnung, Konfliktverhütung, Krisenmanagement und Konfliktnachsorge tragen wir durch unsere Zusammenarbeit dazu bei, Gegensätze zu überbrücken und Vertrauen aufzubauen.

Nach Auffassung der OSZE ist Sicherheit umfassend zu verstehen, und so geht sie an die drei Dimensionen der Sicherheit – die politisch-militärische Dimension, die Wirtschafts- und Umweltdimension und die menschliche Dimension – ganzheitlich heran.

Die Tätigkeit in der POLITISCH-MILITÄRISCHEN DIMENSION gilt unter anderem folgenden Bereichen:

- Förderung und Mitwirkung an der Mediation bei Verhandlungen zur Beilegung von Konflikten
- Förderung von Rüstungskontroll- sowie vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen
- Aufbau von Grenzsicherungs- und Grenzmanagementmethoden
- Hilfestellung bei der Reform von Streit- und Polizeikräften
- Vernichtung von Kleinwaffen und konventioneller Munition und Sorge für eine sichere Verwaltung von Lagerbeständen

Die Tätigkeit in der WIRTSCHAFTS- UND UMWELTDIMENSION gilt unter anderem folgenden Bereichen:

- Förderung von wirtschaftlicher Zusammenarbeit und Good Governance
- Befassung mit Sicherheitsrisiken im Umweltbereich und Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit
- Förderung der Zusammenarbeit in Fragen der Energiesicherheit

Die Tätigkeit in der MENSCHLICHEN DIMENSION gilt unter anderem folgenden Bereichen:

- Förderung der Achtung der Menschenrechte
- Stärkung demokratischer Institutionen
- Förderung von Toleranz und Nichtdiskriminierung
- Beobachtung von Wahlen
- Förderung der Rechte von Minderheiten

Geschichte

Die Anfänge der OSZE liegen in den frühen 1970er Jahren, als im Rahmen der zweijährigen Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) Vertreter östlicher und

westlicher Länder in Helsinki und Genf zusammenkamen und schließlich die *Schlussakte von Helsinki* verabschiedeten, die am 1. August 1975 unterzeichnet wurde.

Nach dem Ende des Kalten Krieges übernahm die KSZE eine neue Rolle, galt es doch, den historischen Umbruch in Europa zu bewältigen und sich den neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen zu stellen. Anfang der 1990er Jahre wurde die Arbeit der Konferenz stärker strukturiert, die sich nun ständige Institutionen gab, unter ihnen ein Sekretariat, ein Büro für freie Wahlen und ein Konfliktverhütungszentrum.

Nachdem die KSZE nun über eine bloße Konferenz hinausgewachsen war, kamen die Teilnehmerstaaten auf dem Gipfeltreffen von Budapest 1994 überein, sie in Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa umzubenennen.

Dank ihrer Offenheit in Bezug auf den Teilnehmerkreis und die Entwicklung von Partnerschaften, ihres umfassenden Ansatzes und ihrer Flexibilität gibt die OSZE ihren Teilnehmerstaaten nach wie vor ein nützliches und effizientes Instrumentarium und Mittel zur Auseinandersetzung mit den Sicherheitsfragen unserer Zeit an die Hand. Die Notwendigkeit, sich mit Herausforderungen auseinanderzusetzen, die uns die Vergangenheit hinterlassen hat – wie die Lösung von Langzeitkonflikten, die Förderung militärischer Transparenz, die Unterstützung von Übergangsprozessen und demokratischen Reformen – zeigt ebenso wie die transnationalen Bedrohungen des 21. Jahrhunderts mit aller Deutlichkeit, dass die von der OSZE geförderte Zusammenarbeit heute notwendiger ist als je zuvor.

Die Arbeitsweise der OSZE

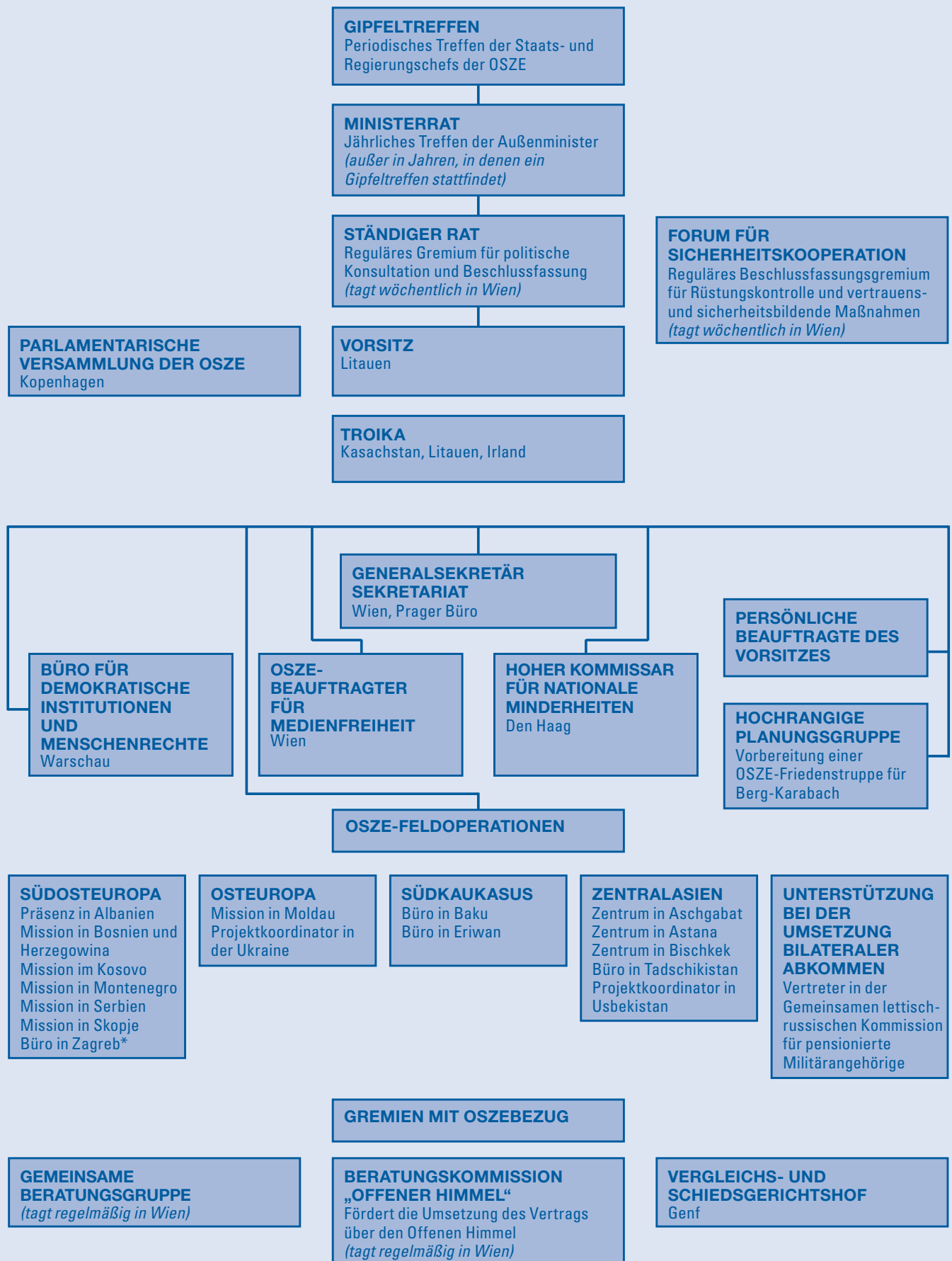
In der OSZE führt jeweils ein Teilnehmerstaat für die Dauer eines Jahres den Vorsitz. 2011 hatte Litauen den Vorsitz inne. Im Interesse einer besseren Langzeitplanung und größerer Kontinuität förderte Litauen den aktiven Dialog mit seinen Troika-Kollegen Kasachstan (2010) und Irland (2012) und dem künftigen Vorsitzland Ukraine (2013).

In Wien finden ein kontinuierlicher Dialog und fortlaufende Verhandlungen statt; hier kommen die Botschafter der Teilnehmerstaaten und der Kooperationspartner allwöchentlich im Ständigen Rat, dem OSZE-Gremium für politische Beschlussfassung, sowie im Forum für Sicherheitskooperation zusammen, wo die Teilnehmerstaaten Beschlüsse zu militärischen Aspekten der Sicherheit verabschieden. Alle OSZE-Teilnehmerstaaten sind in der Organisation gleichberechtigt und Beschlüsse werden nach dem Konsensverfahren gefasst.

An der Beschlussfassung in der Organisation wirken noch weitere Organe oder Gremien mit: periodische Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs, der jährliche Ministerrat, das Wirtschafts- und Umweltforum, die Jährliche Sicherheitsüberprüfungskonferenz und das Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension. Der letzte OSZE-Gipfel fand 2010 in Astana (Kasachstan) statt.

Weitere Informationen: www.osce.org

ORGANISATIONSPLAN



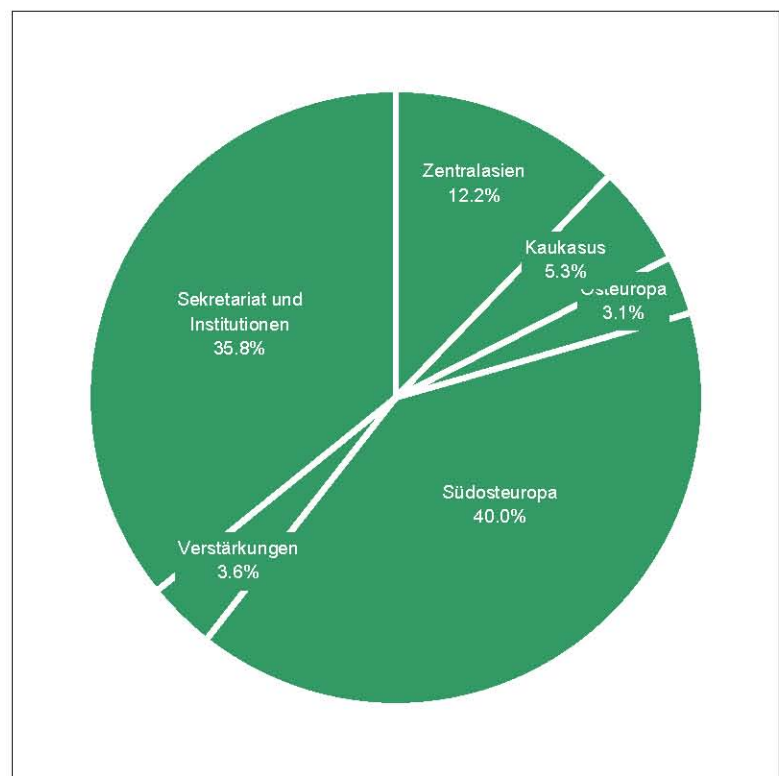
*Seit 1996 unterhält die OSZE eine Präsenz in Kroatien. Am 15. Dezember verabschiedete der Ständige Rat den Beschluss, das Büro in Zagreb nach der erfolgreichen Erfüllung seines Mandats zu schließen.

OSZE-Gesamthaushalt 2011 nach Teilhaushalten (Stand 16. Februar 2012)

Teilhaushalt	Euro	%
Sekretariat	32,401,500	22.02%
Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte	15,515,900	10.54%
Hoher Kommissar für nationale Minderheiten	3,310,300	2.25%
Beauftragter für Medienfreiheit	1,414,300	0.96%
Verstärkungen	5,254,800	3.57%
Mission im Kosovo	22,606,300	15.36%
Mission in Bosnien und Herzegowina	14,864,300	10.10%
Büro in Zagreb	1,418,500	0.96%
Mission in Serbien	7,484,400	5.09%
Präsenz in Albanien	3,161,800	2.15%
Mission in Skopje	7,018,200	4.77%
Mission in Montenegro	2,338,100	1.59%
Mission in Moldau	2,020,600	1.37%
Projektkoordinator in der Ukraine	2,372,300	1.61%
Büro in Minsk	196,400	0.13%
Vertreter in der Gemeinsamen lettisch-russischen Kommission für pensionierte Militärangehörige	7,400	0.01%
Büro in Eriwan	2,699,900	1.83%
Büro in Baku	2,825,900	1.92%
Hochrangige Planungsgruppe	161,200	0.11%
Minsk-Prozess	953,300	0.65%
Persönlicher Beauftragter des Amtierenden Vorsitzenden – Minsk-Konferenz	1,155,300	0.79%
Zentrum in Astana	2,163,900	1.47%
Zentrum in Aschgabat	1,279,900	0.87%
Zentrum in Bischkek	6,767,500	4.60%
Projektkoordinator in Usbekistan	1,912,100	1.30%
Büro in Tadschikistan	5,861,000	3.98%
SUMME	147,165,100	100.00%

Haushalt 2011 nach Institutionen und Regionen (PC.DEC/1030)

Zentralasien	12.2%
Kaukasus	5.3%
Osteuropa	3.1%
Südosteuropa	40.0%
Verstärkungen	3.6%
Sekretariat und Institutionen	35.8%



Außerbudgetäre Unterstützung der OSZE

Die Arbeit der OSZE erfolgt auf Grundlage eines maßvollen, aus Beiträgen der Teilnehmerstaaten finanzierten Gesamthaushalts. Im Einklang mit den Prioritäten der OSZE fließt der Großteil der Mittel in die Feldaktivitäten.

Die OSZE ist der Rationalisierung und Effektivität verpflichtet und arbeitet mit einem Haushaltsplan, für den Nullwachstum gilt. Das heißt, dass wir für die Finanzierung unserer wichtigsten Initiativen und Vorhaben auf großzügige freiwillige Beiträge von Teilnehmerstaaten und Partnern und für die Förderung der Werte, die das OSZE-Konzept der umfassenden und kooperativen Sicherheit tragen, auf deren Unterstützung angewiesen sind.

Wir möchten an dieser Stelle allen danken, die zur Finanzierung der Projekte im Jahr 2011 beigetragen haben. Wir freuen uns darauf, unsere Arbeit in den kommenden Jahren mit Ihnen gemeinsam fortzusetzen.

Fürstentum Andorra
Republik Aserbaidshans
Königreich Belgien
Bosnien und Herzegowina
Königreich Dänemark
Bundesrepublik Deutschland
Republik Estland
Republik Finnland
Französische Republik
Georgien
Heiliger Stuhl
Hellenische Republik
Irland
Republik Island
Italienische Republik
Kanada
Republik Kasachstan
Fürstentum Liechtenstein
Republik Litauen
Großherzogtum Luxemburg
Fürstentum Monaco
Königreich der Niederlande
Königreich Norwegen
Republik Österreich
Republik Polen
Portugiesische Republik
Rumänien
Russische Föderation
Republik San Marino
Slowakische Republik
Republik Slowenien
Königreich Spanien
Königreich Schweden
Schweizerische Eidgenossenschaft

Tschechische Republik
Republik Türkei
Turkmenistan
Ungarn
Vereinigte Staaten von Amerika
Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland
Republik Zypern

Arabische Republik Ägypten
Australien
Staat Israel
Japan
Republik Korea
Königreich Marokko
Königreich Thailand

Australian Agency for International Development (AusAID)
Büro der Vereinten Nationen für Abrüstungsfragen (UNODA)
Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC)
Büro der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA)
Büro der Vereinten Nationen für Projektdienste (UNOPS)
Canadian International Development Agency (CIDA)
Carter Center
Charity Commission for England and Wales
Europarat
Deutsche Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ)
Development Associates Inc.
Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP)
Europäische Agentur für Wiederaufbau
Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung
Europäische Kommission
Europäische Union
Flüchtlingshochkommissar der Vereinten Nationen (UNHCR)
Ford Foundation
Foundation „Remembrance, Responsibility and Future“
Genfer Zentrum für demokratische Kontrolle der Streitkräfte (DCAF)
Büro des Hohen Kommissars für nationale Minderheiten
Internationale Arbeitsorganisation (ILO)
Internationale Organisation für Migration (IOM)
Irish Aid
Kosovo Consolidated Budget (KCB)
Living History Forum
Netherlands Commission for Environmental Assessment
NETRUST PTE Ltd
Nordatlantikvertrags-Organisation (NATO)
Norwegian Institute of International Affairs (NUPI)
Österreichische Entwicklungsagentur (ADA)
Open Society Fund – Bosnia and Herzegovina

Open Society Institute

Press Now

Rat der Europäischen Union

Statoil

Swedish International Development Agency (SIDA)

Schweizer Agentur für Entwicklung und Zusammenarbeit (SDC)

Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP)

United States Agency for International Development (USAID)

OSZE-Personal mit befristetem Dienstvertrag, Stand: 31. Dezember 2011

(einschließlich des aus außerbudgetären Beiträgen finanzierten Personals)

Nationalität	Kosovo	Bosnien & Herzegowina	Skopje	Serbien	Montenegro	Zagreb	Albanien	Baku	Erivan	Minsk-Konferenz	Moldau	Ukraine	Astana	Aschgabat	Bischkek	Tadschikistan	Usbekistan	Feldoperationen gesamt	Sekretariat	Beauftragte für Medienfreiheit	HKNM	BDIMR	Sekretariat & Institutionen gesamt	SUMME
	Albanien																		0					0
Andorra																		0					0	0
Armenien	1	2										1				1		5				1	1	6
Aserbaidschan	1																	1	1				1	2
Belarus	1	1	1											1				4	2	1		2	5	9
Belgien		2														1		3	4				4	7
Bosnien und Herzegowina	11		1	1												2		15	3	1		2	6	21
Bulgarien	1			1	2		1		1	1	1		1		3	1	1	14	2			1	3	17
Dänemark								1							1	1	1	4	1			1	2	6
Deutschland	6	4	3	1			3	1					1		3	4		26	14	1	1	6	22	48
die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien	8																	8	1				1	9
Estland			1								2				1			4			1		1	5
Finnland		1	1												1			3	1				1	4
Frankreich	2	2	4	2			1	1			1				2	1		16	9	2	1	3	15	31
Georgien	5			1										1				7	2		1	3	6	13
Griechenland	6	3	1	1														11	1				1	12
Heiliger Stuhl																		0					0	0
Irland	5	4	1	2	1											1		14	3			1	4	18
Island			1															1					0	1
Italien	18	6	4	1	1						1				2			33	13			4	17	50
Kanada	8	1	1	2			1	1										14	8			3	11	25
Kasachstan															1			1	4		1	2	7	8
Kirgisistan		1																1	1			1	2	3
Kroatien	8	1	1	1														11	2			1	3	14
Lettland											1				1			2			1	1	2	4
Liechtenstein																		0					0	0
Litauen					1		1			1					1	1		5	4			1	5	10
Luxemburg																		0	1				1	1
Malta	1																	1					0	1
Moldau			1	1					1						2			5				2	2	7
Monaco																		0					0	0
Montenegro	1						1											2					0	2
Niederlande		1	1	1					1									4	2		4	1	7	11
Norwegen		1		1			1	2						1		1		7	2		3	1	6	13
Österreich	14	2	3	1	1		2						1		1			25	10	1		4	15	40
Polen	4	2			1					1					1			9	2			11	13	22
Portugal	2	2																4	2				2	6
Rumänien	1	1																2	2			1	3	5
Russische Föderation		3	2	1										1	5	2		14	10	1	1	1	13	27
San Marino																		0					0	0
Schweden	3	1		3	1			1			2				3	2		16	5			1	6	22
Schweiz		1													1			2	2	1			3	5
Serbien			1					1							3			5	4				4	9
Slowakei	1	3				1						1						6	2			1	3	9
Slowenien			1	1			1											3	1			2	3	6
Spanien	5	2	6	1		2	2	1							1			20	10		2	3	15	35
Tadschikistan		1																1	1				1	2
Tschechische Republik	1	1	1				1				1							5	3				3	8
Türkei	9	1	4		1			2							3	1		21	6				6	27
Turkmenistan															1			1	1				1	2
Ukraine	1			1											3			5	6		1		7	12
Ungarn	4	2	4	2						1		1				1		15	2	1		2	5	20
Usbekistan	1								1									2	1	1			2	4
Vereinigte Staaten	19	11	3	4	2		4	2	2		2	1	1	1	8	4		64	19	1	2	7	29	93
Vereinigtes Königreich	10	5	3	5	1		3			1	1				4			33	16		1	6	23	56
Zypern																		0					0	0
Internationales Personal	158	68	50	35	12	3	22	13	6	5	12	4	4	6	51	24	2	475	186	11	20	76	293	768
Ortspersonal	485	428	120	141	33	15	78	28	42	11	40	52	23	19	113	156	18	1802	192	3	13	67	275	2077
Personal gesamt	643	496	170	176	45	18	100	41	48	16	52	56	27	25	164	180	20	2277	378	14	33	143	568	2845

Kontakt

Abteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

OSZE-Sekretariat
Wallnerstraße 6
1010 Wien, Österreich
Tel.: +43 1 514 36 60 00
Fax: +43 1 514 36 69 96
E-Mail: info@osce.org
www.osce.org

Parlamentarische Versammlung der OSZE

Internationales Sekretariat
Tordenskjoldsgade 1
1055 Kopenhagen K, Dänemark
Tel.: +45 33 37 80 40
Fax: +45 33 37 80 30
E-Mail: international.secretariat@oscepa.dk

Institutionen

Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte der OSZE

Ulica Miodowa 10
00-251 Warschau, Polen
Tel.: +48 22 520 06 00
Fax: +48 22 520 06 05
E-Mail: office@odih.pl

Hoher Kommissar der OSZE für nationale Minderheiten

Prinsessegracht 22
2514 AP Den Haag, Niederlande
Tel.: +31 70 312 55 00
Fax: +31 70 363 59 10
E-Mail: hcnm@hcnm.org

OSZE-Beauftragte für Medienfreiheit

Wallnerstraße 6
1010 Wien, Österreich
Tel.: +43 1 514 36 68 00
Fax: +43 1 514 36 68 02
E-Mail: pm-fom@osce.org

Feldoperationen

Südosteuropa

OSZE-Präsenz in Albanien

Sheshi „Italia”
Sheraton Hotel, 1. Stock
Tirana, Albanien
Tel.: +355 4 223 59 93
Fax: +355 4 223 59 94
E-Mail: pm-al@osce.org

OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina

Fra Andjela Zvizdovića 1
71000 Sarajewo, Bosnien und Herzegowina
Tel.: +387 33 75 21 00
Fax: +387 33 44 24 79
E-Mail: info.ba@osce.org

OSZE-Mission im Kosovo

OSCE Headquarters
10000 Priština, Kosovo-UNMIK
Tel.: +381 38 24 01 00
Fax: +381 38 24 07 11
E-Mail: press.omik@osce.org

OSZE-Mission in Montenegro

Bulevar Sv. Petra Cetinjskog 1a
81000 Podgorica, Montenegro
Tel.: +382 20 40 64 01
Fax: +382 20 40 64 31
E-Mail: omim@osce.org

OSZE-Mission in Serbien

Čakorska 1
11000 Belgrad, Serbien
Tel.: +381 11 360 61 00
Fax: +381 11 360 61 19
E-Mail: ppiu-serbia@osce.org

OSZE-Mission in Skopje

Oktomvriska Revolucija bb
MK-1000, Skopje, Die ehemalige
jugoslawische Republik Mazedonien
Tel.: +389 2 323 40 00
Fax: +389 2 323 42 34
E-Mail: info-MK@osce.org

OSZE-Büro in Zagreb**Osteuropa***OSZE-Mission in Moldau**

108 Mitropolit Dosoftei Str.
MD-2012 Chişinău, Moldau
Tel.: +373 22 22 34 95
Fax: +373 22 22 34 96
E-Mail: moldova@osce.org

OSZE-Projekt Koordinator in der Ukraine

16 Striletska
01034 Kiew, Ukraine
Tel.: +380 444 92 03 82
Fax: +380 444 92 03 83
E-Mail: liliia.dakhno@osce.org

OSZE-Vertreter in der Gemeinsamen lettisch-russischen Kommission für pensionierte Militärangehörige

Wieleweg 7
22417 Hamburg, Deutschland
Tel.: +43 664 464 15 62
Fax: +43 1 514 36 61 24
E-Mail: helmut.napiontek@osce.org

*Südkaucasus***OSZE-Büro in Baku**

The Landmark III, 96 Nizami St.
Baku, Aserbajdschan
Tel.: +994 124 97 23 73
Fax: +994 124 97 23 77
E-Mail: office-az@osce.org

* Seit 1996 unterhält die OSZE eine Präsenz in Kroatien. Am 15. Dezember verabschiedete der Ständige Rat den Beschluss, das Büro in Zagreb nach der erfolgreichen Erfüllung seines Mandats zu schließen. Näheres dazu unter www.osce.org oder unter info@osce.org.

Persönlicher Beauftragter des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für den Konflikt, mit dem sich die Minsk-Konferenz der OSZE befasst

4 Freedom Square
GMT Plaza, 1. Stock
0105 Tiflis, Georgien
Tel.: +995 322 99 87 32
Fax: +995 322 98 85 66
E-Mail: prcio@osce.org

OSZE-Büro in Eriwan

64/1 Sundukyan St.
Eriwan 0012, Armenien
Tel.: +374 10 22 96 10-14
Fax: +374 10 22 96 15
E-Mail: yerevan-am@osce.org

Zentralasien

OSZE-Zentrum in Aschgabat

Turkmenbashy Shayoly 15
744005 Aschgabat, Turkmenistan
Tel.: +993 12 94 60 92
Fax: +993 12 94 60 41
E-Mail: info_tm@osce.org

OSZE-Zentrum in Astana

10 Beibitshilik St.
Astana 010000, Kasachstan
Tel.: +771 72 58 00 70
Fax: + 771 72 32 83 04
E-Mail: astana-kz@osce.org

OSZE-Zentrum in Bischkek

139 Toktogul St.
720001 Bischkek, Kirgisistan
Tel.: +996 312 66 50 15
Fax: +996 312 66 31 69
E-Mail: pm-kg@osce.org

OSZE-Büro in Tadschikistan

18a Ahmadi Donish Avenue
734012 Duschanbe, Tadschikistan
Tel.: +992 372 26 50 14/15/16/17/18
Fax: +992 372 26 50 19
E-Mail: OiT@osce.org

OSZE-Projekt Koordinator in Usbekistan

Afrosiyob Street 12b, 4. Stock
100015 Taschkent, Republik Usbekistan
Tel.: +998 71 140 04 70
Fax: +998 71 140 04 66/67
E-Mail: osce-cit@osce.org